

**Deutscher Bundestag**

**Drucksache 17/[...]**

**17. Wahlperiode**

<p>Deutscher Bundestag Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität</p> <p>Kommissionsdrucksache 17(26)84 neu</p> <p>14. Januar 2013</p>
--

**Enquete-Kommission**

**„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“**

**Projektgruppe 1: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft**

**– Bericht der Fraktionen SPD, Die Linke., Bündnis 90/Die Grünen**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>2</b>
<b>Vorbemerkung.....</b>	<b>5</b>
<b>1 Multiple Krisen und Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation.....</b>	<b>6</b>
1.1 Einleitung: An einem Wendepunkt .....	6
1.2 Folgen des derzeitigen Wachstumspfads.....	8
1.3 Die Wiederkehr der Wachstumsdebatte .....	9
1.4 Pfadwechsel für neuen Wohlstand .....	11
<b>2 Wirtschaftswachstum: Grundlagen.....</b>	<b>13</b>
2.1 Was ist das Bruttoinlandsprodukt? .....	13
2.2 Erfassungsprobleme des BIP und seiner Veränderung .....	14
2.3 Das BIP als Wohlstandsindikator .....	17
2.4 BIP-Wachstum und Umweltfolgen .....	18
2.5 Die Entwicklung des BIP-Wachstums in Deutschland in der Vergangenheit .....	19
2.6 Zur künftigen Entwicklung des BIP-Wachstums .....	22
<b>3 Wechselwirkungen von Wachstum, Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft... 26</b>	<b>26</b>
3.1 Wachstum und öffentliche Haushalte.....	26
3.1.1 Nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben .....	26
3.1.2 Öffentliche Schulden und private Vermögen .....	28
3.1.3 Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.....	31
3.1.4 Die Staatsquote .....	32
3.1.4.1 Die öffentlichen Investitionen .....	33
3.1.4.2 Die öffentliche Beschäftigung .....	34
3.1.4.3 Bildungsausgaben.....	36
3.1.4.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung .....	37
3.1.4.5 Abschätzung des Investitionsbedarfs .....	37
3.1.5 Fazit .....	38
3.2 Wachstum und Finanzmarkt.....	38
3.2.1 Zusammenwirken von Wachstum und Finanzmarkt.....	38
3.2.2 Finanzmarktwachstum und Stagnation der Realwirtschaft .....	40
3.2.3 Gefahren für Wachstum und Wohlstand am Beispiel Finanzkrise .....	42
3.2.4 Handlungsoptionen.....	43
3.3 Wachstum und Umwelt .....	44
3.3.1 Umweltschäden als negativer Wirtschaftsfaktor .....	45
3.3.2 Die Situation in Deutschland.....	48

3.3.3	„Green Economy“ als wirtschaftliche Chance .....	50
3.3.4	Kann Deutschland die ökologischen Herausforderungen auch mit geringerem Wachstum bewältigen?.....	51
3.4	Wachstum und Unternehmen .....	52
3.4.1	Grundlagen .....	52
3.4.1.1	Unternehmen und Wachstum .....	52
3.4.1.2	Fortschritt und Innovation .....	53
3.4.1.3	Unternehmerische Lernprozesse und Anpassungserfordernisse .....	53
3.4.1.4	Shareholder-Value-Problematik .....	54
3.4.2	Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und Gemeinwohlorientierung .....	55
3.4.3	Leitbild Nachhaltige Unternehmensführung .....	55
3.4.4	Leitplanken für nachhaltiges Wirtschaften.....	56
3.4.5	Schlussfolgerungen .....	58
3.5	Wachstum und Beschäftigung.....	58
3.5.1	Grundlegende Zusammenhänge von Wachstum und Beschäftigung.....	59
3.5.2	Zur empirischen Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung .....	60
3.5.3	Rückgang der Vollzeitbeschäftigung und sinkende Löhne – der falsche Weg zu steigender Beschäftigung bei niedrigen Wachstumsraten.....	65
3.5.4	Zusammenfassung und Ausblick.....	69
3.6	Wachstum und Verteilung.....	71
3.6.1	Messung von Ungleichheit.....	72
3.6.2	Internationale Ergebnisse .....	72
3.6.3	Nationale Ergebnisse .....	74
3.6.4	Erklärungsansätze für die zunehmende Ungleichheit .....	77
<b>4</b>	<b>Soziale und fiskalische Herausforderungen vor dem Hintergrund globaler und demographischer Veränderungen.....</b>	<b>80</b>
4.1	Demographie, Finanzpolitik und Sozialstaat.....	80
4.1.1	Herausforderung Demographie .....	80
4.1.2	Zukunft der öffentlichen Haushalte.....	82
4.1.3	Handlungsoptionen für nachhaltige öffentliche Finanzen.....	84
4.1.4	Demographie und Sozialstaat .....	85
4.1.4.1	Zur Konstruktion des deutschen Sozialstaats .....	85
4.1.4.2	Sozialversicherungen unter den Bedingungen niedriger Wachstumsraten .....	86
4.1.5	Zusammenfassung und politische Folgerungen .....	87
4.2	Herausforderung Bildung .....	88
4.2.1	Einleitung .....	88
4.2.2	Ausgangslage.....	90

4.2.3	Schlussfolgerungen .....	93
<b>5</b>	<b>Schlussfolgerungen .....</b>	<b>96</b>
5.1	Der Stellenwert des Wachstums in den gesellschaftlichen Teilbereichen: zentrale Erkenntnisse .....	96
5.1.1	Wachstum und öffentliche Haushalte.....	96
5.1.2	Wachstum und Finanzmärkte .....	96
5.1.3	Wachstum und Umwelt .....	96
5.1.4	Wachstum und Unternehmen .....	97
5.1.5	Wachstum und Beschäftigung.....	97
5.1.6	Wachstum und Verteilung .....	97
5.1.7	Demographie, Finanzpolitik und Sozialstaat.....	98
5.1.8	Herausforderung Bildung .....	98
5.2	Einen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen schaffen .....	99
	<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>101</b>

## 1 **Vorbemerkung**

## 2 **Die Aufgabe von Enquete-Kommissionen**

3 Enquete-Kommissionen sind Gremien, die losgelöst von der Tagespolitik komplexe Sachver-  
4 halte analysieren, politische Entwicklungs- und Lösungsvorschläge aufzeigen und dem Deut-  
5 schen Bundestag Empfehlungen geben sollen. Nach der Geschäftsordnung des Bundestages  
6 arbeiten Abgeordnete und die von den Fraktionen benannten Sachverständigen gleichberech-  
7 tigt zusammen.

8 Die Notwendigkeit eines offenen und diskursiven Arbeitsprozesses gilt in besonderer Weise  
9 für die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, um den weitreichenden  
10 Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages zu erfüllen. Sie sollte schwierige Fragen  
11 mit der notwendigen Intensität bearbeiten und dem Deutschen Bundestag qualifizierte Emp-  
12 fehlungen geben, die über den Tag hinaus weisen.

13 Enquete-Kommissionen können nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden, wenn ihre Mitglie-  
14 der sich von parteipolitischen Zwängen lösen, keine kurzfristige machtpolitische Taktik ver-  
15 folgen, die wichtigsten Zusammenhänge in einem intensiven Diskurs erarbeiten und die Kon-  
16 sequenzen umfassend diskutieren sowie aus der Bedeutung der Aufgabe heraus ein Grundver-  
17 trauen entwickeln. Nur so können schwierige Fragen konstruktiv und problemadäquat bear-  
18 beitet werden.

19 Die Projektgruppe 1 hat den Auftrag, den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Ge-  
20 sellschaft zu analysieren. Es zeigte sich im Verlauf des Arbeitsprozesses, dass ein gemeinsa-  
21 mer Bericht zu diesem Themenfeld der Enquete Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität nicht  
22 möglich sein wird. Sowohl in der Analyse als auch in der Beschreibung von möglichen Hand-  
23 lungsoptionen liegen die Einschätzungen von Koalition und Opposition weit auseinander.  
24 Dies hat dazu geführt, dass hier von der üblichen Textdarstellung eines Haupttextes mit weni-  
25 gen Sondervoten abgewichen wurde. Somit wird der Unterschied in der Betrachtungsweise  
26 auch für die Leserinnen und Leser deutlich und besser nachvollziehbar.

27

# 1 Multiple Krisen und Notwendigkeit einer sozial- ökologischen Transformation

## 1.1 Einleitung: An einem Wendepunkt

Die Aufgabe, grundlegende Fragen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung aufzuarbeiten und dem Deutschen Bundestag politische Empfehlungen zu geben, stellt sich der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität in besonderer Weise. Viel spricht dafür, dass wir einen Wendepunkt in der Entwicklung des westlichen Wachstumsmodells erreicht haben. Die Fortsetzung des bisherigen Entwicklungspfades kann keine Zukunft haben. Dass wir vor einer grundlegenden Weichenstellung stehen, wird beispielsweise an den ökologischen Grenzen des Wachstums deutlich, die im Bericht der Projektgruppe 3 aufgezeigt werden. Sie haben weitreichende Konsequenzen.

Das vorherrschende Verständnis einer erfolgreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist von der westdeutschen Nachkriegszeit geprägt. Nach den Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und Weltkriegen kam es zur Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, die durch die Verbindung von wirtschaftlich-technischen und politisch-sozialen Modernisierungen möglich wurde. Ihre Grundlagen waren vielfältige technologische Innovationen im Nachkriegsfordismus, ein außergewöhnlich hohes wirtschaftliches Wachstum sowie ein sozialer Korporatismus und eine konsensuale Orientierung auf die gesellschaftliche Mitte.

Ab Mitte der 1970er-Jahre verändern sich jedoch die Rahmenbedingungen sowohl durch innere Umbrüche als auch starke äußere Einwirkungen. *Burkart Lutz* beschreibt die Nachkriegsphase als *kurzen Traum immerwährender Prosperität*.<sup>1</sup>

Seitdem stellen sich immer wieder neue Herausforderungen wie die Globalisierung und Digitalisierung der Welt, der demographische Wandel, soziale Ungleichheit und Migration oder auch der Klimawandel, der Biodiversitätsverlust oder die sich aufbauende Ressourcenverknappung. Zugleich verschiebt sich die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Länder Asiens und Südamerikas. Heute geht es deshalb nicht allein um eine Konjunkturkrise, die als kurzfristiger Wachstumseinbruch beschrieben werden könnte, sondern um die Gleichzeitigkeit und Verwobenheit ökonomischer, sozialer, ökologischer und demokratischer Krisen. Sie machen politische Gestaltung notwendig.

Wir erreichen das Ende einer Epoche.<sup>2</sup> Dabei sind die globale Wirtschaftskrise, die soziale Desintegration oder der anthropogene Treibhauseffekt nicht zuletzt das Ergebnis von Strukturen, die in den letzten Jahrzehnten durch die Macht der Finanzmärkte beschleunigt wurden. Die Politik kann sich von der Mitverantwortung für die heutigen Krisen nicht freisprechen, denn sie hat die Liberalisierung des Kapitalverkehrs für das Ziel höherer Wachstumsraten vorangetrieben, was negative Folgen für die Stabilität der Wirtschaft, die Sozialsysteme und die Verteilungsgerechtigkeit hat. Hinzu kommen die ökologischen Herausforderungen, die in den letzten Jahrzehnten eine globale Dimension angenommen haben, deren Tragweite noch immer nicht erkannt ist.

Kurz: Die bestehenden globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen sind nicht zukunftstauglich. Sie sind krisenhaft und für viele Menschen sozial und ökologisch bedrohlich. Dabei hatte schon *The Economist* die heute wieder aufgetretene Herausforderung unmittelbar nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 wie folgt beschrieben: „Das größte Problem

---

<sup>1</sup> Vgl. Lutz, Burkart (1984). *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*.

<sup>2</sup> Vgl. Müller, M./K. Niebert. *Epochenwechsel*. München 2009

70 unserer Gesellschaft besteht darin, dass die Erfolge auf wirtschaftlicher Ebene die Erfolge auf  
71 politischer Ebene dermaßen übertreffen, dass Wirtschaft und Politik nicht miteinander Schritt  
72 halten können. Ökonomisch ist die Welt eine umfassende Handlungseinheit, politisch ist sie  
73 zerstückelt geblieben. Die Spannung zwischen diesen beiden gegensätzlichen Entwicklungen  
74 lösen reihenweise Erschütterungen und Zusammenbrüche im gesellschaftlichen Leben aus.“<sup>3</sup>

75 Nachdem Anfang des letzten Jahrzehnts zuerst die New Economy kollabierte und die Börsen  
76 auf Talfahrt gingen, ist es 2008 zur tiefen Krise des globalen Finanzmarktkapitalismus‘ ge-  
77 kommen. Spekulative Exzesse lösten die stärkste Erschütterung der Weltwirtschaft seit der  
78 großen Depression von 1929 aus. Wie in einem Dominospiel weitete sich die Finanzkrise in  
79 Wirtschaft, Politik und Gesellschaft aus und verschärfte in vielen Ländern Instabilität, Armut  
80 und Ungleichheit. Gleichzeitig werden die ökologischen Hypothesen zu einer immer größe-  
81 ren Zukunftsbedrohung.

82 In der Folge des „ökonomischen Einheitsdenkens“ (Pierre Bourdieu) kehrte selbst in den west-  
83 lichen Industriegesellschaften die soziale Frage zurück. Diese stellt sich zunehmend nicht nur  
84 für die unteren Einkommensgruppen, sondern immer mehr auch für die Mittelschichten, die  
85 eine entscheidende Rolle für den sozialen Zusammenhalt und Fortschritt der Gesellschaft ha-  
86 ben. Auch in Deutschland geht die Verteilung der Einkommen und Vermögen auseinander.  
87 Soziale Demokratie und soziale Marktwirtschaft stehen vor ihrer größten Bewährungsprobe.  
88 Um sie zu bestehen, müssen sie umgebaut, erneuert und erweitert werden. Die Dringlichkeit  
89 eines Kurswechsels steht außer Frage, dennoch wäre bloße Schwarzmalerei fehl am Platz.

90 Entscheidend ist das, was sich unter der Oberfläche alarmierender Nachrichten abspielt: Un-  
91 sere Zeit leidet nicht nur am Finanzkapitalismus mit seinen spekulativen Exzessen, wir erle-  
92 ben zugleich die Geburt einer neuen Ära. Um das zu erkennen, muss eine Grundfrage geklärt  
93 werden: Geht es auf dem Weg hin zu einer globalen Marktordnung um einen, wenn auch sehr  
94 zugespitzten, so im Grundsatz doch bekannten Anpassungsprozess oder ist eine tiefgreifende  
95 sozial-ökologische Transformation notwendig, weil sich neue ökologische wie auch alte sozi-  
96 ale Herausforderungen stellen, die insgesamt nur auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad  
97 mit neuen Instrumenten bewältigt werden können? Mit dieser Frage seien grundlegende *Wei-*  
98 *chenstellungen* verbunden:

- 99 - Entweder drohen *soziale Ausgrenzungen, ökologische Krisen* und *erbitterte Verteilungs-*  
100 *kämpfe*, weil sich die Politik den Zwängen entfesselter Märkte mit ihrer kurzfristigen  
101 Gewinnmaximierung untergeordnet hat. Die Entbettung der Ökonomie aus den gesell-  
102 schaftlichen Zusammenhängen war die Ursache für die großen Krisen des letzten Jahr-  
103 hunderts, heute geht es um eine soziale und ökologische Entbettung in einer globalen  
104 Marktgesellschaft;  
105 - oder es kommt zu einer *nachhaltigen Entwicklung*, die weit über den Umwelt- und Na-  
106 turschutz hinausgeht. Sie verbindet die ökologische Modernisierung mit wirtschaftlichen  
107 Innovationen, sozialer Gerechtigkeit und kultureller Erneuerung.<sup>4</sup> Nachhaltigkeit erfor-  
108 dert eine starke Demokratie und sie stärkt auch die soziale Demokratie.

109 Die Leitidee der Nachhaltigkeit, die eng mit mehr Demokratie und Partizipation verbunden  
110 ist, ermöglicht neuen Fortschritt. Ihre Umsetzung kann aber nicht anonymen Märkten und  
111 Kräften überlassen werden. Um die beschriebenen Gefahren abzuwenden, muss die Politik  
112 eine sozial-ökologische Transformation leisten, die in ihrer Dimension kaum Vorbilder findet.  
113 Sie muss zuallererst die Finanzmärkte regulieren, auf denen in den letzten zwei Jahrzehnten  
114 große Spekulationsblasen entstanden. Die Kapitalmarktakteure haben mit ihren Erwartungen

---

<sup>3</sup> Zitiert nach Greffrath, Mathias (1997). Der Brei vom Paradies.

<sup>4</sup> Vgl. Hauff, Volker (1987). Unsere Gemeinsame Zukunft.

115 zunehmend die Entwicklung der globalen Wirtschaft bestimmt. Und sie versuchen, begründet  
116 mit den „Erwartungen der Märkte“, auch die Entscheidungen der Politik zu beeinflussen.

117 Die ersten Schritte sind die Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und mehr inter-  
118 und intragenerative Gerechtigkeit. Die Transformation muss alle Bereiche in Wirtschaft und  
119 Gesellschaft erfassen. Ihre Ergebnisse werden weltweit gebraucht. Von daher würde eine  
120 nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft unserem Land, das bei den Umwelt- und Energie-  
121 technologien führend ist und über eine hervorragende wirtschaftliche und wissenschaftliche  
122 Infrastruktur verfügt, neue große Chancen eröffnen und Best-practice-Beispiele bieten.

123 Um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen, sind neues Denken, ehrgeizige Ziele und  
124 mutige Konzepte notwendig, die sowohl den nationalen Spielraum nutzen und erweitern, als  
125 auch die internationale, vor allem die EU-weite Kooperation vertiefen. Auf der schnell zu-  
126 sammenwachsenden Welt sind die Menschen auf Gegenseitigkeit, Gemeinsamkeit und Zu-  
127 sammenarbeit angewiesen. Dann eröffnet Nachhaltigkeit mehr Freiheit, Wohlstand und Part-  
128 nerschaft für alle. Eine bessere Welt wird möglich, wenn die Politik den Rahmen für eine  
129 nachhaltige Entwicklung setzt – national, europäisch und durch internationale Institutionen  
130 und Verträge. Sie muss sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union zur Nachhaltigkeits-  
131 union wird und die globale Wirtschaft einer sozialen und ökologischen Bindung unterworfen  
132 wird.

## 133 1.2 Folgen des derzeitigen Wachstumspfad

134 Die Enquete-Kommission bewertet die aktuellen Erschütterungen nicht allein als Konjunktur-  
135 krisen und damit als vorübergehende Wachstumseinbrüche, sondern als Folgen multipler Kri-  
136 sen.

137 Anders als in der neoliberalen Denkweise sehen wir die Erschütterungen und Krisen nicht als  
138 kurzfristige Abweichungen eines im Grundsatz gut funktionierenden Marktsystems an. Sie  
139 sind Folge eines längerfristigen Trends einer erneuten Entbettung der Ökonomie, die zuvor  
140 durch den Wohlfahrtsstaat in gesellschaftliche Bezüge eingebunden war, aus sozialen und  
141 gesellschaftlichen Zusammenhängen. Dieser Zusammenhang muss in seiner Tiefe und seinen  
142 Interdependenzen analysiert werden.

143 1. Dabei gibt es nicht nur eine politökonomische, sondern auch eine breite sozialwissen-  
144 schaftliche Debatte der Brüche im Modernisierungsprozess, die an dieser Stelle exemp-  
145 larisch veranschaulicht, aber nicht ausdiskutiert werden können.<sup>5</sup> Es überwiegt ein Ver-  
146 ständnis, das von der Ambivalenz der Moderne ausgeht, die immer wieder durch politi-  
147 sche Rahmensetzungen einen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Entwicklungen  
148 braucht. Beispielhaft hat Ralf Dahrendorf das im Begriffspaar Verlust an Bindun-  
149 gen/Ligaturen und Gewinn an Optionen herausgearbeitet. Es beschreibt die gesteigerte  
150 individuelle Selbstverfügbarkeit, Selbstbezüglichkeit und Selbsteinwirkungsmöglichkeit  
151 der Moderne, denen eine schwindende soziale und kulturelle Bindung an die Gesell-  
152 schaft entgegensteht;<sup>6</sup>

153 2. die Gesellschaft vermag immer weniger als Ganze auf sich einzuwirken. Auch die Poli-  
154 tik tut sich schwer, die Ganzheit zu repräsentieren. Daraus ergibt sich eine Schwächung  
155 in der politischen Steuerung und Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen  
156 Prozesse;<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Berger, Johannes (1986). Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren.

<sup>6</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (1979). Lebenschancen.

<sup>7</sup> Vgl. Luhmann, Niklas (1984). Soziale Systeme.



- 157 3. von zentraler Bedeutung ist das Verhältnis zwischen Wirtschaftssystem und natürlicher  
158 Mitwelt, weil sich die bisherige technisch-ökonomische Entwicklung überwiegend  
159 durch den Verzehr der natürlichen Ressourcen reproduziert, zu deren Erhalt sie wenig  
160 beiträgt;<sup>8</sup>
- 161 4. zentrale Probleme müssen als Folgeprobleme der Errungenschaften der Moderne identi-  
162 fiziert werden, wobei die Folgekosten den Nutzen übersteigen können.<sup>9</sup> Denn die Mög-  
163 lichkeit, Probleme durch eine immer weitere Ausdifferenzierung zu bewältigen, gerät an  
164 Grenzen;
- 165 5. die „Weltrisikogesellschaft“ potenziert in neuen und komplexen Formen die Herausfor-  
166 derung an politischer Steuerung, sozialer Kompatibilität und gesellschaftlicher Koordi-  
167 nation.<sup>10</sup>

168

169 Neben den angedeuteten Schwachstellen und Fehlern der europäischen Moderne, in der vor  
170 allem technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum zum Selbstzweck wurden, ob-  
171 wohl sie ursprünglich als Wege zur Verwirklichung von Emanzipation und Freiheit verstan-  
172 den wurden, sind der soziale Wandel, die ökologischen Herausforderungen und die ökonomi-  
173 schen Umbrüche entscheidende Gründe, um die Notwendigkeit der sozial-ökologischen  
174 Transformation zu beschreiben. Dabei knüpfen wir an die Theorie des Wiener Wirtschafts-  
175 anthropologen *Karl Polanyi* an, der 1944 die Entbettungsprozesse hin zu einer Marktgesell-  
176 schaft in seiner Langfriststudie als *The Great Transformation* beschrieben hat.<sup>11</sup>

177 Anders als bei Polanyi, der die Transformation – zeitgemäß verständlich – für den National-  
178 staat und die soziale Frage beschrieben hat, müssen wir heute nicht nur die soziale, sondern  
179 auch die ökologische Entbettung sehen und von globalen und kosmopolitischen Zusammen-  
180 hängen ausgehen.<sup>12</sup>

### 181 **1.3 Die Wiederkehr der Wachstumsdebatte**

182 Die multiplen Krisen der Gegenwart haben ihre entscheidende Ursache in einer tiefgreifenden  
183 Erschöpfung des derzeitigen Wirtschaftens. Die Stimmen derer, die die Wachstumsorientie-  
184 rung und Wachstumsabhängigkeit unserer Wirtschaftsweise und Gesellschaftsformation kri-  
185 tisch hinterfragen, werden lauter.

186 Schon 1968 hatte der *Richta-Report* der Prager Akademie der Wissenschaften<sup>13</sup> und 1972 der  
187 *Club of Rome*<sup>14</sup> die Grenzen des Wachstums und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum  
188 und Ressourcenverbrauch sowie die Frage von Wohlstand und Lebensqualität thematisiert.  
189 Nicht nur die Umweltgrenzen, auch die sozialen Schranken des Wachstums durch Konsum-  
190 sättigung und Statusgüter wurden später Gegenstand kritischer Debatten.<sup>15</sup> Zu den Zweifeln  
191 an der prinzipiellen sozialen, vor allem an der ökologischen Verträglichkeit des wirtschaftli-  
192 chen Wachstums gesellten sich die Erfahrungen über die Folgeprobleme stark ungleicher In-  
193 dustriegesellschaften. Zudem haben die Erkenntnisse der Glücksforschung die Annahme rela-  
194 tiviert, dass die stetige Zunahme von Einkommen und materiellen Besitztümern in gleichem

---

<sup>8</sup> Vgl. WWF (2012). Living Planet Report.

<sup>9</sup> Vgl. Sen, Amartya (1990). Der Lebensstandard.

<sup>10</sup> Vgl. Beck, Ulrich (2007). Weltrisikogesellschaft.

<sup>11</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1944). The Great Transformation.

<sup>12</sup> Vgl. Beck (2007).

<sup>13</sup> Vgl. Richta, Radovan et al. (1968). Zivilisation am Scheideweg.

<sup>14</sup> Vgl. Meadows, Dennis et al. (1972). Die Grenzen des Wachstums.

<sup>15</sup> Vgl. Hirsch, Fred (1980). Die sozialen Grenzen des Wachstums.

195 Maße zu einer höheren individuellen Lebenszufriedenheit führt.<sup>16</sup> Gefördert wurde die Rück-  
 196 kehr der Wachstumsdebatte zudem von neuen, detaillierten Erkenntnissen über die planetari-  
 197 schen Belastungsgrenzen.<sup>17</sup>

198 Aus Sorge um die Schädigung des begrenzten Planeten durch grenzenloses Wachstum, aber  
 199 auch aus kulturell-normativen Erwägungen heraus, stellen unterschiedliche Autoren in jünger-  
 200 ter Zeit die Frage, ob und wie *Wohlstand ohne Wachstum* möglich sei<sup>18</sup>. Andere hingegen  
 201 suchen eine programmatische Lösung des Konflikts von Wachstumsorientierung einerseits  
 202 und der Begrenztheit der Ressourcen und Senken der Erde andererseits in einem *Grünen*<sup>19</sup>  
 203 oder *Sozialen Wachstum*<sup>20</sup>. Oder sie grenzen sich grundsätzlich vom Optimismus einer ökolo-  
 204 gischen Modernisierung als allumfassendes Rezept ab und beschreiben den Wachstumszwang  
 205 als konstitutives Element der kapitalistischen Lebens- und Produktionsweise.<sup>21</sup> Allerdings  
 206 muss darauf hingewiesen werden, dass die früheren staatswirtschaftlichen Systeme und diver-  
 207 sen Dritten Wege nicht weniger wachstumsfixiert waren. Von Seiten feministischer Kritike-  
 208 rinnen werden die soziale und ökologische Blindheit der Wachstumsorientierung und ihre  
 209 systemischen Ursachen kritisiert: Ökonomie funktioniere nur an und über Märkte. Nur was  
 210 dort geschehe, gelte als produktiv und wertvoll. Als Arbeit zähle nur Erwerbsarbeit. Unbe-  
 211 zahlte Care-Arbeit würde Frauen zugeschrieben, vom Arbeitsmarkt abgetrennt und nicht als  
 212 wertschöpfende Tätigkeit betrachtet.

213 In einer Rückschau steht außer Frage, dass die Wachstumsentwicklung der letzten beiden  
 214 Jahrhunderte zu einer Verbreitung des gesellschaftlichen Wohlstands und Zunahme von Le-  
 215 bensqualität geführt hat. Der Anspruch auf eine gute Entwicklung ist ein legitimes Recht der  
 216 Gesellschaften, denen eine menschenwürdige Lebensqualität bislang versagt geblieben ist.  
 217 Andererseits gibt es Anzeichen dafür, dass sich der Zusammenhang zwischen Wachstum und  
 218 Wohlstandssteigerung/Lebensqualität in den Industrieländern zunehmend auflöst und ange-  
 219 sichts der Folgen nicht zu rechtfertigen ist.<sup>22</sup>

220 Daher muss an die Stelle der Wachstumsabhängigkeit der Gesellschaften die politische Ge-  
 221 staltung einer nachhaltigen Entwicklung stehen, die auch zum Vorbild für Entwicklungslän-  
 222 der werden kann. Wachstum kann das Ergebnis einer gewünschten Entwicklung sein, aber  
 223 nicht ein Ziel an sich. Zuerst geht es bei der Nachhaltigkeit darum, Antworten auf die Zerstö-  
 224 rung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten  
 225 zu finden. Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen und damit die  
 226 Anreizstrukturen, Gebote und Verbote, innerhalb derer sich Wirtschaft und Gesellschaft qua-  
 227 litativ entwickeln sollen. Wachsen soll das, was sozial und ökologisch verträglich ist;  
 228 schrumpfen muss das, was die soziale und natürliche Mitwelt schädigt.

229 Geringere BIP-Wachstumsraten sind keine grundsätzliche Bedrohung für gesellschaftlichen  
 230 und individuellen Wohlstand. Bereits in den zurückliegenden Jahrzehnten waren die Wachs-  
 231 tumsraten der Industriestaaten deutlich niedriger als die in Schwellenländern, allerdings auf

<sup>16</sup> Vgl. Easterlin, Richard A. (2009). Happiness, Growth and the Life Cycle; oder Frey, Bruno S.; Frey Marti, Claudia (2010). Glück – Die Sicht der Ökonomie.

<sup>17</sup> Vgl. insbesondere die Sachstandberichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), zuletzt IPCC (2007).

<sup>18</sup> Vgl. beispielsweise: Jackson, Tim (2010). Wohlstand ohne Wachstum; Miegel, Meinhard (2010). Exit; Paech, Niko (2012). Befreiung vom Überfluss; Loske, Reinhard (2010). Abschied vom Wachstumszwang.

<sup>19</sup> Vgl. UNEP (2011). Towards a Green Economy; OECD (2011). Towards Green Growth.

<sup>20</sup> Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2011). Soziales Wachstum.

<sup>21</sup> Vgl. Wissen, Markus (2011). Vom Neoliberalismus zum „grünen Kapitalismus“?; Brand, Ulrich (2012). Wachstum und Herrschaft.

<sup>22</sup> Als ein Beispiel für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandsentwicklung vgl. den differenzierten Überblick über die Verbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse trotz stabiler Wachstumsentwicklung in Europa von Allmendinger, Jutta et al. (2012).

232 einem sehr viel höheren Niveau, so dass absolut gesehen das mengenmäßige Wachstum im-  
233 mer noch sehr hoch war. Unsere Gesellschaft hat in Schlüsselbereichen, was ein nachhaltiges  
234 Wirtschaften betrifft, wichtige Innovationen wie ressourceneffiziente Technologien, Produk-  
235 tionsverfahren oder Materialien oder das EEG hervorgebracht, aber sie ist noch weit von einer  
236 nachhaltigen Entwicklung entfernt. Das Wohlstandsniveau eines großen Teils der Bevölke-  
237 rung ist hoch, alarmierend sind aber die zunehmenden sozialen Unterschiede und die ökologi-  
238 schen Gefahren. Die Institutionen des Sozialstaates geraten in Stagnations- oder Rezessions-  
239 phasen schnell unter massiven Druck. Deshalb stellt sich die Frage, wie die Sozialstaatsmo-  
240 delle ohne eine wachstumsabhängige Politik gestärkt und zukunftsfähig werden können.

#### 241 **1.4 Pfadwechsel für neuen Wohlstand**

242 Grundlegend für eine Politik unter den Bedingungen niedrigen oder gar ausbleibenden  
243 Wachstums muss die Beschreibung dessen sein, was gesellschaftlicher Wohlstand ist. Diese  
244 Erkenntnis ist eine Aufforderung an eine Politik, die Verteilungsfrage stärker in den Vorder-  
245 grund zu rücken anstatt eine illusionäre Politik der Rückkehr zu hohen Wachstumsraten um  
246 jeden Preis zu verfolgen. Eine sozial-ökologische Transformation sollte deshalb folgendes  
247 leisten:

- 248 • Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft;
- 249 • mehr europäische Kooperation im Sinne der Nachhaltigkeit;
- 250 • Förderung sozial-ökologischer Entwicklungsmodelle. Dies kann durch eine Verteilungs-  
251 politik gelingen, welche die Binnennachfrage und regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt,  
252 hohe Vermögen und Einkommen stärker zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Auf-  
253 gaben heranzieht, Investitionen in Umwelt, Bildung und Infrastruktur ausweitet, eine  
254 energie- und ressourceneffiziente Modernisierung der Wirtschaft und Technologien vor-  
255 antreibt und Leitmärkte für nachhaltige Zukunftstechnologien fördert;
- 256 • die absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch;
- 257 • eine höhere Integrations-, Aufnahme- und Verarbeitungstoleranz gesellschaftlicher Teil-  
258 systeme bei sinkenden Wachstumsraten. Es muss gelingen, den Arbeitsmarkt, die Sozial-  
259 systeme und die öffentlichen Haushalte vom Wachstum abzukoppeln.

260 Die Herausforderung der sozial-ökologischen Transformation auf eine nachhaltige Entwick-  
261 lung ist angesichts vielfältiger Krisentendenzen und hoher Pfadabhängigkeiten ebenso drän-  
262 gend wie groß. Die Zeit wird knapp, denn das Umsteuern auf eine nachhaltige Entwicklung  
263 ist ein tiefer Eingriff, da es nicht um Teilkorrekturen geht, auch nicht um eine Feinanpassung  
264 in der Rahmensetzung oder um die graduelle Adaption bestehender Routinen und Institutio-  
265 nen. Eine sozial-ökologische Transformation und der Pfadwechsel in der politischen Regulie-  
266 rung lassen sich nicht allein technisch-ökonomisch bewerkstelligen, sondern sind eine politi-  
267 sche, gesellschaftliche und sozio-kulturelle Herausforderung. Technologien müssen sich  
268 nachhaltig entwickeln, wie auch Governance und Lebensstile. Die Transformation erfordert  
269 die gesamte Bandbreite der Ordnungs- und Gestaltungspolitik sowie neue Konzepte einer  
270 nachhaltigen Arbeitswelt und nachhaltiger Konsum- und Lebensstile.

271 Jede Verzögerung erhöht die Umbaukosten und verringert die Umbauchancen. Umgekehrt  
272 können die Anpassungskosten durch entschiedenes und global konzertiertes Eingreifen auf  
273 ein beherrschbares Maß gesenkt werden.<sup>23</sup> Die Transformationsperspektive ist nicht nur eine  
274 Alternative zum „Business as usual“, sondern auch zur bloßen Effizienzsteigerung und Opti-  
275 mierung. Ein solcher Pfadwechsel ist kein apokalyptisches Untergangsszenario, das letztlich

---

<sup>23</sup> Vgl. Stern, Nicholas (2006). Review on the Economics of Climate Change.

276 in politische Apathie mündet. Die sozial-ökologische Transformation ist die angemessene  
277 Reformperspektive für die heutigen Herausforderungen.

278 Vielversprechende Optionen einer gelingenden Transformation bieten die Anreize für einen  
279 Pfadwechsel, der die Angst vor neuen Wegen nimmt. Ein solcher Pfadwechsel lässt sich nicht  
280 einfach vorschreiben und von oben (bottom-up) implementieren. Die Ausweitung der Demo-  
281 kratie gehört unverzichtbar dazu. Die Fähigkeit demokratischer Gesellschaften zur Reflektion,  
282 Evaluation und Fehlerkorrektur gehört zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Der Pfadwechsel  
283 ist eine gemeinsame Anstrengung. Unerlässlich ist die Verknüpfung mit gegenwärtigen Er-  
284 fahrungswelten und Wertmustern, zumal gerade in der Ökologiefrage die Kluft zwischen  
285 grundsätzlichen Einstellungen und tatsächlichem Verhalten enorm groß ist. Die demokrati-  
286 sche Gestaltung des Pfadwechsels basiert auf der Einsicht, dass die sozial-ökologische Trans-  
287 formation zu einem aufgeklärten Realismus gehört.

288 Die Erkenntnis der multiplen Krisen als Ausgangspunkt für einen neuen Fortschritts- und  
289 Wohlstandsbegriff und für eine Transformation zur nachhaltigen Entwicklung prägt die fol-  
290 genden Kapitel. Es wird dargestellt, ob und in welcher Weise zum Beispiel die Einkommens-  
291 verteilung, die Beschäftigungsverhältnisse, der Sozialstaat oder das Bildungssystem auf Wirt-  
292 schaftswachstum angewiesen sind und welche Potentiale zur Mehrung von Wohlstand und  
293 Lebensqualität sie in einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besitzen. Zu-  
294 vor beschreiben wir einleitend die Phasen in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung  
295 der Nachkriegszeit, auch um die Notwendigkeit, ja die Alternativlosigkeit einer sozial-  
296 ökologischen Transformation zu begründen.

297

## 298 **2 Wirtschaftswachstum: Grundlagen**

### 299 **2.1 Was ist das Bruttoinlandsprodukt?<sup>24</sup>**

300 In der gegenwärtigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und auch der öffentlichen De-  
 301 batte dient das „Bruttoinlandsprodukt“ (BIP) als zentrale Kennziffer für die wirtschaftliche  
 302 Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Es entsteht durch das Zusammenspiel mehrerer  
 303 Faktoren, namentlich von Arbeit, Wissen, Innovationen, Kapital, Rohstoffen und Energie.  
 304 Diese Faktoren gehen unterschiedliche Verbindungen ein, wodurch das Wachstum des BIP  
 305 eher als extensiv oder intensiv angesehen werden kann. Intensives BIP-Wachstum hängt vor-  
 306 wiegend von gesteigertem Wissens- und Innovationseinsatz (Steigerung der Produktivität) ab,  
 307 extensives hingegen vom vermehrten Einsatz der übrigen Faktoren.

308 Der Einsatz des Faktors Arbeit ergibt sich vor allem aus der demographischen Entwicklung,  
 309 der Arbeitszeit pro Arbeiter sowie der Erwerbsbeteiligung von unterschiedlichen Bevölke-  
 310 rungsgruppen. Das zur Verfügung stehende Kapital bestimmt sich aus früheren und aktuellen  
 311 Investitionen. Zentral ist in industrialisierten Volkswirtschaften der Faktor Technologie, also  
 312 der Umfang und die Qualität des technischen Wissens. Dies wurde in traditionellen Wachs-  
 313 tumsmodellen der Einfachheit halber als gegeben angenommen (sogenanntes „exogenes  
 314 Wachstum“). Heute wird „Wissen“ in der Wirtschaftswissenschaft jedoch als endogene Vari-  
 315 ablen verstanden, die über Innovationen, Investitionen in modernisiertes Sachkapital sowie  
 316 Bildung und berufliche Qualifikation beeinflusst werden können (sogenanntes „endogenes  
 317 Wachstum“).

318 Als zentrale ökonomische Kennziffer gibt das BIP den Gesamtwert aller Güter (Waren und  
 319 Dienstleistungen) in Geldeinheiten an, die in einem bestimmten Zeitraum im Inland (von In-  
 320 wie von Ausländern) hergestellt wurden. Es werden allerdings nur die Preise jene Güter ge-  
 321 zählt, die dem Endverbrauch dienen. Ansonsten würden Güter, die als Vorleistungen in die  
 322 weitere Produktion eingehen, doppelt gezählt: beispielsweise der Wert eines Autorades beim  
 323 Reifenproduzenten und dann noch einmal im Verkaufspreis der fertigen Autos.

324 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist

- 325 (1.) der Wert (in Geldeinheiten) der
- 326 (2.) im Inland
- 327 (3.) in einem bestimmten Zeitraum
- 328 (4.) über „den Markt“ produzierten Waren und Dienstleistungen
- 329 (abzüglich Vorleistungen)

330 Ein spezielles Problem bei der Erfassung produzierter Werte liegt bei sogenannten Nicht-  
 331 marktproduzenten vor, also hauptsächlich dem Staat einschließlich der Sozialversicherungen:  
 332 Da hier Leistungen unentgeltlich abgegeben werden, liegen keine Marktpreise vor, die erfasst  
 333 werden könnten. Hilfsweise wird der Aufwand für Arbeitnehmerentgelte und Abschreibungen  
 334 (also der Wertverlust der Bauten und Ausrüstungen im Laufe der Zeit) als Maß für die Wert-  
 335 schöpfung genommen. Damit wird bei diesem Verfahren im Unterschied zu über den Markt

---

<sup>24</sup> Bei der Erstellung dieses Textes wurden Textbausteine aus folgenden Publikationen verwendet: Statistisches Bundesamt (2007): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: 22; Krämer, Ralf (2010). Wachstumskritik oder sozialistische Politik?

336 gehandelten Gütern jedoch unterstellt, dass die Konsumenten für die Leistungen gerade die  
 337 Herstellungskosten und die Abschreibung zahlen würden. Wohlstandssteigernde Wirkungen,  
 338 die sich in einem Preisaufschlag niederschlagen würden (sogenannte „Konsumentenrente“),  
 339 bleiben hier somit unberücksichtigt.

340 Grundsätzlich ermittelt das Statistische Bundesamt das BIP nach international weitgehend  
 341 einheitlichen Standards monatlich über drei Wege: die Entstehungs-, die Verteilungs- und die  
 342 Verwendungsrechnung. Die *Entstehungsrechnung* erfasst die Wertschöpfung direkt in den  
 343 einzelnen Wirtschaftsbereichen (in der Land- und Fortwirtschaft, im produzierenden Gewerbe  
 344 und im Dienstleistungsbereich). Bei der *Verwendungsrechnung* ergibt sich das BIP als Sum-  
 345 me aus den gesamten Ausgaben für den Konsum (privater und öffentlicher), den Investitionen  
 346 und dem Außenbeitrag (Exporte minus Importe). Mit der *Verteilungsrechnung* wird das BIP  
 347 schließlich als Summe von Arbeits-, Gewinn- und Vermögenseinkommen ermittelt. Da alle  
 348 drei Ermittlungsarten zu einem einheitlichen Wert kommen müssen, werden Erfassungsfehler  
 349 und -probleme (insbesondere bei der Verteilungsrechnung) im Rahmen eines kreislaufmäßi-  
 350 gen Abstimmungsprozesses korrigiert. Gegenwärtig entstammen in Deutschland etwa 30 Pro-  
 351 zent der Wertschöpfung den materiellen Waren produzierenden Sektoren des Verarbeitenden  
 352 Gewerbes, des Baugewerbes, des Bergbaus und der Landwirtschaft. Das Gros der Wertschöp-  
 353 fung wird jedoch bereits seit Anfang der 1970er Jahre im Dienstleistungssektor einschließlich  
 354 des öffentlichen Dienstes erwirtschaftet. Heute liegt der Anteil bei etwa 70 Prozent.

## 355 2.2 Erfassungsprobleme des BIP und seiner Veränderung

356 Auch wenn das BIP als Maß der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft gilt, werden  
 357 weite Teile der tatsächlichen Leistung gar nicht erfasst, obwohl sie von grundlegender Bedeu-  
 358 tung für alle wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Aktivitäten sind. Dies gilt für alle Arbei-  
 359 ten, die legal, aber unbezahlt im Bereich der privaten Haushalte (unter anderem Sorgearbeit  
 360 <sup>25</sup>), in Organisationen ohne Erwerbszweck oder in Form von Ehrenämtern erfolgen. Schät-  
 361 zungen gehen davon aus, dass bei einer Erfassung dieser nicht über Märkte laufenden Haus-  
 362 haltsproduktion das BIP um rund ein Drittel höher liegen würde.<sup>26</sup> Diese Nichterfassung erschwert  
 363 auch den Vergleich mit anderen Ländern, in denen – etwa wegen einer höheren  
 364 Erwerbstätigenquote der Frauen – mehr Haushaltsproduktion über den Markt erwirtschaftet  
 365 wird (sog. „Marketization“).<sup>27</sup>

366 Auch alle Leistungen, die – illegal – im Bereich der Schattenwirtschaft („schwarz“) im Rah-  
 367 men nicht registrierter Erwerbstätigkeit erfolgen, werden lediglich durch Schätzungen ver-  
 368 sucht zu erfassen. Untersuchungen gehen davon aus, dass dennoch bis zu 17 Prozent an er-  
 369 folgten Leistungen im Bereich der Schattenwirtschaft sich nicht im BIP widerspiegeln.<sup>28</sup>

370 Bereits die Erfassung des BIP ist also mit erheblichen Problemen verbunden, so dass das je-  
 371 weils ausgewiesene BIP bei weitem nicht die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit  
 372 widerspiegelt. Auch bei der Feststellung des BIP-Wachstums, also inwieweit sich das BIP im  
 373 Zeitablauf verändert, zeigen sich erhebliche Schwierigkeiten. Der BIP-Berechnung liegen wie

---

<sup>25</sup> Sorgearbeit oder Care-Arbeit umfasst Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere sorgen bzw. die alltägliche Versorgung anderer Menschen sicherstellen (zum Beispiel Pflege oder Kindererziehung). Vgl. Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; Winterfeld, Uta von (2012). Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität.

<sup>26</sup> Die Eigenproduktion im Haushalt wurde hierbei mit dem Nettolohn einer Hauswirtschafterin bewertet. Vgl. Statistisches Bundesamt (2003). Wo bleibt die Zeit?: 13.

<sup>27</sup> Vgl. Schettkat, Ronald (2012). Dienstleistungen zwischen Kostenkrankheit und Marketization.

<sup>28</sup> Vgl. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW); Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) (2010). Abschätzung des Ausmaßes der Schwarzarbeit: 96.

374 beschrieben keine unveränderlichen Größen wie Mengen, Gewichte oder Volumen zugrunde.  
375 Wäre das der Fall, könnte zweifelsfrei und objektiv festgestellt werden, ob es im Zeitverlauf  
376 sinkt, konstant bleibt oder wächst. Güter gehen aber in der Regel mit ihren jeweiligen Markt-  
377 preisen in die Berechnung ein, und diese sind abhängig von Preisveränderungen. Steigen die  
378 Preise beispielweise um fünf Prozent, erhöht sich auch bei gleich bleibender Güterproduktion  
379 das nominale BIP um fünf Prozent. Um festzustellen, wie sich das BIP gegenüber der Vorpe-  
380 riode tatsächlich, also „real“ verändert hat, müssen reine Preisveränderungen heraus gerechnet  
381 werden, d.h. das „nominale“ BIP muss in ein „reales“ BIP umgerechnet werden. Dazu wird  
382 versucht, alle Waren und Dienstleistungen zu den Preisen eines Basisjahres zu bewerten  
383 („BIP zu konstanten Preisen“).

384 Dieser Umrechnungsprozess vom nominalen in das reale BIP stellt die amtliche Preisstatistik  
385 vor Probleme, da sich viele Produkte von Erhebungszeitraum zu Erhebungszeitraum erheblich  
386 verändern. Reine Preisänderungen sind nur dann zweifelsfrei festzustellen, wenn ein Waren-  
387 korb einmal definiert ist und die darin befindlichen Güter sich nicht verändern. In dem Fall  
388 misst ein festgestellter höherer Preis des aktuellen Warenkorbs gegenüber dem vorangegan-  
389 gen exakt die Preissteigerung.

390 Anders sieht es aus, wenn sich die Qualität der Produkte ändert und sie in ihrer ursprüngli-  
391 chen Form nicht mehr erhältlich sind. In dem Fall kann eine festgestellte Preiserhöhung eines  
392 Gutes gegenüber dem vorangegangenen Erhebungszeitraum nicht mehr als „reine“ Preiserhö-  
393 hung gewertet werden. Die Statistiker versuchen in diesem Fall den Geldwert der veränderten  
394 Güterqualität zu bestimmen. Dazu stehen verschiedene Verfahren zur Verfügung.<sup>29</sup> Der auf  
395 diese Weise ermittelte „Mehrwert“ des Produkts wird dann von dem ermittelten höheren Preis  
396 abgezogen. Kostet beispielsweise ein Laptop gegenüber der vorangegangenen Erhebung statt  
397 500 Euro nun 550 Euro oder ein bestimmtes Auto statt 20.000 Euro 22.000 Euro würde dies  
398 ohne Qualitätsbereinigung als ein Preisanstieg von 10 Prozent erfasst. Laptop und Auto gin-  
399 gen dann mit lediglich 500 Euro bzw. 20.000 Euro in die Berechnung des realen BIP ein.  
400 Stellen die Statistiker aber im Zuge der Qualitätsbereinigung fest, dass der Laptop wie das  
401 Auto auch zum Beispiel eine um zehn Prozent höhere Ausstattung bzw. „Qualität“ besitzen,  
402 gingen sie mit 550 Euro bzw. 22.000 Euro in das reale BIP ein. Die Qualitätsbereinigung stei-  
403 gert also das reale BIP. Es hängt aber von dem angewandten Verfahren ab, wie viel des je-  
404 weils festgestellten höheren Preises als reine Preissteigerung (= niedriger realer Beitrag des  
405 Gutes zum BIP) und wie viel als Folge von Ausstattungsveränderungen (= höherer realer Bei-  
406 trag des Gutes zum BIP) erfasst wird. Das Statistische Bundesamt hat darauf hingewiesen,  
407 dass die in jüngster Zeit stärker eingesetzte hedonische Methode „in bestimmten Fällen zu  
408 stärkeren gemessenen Preisrückgängen und damit zu größeren Zuwächsen beim realen Brut-  
409 toinlandsprodukt [führt] als bei der Anwendung traditioneller Verfahren der Qualitätsbereini-  
410 gung.“<sup>30</sup>

411 Die Qualitätsbereinigung dient also dazu, bei der Berechnung des realen BIP reine Preisände-  
412 rungen von jenen Preisänderungen rechnerisch zu trennen, die auf der qualitativen Verände-

---

<sup>29</sup> Neben der „Ausstattungsbereinigung“, in der versucht wird den Wert zusätzlicher Ausstattung abzuschätzen und dem Preis zuzuschlagen, gibt es das Verfahren der „Verkettung im überlappenden Zeitraum“ bei dem zu den einzelnen Gütern immer auch Ersatzprodukte mitbeobachtet werden, auf die im Falle einer Produktänderung umgestiegen werden kann. Als jüngstes Qualitätsbereinigungsverfahren werden sogenannte „hedonische Methoden“ angewendet, bei der mittels Regressionsanalysen ein quantitativer Zusammenhang zwischen dem Verkaufspreis und den Qualitätsmerkmalen von Gütern hergestellt wird. Vgl. zur Erläuterung Lint, Stefan / Eckert, Gudrun: Zur Einführung hedonischer Methoden in der Preisstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 10, 2002, S. 857-863.

<sup>30</sup> Ebd., S. 858.

413 rung bestimmter Eigenschaften beruhen. Hieraus kann allerdings nicht einfach geschlossen  
414 werden, dass ein festgestelltes Wachstum des realen BIP vor allem Qualitätssteigerungen ab-  
415 bildet, zumal eine Qualitätsbereinigung nur bei vergleichsweise wenigen Gütern stattfindet.  
416 Sowohl Quantitäts- wie Qualitätssteigerungen sind für die Höhe und das Wachstum des realen  
417 BIP verantwortlich. Eine Zerlegung des Produktionsprozesses in quantitative und qualitative  
418 Komponenten ist nicht möglich.<sup>31</sup>

419 Dass die Anwendung von Qualitätsbereinigungsverfahren und in deren Folge ein festgestell-  
420 tes höheres BIP nicht per se mit einer höheren Qualität des BIP verwechselt werden darf,  
421 macht folgendes Beispiel deutlich: Wird beispielsweise im Zuge der Qualitätsbereinigung  
422 festgestellt, dass sich der um zehn Prozent höhere Preis eines Autos durch den serienmäßigen  
423 Einbau einer Klimaanlage, einer Sitzheizung, eines Tempostaten oder einer Einparkhilfe  
424 ergibt, so bleibt hier unklar, inwieweit diese zusätzlichen Attribute eine höhere Qualität für  
425 den Käufer bedeuten. Obwohl er gar nicht die Wahl hatte und diese Zusatzpakete möglicher-  
426 weise gar nicht oder allenfalls teilweise als Qualitätssteigerung sieht, geht das Auto mit einem  
427 höheren realen Wert in die BIP-Berechnung ein. Hinzu kommt ein weiteres grundlegendes  
428 Problem: Eine Verschlechterung der Produktqualität (z.B. weniger haltbare Bauteile) oder  
429 sogar ein eingebauter geplanter Verschleiß werden durch die vorhandenen Bereinigungsver-  
430 fahren gar nicht erfasst. Insofern mindern sie auch nicht den Wert des in das reale BIP einge-  
431 gehenden Gutes. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus der Anwendung von Quali-  
432 tätsbereinigungsverfahren nicht der Fehlschluss gezogen werden darf, das Wachstum des BIP  
433 sei heute vor allem qualitativer statt quantitativer Natur.

434 Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang auch die Frage diskutiert, inwieweit das tatsäch-  
435 liche wirtschaftliche Wachstum von einer Steigerung des BIP unterschieden werden muss, das  
436 sich als Folge hoher Vermögenspreissteigerungen v.a. im Immobilien- und im Wertpapiersektor  
437 ergibt („Kapitalmarktblase“). Da es sich beim BIP aber nicht um eine Bestandsgröße, wie  
438 etwa das Anlagevermögen, sondern um eine Stromgröße handelt, spielen Preissteigerungen  
439 bei Immobilien und Wertpapieren unmittelbar keine Rolle für die Höhe des BIP. Im BIP wer-  
440 den wie bereits dargestellt nur Werte erfasst, die in einem Zeitraum jeweils neu produziert  
441 werden (sozusagen „strömen“). Hiermit ist freilich auch verbunden, dass negative Verände-  
442 rungen im gesamtgesellschaftlichen Vermögen nicht erfasst werden (etwa Gebäude- und Ma-  
443 terialschäden durch Luftverschmutzung; Vermögensverluste durch immissionsbedingte Schä-  
444 digung der Natur, Naturverluste unter anderem durch Artensterben und Wohlfahrtsverluste  
445 etwa durch den sinkenden Erholungswert der Umwelt).

446 Wenn sich Preisblasen bei Immobilien und Wertpapieren auch nicht unmittelbar im BIP nie-  
447 derschlagen, gibt es gleichwohl mittelbare Wirkungen auf das BIP. In der Vergangenheit war  
448 etwa zu beobachten, dass hohe Preissteigerungen im Immobiliensektor zu einer vermehrten  
449 Bautätigkeit geführt haben, die auf einer sich ausweitenden Kreditvergabe beruhte. Ursache  
450 für diese vermehrte Bautätigkeit war aber kein realer Bedarf, sondern vielfach die Spekulation  
451 auf hohe Wertsteigerungen der Immobilien und daraus zu erzielende Gewinne. Bricht diese  
452 Preisentwicklung aber plötzlich ab, platzt also die Preisblase, geraten Finanzierungen ins  
453 Wanken und Immobilien erweisen sich als unverkäuflich. Die Bauruinen in Spanien und den

---

<sup>31</sup> In einer E-Mail an die Enquete-Kommission vom 20.6.2012 bestätigt das Statistische Bundesamt diese Einschätzung: „Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermitteln das Bruttoinlandsprodukt als Ergebnis des Produktionsprozesses und dessen Veränderung im Zeitverlauf. Es gibt darüber hinaus auch Informationen über den Einsatz der Produktionsfaktoren (z. B. Erwerbstätige bzw. Arbeitsstunden sowie den Kapitalstock) und daraus abgeleitet partielle Produktivitäten. Allerdings ist eine Zerlegung des Produktionsprozesses auf die (...) angesprochenen Kategorien meines Erachtens nicht machbar, also insbesondere die Unterscheidung zwischen gesteigerter Qualität, zunehmender Produktvielfalt und ‚immer mehr vom Gleichen‘.“



454 USA zeugen von diesen Fehlspekulationen. Dennoch haben sie zeitweise zu einem höheren  
455 BIP-Wachstum und in der Folge wiederum zu höheren Wachstumserwartungen beigetragen.  
456 Diese Fehleinschätzungen können wiederum sowohl im Privatsektor als auch im öffentlichen  
457 Sektor zu überhöhten Einnahmeerwartungen führen und nicht-tragfähige Schuldenstände zur  
458 Konsequenz haben. Beim Platzen einer Blase, wie Anfang diesen Jahrtausends oder erneut im  
459 Jahr 2007/2008, die der Auslöser der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise war, erleidet eine  
460 Volkswirtschaft dann massive Einschnitte beim BIP. Die Gewinner des vorangegangenen  
461 Booms werden dann oft nur mittelbar an den Kosten der Rezession beteiligt – die Lasten trägt  
462 die Volkswirtschaft insgesamt.

463 Es ist im Vorhinein allerdings schwer zu beurteilen, ob ein beobachtetes BIP-Wachstum eine  
464 angemessene „reale“ Wertsteigerung oder eine Blase abbildet. Tatsächlich bedarf es einer  
465 Vielzahl von gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, die aussagekräftige Hinweise darauf geben,  
466 ob eine Situation „dauerhaft“ oder „nicht dauerhaft“ ist.

### 467 **2.3 Das BIP als Wohlstandsindikator**

468 Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass das BIP ein sehr unvollständiger Indikator selbst  
469 für die vorhandene Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist. Da es bereits weite Arbeits-  
470 bereiche der Sorgearbeit, der Freizeit und der ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht erfasst, kann  
471 es kaum oder allenfalls nur sehr behelfsmäßig ein Maßstab für den Wohlstand einer Gesell-  
472 schaft sein. Trotz des Versuchs, Qualitätsveränderungen bei der Berechnung des realen BIP  
473 zu erfassen, erlauben die im BIP erfassten produzierten Güter und Dienstleistungen letztlich  
474 keine Aussage darüber, inwieweit gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden. Berück-  
475 sichtigt werden nämlich nur Bedarfe, die als zahlungsfähige Nachfrage geäußert werden  
476 (können). Über die für die Höhe des Wohlstands zentrale Frage, wer über welche Einkommen  
477 verfügt, also über die Einkommens- und Vermögensverteilung, wie auch über das Ausmaß an  
478 Zeitwohlstand gibt das BIP keine Auskunft. Für den Wohlstand entscheidend sind zudem der  
479 Grad der Vermachtung der Märkte, was die Preise von Gütern beeinflusst, und auch das  
480 Ausmaß der Konsumentensouveränität, die durch Werbung und Marketing eingeschränkt  
481 wird,<sup>32</sup> deren Aufwendungen aber sogar das nominale wie das reale BIP steigern.<sup>33</sup>

482 Weitere Kritikpunkte am BIP als Wohlstandsindikator sind, dass soziale und ökologische  
483 Kosten des Produktionsprozesses wie Krankheiten, Unfälle oder die Beseitigung von Um-  
484 weltkatastrophen sich steigernd auf das BIP auswirken: Wenn durch die Bearbeitung solcher  
485 Schädigungen etwa durch Medizin oder Umweltschutzmaßnahmen Einkommen entstehen,  
486 steigern diese das BIP. All dies macht deutlich, dass das BIP nur bedingt als Wohlstandsindi-  
487 kator für eine Gesellschaft geeignet ist. Dies gilt insbesondere für fortgeschrittene Gesell-  
488 schaften: Solange die Wirtschaftsleistung und damit das BIP pro Kopf noch sehr niedrig ist,  
489 elementare Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht befriedigt werden,  
490 ist von einem engen Zusammenhang zwischen der Steigerung des BIP und der Steigerung des  
491 Wohlstands auszugehen. Mit steigendem BIP pro Kopf löst sich dieser Zusammenhang je-  
492 doch immer weiter auf. Auf diesen Zusammenhang weist aktuell auch der Schweizer Ökonom

---

<sup>32</sup> Ein Zweck von Werbung ist, das kritisch-rationale Urteilsvermögen der Verbraucherin oder des Verbrauchers mittels Aktivierung psychologischer Wirkungszusammenhänge zu umgehen und sie oder ihn zu möglichst hohem Konsum zu veranlassen. Vgl. hierzu Reuter, Norbert: *Ökonomik der „Langen Frist“*. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg 2000, S. 371f. Vgl. auch Galbraith, John Kenneth: *Gesellschaft im Überfluß* (1958), München/Zürich 1970, S. 147 und 163.

<sup>33</sup> Nach Angaben des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) betragen allein die Ausgaben für Werbung – für Honorare/Gehälter, für Werbemittelproduktion sowie für mediale Verbreitung der Werbung – im Jahr 2011 knapp 30 Mrd. Euro.

493 und Pionier der ökonomischen Theorie der Politik und der ökonomischen Glücksforschung  
494 Bruno S. Frey hin: „Lange Zeit war das Wohlbefinden der Menschen maßgeblich durch die  
495 wirtschaftliche Aktivität bestimmt. (...) Seit kurzem hat sich das menschliche Wohlbefinden  
496 allerdings von der nur materiellen Güterversorgung getrennt. Andere Aspekte des Lebens sind  
497 zunehmend wichtig geworden.“<sup>34</sup> Hierbei kann sich Frey auf jüngere Ergebnisse der „Glücks-  
498 forschung“ stützen, wonach in reichen Volkswirtschaften mit steigendem BIP kein Anstieg  
499 der Lebenszufriedenheit mehr gemessen werden kann.

500 Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ist deshalb auch damit  
501 beauftragt einen das BIP ergänzenden Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator zu entwickeln  
502 (vgl. Bericht der Projektgruppe 2).

## 503 **2.4 BIP-Wachstum und Umweltfolgen**

504 Das Wachstum des BIP ist nicht per se gleichbedeutend mit zunehmendem Ressourcenver-  
505 brauch. Vielmehr ist eine Entkopplung des Ressourcenverbrauchs und des implizierten und  
506 Umweltverbrauchs vom Wachstum der Wertschöpfung möglich. Grundsätzlich kann zusätzli-  
507 che Wertschöpfung und damit ein steigendes BIP mit einer erheblichen Verringerung der  
508 Umweltbelastung einher gehen. Dies kann durch Effizienzsteigerung der Ressourcennutzung  
509 und die Substitution nicht erneuerbarer Rohstoffe geschehen, wobei die Produkte nach ihrer  
510 Nutzung wieder verwertbar oder biologisch abbaubar sein sollten. Möglich sind auch struktu-  
511 relle Veränderung, vom Strukturwandel in Richtung auf Dienstleistungen und wissensintensi-  
512 ve Produkte bis hin zur Veränderung von Infrastrukturen und letztlich auch Lebensstilen. Ein  
513 solcher ökologischer Umbau muss die Produktions- und Lebensweise auf eine neue Grundla-  
514 ge stellen.

515 Tatsächlich ist das bestehende Produktionsmodell noch weitgehend das ressourcen- und um-  
516 weltintensive Wachstumsmodell, das sich im 20. Jahrhundert entwickelt hat. Seine Basis wa-  
517 ren einerseits billig verfügbare Rohstoffe und Energien. Zugleich war die Abgabe von Schad-  
518 stoffen lange Zeit nicht mit Kosten verbunden. Unternehmer hatten mithin kaum Anreize die  
519 resultierenden ökologischen Folgen zu vermeiden. Ebenso unterlagen natürliche Ressourcen  
520 und ökologische Dienstleistungen, die als Gemeingüter gratis in Anspruch genommen wur-  
521 den, einer Überbeanspruchung. Regeln für ihre nachhaltige Nutzung fehlten. Wegen fehlender  
522 Anreizstrukturen haben wir es hier mit einem klassischen Marktversagen zu tun.

523 Die Umweltfolgen dieses Wachstumsmusters haben Schadenseffekte verursacht, die – auch  
524 im Zeichen eines globalen Wertewandels – zunehmend als nicht mehr hinnehmbar angesehen  
525 werden. Bei den nicht erneuerbaren Rohstoffen ist es seit Beginn des 21. Jahrhunderts teils zu  
526 erheblichen Preissteigerungen gekommen. Insgesamt ist das ressourcenintensive Wachs-  
527 tumsmodell des 20. Jahrhunderts unter einen erheblichen Anpassungszwang geraten. Dieser  
528 manifestiert sich als krisenhafte Herausforderung (s. unten 3.3) aber auch als ökonomische  
529 Chance. Eine massive Steigerung der Ressourcenproduktivität ist nicht nur möglich, sie bietet  
530 vielfältige Chancen (s. Abschlussbericht der Projektgruppe 3).

531 Höhere volkswirtschaftliche Ressourceneffizienz im Sinne von weniger Ressourcenaufwand  
532 für die Produktion der gleichen Güter würde nicht ausreichen, da sie teilweise oder ganz  
533 durch eine Steigerung der Gütermenge wieder aufgewogen wird (Wachstums- und Rebound-  
534 Effekt). Deshalb kommt es neben dem Übergang zu erneuerbaren Ressourcen auch darauf an,

---

<sup>34</sup> Bruno S. Frey: Wachstum, Wohlbefinden und Wirtschaftspolitik, in: Roman Herzog Institut, Position Nr. 13, München 2012.

535 dass die Produktionsstruktur sich ändert. Andere Güter, vor allem Dienstleistungen und In-  
536 formationen, müssen produziert werden, die weniger Ressourcen verbrauchen.

537 Zu beachten ist in dem Zusammenhang allerdings, dass auch Lebens- und Produktionsprozes-  
538 se, die nicht ins BIP eingehen, eine stofflich-energetische Seite haben. Der Endenergiever-  
539 brauch der privaten Haushalte (ohne Energiegehalt der Konsumgüter), deren „Produktion“  
540 bzw. Leistungen nicht ins BIP einfließen, beträgt z.B. ein Viertel des gesamten Endenergie-  
541 verbrauchs.

542 Deutschland hat in den letzten Jahren eine relative Entkopplung der Schadstoffemissionen  
543 vom BIP-Wachstum erreicht und damit positive wirtschaftliche Erfahrungen gemacht. Auch  
544 der Rohstoffverbrauch war rückläufig. Allerdings verdecken Erfolge bei der relativen Ent-  
545 kopplung, dass zwar die inländische Rohstoffentnahme zurückgegangen ist, aber ressourcen-  
546 intensive Produktionsprozesse immer mehr ins Ausland verlagert werden. So warnt das Statis-  
547 tische Bundesamt vor einer einseitigen Erfolgsbilanz aufgrund von gestiegenen Energie- und  
548 Ressourcenproduktivitäten: „Beispielsweise wurde die festgestellte Erhöhung der Energie-  
549 produktivität zu einem erheblichen Teil nicht auf einen sparsameren Umgang mit der Energie  
550 in den einzelnen Branchen erreicht, sondern ist auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zu-  
551 rückzuführen. Ebenso ist z. B. der festgestellte Anstieg der Rohstoffproduktivität in der Ver-  
552 gangenheit nicht auf einen im Durchschnitt sparsameren Einsatz der Rohstoffe zurückzuführen,  
553 sondern auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen und da-  
554 rauf, dass der Materialeinsatz zunehmend durch Importe gedeckt wurde. Was die positive  
555 Entwicklung bei den Treibhausgasen angeht, ist zu berücksichtigen, dass Deutschland unter  
556 den Industrienationen weiterhin zu den größten Emittenten gehört.“<sup>35</sup>

557 Der „grüne“ Sektor hatte 2011 einen Anteil von 11 Prozent am BIP (BMU 2012, BMU/UBA  
558 2011). Allerdings ist es global – von einigen Schadstoffen abgesehen – nicht zu einer derarti-  
559 gen Entkopplung gekommen. Die Kohlenstoffintensität des globalen Wirtschaftswachstums  
560 hat sogar zugenommen. Die notwendige und weitgehende Entkopplung von Wertschöpfung  
561 und Naturbeanspruchung steht global erst am Anfang und bleibt eine langfristige existenzielle  
562 Herausforderung.

## 563 **2.5 Die Entwicklung des BIP-Wachstums in Deutschland in der** 564 **Vergangenheit**

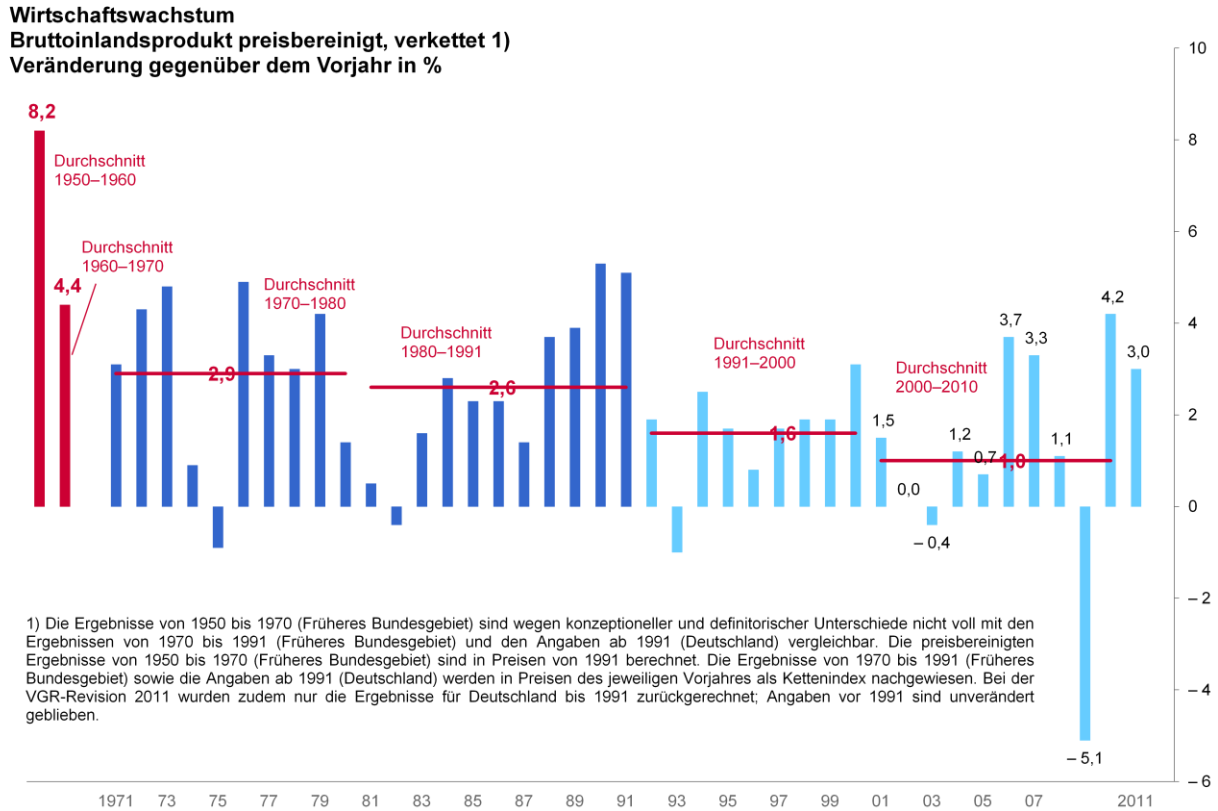
565 Die Betrachtung des BIP in einem Land erfolgt in der Regel über zwei Perspektiven: (1) Das  
566 BIP für die gesamte Volkswirtschaft und (2) das BIP pro Kopf. Für die Interpretation der  
567 wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Unterscheidung wichtig, denn das BIP pro Kopf misst  
568 das „intensive“ Wachstum, also vor allem das Wachstum der Versorgung mit Waren und  
569 Dienstleistungen, das bei gegebener Bevölkerung zu verzeichnen ist; das BIP für die gesamte  
570 Volkswirtschaft spiegelt dagegen auch die demographische Entwicklung wider. In Volkswirt-  
571 schaften, die wie Deutschland starken demographischen Veränderungen unterlagen und wei-  
572 ter unterliegen, sollten beide Aspekte immer parallel betrachtet werden.

573 Das BIP stieg im vereinigten Deutschland zwischen 1991 und 2011 nach Berechnungen des  
574 Statistischen Bundesamt nominal, also in laufenden Preisen, um knapp 70 Prozent, preisbe-  
575 reinigt bzw. „real“ nur um 30 Prozent. Das reale BIP-Wachstum bildet typische konjunkturel-

---

<sup>35</sup> Statistisches Bundesamt /WZB, Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 335-336 und Monika Dittrich, Verlagert der Norden Umweltbelastungen in den Süden? in: Geographische Rundschau 4, 2010, S. 18ff.

576 le Schwankungen und periodische Krisen ab. In den letzten Jahrzehnten fällt auf, dass sich  
 577 das Wachstum tendenziell abgeschwächt hat (Abbildung 1).



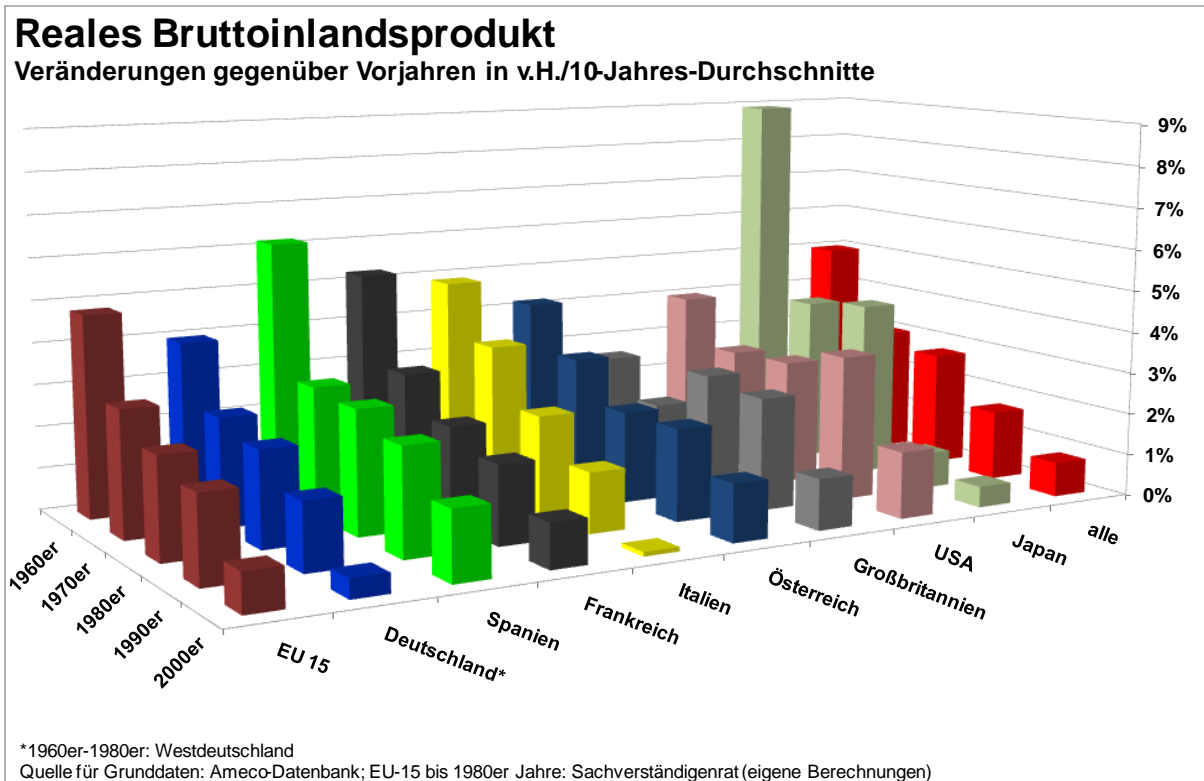
578

579 **Abbildung 1: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, 1950-2010.**<sup>36</sup>

580 Ein ähnliches Bild ergibt sich seit den 1960er Jahren in den meisten vergleichbaren Industrie-  
 581 ländern (Abbildung 2). Auch das Wachstum des BIP pro Kopf hat sich seit der Nachkriegszeit  
 582 verringert. Im langfristigen Vergleich (seit 1850) zeigt sich, dass das heutige Wachstum pro  
 583 Kopf ähnlich ist wie der Trend des Wachstums der Zeit von 1850 bis 1914.

584

<sup>36</sup> Quelle: Destatis (2012). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen. Lange Reihen ab 1950.



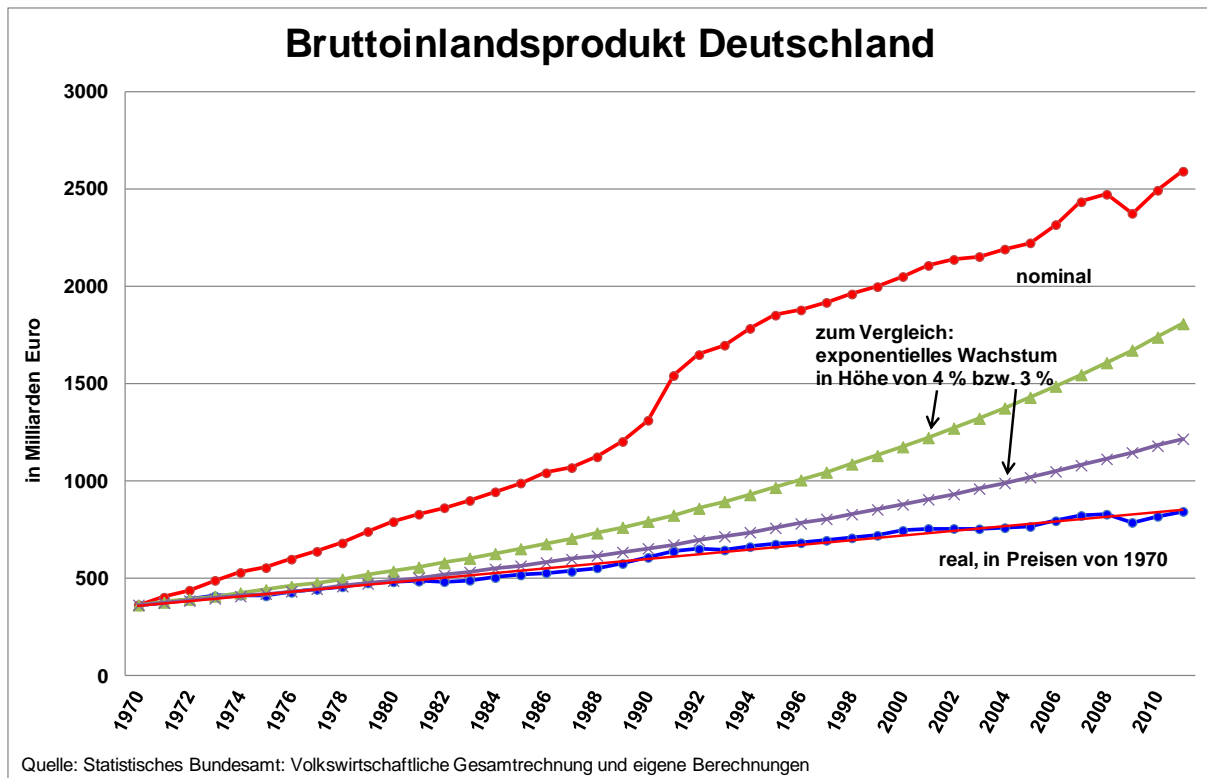
585

586 Abbildung 2: Wachstumsentwicklung in Deutschland und vergleichbaren Industrieländern.

587 Ob es sich hierbei um eine Rückkehr zu einem historischen Wachstumsdurchschnitt von In-  
 588 dustrienationen in der Größenordnung von ein bis zwei Prozent handelt, stellt eine offene  
 589 Frage dar. Denn auch niedrigere Wachstumsraten von konstant ein bis zwei Prozent bedeuten  
 590 immer noch eine exponentielle Steigerung des BIP mit laufend steigenden absoluten Zuwäch-  
 591 sen. Wie die Entwicklung des BIP in Deutschland in der Vergangenheit aber zeigt (Abbildung  
 592 3Abbildung 1), hat das BIP dauerhaft lediglich mit konstanten jährlichen Zuwächsen zuge-  
 593 nommen, also linear statt exponentiell: Die durchschnittlichen realen BIP-Zuwächse sind ent-  
 594 sprechend konstant geblieben und schwanken konjunkturell bedingt beständig um den lang-  
 595 fristigen Durchschnitt von rund 12 Milliarden Euro (in Preisen von 1970).<sup>37</sup> Sollte sich das  
 596 Wachstum des BIP auch in Zukunft so fortsetzen, also kein Trendbruch vom linearen zum  
 597 exponentiellen Wachstum stattfinden, werden die Wachstumsraten sich nicht auf einem nied-  
 598 rigeren wie immer auch definierten „historischen“ Niveau „einpendeln“, sondern sukzessive  
 599 weiter zurückgehen.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Der langfristige Durchschnitt der realen jährlichen BIP-Zuwächse im Zeitraum 1970-2011 beträgt 11,7 Mrd. Euro (in Preisen von 1970). Dieser Wert beschreibt die realen Zuwächse in den 1970er Jahren (Durchschnitt 11,9 Mrd. Euro/Jahr) ebenso wie den der 2000er Jahre (wegen des Wachstumseinbruchs liegt der Durchschnitt in dieser jüngsten Dekade sogar bei nur 7,3 Mrd. Euro pro Jahr; ohne den historischen Wachstumseinbruch 2009 läge der Durchschnitt mit 11,5 Mrd. Euro pro Jahr fast exakt im langfristigen Durchschnitt).

<sup>38</sup> John Maynard Keynes hatte bereits Anfang der 1940er Jahre langfristig sinkende Wachstumsraten prognostiziert. Vgl. hierzu u.a. Keynes, John Maynard: Das Langfristproblem der Vollbeschäftigung (1943), in: Reuter, Norbert: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftliche Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, 2. vollst. überarb. und akt. Aufl., Marburg 2007, S. 159-164. In einer aktuellen Analyse bestätigen Banerji und Achuthan – allerdings ohne Bezug auf Keynes - die Keynesische Langfristprognose anhand der US-Entwicklung und einiger anderer Länder: Der Wachstumstrend verläuft negativ geneigt. Daraus schließen die Autoren, dass auch künftig – insbesondere auch in Europa – von einem geringen und weiter abnehmendem Wachstum auszu-



600

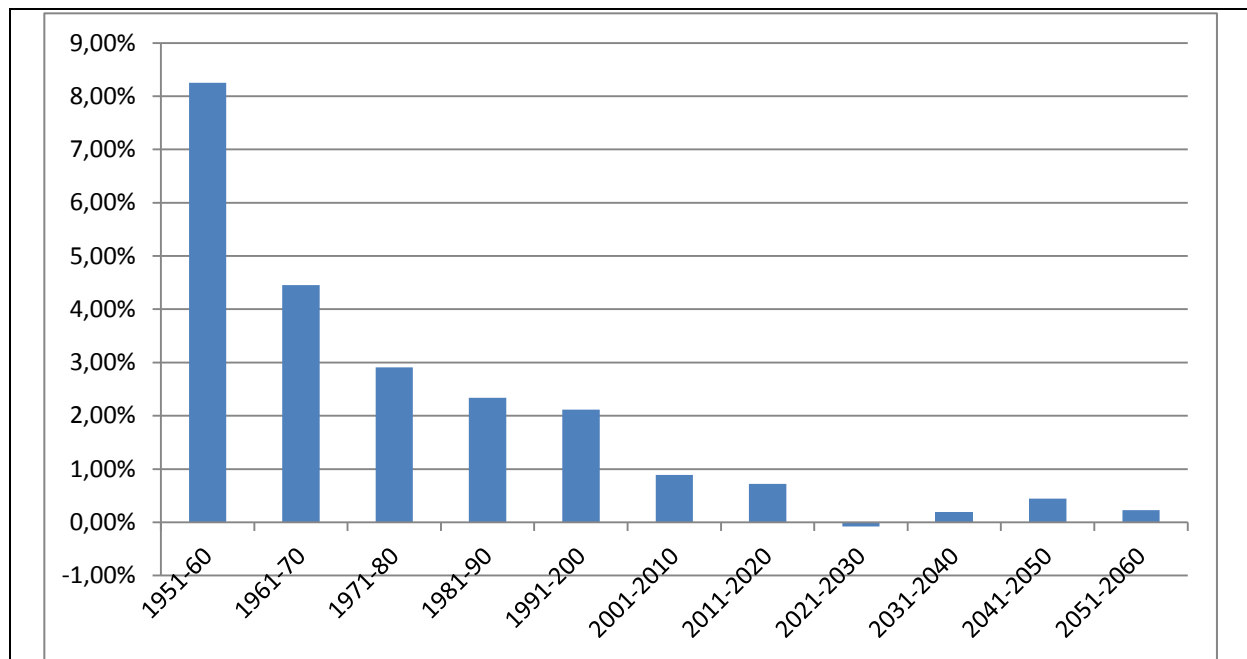
601 Abbildung 3: Nominales und reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland.

602 **2.6 Zur künftigen Entwicklung des BIP-Wachstums**

603 Ergeben sich schon aus der dekadentübergreifenden linearen Entwicklung des Wachstums der  
 604 Vergangenheit Hinweise auf einen zukünftigen weiteren Rückgang der Wachstumsraten, wird  
 605 dieser Befund durch die Berücksichtigung des demographischen Wandels und der damit ver-  
 606 bundenen Verringerung der arbeitsfähigen Bevölkerung in Deutschland in den nächsten Jahr-  
 607 zehnten weiter untermauert. Dies ist dann der Fall, wenn die bevölkerungsbedingte Schrump-  
 608 fung des BIP nicht durch eine entsprechend starke Steigerung der durchschnittlichen Arbeits-  
 609 produktivität ausgeglichen wird. Abbildung 4 illustriert diese Zusammenhänge. Sie zeigt eine  
 610 Extrapolation des Wachstums in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten, und zwar unter  
 611 der Annahme, dass die Arbeitsproduktivität (BIP pro Erwerbsperson) mit konstanter Rate  
 612 wächst, und zwar mit der durchschnittlichen Rate der Periode 1992-2008 und gleichzeitig ein  
 613 gleichbleibendes Verhältnis von Erwerbstätigen zu Erwerbspersonen angenommen wird.

---

gehen ist. Vgl. Banerji, Anirvan / Achuthan, Lakshman: The Yo-Yo Years. More Recessions in the West and Volatility für the Rest, in: Challenge, Bd. 55, Nr. 5, 2012, S. 39-58.



614

615 Abbildung 4: Vergangenes und extrapoliertes BIP-Wachstum in Deutschland, auf Grundlage  
 616 eines konstanten prozentualen BIP-Wachstums pro Erwerbbsperson.<sup>39</sup>

617 Aus dem Rückgang der Wachstumsraten darf allerdings nicht einfach auf enger werdende  
 618 Verteilungsspielräume geschlossen werden.<sup>40</sup> Denn für die absehbare Zukunft ist – mit Aus-  
 619 nahme der 2020er Jahre, in denen das Missverhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nichter-  
 620 werbstätigen seinen Höhepunkt erreicht – mit zwar niedrigen, aber immer noch positiven  
 621 Wachstumsraten zu rechnen. Das bedeutet aber, dass das BIP nicht abnimmt, sondern – wenn  
 622 auch mit vergleichsweise niedrigen Raten – tendenziell weiter zunimmt. Berücksichtigt man  
 623 dann noch, dass die Bevölkerungszahl sinkt, wird bereits deutlich, dass pro Kopf zukünftig  
 624 kein niedrigeres, sondern ein höheres BIP zur Verfügung steht.

625 Legt man eine mittlere Variante der aktuellen, bis 2060 reichenden Bevölkerungsvorausbe-  
 626 rechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde<sup>41</sup> und unterstellt, dass bei konstanter  
 627 Erwerbstätigenquote (d.h. auch in Zukunft sind wie heute nur 75 Prozent der 15 bis 65-  
 628 Jährigen erwerbstätig) die Produktivität je Erwerbstätigem wie im Durchschnitt der letzten 20  
 629 Jahre um ein Prozent pro Jahr zunimmt, würde ab 2020 das BIP zwar nahezu stagnieren (das  
 630 gesamtwirtschaftliche jährliche Wachstum läge bis 2060 im Durchschnitt bei 0,15 Pro-  
 631 zent/Jahr).<sup>42</sup> Pro Kopf steigt das reale BIP dennoch kontinuierlich an: von heute rund 31.000  
 632 Euro über gut 33.000 Euro im Jahr 2030 auf fast 42.000 Euro im Jahr 2060, was einen realen

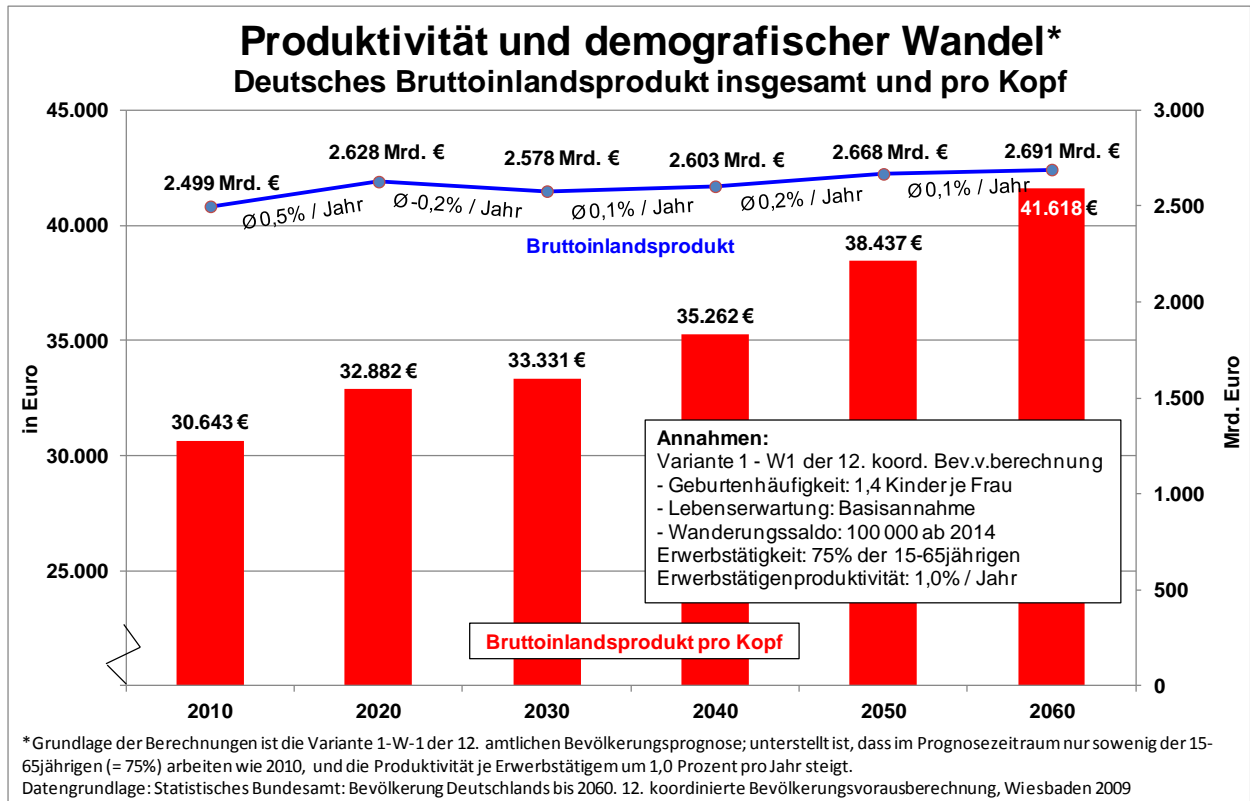
<sup>39</sup> Quelle: Enderlein (2011), eigene Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes (12. Bevölkerungsvorausberechnung). Das BIP-Wachstum pro Erwerbbsperson basiert auf dem Durchschnittswert 1992-2008.

<sup>40</sup> Vgl. z.B. Meinhard Miegel: Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010, insbes. S. 202f.

<sup>41</sup> Unterstellt ist hierbei, dass die Geburtenhäufigkeit bei 1,4 Kindern je Frau bleibt, die Lebenserwartung bei Geburt bis 2060 um acht Jahre bei Männern und um sieben Jahre bei Frauen steigt und das jährliche Wanderungssaldo sich auf plus 100.000 Personen beläuft. Dann leben im Jahr 2060 statt heute rund 81 Millionen nur noch knapp 65 Millionen Menschen in Deutschland. Vgl. Statistisches Bundesamt (2009b). Bevölkerung Deutschlands bis 2060.

<sup>42</sup> Diese Berechnung stützt sich auf Norbert Reuter: Deutsche Verzichtsmymen, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 4, 2012, S. 311-314.

633 Pro-Kopf-Anstieg um gut 35 Prozent bedeuten würde.<sup>43</sup> Mit anderen Worten: Die abnehmen-  
 634 de Zahl an Erwerbstätigen würde durch deren zunehmende Produktivität bei gleichzeitig sin-  
 635 kender Gesamtbevölkerung mehr als ausgeglichen (Abbildung 5).



636

637 Abbildung 5: Extrapolierte Entwicklung des BIP in Deutschland insgesamt und pro Kopf,  
 638 2010 bis 2060.

639 Tatsächlich dürften die genannten Werte eher die Untergrenze markieren. Wenn Arbeitskräfte  
 640 aufgrund der demographischen Entwicklung knapp werden, wird aller Voraussicht nach auch  
 641 die Erwerbstätigenquote zunehmen, zumal heute immer noch weit über vier Millionen Men-  
 642 schen einen Arbeitsplatz suchen und viele Teilzeitbeschäftigte – vor allem Frauen – länger  
 643 arbeiten wollen. Bereits bei einem Anstieg der Erwerbstätigenquote auf 80 Prozent würde  
 644 sich das BIP pro Kopf bis 2030 auf 35.500 Euro erhöhen, bis 2060 sogar auf gut 44.000 Euro,  
 645 was einem realen Pro-Kopf-Anstieg um knapp 45 Prozent gegenüber heute entsprechen wür-  
 646 de. Das durchschnittliche Wachstum des BIP läge dann bis 2060 bei 0,3 Prozent.

647 Aussagen über derart lange Zeiträume sind zweifelsohne mit großen Unsicherheiten behaftet.  
 648 Dennoch lässt sich mit diesen Projektionen zeigen, dass die These, in Zukunft sei wegen der  
 649 Alterung unserer Gesellschaft vieles nicht mehr bezahlbar, nicht zwingend ist. Dazu müsste  
 650 etwa unterstellt werden, dass zukünftig kein oder nur noch ein minimaler Produktivitätsfort-  
 651 schritt zu verzeichnen sein wird.<sup>44</sup> Hierfür gibt es allerdings keine vernünftige Begründung.

<sup>43</sup> Bei diesen und den folgenden Ergebnissen handelt es sich um reale Werte, inflationäre Entwicklungen würden sie entsprechend erhöhen.

<sup>44</sup> Unter den gewählten Annahmen ergibt sich eine kritische Grenze erst dann, wenn der Produktivitätsfortschritt auf 0,5 Prozent pro Jahr einbrechen und die Arbeitslosigkeit genauso hoch bleiben würde. Dann würde das BIP/Kopf in der Dekade nach 2020 aufgrund der demographischen Entwicklung leicht zurückgehen, bevor es ab 2040 wieder steigen würde.



652 Während also kaum sich zukünftig verengende Verteilungsspielräume begründet werden  
653 können, spricht vieles dafür, dass diese trotz des demographischen Wandels größer werden.  
654 Sie könnten beispielsweise für eine Steigerung des Zeitwohlstands durch Arbeitszeitverkür-  
655 zung genutzt werden („kürzere Vollzeit für alle“). Aus ökologischer Sicht wäre dies zweifel-  
656 los der Königsweg: Die höhere Produktivität würde nicht für ein höheres BIP sondern für  
657 größeren Wohlstand durch mehr Freizeit genutzt.

658 Sollte die tatsächliche Entwicklung tendenziell so wie in der Projektion unterstellt verlaufen,  
659 sind damit jedoch keineswegs alle Probleme gelöst. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingun-  
660 gen müssten so gestaltet werden, dass der steigende gesellschaftliche Reichtum auch bei allen  
661 ankommt. Wenn die Tendenz zur Einkommens- und Vermögenskonzentration anhält, besteht  
662 die Gefahr, dass die Ungleichverteilung anhält und sich verstetigt. . Immer mehr Menschen  
663 würden von der Wohlstandsentwicklung – beim Einkommen wie bei der Arbeitszeit – abge-  
664 koppelt, nur eine kleine Gruppe würde vom steigenden materiellen Wohlstand profitieren.

665

### 666 **3 Wechselwirkungen von Wachstum, Umwelt, Wirtschaft** 667 **und Gesellschaft**

#### 668 **3.1 Wachstum und öffentliche Haushalte**

##### 669 **3.1.1 Nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben**

670 Die Gewährleistung öffentlicher Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen trägt wesent-  
671 lich zu Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland bei. Die Finanzierung von Aufgaben  
672 der öffentlichen Hand, etwa eines leistungsstarken und umfassenden Bildungs- oder Gesund-  
673 heitssystems oder einer modernen Infrastruktur, geht immer auf politische Wertentscheidun-  
674 gen zurück. Wenn diese Leistungen öffentlich und auf hohem Niveau erbracht werden sollen,  
675 braucht der Staat eine solide und den Aufgaben angemessene Einnahmebasis. Liegt diese  
676 nicht vor, wurden und werden die öffentlichen Aufgaben über eine Kreditaufnahme des Staa-  
677 tes finanziert. Dies hat in der Vergangenheit zu einem kontinuierlichen Anwachsen der öffent-  
678 lichen Verschuldung geführt (siehe Kapitel 3.1.3).

679 Um das Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu erreichen, ist eine Begrenzung der  
680 Schuldenstandsquote, also des Schuldenstands im Verhältnis zum nominalen BIP, auf ein  
681 angemessenes Maß Voraussetzung. Deshalb sollen Einnahmen und Ausgaben über einen  
682 Konjunkturzyklus hinweg in einer Balance sein. So tragen wir dazu bei, dass künftige Gene-  
683 rationen einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum haben. Die  
684 Rückführung der Schuldenstandsquote kann theoretisch durch eine gesamtwirtschaftliche  
685 Wachstumsrate gelingen, die über dem jährlichen Haushaltsdefizit (als Anteil am BIP) liegt.  
686 Dies dürfte jedoch unter den zukünftigen Bedingungen nur schwer zu erreichen sein (vgl.  
687 Kapitel 2.6). Deshalb muss ein solide und solidarisch finanziertes Gemeinwesen die struktu-  
688 relle Unterfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen beenden. Dazu können sowohl  
689 Kürzungen verzichtbarer Ausgaben wie zum Beispiel ökologisch schädliche Subventionen als  
690 auch die Verbesserung der Einnahmen einen Beitrag leisten.

691 Dabei ist zusätzlich zu beachten, dass der Staat im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung  
692 eine besondere Rolle einnimmt. Er ist in der Lage, nach gesamtgesellschaftlichen Erfordernis-  
693 sen Investitionen zu tätigen, die erst nach längerer Zeit zu sichtbaren Erfolgen und Einnahmen  
694 führen. So ist zum Beispiel im Bereich der Grundlagenforschung häufig völlig unklar, zu  
695 welchen Erkenntnissen der Forschungsprozess führen kann und wie diese Erkenntnisse in die  
696 zukünftige Entwicklung einfließen werden. Über den Staat können gesamtgesellschaftliche  
697 Aufgaben und Güter organisiert und finanziert werden, die der Markt entweder nur ineffizient  
698 oder gar nicht bereitstellen kann („öffentliche Güter“). Darüber hinaus kann der Staat entge-  
699 gen der einzelwirtschaftlichen Logik handeln etwa indem er in Krisenzeiten in den Wirt-  
700 schaftsprozess interveniert und so die Entwicklung stabilisiert.

701 Staatseinnahmen setzen sich aus Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie Gewinnen öffentli-  
702 cher Unternehmen und Veräußerungserlösen zusammen. Grundsätzlich sollten die öffentli-  
703 chen Einnahmen die für die Gewährleistung öffentlicher Aufgaben nötigen Ausgaben im Sin-  
704 ne fiskalischer Nachhaltigkeit abdecken. Genügen die Einnahmen jedoch nicht um die Aus-  
705 gaben abzudecken hat der Staat grundsätzlich die Möglichkeit Kredite aufzunehmen (Neuver-  
706 schuldung). Wenn die Nettoneuverschuldung über der Wachstumsrate liegt, erhöht sich auch  
707 die Schuldenquote. Diese muss gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs wieder  
708 zurückgefahren werden. In der Bundesrepublik Deutschland sind der Erhöhung der

709 Schuldenstandsquote und öffentlichen Defiziten generell durch die grundgesetzlich verankerte  
710 Schuldenregel Grenzen gesetzt.

711 Die Möglichkeiten stabilisierungspolitischer Verschuldung sind durch die Schuldenregel auf  
712 Phasen konjunkturellen Abschwungs oder Ausnahmesituationen wie Naturkatastrophen be-  
713 grenzt. Somit können in konjunkturellen Normallagen nur geringe Investitionen zum Beispiel  
714 im ökologischen Umbau über Kreditaufnahme finanziert werden. In der Zukunft werden sol-  
715 che Investitionen nur noch dann durchgeführt werden können, wenn Steuererhöhung und/oder  
716 Streichung von Ausgaben an anderer Stelle vorgenommen werden können.

717 Die Schuldenregel wurde eingeführt, damit die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand als  
718 Schuldner erhöht wird. Ob dies eintrifft, wird sich erst in Zukunft zeigen. Zwar funktioniert  
719 öffentliche Verschuldung nur so lange, wie die Unternehmen, Privathaushalte oder das Aus-  
720 land bereit sind, dem Staat das Geld zu leihen. Grenzen dieser Bereitschaft lassen sich theore-  
721 tisch aber nicht ableiten, da der Staat ewig „lebt“ und mit Steuern und Abgaben über ein star-  
722 kes Instrumentarium zur Einkommenserzielung verfügt. Jedoch stößt sie dann an Grenzen,  
723 wenn das Versprechen des Staates seinen Gläubigern das Geld zurückzuzahlen unglaubwür-  
724 dig wird. Historisch ist es immer wieder dazu gekommen, dass Staaten ihre Gläubiger nicht  
725 mehr bedienen konnten.

726 Die Begrenzung der Schuldenquote soll außerdem der Einschränkung des staatlichen Hand-  
727 lungsspielraums in der Zukunft vorbeugen. Die Schuldenquote wächst an, wenn die Ausgaben  
728 dauerhaft deutlich über den Einnahmen liegen und der Staat seine Fähigkeit zur nötigen Ein-  
729 nahmeerzielung oder Ausgabenstreichung dauerhaft nicht demonstriert. Das ist insbesondere  
730 dann problematisch, wenn die Schuldpapiere in den Händen ausländischer Gläubiger liegen,  
731 da diese sich im Gegensatz zu den Inländern einer (erhöhten) Besteuerung zur Konsolidierung  
732 der Staatsfinanzen entziehen können. Das erwartete Ausfallrisiko schlägt sich für den Staat in  
733 höheren Zinszahlungen für Kredite nieder.

734 Zudem schränkt ein hoher Schuldenstand die politischen Handlungsspielräume erheblich ein,  
735 wenn der Anteil der verfügbaren öffentlichen Haushalte zu einem hohen Prozentsatz zur Be-  
736 dienung der Schulden verbraucht wird. Eine steigende Staatsschuldenquote führt zu einem  
737 zu einem geringeren Handlungsspielraum und zum anderen zu einem Verteilungsproblem  
738 zwischen Steuerzahler und Zinsenempfänger in der nächsten Generation.<sup>45</sup> Ein hoher Schul-  
739 dendienst und hohe Zinszahlungen für Kredite mindern zudem die Fähigkeit des Staates Zu-  
740 kunftsinvestitionen zu tätigen oder im Bedarfsfall konjunkturpolitisch zu intervenieren.

741 Theoretisch kann steigende öffentliche Kreditaufnahme auch zu finanziellen Verdrängungsef-  
742 fekten („crowding out“) und damit zu privaten Investitionsrückgängen führen und Wachstum  
743 mindern. Angesichts sehr niedriger Realzinsen spielt dieser Aspekt empirisch für Deutschland  
744 keine Rolle.<sup>46</sup> Zwar behauptet die ökonomische Theorie einen eindeutig negativen Zusam-  
745 menhang zwischen Wirtschaftswachstum und Verschuldungsquoten, dieser ist empirisch je-  
746 doch weit weniger belegt.<sup>47</sup> Insbesondere in konjunkturellen Schwächephasen kann die kurz-  
747 fristige Erhöhung der Schuldenstandsquote über die Multiplikatoreffekte staatlicher Ausga-  
748 ben oder – mit geringerer Wirkung – auch durch Steuersenkungen zu Wachstumseffekten

---

<sup>45</sup> So der Sachverständige Prof. Dr. Gustav A. Horn in der Anhörung der Projektgruppe 4 der Enquete-Kommission am 11.6.2012.

<sup>46</sup> Vgl. Weizsäcker (2010). Das Janusgesicht der Staatsschulden.

<sup>47</sup> Vgl. Sachverständigenrat für die Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2010). Chancen für einen stabilen Aufschwung: 187f.

749 führen. Diese Möglichkeit wird durch die Schuldenregel zwar nicht gänzlich unterbunden,  
750 aber deutlich eingeschränkt. Bei Konjunkturprogrammen ist zu beachten, dass sie nur dann  
751 eine nachhaltige Wirkung entfalten, wenn Investitionen in ökologisch und sozial sinnvolle  
752 Maßnahmen gelenkt werden, die einen längerfristigen Mehrwert haben.

753 Für gegenwärtige und kommende Generationen stehen Schulden allerdings immer auch Akti-  
754 va gegenüber. Wie im Folgenden ausgeführt wird, stehen Schulden und Vermögen – solange  
755 per Saldo keine Verschuldung dem Ausland gegenüber vorliegt – in jeder Generation in ei-  
756 nem bilanziellen Gleichgewicht. Zudem profitieren gerade zukünftige Generationen von In-  
757 vestitionen in die Infrastruktur, in die Bildung, Forschung und Entwicklung, Gesundheitsver-  
758 sorgung oder in die Umwelt als Voraussetzung von Wertschöpfung und nachhaltiger Ent-  
759 wicklung. Derartige Investitionen zu unterlassen würde sie ungerechtfertigterweise benachtei-  
760 ligen. Gleichzeitig können zu hohe Schulden künftige Generationen benachteiligen, da durch  
761 den Schuldendienst der staatliche Handlungsspielraum beschränkt und Umverteilungsprozes-  
762 se von „unten nach oben“ verstärkt werden. Dies gilt zumindest dann, wenn der Staat seine  
763 Schulden bzw. seinen Schuldendienst nicht durch eine stärkere Belastung der vorhandenen  
764 Vermögen finanziert. So gilt auch hier, dass eine Balance zwischen sinnvollen – auch lang-  
765 fristigen – Investitionen und haushalterischer Stabilität zu finden ist.

### 766 **3.1.2 Öffentliche Schulden und private Vermögen**

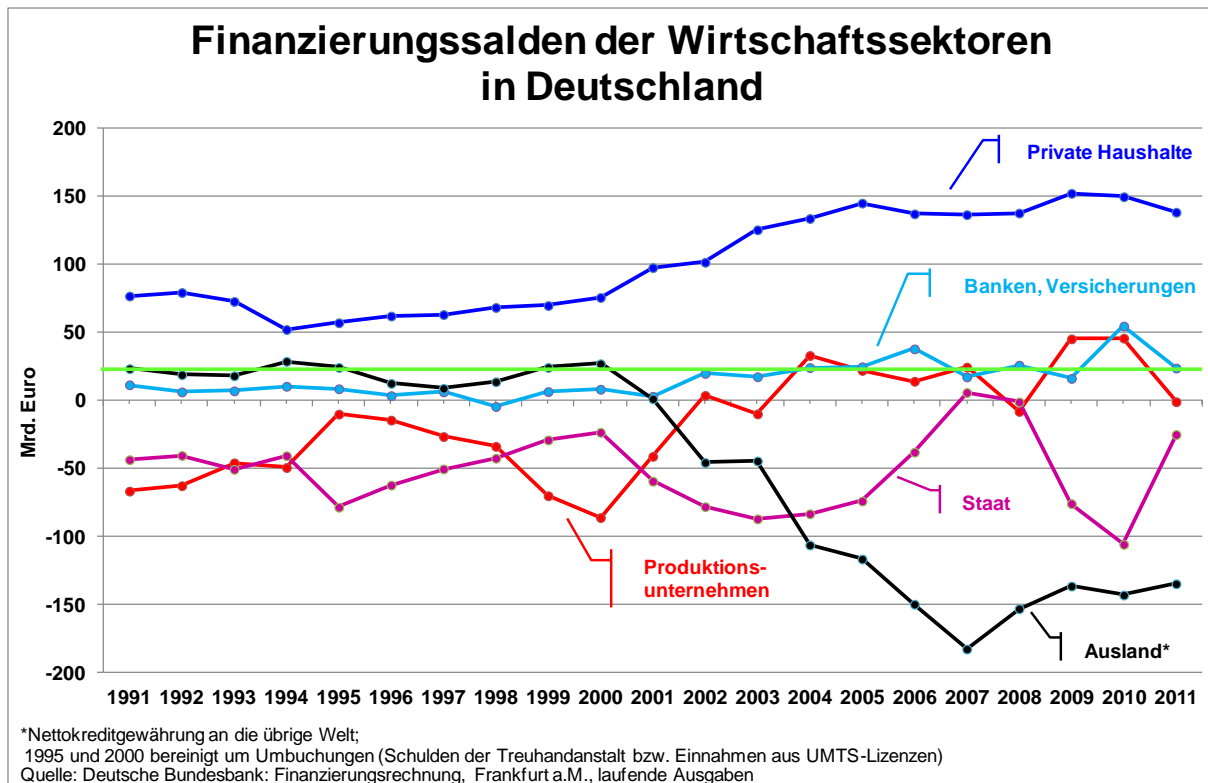
767 Schulden sind saldenmechanisch bzw. bilanztechnisch stets die Kehrseite von Vermögen.  
768 Jeder Verbindlichkeit steht immer eine Forderung in gleicher Höhe gegenüber. Gemäß der  
769 gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung kann jeder Sektor<sup>48</sup> nur dann sparen bzw. Fi-  
770 nanzierungsüberschüsse bilden, wenn sich mindestens ein anderer Sektor verschuldet. Umge-  
771 kehrt ist ohne Vermögensbildung keine Verschuldung möglich. Ersparnissen und Verschul-  
772 dung stehen in einem saldenmechanische Zusammenhang.<sup>49</sup> In Deutschland bilden die priva-  
773 ten Haushalte traditionell hohe Ersparnisse (bzw. sektoral betrachtet Überschüsse). Nicht zu-  
774 letzt im Zuge der Erweiterung der gesetzlichen Rente um eine private, kapitalgedeckte Säule  
775 wird die Ersparnisbildung vom Staat sogar umfassend gefördert. Diese Ersparnisbildung bzw.  
776 die laufenden Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte bedingen aber, dass andere  
777 Sektoren die Position des Schuldners einnehmen. Traditionell waren das der Staat und die  
778 Unternehmen (Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften). Bei den Unternehmen ist seit 2002  
779 eine fundamentale Umkehr zu beobachten. Statt sich zu verschulden und so mehr Sachinves-  
780 titionen zu finanzieren, übersteigen seit 2002 die nicht ausgeschütteten Gewinne regelmäßig  
781 die Investitionen. Statt wie bis zur Jahrtausendwende einen Teil der Ersparnisse der Privaten  
782 Haushalte zu absorbieren, müssen sich nun auch für den Unternehmenssektor Schuldner fin-  
783 den, die die Überschüsse als Kredite aufnehmen (siehe Abbildung 6).

784

---

<sup>48</sup> Neben den Sektoren „Staat“ und „Private Haushalte“ gibt es in einer Volkswirtschaft noch die sogenannten „Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ (Produktionsunternehmen), „Finanzielle Kapitalgesellschaften“ (Banken und Versicherungen) und die „Übrige Welt“ (Ausland). Positive (Ersparnisse) und negative (Verschuldung) Finanzierungssalden saldieren sich immer zu null.

<sup>49</sup> Vgl. Reuter, Norbert (2012). Deutsche Verzichtsmymen.



785

786 Abbildung 6: Finanzierungssalden der Wirtschaftssektoren in Deutschland, 1991 bis 2011.

787 Da auch der Staat sich zumindest bis 2008 immer weniger verschuldete, blieb zunehmend nur  
 788 das Ausland zur Absorption der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis, was notwendigerweise  
 789 zum Anstieg der „Nettokreditgewährung an die übrige Welt“ führte. Im Zuge der Bewälti-  
 790 gung der Krisenfolgen hat sich der deutsche Staat 2009 und 2010 wieder stärker verschuldet  
 791 und damit sank auch die Nettokreditgewährung an die übrige Welt. Bereits 2011 ist die staat-  
 792 liche Neuverschuldung aber wieder deutlich zurückgegangen. Dass dies zunächst nicht mit  
 793 einem deutlichen Kapitalabfluss verbunden war liegt daran, dass die privaten Haushalte ihre  
 794 Ersparnisbildung reduziert und der Finanzierungsüberschuss der Unternehmen auf Null zu-  
 795 rück gegangen ist.

796 In Zukunft wird der Staat wegen der immer stärker greifenden Schuldenregel aber als Schuld-  
 797 ner an Bedeutung verliere. Sollten dann die deutschen Unternehmen sich nicht wieder in er-  
 798 heblichem Maße verschulden, „kommen theoretisch [noch] höhere Ausfuhren in Betracht, um  
 799 das Niveau der ökonomischen Aktivität und damit der Geldvermögensbildung zu halten“<sup>50</sup>.  
 800 Die weitere Verschuldung des Auslands würde somit zur notwendigen Begleiterscheinung  
 801 privater Vermögensbildung in Deutschland. Alternativ ließe sich durch eine stärkere Besteue-  
 802 rung vor allem hoher Einkommen mit entsprechend hohen Sparquoten die Ersparnisbildung  
 803 und damit die Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte reduzieren, so dass die Not-  
 804 wendigkeit anderer Sektoren sich zu verschulden sinken würde.

805 Private und öffentliche Schulden unterscheiden sich in wesentlichen Charakteristika. Im Un-  
 806 terschied zum Staat hat der private Haushalt nur sehr begrenzte Möglichkeiten seine Einnah-  
 807 men zu verbessern. Von daher kommt in privaten Haushalten der Ausgabenreduktion eine  
 808 hohe Bedeutung zu, wenn eine weitere Neuverschuldung vermieden werden soll.

<sup>50</sup> Helmedag, Fritz (2010). Staatsschulden als permanente Einnahmequelle: 613.

809 Auch beim staatlichen Haushalt lässt sich eine Neuverschuldung durch Ausgabenkürzungen  
810 wie durch Einnahmeerhöhung (Steuern und Abgaben) reduzieren. Beides wirkt hier jedoch  
811 auf die Entwicklung der Einnahmen wie auch des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Kürzt der  
812 Staat pauschal seine Ausgaben führt dies unmittelbar zu einem sinkenden Steuer- und Abga-  
813 benaufkommen undreduziert auch direkt die Leistungen des Staates und damit die gesamt-  
814 wirtschaftliche Nachfrage. Dies kann durchaus gewollt sein, denn staatliche Ausgaben sollten  
815 immer auch hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft werden. In Deutschland beispielsweise wer-  
816 den jährlich 48 Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen ausgegeben.<sup>51</sup> Unbese-  
817 hen vom konkreten Investitionszweck haben staatliche Ausgaben Multiplikatoreffekte auf die  
818 Nachfrage. Werden Ausgaben in einem sehr hohen Maße zurückgefahren, kann es zu drasti-  
819 schen Wachstumseinbrüchen und in der Folge Steuerausfällen kommen, wie die aktuelle  
820 Entwicklung in den südlichen Euroländern zeigt. Das kontraproduktive Ergebnis dieser Ent-  
821 wicklung: die Schuldenquote und manchmal sogar die nominellen Schulden steigen.

822 Auch die Erhöhung von Steuern und Abgaben ist nicht neutral in ihren Effekten: Den nun  
823 höher besteuerten Haushalten und Unternehmen wird Kaufkraft entzogen. Allerdings zeigen  
824 zahlreiche Untersuchungen, dass der Kaufkraftentzug teilweise kompensiert oder sogar über-  
825 kompensiert wird, da der Staat diese finanziellen Mittel zusätzlich ausgibt und es so zu einem  
826 insgesamt expansiven gesamtwirtschaftlichen Effekt kommt.<sup>52,53</sup> Das Ausmaß des expansiven  
827 Effekts hängt von institutionellen und makroökonomischen Rahmenbedingungen ab.

828 Im Unterschied zum Staat haben Veränderungen im Ausgabeverhalten einzelner privater  
829 Haushalte keine unmittelbaren Auswirkungen auf deren Einnahmen. Der Staat kann dagegen  
830 zur Vermeidung weiterer Neuverschuldung gleichermaßen auf ausgaben- wie auf einnahme-  
831 seitige Maßnahmen zurückgreifen. Anders als bei einem verschuldeten privaten Haushalt liegt  
832 mit Blick auf den Staat trotz Schulden des Teilssektors „Öffentliche Haushalte“ kein gesamt-  
833 staatliches Schuldenproblem vor, solange man die Auslandsverschuldung außer Betracht  
834 lässt. Öffentliche Schulden und private Vermögen saldieren sich theoretisch zu Null. Dass  
835 sich der Staat in einer Verschuldungssituation befindet, die privaten Haushalte insgesamt in  
836 einer Vermögenssituation ist auch Folge politischer Entscheidungen - besonders in der Steu-  
837 erpolitik - der Vergangenheit. Während nach Angaben der Deutschen Bundesbank sich die  
838 öffentlichen Schulden (Abgrenzung nach Maastricht-Kriterien) zwischen 2000 und 2011 um  
839 846 Milliarden Euro erhöhten, stiegen die Nettogeldvermögen der privaten Haushalte im sel-  
840 ben Zeitraum um 1.088 Milliarden Euro.

841 Die Staatsverschuldung muss also stets im Verhältnis zu den Salden der anderen Sektoren  
842 einerseits und den historisch-konkreten Entwicklungen andererseits betrachtet werden. Unbe-  
843 sehen der Randbedingungen lässt sich selbst für ein tradiertes Wachstumsparadigma keine a  
844 priori wachstumsoptimale Schuldenstandsquote festlegen. Stellt man noch dazu in Rechnung,  
845 dass nicht die Förderung des Wirtschaftswachstums an sich, sondern die politische Gestaltung  
846 einer nachhaltigen wie sozialen Entwicklung angestrebt wird, muss die normative Bewertung  
847 der Staatsverschuldung in einen engen Zusammenhang mit der öffentlichen Aufgabenbe-  
848 schreibung gestellt werden. Dazu wird im Folgenden die Entwicklung der öffentlichen Finan-  
849 zen vor dem Hintergrund der Investitionen in zentrale gesellschaftliche Bereiche analysiert.

---

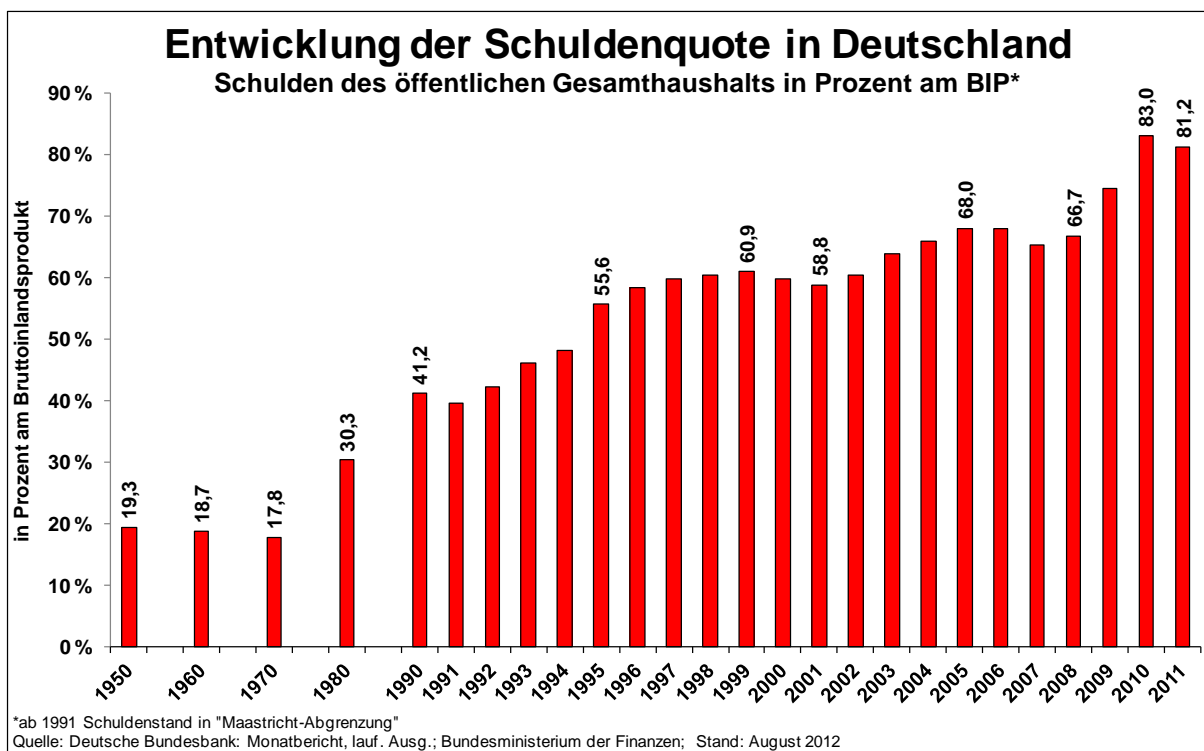
<sup>51</sup> Vgl. Umweltbundesamt (2010). Umweltschädliche Subventionen in Deutschland – Aktualisierung für 2008.

<sup>52</sup> Vgl. Hemming, Richard; Kell, Michael; Mahfouz, Selma (2002). The Effectiveness of Fiscal Policy in Stimulating Economic Activity; Heilemann, Ullrich; Wappler, Stefan; Quaas, Georg; Findeis, Hagen (2008). Qual der Wahl?

<sup>53</sup> Dieses Phänomen wird in der Ökonomik auch als Haavelmo-Effekt (Balanced-Budget-Theorem) beschrieben: Die Privaten hätten ein Teil des zusätzlich besteuerten Einkommens gespart, während der Staat das Mehraufkommen vollständig für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen ausgibt.

850 **3.1.3 Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen**

851 Die historische Entwicklung der Schuldenquote in Deutschland folgt keinem linearen Trend,  
 852 sondern ist vor dem Hintergrund spezifischer Ereignisse zu begreifen. Bis zur Ölkrise 1973  
 853 bewegte sich die Schuldenquote<sup>54</sup> durchgängig um die 20 Prozent (siehe Abbildung 7). Nach  
 854 der ersten Ölkrise 1973 und dem Rückgang des (weltweiten) Wirtschaftswachstums, was mit  
 855 einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden war, stieg sie bis Ende der 1980er Jahre  
 856 auf ein Niveau von rund 40 Prozent an. Ein zweiter großer Schub beim Anstieg der Schulden-  
 857 quote auf rund 60 Prozent folgte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Gründe waren  
 858 neben laufenden Transfers an die ostdeutschen Gebietskörperschaften und die Sozialversiche-  
 859 rungen auch anfallende einmalige Kosten im Zuge der deutschen Einheit (Abwicklung der  
 860 Treuhandanstalt, Übernahme der DDR-Altschulden und umfassende Infrastrukturinvestitio-  
 861 nen).



862

863 **Abbildung 7: Entwicklung der Schuldenstandsquote in Deutschland, 1950 bis 2011.**

864 In den Jahren 2000, 2001, 2006 und 2007 sank die Schuldenquote leicht, mit dem wirtschaft-  
 865 lichen Einbruch in Folge der jüngsten Weltwirtschaftskrise stieg die Quote zwischen 2008  
 866 und 2010 auf 83,0 Prozent in der Maastricht-Abgrenzung<sup>55</sup> und damit auf einen neuen Höhe-  
 867 punkt. Die Ursachen dafür waren erstens krisenbedingte Steuerausfälle, zweitens notwendig  
 868 gewordenen Stabilisierungsprogramme, um dem Konjunkturunbruch infolge der Finanzkrise

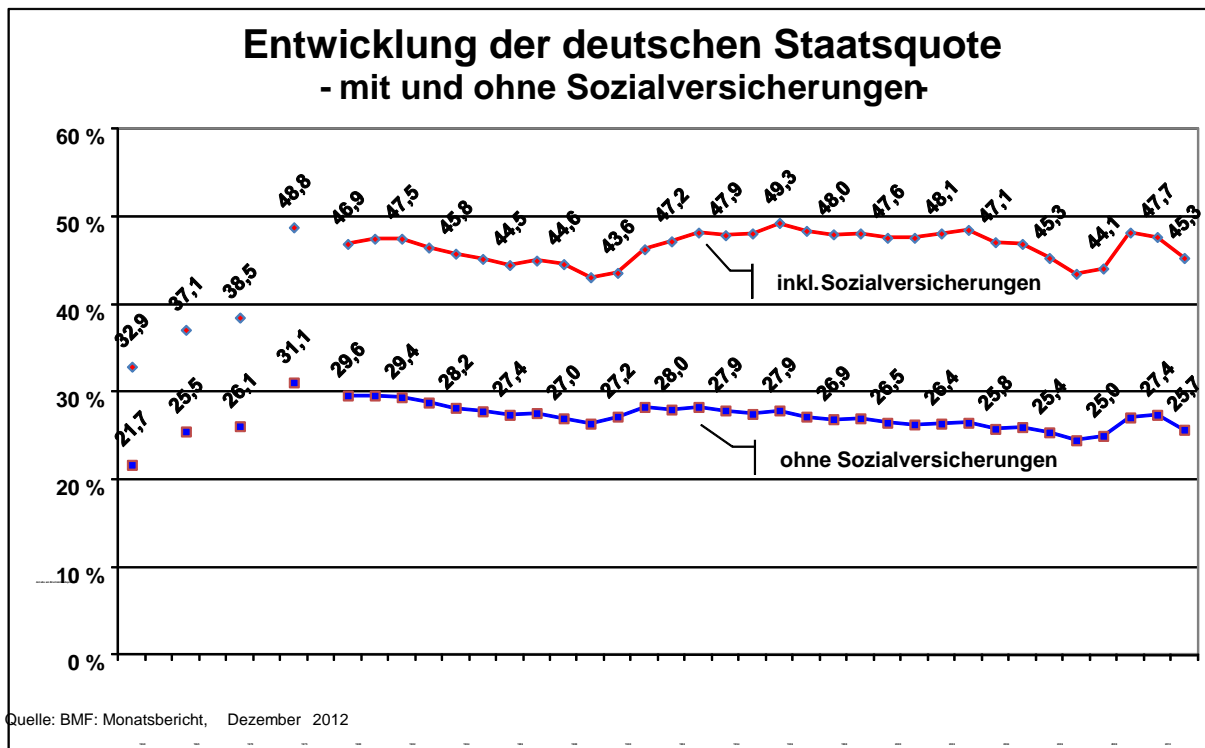
<sup>54</sup> Die Schuldenquote bezeichnet das Verhältnis zwischen Staatsverschuldung und dem Bruttoinlandsprodukt.

<sup>55</sup> In jüngster Zeit weichen die Daten nach der deutschen Schuldenstatistik deutlich von denen nach der Maastricht-Abgrenzung ab. Dies hängt vor allem mit unterschiedlichen Maßnahmen der europäischen Länder zur Stützung der Finanzmärkte zusammen. Mehrere Zuordnungen von Transaktionen basieren auf Einzelfallentscheidungen und ziehen teilweise auch nachträgliche Korrekturen der gelieferten Daten nach sich. Für die deutsche Schuldenstandsmeldung werden aktuell etwa die Schulden der zur Stützung der SachsenLB und der WestLB geschaffenen Zweckgesellschaften durch die Deutsche Bundesbank addiert. Vgl. hierzu ausführlich Gauss, Linda; Scharfe, Simone (2010). Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2009 im Zeichen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, insbesondere 759ff.

869 entgegenzuwirken, und drittens umfassende Maßnahmen zur Rettung von Banken und zur  
 870 Stabilisierung des Finanzsektors. 2011 fiel die Schuldenquote wieder auf 81,2 Prozent in der  
 871 Maastricht-Abgrenzung.

872 **3.1.4 Die Staatsquote**

873 Vor dem Hintergrund der steigenden Schuldenstandsquote in Deutschland stellt sich die Frage  
 874 nach der Quantität und Qualität der öffentlich finanzierten Staatsaufgaben. Häufig wird dazu  
 875 die Höhe der Staatsquote, also die Höhe öffentlicher Ausgaben im Verhältnis zum BIP, her-  
 876 angezogen. Vielfach wird darauf verwiesen, dass der Staat mit seinen Ausgaben fast die Hälft-  
 877 te des BIP beanspruche. Allerdings trifft diese Aussage allenfalls annähernd für die gesamten  
 878 Staatsausgaben inklusive der Sozialversicherungen zu. In anderen Ländern ist die soziale Si-  
 879 cherheit jedoch vielfach außerhalb des staatlichen Sektors organisiert und spielt insofern bei  
 880 der Berechnung der Staatsquote keine oder eine deutlich geringere Rolle. Ohne Berücksichti-  
 881 gung der Sozialversicherungen liegt die sogenannte engere Staatsquote in Deutschland – bis  
 882 auf wenige Jahre in den 1970er Jahren – bei unter 30 Prozent (vgl. Abbildung 8).<sup>56</sup> Dieser  
 883 Befund wird durch den EU-weiten Vergleich bestätigt. Danach liegt die deutsche Staatsquote  
 884 inklusive Sozialversicherungen mit 45,7 Prozent im Jahr 2011 im unteren Drittel – deutlich  
 885 unter dem EU-Durchschnitt (vgl. Abbildung 9).

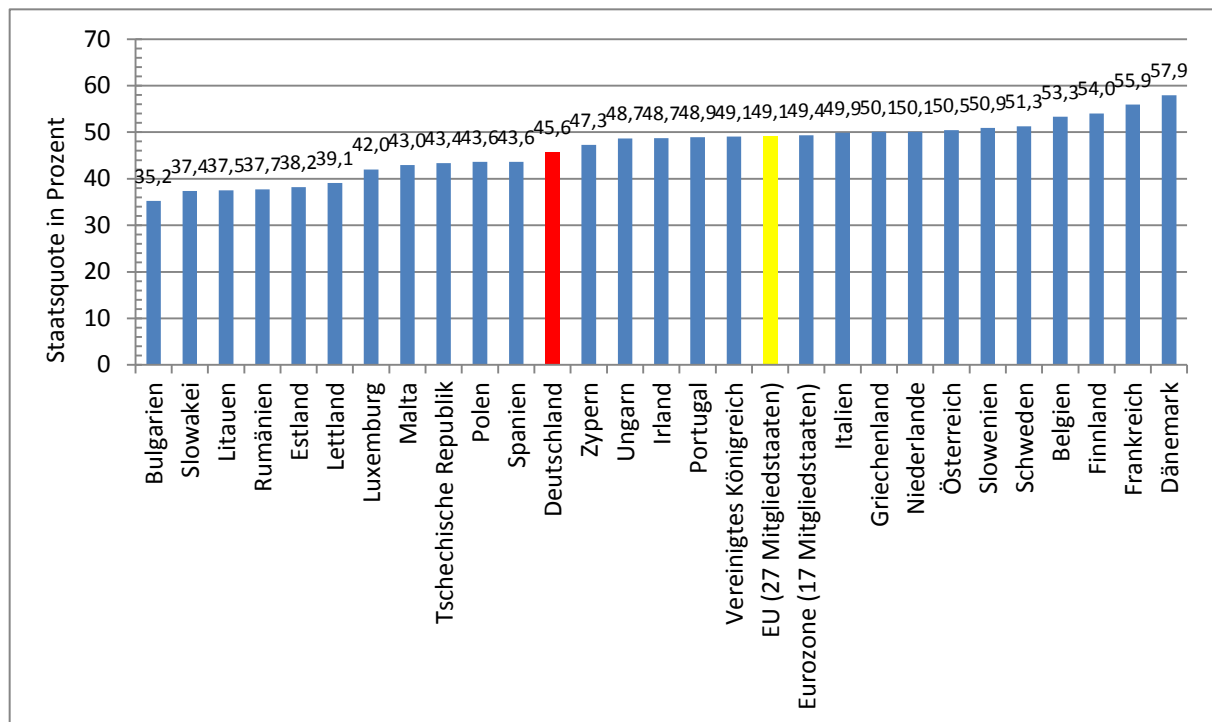


886

Abbildung 8: Entwicklung der Ausgaben des deutschen Staates mit und ohne Sozialversicherungen, 1960 bis 2011.

<sup>56</sup> Selbst nach der deutschen Einheit ist die Staatsquote nicht über 28 Prozent gestiegen. Seitdem ist sie konstant rückläufig und lag vor der Krise 2008 bei unter 25 Prozent. Nach einem krisenbedingten Anstieg ist sie wieder rückläufig und liegt 2011 mit 26 Prozent nur knapp über dem Vorkrisenniveau.





887

888  
889

Abbildung 9: Staatsquoten 2011 der EU-Mitgliedstaaten (Staatsausgaben als Anteil am BIP).<sup>57</sup>

890 Die Höhe und die Entwicklung der Staatsausgaben wie auch die Staatsquote sind noch kein  
891 hinreichender Indikator für eine nachhaltige Entwicklung fördernde Staatstätigkeit. Entscheidend  
892 ist vor allem die Qualität der Staatsausgaben. Der internationale Vergleich zeigt, dass  
893 der deutsche Staat in seiner Leistungsfähigkeit mittlerweile vergleichsweise so stark begrenzt  
894 worden ist, dass er inzwischen qualitativ und quantitativ zu wenig zur weiteren Förderung der  
895 sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann.<sup>58</sup> Dieser Befund wird durch die  
896 Analyse zentraler Bereiche, die für Wohlstand und Lebensqualität verantwortlich sind, nämlich  
897 Bildung, Forschung und Entwicklung sowie allgemeine Investitionen, untermauert.

### 898 3.1.4.1 Die öffentlichen Investitionen

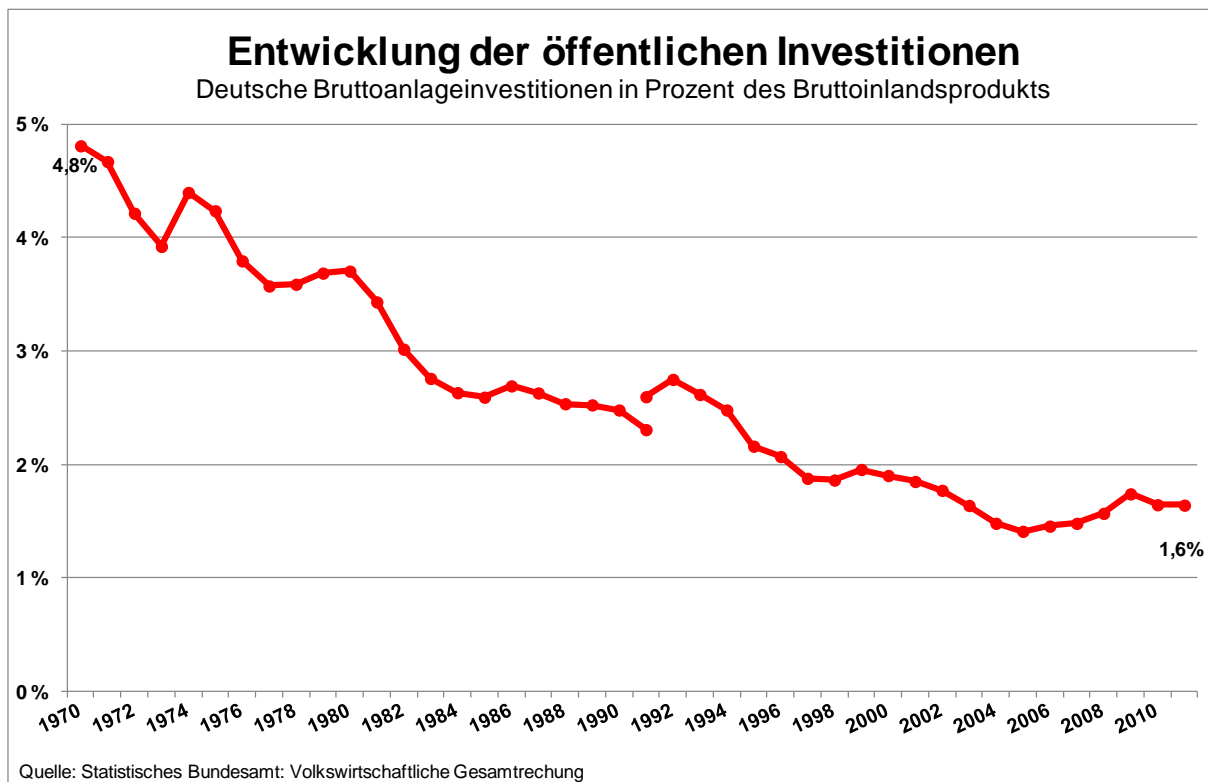
899 Obwohl weitgehend anerkannt ist, dass öffentliche Investitionen zum Beispiel in die Infra-  
900 struktur von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung  
901 sind,<sup>59</sup> sind erhebliche Mängel offensichtlich: Von desolaten Schulgebäuden über schlagloch-  
902 übersäte Straßen bis hin zu baufällige Brücken. Dieser erste Eindruck wird von der Statistik  
903 bestätigt: 1970 wurden noch knapp fünf Prozent des BIP für klassische öffentliche Investitio-  
904 nen aufgewendet. 2011 waren es noch gerade einmal 1,6 Prozent oder knapp 42 Milliarden  
905 Euro (Abbildung 10). An diesem negativen Trend ändert sich auch nichts, wenn private In-  
906 vestitionen in die öffentliche Infrastruktur im Zuge von Öffentlich-Privaten Partnerschaften  
907 (ÖPP) berücksichtigt werden. Diese waren in den letzten Jahren zudem stark rückläufig. 2002

<sup>57</sup> Quelle: AMECO-Datenbank.

<sup>58</sup> Vgl. Truger, Achim (2009). Die makroökonomische Bedeutung öffentlicher Investitionen und ihre Finanzierbarkeit: 246; Bieling, Hans-Jürgen (2009). „Privat vor Staat“?

<sup>59</sup> Vgl. Truger (2009): 243.

908 gab es noch ÖPP-Projekte im Hoch- und Tiefbau im Gesamtvolumen von 7,1 Milliarden Euro.  
 909 Seit 2008 ist das Volumen deutlich auf 1,2 Milliarden Euro in 2011 gefallen.<sup>60</sup>



910  
 911 Abbildung 10: Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland in Prozent des BIP,  
 912 1970 bis 2011.

913 Mit dieser Investitionsquote liegt Deutschland auch im internationalen Vergleich weit unten.  
 914 Der Durchschnitt der EU-27 lag bei 2,5 Prozent.

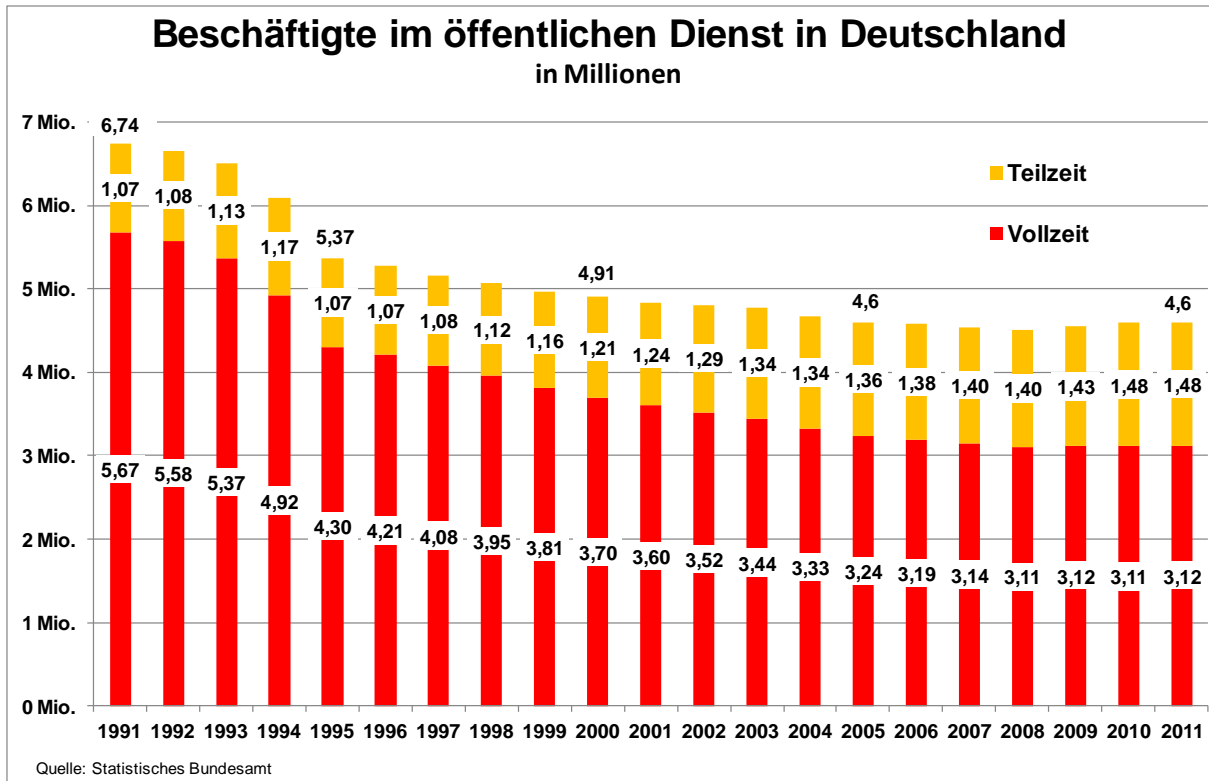
915 **3.1.4.2 Die öffentliche Beschäftigung**

916 Um zentrale Aufgaben im Bereich Erziehung, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Verwaltung  
 917 überhaupt qualitativ hochwertig erfüllen zu können, ist die Zahl der Beschäftigten (Angestell-  
 918 te wie Beamtinnen und Beamte) im öffentlichen Dienst von entscheidender Bedeutung.

919 Waren 1991 noch 6,7 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt (darunter 5,7  
 920 Millionen Vollzeit- und 1,1 Millionen Teilzeitbeschäftigte) sank dieser Wert beständig auf 4,6  
 921 Millionen (Abbildung 11). Besonders stark ging dabei der Anteil der Vollzeitbeschäftigten  
 922 zurück, während die Teilzeitbeschäftigung in den letzten Jahren sogar einen leichten Zuwachs  
 923 verzeichnen konnte. Damit spiegelt sich auch im öffentlichen Dienst die allgemeine Entwick-  
 924 lung auf dem Arbeitsmarkt wider.<sup>61</sup>

<sup>60</sup> Vgl. Bundestagsdrucksache 17/9726 vom 22.5.2012: 2f.

<sup>61</sup> Vgl. das Kapitel 3.5 „Wachstum und Beschäftigung“.



925

926

Abbildung 11: Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Deutschland, 1991 bis 2011.

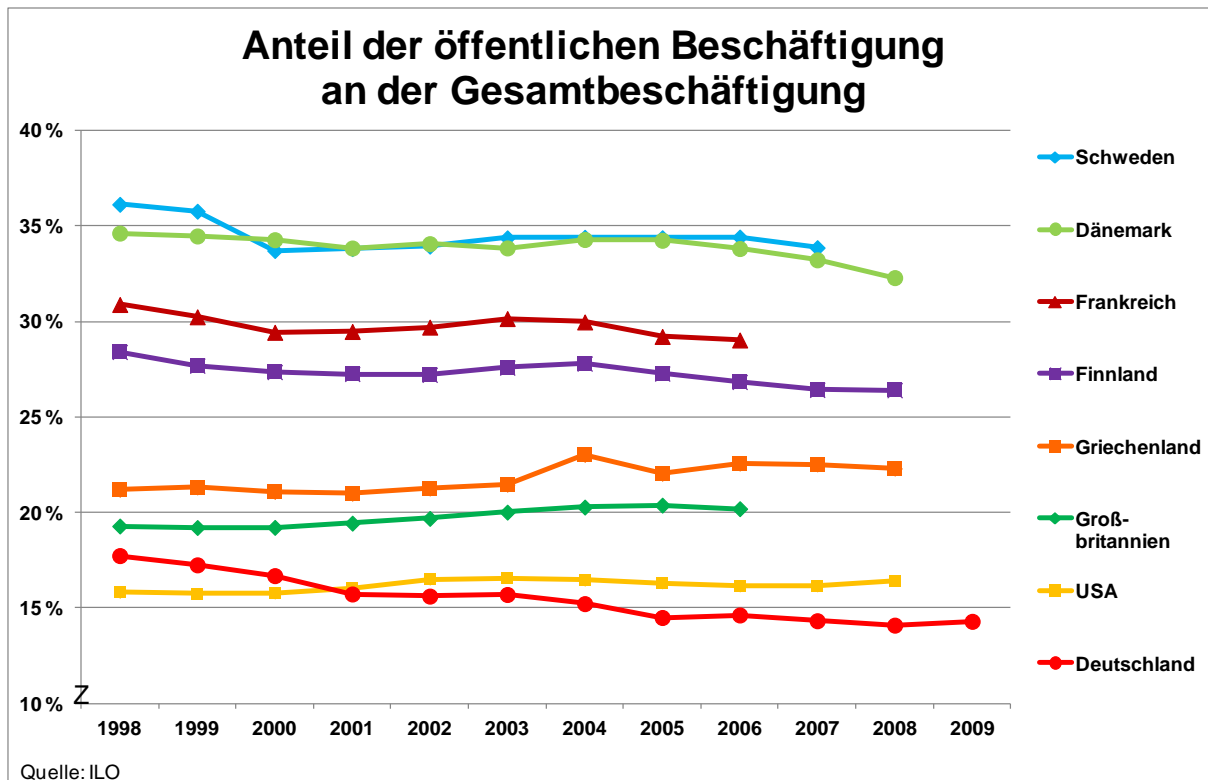
927

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland bei den Ausgaben für öffentliche Beschäftigte mit einem Anteil von 7,8 Prozent am BIP ganz hinten liegt. Entsprechend niedrig ist der Anteil der öffentlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung (Abbildung 12). Hier liegt Deutschland seit 2000 noch hinter den USA.

928

929

930



931

932 Abbildung 12: Anteil der öffentlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung in Deutsch-  
933 land und vergleichbaren Industrieländern, 1998 bis 2009.

### 934 3.1.4.3 Bildungsausgaben

935 Trotz aller Bekenntnisse zur Bedeutung von Bildung, hohen Bildungsrenditen und auch der  
936 allgemein geteilten Erkenntnis, dass von der Qualität der Bildung die Zukunft eines Landes  
937 abhängt, waren die Bildungsausgaben gemessen am BIP bis zur Krise in der Tendenz rückläu-  
938 fig und sind seitdem nur leicht angestiegen. Damit liegt die Quote immer noch unter dem  
939 Stand von 1995.

940 Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit Bildungsausgaben in Höhe von 4,6  
941 Prozent des BIP nach den international genormten Standards der OECD erneut nur im unteren  
942 Drittel, damit weit unter dem OECD-Durchschnitt. Insofern diagnostiziert auch der aktuelle  
943 deutsche Bildungsbericht: „Gemessen an der wirtschaftlichen Leistung gab Deutschland 2008  
944 [...] weniger für Bildungseinrichtungen aus als andere OECD-Staaten.“<sup>62</sup> Es sei aber zu be-  
945 achten, „dass der Anteil der unter 30-Jährigen, die üblicherweise Bildungseinrichtungen (z.B.  
946 Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen) besuchen, in Deutschland im Jahr 2008 in  
947 Relation zur Gesamtbevölkerung mit 32% deutlich geringer ist als in vielen anderen OECD-  
948 Staaten (OECD-Durchschnitt 41%).“<sup>63</sup>

949 In einer umfassenden Studie<sup>64</sup> zum „Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung  
950 eines zukunftsfähigen Bildungssystems“ wird ein einmaliger Finanzbedarf in Höhe von 45  
951 Milliarden Euro errechnet, um den Investitionsstau im Bildungssystem (vom Ausbau der Kin-  
952 dertagesbetreuung bis zur Instandsetzung und Erweiterung im Hochschulbereich) aufzulösen.

<sup>62</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 38.

<sup>63</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 38.

<sup>64</sup> Siehe Piltz (2011). Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert.

953 Zur anhaltenden Verbesserung der Qualität der Bildung wurde ein weiterer zusätzlicher Fi-  
954 nanzbedarf von jährlich knapp 57 Milliarden Euro errechnet. Dieses Geld ist gezielt einzuset-  
955 zen, um so soziale Mobilität zu fördern. Allein eine Steigerung der Ausgaben ist jedoch nicht  
956 hinreichend (vgl. Kapitel 4.2).

#### 957 3.1.4.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung

958 Bereits auf dem EU-Gipfel in Barcelona im Jahr 2002 wurde das Ziel formuliert, bis 2010  
959 drei Prozent des Bruttoinlandproduktes in Forschung und Entwicklung (F&E) zu investieren.  
960 Während andere führende Wirtschafts- und Innovationsnationen die Drei-Prozent-Marke  
961 schon lange erreicht und zwischenzeitlich hinter sich gelassen haben, hat Deutschland diese  
962 Marke bislang verfehlt.

963 Im Jahre 2010 wurden 2,82 Prozent des BIP für F&E verwendet und damit nicht mehr als  
964 2009. Nach Angaben der Expertenkommission Forschung und Innovation<sup>65</sup> fehlten Ausgaben  
965 in Höhe von 4,7 Milliarden Euro um das Drei-Prozent-Ziel zu erreichen. Die Expertenkom-  
966 mission empfiehlt sogar sich zukünftig nicht nur an diesem Ziel, sondern an der F&E-  
967 Intensität der weltweiten Spitzengruppe zu orientieren: „Das von der Bundesregierung aktuell  
968 vorgegebene Ziel, national bis zum Jahr 2015 3 Prozent des BIP für FuE aufzuwenden, ist in  
969 diesem Kontext wenig ambitioniert. Nicht zur Spitzengruppe der Länder aufzuschließen, birgt  
970 hohe volkswirtschaftliche Risiken.“<sup>66</sup>

971 Nimmt man die Ausgaben von Finnland, Japan, Korea und Schweden als Benchmark, müss-  
972 ten knapp vier Prozent des BIP, somit statt 4,7 Milliarden zusätzlich rund 25 Milliarden Euro  
973 für F&E aufgewendet werden.<sup>67</sup>

#### 974 3.1.4.5 Abschätzung des Investitionsbedarfs

975 Die genannten Bereiche weisen auf einen enormen Investitionsbedarf hin, wobei hier ein brei-  
976 ter Investitionsbegriff zugrundegelegt ist, der nicht nur Investitionen „in Beton“, sondern etwa  
977 auch Ausgaben für (öffentlich) Beschäftigte („Humankapital“) oder für Forschung und Ent-  
978 wicklung beinhaltet. Diese werden in der traditionellen Statistik als Staatsverbrauch und da-  
979 mit missverständlich als Konsum geführt. Diese übliche Trennung von investiven und kon-  
980 sumptiven Staatsausgaben ist wenig realistisch, beide sind vielmehr komplementär. So wäre  
981 etwa ein Schulgebäude ohne Lehrpersonal eine völlige Fehlinvestition und nichts anderes als  
982 eine Bauruine. Aus diesem Grunde können auch nicht investive gegen konsumtive Staatsaus-  
983 gaben ausgespielt werden. Angesichts der komplexen Komplementarität von staatlichen Aus-  
984 gaben dürfte es in der Praxis allerdings unmöglich sein im breiten Umfang konsumtive durch  
985 investive Ausgaben zu ersetzen, ohne damit die Handlungsfähigkeit des Staates zu gefähr-  
986 den.<sup>68</sup>

987 Bereits die erwähnten zusätzlichen Bedarfe im Bildungsbereich belaufen sich auf knapp 60  
988 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser hohe Investitionsbedarf wird durch eine aktuelle Analyse des  
989 Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) betätigt, das im Auftrag der der KfW-  
990 Bankengruppe eine repräsentative Befragung der Kommunen durchgeführt hat. Ergebnis:

---

<sup>65</sup> Vgl. Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2012). Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands.

<sup>66</sup> EFI (2012): 20.

<sup>67</sup> Vgl. auch Wissenschaftlicher Beraterkreis der Gewerkschaften IG Metall und ver.di (2010). Berufsbildungsperspektiven 2010: 8.

<sup>68</sup> Truger (2009): 246.

991 „Infolge der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunalhaushalte ist der Investitionsrück-  
992 stand auf kommunaler Ebene mittlerweile auf knapp 100 Mrd. EUR angestiegen. [...] Wie in  
993 der Vorjahresbefragung sehen die Kommunen in den beiden Bereichen Kinderbetreuung /  
994 Schulen sowie Straßen- und Verkehrsinfrastruktur die höchsten Investitionsrückstände.“<sup>69</sup> Die  
995 Erfordernisse des ökologischen Umbaus der Wirtschaft (unter anderem Ausbau erneuerbarer  
996 Energien und ein klimaverträgliches Mobilitätskonzept) weisen auf weiteren hohen Finanzbe-  
997 darf hin.<sup>70</sup>

998 Orientiert man sich an den klassischen Investitionen, die in Deutschland lediglich 1,7 Prozent  
999 des BIP ausmachen, und setzt drei Prozent des BIP als Ziel, würden allein hier zusätzliche  
1000 Investitionen in Höhe von rund 35 Milliarden Euro pro Jahr notwendig werden. Um lediglich  
1001 auf den EU-27-Durchschnitt von 2,5 Prozent bei diesen klassischen Investitionen zu kommen  
1002 müssten hierfür bereits jährlich zusätzliche 20 Milliarden Euro im Vergleich zum Status quo  
1003 aufgebracht werden.

### 1004 **3.1.5 Fazit**

1005 Der Zusammenhang von Wachstum und öffentlichen Haushalten kann nur dann sinnvoll erör-  
1006 tert werden, wenn man eine politische Prüfung und Bewertung darüber vornimmt, welche  
1007 gesellschaftlichen Aufgaben in öffentlicher Verantwortung liegen sollen. Da öffentliche Auf-  
1008 gaben zwar wegen der Schuldenregel nur noch in Ausnahmefällen kurzfristig, aber nicht  
1009 strukturell und dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden können, braucht es eine dem  
1010 Aufgabenumfang angemessene Finanzierung der öffentlichen Haushalte.

1011 Aktuell hat sich in Deutschland trotz signifikanter Einsparungen in zentralen Feldern der öf-  
1012 fentlichen Daseinsvorsorge die Lage der öffentlichen Haushalte aufgrund einer zunehmenden  
1013 Verschuldung verschlechtert. Gleichzeitig wuchs der Investitionsrückstau.

1014 Hohe oder wieder steigende Wachstumsraten würden zweifellos über steigende Staatsein-  
1015 nahmen die Finanzsituation des Staates verbessern. Allerdings wären hiermit ohne Entkopp-  
1016 lung einerseits erhebliche zusätzliche ökologische Probleme verbunden, andererseits ist mit  
1017 einer Rückkehr zu hohen Wachstumsraten auch nicht zu rechnen. Sie sind angesichts des er-  
1018 reichten hohen Einkommensniveaus auch keine Voraussetzung für einen leistungsfähigen  
1019 Sozial- und Investitionsstaat. Dessen Sicherung stellt bei hinreichenden Einnahmen auch kei-  
1020 neswegs einen Widerspruch zu ausgeglichenen öffentlichen Haushalten dar. Dies setzt aller-  
1021 dings voraus, dass Verteilungsfragen in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Statt einer  
1022 immer stärkeren Konzentration von Einkommen und Vermögen in wenigen Händen bedarf es  
1023 gerade unter den Bedingungen entwickelter, reicher Gesellschaften einer sozial gerechten  
1024 Erhöhung der Einnahmequote zur nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Diese  
1025 Strategie zur Steigerung der öffentlichen Leistungsfähigkeit ist durch eine Überprüfung exist-  
1026 tierender Ausgaben und eine Streichung umweltschädlicher Subventionen zu unterstützen.  
1027 Leistungsfähige öffentliche Haushalte zur Finanzierung gesellschaftlich verlangter öffentli-  
1028 cher Leistungen sind die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat und sichern die  
1029 Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand der Gesellschaft.

## 1030 **3.2 Wachstum und Finanzmarkt**

### 1031 **3.2.1 Zusammenwirken von Wachstum und Finanzmarkt**

---

<sup>69</sup> Wolff, Sascha (2012). Trotz verbesserter Einnahmesituation kein Abbau des Investitionsstaus in Sicht: 1.

<sup>70</sup> Vgl. Hey, Christian (2012). Wege aus dem Wachstumsdilemma.

1032 Funktionsfähige, stabile Finanzmärkte spielen eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche  
1033 Entwicklung von Volkswirtschaften und Unternehmen sowie die Finanzierung von Staaten  
1034 sowohl auf nationaler Ebene als auch global.

1035 Grundsätzlich sollten Finanzmärkte in einer Volkswirtschaft Haushalte und Unternehmen mit  
1036 Liquidität und Kapital zu versorgen, zu angemessenen Zinsen Ersparnisse von Haushalten  
1037 und Unternehmen aufnehmen und Dienstleistungen für den adäquaten Umgang mit Risiken  
1038 bereitzustellen.

1039 Vor der großen Krise fand – ausgehend von den angelsächsischen Ländern – eine umfassende  
1040 Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte („Vertiefung“) statt. Das Versprechen  
1041 dieser Maßnahmen waren positive Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum. Selbst  
1042 wenn sich feststellen ließe, dass sich als Folge einer Liberalisierung und Deregulierung der  
1043 Finanzmärkte ein höheres Wachstum einstellt, ist damit jedoch noch nichts über Inhalt und  
1044 Qualität des Wachstums ausgesagt. In der Vergangenheit hat sich gerade gezeigt, dass Investi-  
1045 tionen in zunächst besonders renditeträchtige Bereiche (Immobilien, Übernahmen, Aufkäufe)  
1046 nur zu einem Scheinwachstum mit vielfältigen Blasenbildungen geführt haben und gleichzei-  
1047 tig negative Auswirkungen auf Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen gehabt hat.

1048 Die theoretischen Argumente zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Finanzmärkten lassen  
1049 einen empirisch positiven Zusammenhang zwischen der Vertiefung der Finanzmärkte einer-  
1050 seits und den langfristigen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten andererseits erwarten.<sup>71</sup>  
1051 Jedoch sind die empirischen Ergebnisse für diesen Zusammenhang (Finance-Growth-Nexus)  
1052 gemischt. So sind viele Ökonominen und Ökonomen der Auffassung, dass funktionierende  
1053 Finanzmärkte eine positive Auswirkung auf Wachstum und Wohlstand haben können, aber  
1054 die Idee dass Finanzmärkte grundsätzlich Wachstum und Wohlstand hervorrufen ist umstrit-  
1055 ten.

1056 Die Befürworter vertiefter Finanzmarktintegration führen an, dass gut funktionierende Fi-  
1057 nanzmärkte zu einer effizienten Allokation von Kapital führen, Spareinlagen fördern und zu  
1058 Kapitalakkumulation führen. King und Levine heben die Allokationsfunktion der Finanz-  
1059 märkte als besonders wichtig hervor.<sup>72</sup> In einer Überblicksstudie beschreibt Levine den posi-  
1060 tiven Effekt der Finanzmärkte auf die ökonomische Entwicklung.<sup>73</sup> Langfristig steigerten ver-  
1061 tiefte Finanzmärkte die relativen Wachstumsraten. Auch Levine und Demirgüç-Kunt legen  
1062 dar, dass Länder mit einem größeren Bankensystem und einer höheren Liquidität am Aktien-  
1063 markt tendenziell schneller wuchsen, insbesondere weil Unternehmen einen leichteren Zu-  
1064 gang zu Investitionskrediten hätten.<sup>74</sup>

1065 Eine höhere Integration der Finanzmärkte bedeutet aber auch höhere Volatilität und Instabili-  
1066 tät. Die weitreichende Integration von Finanzmärkten führe demnach zu Wachstum und  
1067 Wohlstand, erhöhe jedoch gleichzeitig das Risiko von tiefgreifenden Krisen.<sup>75</sup> Für Schwellen-  
1068 länder zeigen Ergebnisse, dass die Liberalisierung der Finanzmärkte mit einem höheren Brut-  
1069 toinlandsprodukt pro Kopf und geringerer Inflation einhergeht. Gleichzeitig gehe auch hier  
1070 die Liberalisierung mit erhöhten Risiken für die Finanzmarktstabilität einher.<sup>76</sup> Andere Studi-

---

<sup>71</sup> Vgl. Levine, Ross (2005). Finance and Growth: Theory and Evidence; Sachverständigenrat (2008).

<sup>72</sup> Vgl. King, Robert G. and Levine, Ross (1993). Finance and Growth.

<sup>73</sup> Vgl. Levine (2005).

<sup>74</sup> Vgl. Demirgüç-Kunt, Asli; Levine, Ross (2008). Finance, Financial Sector Policies, and Long-Run Growth.

<sup>75</sup> Vgl. Popov, Alexander; Smets, Frank (2011). On the Trade-off between Growth and Stability.

<sup>76</sup> Vgl. Saadi Sedik, Tahsin; Sun, Tao (2012). Effects of Capital Flow Liberalization.

1071 en hingegen finden in internationalen Vergleichen keine signifikanten Effekte für die wachstumsfördernde Wirkung eines großen Finanzsektors.<sup>77</sup>  
1072

1073 Die ambivalenten Ergebnisse erklären sich generell (i) durch die Schwierigkeit, reine Finanzmarkteffekte zu identifizieren und abzugrenzen von anderen sozioökonomischen Effekten. Zudem ist es (ii) problematisch, anhand von Länderstudien und/oder auch noch so ausgefeilten ökonometrischen Verfahren zu versuchen, eindeutige Kausalitäten bestimmen zu wollen. Bis heute wird eben deshalb sehr kontrovers diskutiert, ob und welche Wachstumseffekte den Entwicklungen auf den jeweiligen Finanzmärkten zugeschrieben werden können oder ob durch andere Faktoren ein Wirtschaftswachstum befördert wurde, was dann wiederum die Finanzmarktentwicklung positiv beeinflusst. Schließlich wird (iii) durch die Festlegung des Untersuchungszeitraums die Interpretation geprägt. So haben etwa Rousseau und Watchel für den Zeitraum 1989 bis 2004 im Gegensatz zum Zeitraum von 1960 bis 1989 kaum noch Effekte des Finanzmarktvolumens auf das Wachstum gefunden.<sup>78</sup> Die Theorie eines einseitig positiven Zusammenhangs zwischen Wachstum und Finanzmarktvertiefung ist allein schon deswegen unzutreffend, weil es gerade in stark integrierten Finanzmärkten ein „zu viel“ an Kapital/Liquidität geben kann, das sich auch in starken Finanzmarktvolatilitäten und Wechselkursänderungen niederschlägt. Wenn der Finanzsektor eine Größe von 80 bis 100 Prozent des BIP erreicht, habe sein Wachstum keine positive Wirkung mehr auf das BIP-Wachstum, sondern eine negative.<sup>79</sup> Die Rückführung überdimensionierter Finanzmärkte sind in diesen Fällen ist nur verkraftbar, sondern sogar wünschenswert.

1091 Aufgrund der uneindeutigen Forschungsbefunde sind anstelle direkter Effekte der Finanzmärkte auf das Wachstum indirekte Effekte (unter anderem Disziplinierungsfunktion der Finanzmärkte, höherer Wettbewerb, breiteres Wissen in Finanzfragen) ins Zentrum der Forschung gerückt. Jedoch wird dadurch die Klärung der zentralen Fragen zusätzlich erschwert. Denn *erstens* ist diese Verschiebung die Reaktion darauf, keine großen, stetig anfallenden positiven Wirkungen der Finanzmärkte für das reale Wirtschaftswachstum ausmachen zu können. *Zweitens* sind selbst zum robusten Beleg indirekter, kleiner Effekte die bisherigen Forschungsergebnisse oft nicht hinreichend. *Drittens* werden über die veränderte Forschungsperspektive die Schwierigkeiten nicht ausgeräumt, Kausalzusammenhänge klar und dezidiert zu belegen, im Gegenteil.<sup>80</sup>

### 1101 3.2.2 Finanzmarktwachstum und Stagnation der Realwirtschaft

1102 Das durch die sogenannte Finanzmarktvertiefung gewonnene Wachstum findet oft nur auf dem Papier statt und ist nicht nachhaltig. So löste der starke Zufluss von anlagesuchendem Kapital stetige Preisinflationen bei finanziellen Vermögenswerten (*asset price inflation*) und Sachanlagen (unter anderem Immobilien- und Rohstoffpreisblasen) aus. Diese Zuflüsse und die damit verbundene Vermögensillusion generierten hohe Konsumsteigerungen bei gleichzeitigem Rückgang der Investitionen aufgrund sinkender Profitabilität – besonders in den exportrelevanten Segmenten in unzähligen Entwicklungs- und Schwellenländern.<sup>81</sup>

---

<sup>77</sup> Demetriades, Panicos O.; Hussein, Khaled A. (1996). Does Financial Development Cause Economic Growth?; Kose, M. Ayhan; Prasad, Eswar; Rogoff, Kenneth; Wei, Shang-Jin (2006). Financial Globalization.

<sup>78</sup> Vgl. Rousseau, Peter L.; Wachtel, Paul (2011). What Is Happening to the Impact of Financial Deepening on Economic Growth?

<sup>79</sup> Arcand, Jean-Louis; Berkes, Enrico; Panizza, Ugo (2012). Too Much Finance?

<sup>80</sup> Rodrik, Dani; Subramanian, Arvind (2009). Why Did Financial Globalization Disappoint?

<sup>81</sup> Rodrik 2008.



1109 Positive Wirkungen des Finanzmarkts auf Wachstum und Wohlstand entstehen erst dann,  
1110 wenn über die dynamischen Entwicklungen im Finanzmarkt gleichfalls der reale, produktive  
1111 Kapitalstock erhöht wird. Die Unterschiede zwischen dem Einsatz von Kapital zur Investition  
1112 und zur Anlage in Vermögenswerten (Sach- wie Geldvermögen) und die daraus resultierende  
1113 funktionale Trennung der Finanzakteure sind hier entscheidend. Denn die Verteilung vorhan-  
1114 dener Einkommensbestandteile auf unterschiedliche Formen der Geldanlage ist etwas völlig  
1115 anderes als die Schaffung zusätzlicher Liquidität über die Geld- und Kreditschöpfung des  
1116 Bankensektors, die über die Zentralbank abgesichert wird.<sup>82</sup>

1117 Die Finanzierung von realen Investitionen über die Finanzmärkte spielt in den meisten Län-  
1118 dern eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu ihrer Finanzierung durch interne Rücklagen  
1119 und traditionelle Bankkredite. Das liegt zum einen daran, dass nicht alle Unternehmen zur  
1120 Finanzierung auf den Kapitalmarkt zugreifen können. In der Regel können das Instrument der  
1121 Wertpapieremission auch nur jene Unternehmen mit hohem Eigenkapital nutzen. Aus Sicht  
1122 der Anleger ist dies durchaus positiv, da der Erwerb der Aktien und Anleihen dieser Unter-  
1123 nehmen weniger riskant ist. Selbstverständlich gibt es Unternehmen mit wenig Eigenkapital,  
1124 die Finanzaktiva zur Anschubfinanzierung (*Start Up* und *Venture Capital*) bzw. ihrer Expan-  
1125 sion emittieren. Aber genau diese Finanzaktiva sind sehr gering und können deshalb nicht für  
1126 gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte verantwortlich gemacht werden.

1127 Die beschriebene hierarchische Struktur der Unternehmensfinanzierung ist seit Ende des 19.  
1128 Jahrhunderts hinlänglich bekannt und gilt bis heute im Banken- wie auch im finanzmarktzen-  
1129 trierten System.<sup>83</sup> Ähnlich ist die Situation in den Entwicklungs- und Schwellenländern: Es  
1130 dominiert auch dort die Innenfinanzierung, ergänzt um klassische Kreditlinien privater, staat-  
1131 licher Banken. Der Kapitalmarkt ist zur Finanzierung neuer Investitionen und der Expansion  
1132 des produktiven Kapitalstocks nachrangig,<sup>84</sup> was auch die jüngsten Entwicklungen in Indien  
1133 und vor allem China neuerlich belegen.<sup>85</sup>

1134 Angesichts der tatsächlichen Funktion der Finanzmärkte (hier besonders der Kapitalmärkte)  
1135 zeigen sich für die Finanzierung der Realkapitalbildung folgende Ergebnisse: Seit Mitte der  
1136 1990er Jahre bis zum Crash 2007/08 sind in fast allen Nationen *erstens* dem produzierenden  
1137 Sektor von den Finanzmarktakteuren in der Regel mehr Kapital/Liquidität entzogen worden,  
1138 als ihnen über die neue Emission von Finanzaktiva zugeführt wurde. *Zweitens* wurden gene-  
1139 rell das Eigenkapital der Unternehmen und die Bankkredite genutzt, um Aktien und Anleihen  
1140 anderer Unternehmen zu erwerben und eigene Finanzaktiva zurückzukaufen. *Drittens* wurden  
1141 die so generierten Mittel von den Unternehmen für Fusionen und Übernahmen (M&A) einge-  
1142 setzt (in den USA von 1980 bis 1997 rund drei Billionen US-Dollar). Seit dieser Zeit expan-  
1143 dierten die Unternehmen weltweit, ohne entsprechend hohes neues Sachkapital (*greenfield*  
1144 *investment*) zu bilden.<sup>86</sup>

1145 Die finanzielle Globalisierung hat so zwar die Eigentumsstruktur und den Zugriff auf die zu-  
1146 gehörigen *cash flows* modifiziert, die stets behauptete rapide und massive Expansion des pro-

---

<sup>82</sup> Vgl. Europäische Zentralbank (EZB) (2011). Monatsbericht 10/2011; EZB (2012). Monatsbericht 01/2012.; EZB (2012). Monatsbericht 02/2012.

<sup>83</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (2007): 31ff.

<sup>84</sup> Vgl. Singh, Ajit (1995). *The Stock Market, Economic Efficiency and Industrial Development*.

<sup>85</sup> Vgl. Kujis, Louis (2005). *Investment and Saving in China*.

<sup>86</sup> Vgl. Doremus, Paul N.; Kellner, William W.; Pauly, Louis W.; Reich, Simon (1998). *The Myth of the Global Corporation*; Brewer, Thomas L.; Young, Stephen (2000). *The Multilateral Investment System and Multinational Enterprises*.

1147 duktiven Kapitalstocks und das Wirtschaftswachstum sind allerdings vergleichsweise be-  
1148 scheiden ausgefallen. Das „exponentielle“ bzw. dynamische Wachstum, das es zum Teil auf  
1149 den Finanzmärkten gegeben hat, ging zwar mit einer Verschuldungsexpansion aller Wirt-  
1150 schaftsakteure und zugleich einer Vermögensillusion einher. Gleichzeitig hat es eben nicht zu  
1151 einem entsprechenden Anstieg der Investitionen in Realkapital gesorgt. Vielmehr sind die  
1152 realen Wachstumsraten des BIP in allen Industrienationen seit mehreren Jahrzehnten rückläu-  
1153 fig.<sup>87</sup> Durch die deutlich höheren Renditeerwartungen im Finanzsektor im Vergleich zum  
1154 produzierenden Unternehmenssektor wurde zunehmend mehr Einkommen im Finanzsektor  
1155 akkumuliert. Das Wachstum der Finanzmärkte hat sich somit vom Wachstum der Realwirt-  
1156 schaft weitgehend entkoppelt.

1157 Die möglichen positiven Effekte der Finanzmärkte stellen sich also nicht per se und aus sich  
1158 heraus ein. Finanzmärkte sind nicht prinzipiell effizient. Der direkte Beitrag der Finanzmarkt-  
1159 integration für das Wachstum in den Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern ist am-  
1160 bivalent und oft kaum korrekt messbar. Positive Wirkungen von Finanzmärkten auf Investiti-  
1161 onen und Wohlstand können nur dann dauerhaft bestehen, wenn der richtige regulatorische  
1162 Rahmen gesetzt wird. Marktversagen und externe Effekte müssen internalisiert werden.

### 1163 **3.2.3 Gefahren für Wachstum und Wohlstand am Beispiel Finanzkrise**

1164 Dass eine vertiefte Finanzmarktintegration auch mehr Volatilität und Instabilität bedeutet,  
1165 wurde besonders in der letzten Finanzkrise deutlich. Nicht nur in Europa konnte man vor der  
1166 Krise ein erhebliches Wachstum des Bankensektors beobachten. Die Handelsbilanzen der  
1167 Finanzinstitutionen in Europa sind bis 2008 auf 43 Trillionen Euro angewachsen, das ist mehr  
1168 als 350 Prozent des BIP der Europäischen Union. Spanien und Irland haben in der EU das  
1169 größte Wachstum erlebt, teilweise mit zweistelligen Wachstumsraten des Bankensektors. Die-  
1170 se Unterschiede im Wachstum des Bankensektors machten sich auch später in der Krise be-  
1171 merkbar.<sup>88</sup> Dieses rapide Wachstum hatte mehrere Ursachen. Eine wichtige Ursache waren  
1172 konstant niedrige Zinsen, die für Banken sehr günstige Kreditbedingungen generiert haben.  
1173 Außerdem fanden vielfach neue Handelsaktivitäten wie erhöhter Eigenhandel und Handel mit  
1174 neuen Finanzprodukten (Derivate, CDO, CDS et cetera) statt, die nur teilweise in den Bankbi-  
1175 lanzen zu finden waren. So entstand ein großes Schattenbankensystem, in das viele Risiken  
1176 ausgelagert wurden,<sup>89</sup> und Handelsgeschäfte wurden zumeist nicht in angemessener Höhe mit  
1177 Eigenkapital hinterlegt und damit verbundene Risiken falsch eingeschätzt. Insgesamt haben  
1178 Banken ihre Bilanzen vor dem Hintergrund leichter Kreditkonditionen, einem Umfeld niedri-  
1179 ger Zinsen und einem scheinbar niedrigen Risiko massiv ausgedehnt.

1180 Diese Entwicklung hat zu einer Fehlallokation von Kapital geführt. Das Kapital ist nicht dort-  
1181 hin geflossen, wo es aus volkswirtschaftlicher Sicht am sinnvollsten hätte eingesetzt werden  
1182 können, nämlich in produktive Investitionen, sondern in eine Blase des US-amerikanischen  
1183 Immobilienmarktes. Die Krise hat entgegen der Lehrbücher gezeigt, dass eine höhere erwartete  
1184 Rendite kein Indikator dafür ist, dass Kapital dort auch aus volkswirtschaftlicher Sicht gut  
1185 angelegt ist. Es hat sich gezeigt, dass die massive Deregulierung der Finanzmärkte zu Fehl-  
1186 allokationen und Fehlentwicklungen geführt hat, die dieses Problem verstärkt und massive  
1187 Folgen für die Realwirtschaft hatte. Mit der Dauer der Finanzkrise wurde deren systemischer

---

<sup>87</sup> Und eine Rückkehr zu exponentiellem Wirtschaftswachstum ist dauerhaft weder normativ wünschenswert, noch sinnvoll oder überhaupt möglich.

<sup>88</sup> Vgl. Liikanen, Erkki et al. (2012). High-level Expert Group on Reforming the Structure of the EU Banking Sector: 12.

<sup>89</sup> Vgl. Liikanen et al. (2012): 13.

1188 Charakter immer offensichtlicher. Es handelt sich dabei um das Ineinander wirken von drei  
1189 Einflussfaktoren, die eng miteinander verzahnt sind: Defizite der Regulierungsarchitektur,  
1190 weitere ökonomische Einflussfaktoren (makroökonomische Ungleichgewichte, aber auch In-  
1191 kohärenzen des Steuersystems,<sup>90</sup> wie die steuerliche Bevorteilung von Fremd- gegenüber Ei-  
1192 genkapital und die Bevorzugung von Einkommen aus Vermögen gegenüber Erwerbseinkom-  
1193 men und die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung<sup>91</sup>) sowie politöko-  
1194 nomische Aspekte.<sup>92</sup>

1195 Bisher wurden nur sehr limitierte Restrukturierungen vorgenommen, und EU-weite Einigung  
1196 zur Lösung der Bankenkrise konnte nicht gefunden werden.<sup>93</sup> Obwohl Staaten viele Banken  
1197 weitreichend gestützt haben, konnte bisher keine adäquate Regulierung verabschiedet werden,  
1198 um zukünftige Finanzkrise zu vermeiden. Eine Neugestaltung der Finanzmarktregulierung  
1199 muss daher auf die strukturellen Ursachen für die zurückliegende Finanzkrise reagieren und  
1200 mögliche künftige Fehlentwicklungen antizipieren.

### 1201 **3.2.4 Handlungsoptionen**

1202 Das Versprechen und die Vorstellung, die Deregulierung der Finanzmärkte würde maßgeblich  
1203 zur Steigerung des realen Wachstums beitragen, ist spätestens mit der aktuellen Krise obsolet  
1204 geworden und hat Europa in eine gesellschaftliche Sackgasse mit bisher noch unabsehbaren  
1205 Folgen geführt. Die Folgen der Deregulierung waren bereits vor 2007 zu beobachten: eine oft  
1206 ineffiziente, schädliche Allokation von Finanzmitteln und wachsende gesellschaftliche Span-  
1207 nungen und Verteilungskonflikte. Folglich ist eine kritische Überprüfung der zurückliegenden  
1208 Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte notwendig. Denn die Stabilität und Funktionsfä-  
1209 higkeit von Finanzmärkten ist ein zentrales öffentliches Gut und damit Voraussetzung für  
1210 Wohlstand und Lebensqualität. Positive Effekte von Finanzmärkten setzen eine zielgerichtete  
1211 Regulierung voraus, so dass sie dem Ziel „finance serving society“ folgen.

1212 Die volkswirtschaftlichen Schäden, die nur unzureichend regulierte Finanzmärkte hinterlassen  
1213 können, konnten hinreichend beobachtet werden. Zeiten der Krise sind jedoch auch immer  
1214 Zeiten der Reform. Daher sollten nun die notwendigen Reformen auf den Weg gebracht wer-  
1215 den.

1216 Hier soll nun ein grobes Bild der nötigen Regulierungsbereiche gezeichnet werden, das im  
1217 Bericht der Projektgruppe 4 genauer vorgestellt wird. Es wird hier nur ein kurzer Überblick  
1218 über die nötigen Maßnahmen gegeben. Als genereller Maßstab gilt es, eine möglichst kohä-  
1219 rente und in sich stimmige Finanzmarktregulierung zu erreichen.

1220 Es besteht ein weitreichender Konsens, dass eine strengere Eigenkapitalregulierung vorge-  
1221 nommen werden muss. Für die Erhöhung der systemischen Stabilität sollte eine ergänzende,  
1222 ungewichtete Eigenkapitalquote als strikte Obergrenze für das Ausmaß der Verschuldung  
1223 eingeführt werden. Gleichzeitig sollte insbesondere bei Handelsgeschäften die Risikogewich-  
1224 tung in der Eigenkapitalunterlegung reformiert werden, damit weniger Spielraum für Manipu-  
1225 lationen verbleibt. Die Eigenkapitalquote sollte auch von der Größe des Finanzinstituts, seiner

---

<sup>90</sup> Siehe Schubert, Helene (2012). Tax Policies and Financial Stability.

<sup>91</sup> Zur Rolle der Ungleichheit als strukturelle Ursache der Finanzkrise siehe: Rajan, Raghuram G. (2010). Fault Lines.

<sup>92</sup> Siehe zum Beispiel Levine, Ross (2010), The Governance of Financial Regulation; und Mooslechner, Peter; Schubert, Helene; Weber, Beat (2006). The Political Economy of Financial Market Regulation.

<sup>93</sup> Vgl. Liikanen, Erkki et al. (2012): 3.

1226 systemischen Relevanz sowie seinem Risikoprofil entschieden werden. Die bisher beschlos-  
1227 senen Maßnahmen, wie sie in Basel III beschrieben wurden sind nicht ausreichend.

1228 Mithilfe eines Trennbankensystems können viele Probleme, die in der Finanzkrise aufge-  
1229 taucht sind, gelöst werden. Durch eine Trennung der Geschäftsbereiche würden die riskanten  
1230 Bereiche in Finanzinstituten kleiner und Verflechtungen zwischen Geschäfts- und Invest-  
1231 mentbanken könnten transparent gemacht und verringert werden.

1232 Die Dominoeffekte, durch die in den Eigenhandelsabteilungen im Übermaß eingegangene  
1233 Risiken in der Finanzkrise auch viele Geschäftsbanken in den Abgrund getrieben und so das  
1234 klassische Kredit- und Einlagengeschäft gefährdet haben, würden so verhindert. Gleichzeitig  
1235 können durch ein effektives Trennbankensystem keine Risiken mehr in Schattenbanken aus-  
1236 gelagert und dadurch verschleiert werden.

1237 Große und daher systemisch relevante Banken profitieren von einer impliziten Staatsgarantie,  
1238 die sich in einem messbaren Zinsvorteil niederschlägt. Dieser Zinsvorteil soll durch eine Ban-  
1239 kenabgabe abgeschöpft werden, die in einen Bankenrestrukturierungsfonds fließen soll Die  
1240 Bankenabgabe sollte gegebenenfalls antizyklisch gestaltet werden, um in Rezessionen Hand-  
1241 lungsspielraum zu gewähren.

1242 Auch bezüglich der Ratingagenturen ist mehr Regulierung nötig. Hier hat vor allem eine Ver-  
1243 quickung von Interessen stattgefunden, durch die ein unabhängiges Rating oft nicht möglich  
1244 war. Ziel sollte eine europäische, nicht profitorientierte und unabhängige Ratingagentur sein,  
1245 die transparente Ratings durchführt. Außerdem sollte die Rolle von Ratingagenturen, bei-  
1246 spielsweise durch die Förderung der Qualität bankeigener Ratings, relativiert werden. So  
1247 können viele Probleme, die durch Ratingagenturen verursacht wurden behoben werden.

1248 Eine Finanztransaktionssteuer wird bereits in vielen Ländern diskutiert und soll nun einge-  
1249 führt werden. Durch eine Finanztransaktionssteuer kann insbesondere der Hochfrequenzhan-  
1250 del eingedämmt werden, der unter anderem an exzessiver Spekulation und somit auch an  
1251 Vermögenspreisblasen beteiligt war.

1252 Zuletzt muss europaweit eine effektive Bankenaufsicht eingeführt werden. Speziell große und  
1253 systemrelevante Banken sollten auf europäischer Ebene kontrolliert und gegebenenfalls  
1254 restrukturiert werden. Hier ist auch ein europaweites Bankeninsolvenzrecht wichtig, dass nun  
1255 schon von der europäischen Kommission in Angriff genommen wurde.

### 1256 **3.3 Wachstum und Umwelt**

1257 Zum Auftrag dieser Enquetekommission gehört die Klärung der Frage, wie ökologische Her-  
1258 ausforderungen die Wohlstandsperspektive Deutschlands beeinflussen können. Dieser Ein-  
1259 fluss kann positiv in umwelttechnischen Innovationen, höherer Ressourcenproduktivität oder  
1260 neuen Märkten für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen bestehen. Hier ist per  
1261 Saldo mit Wohlstandsgewinnen zu rechnen. Wohlstandsverluste sind hingegen von einer  
1262 Schädigung oder Übernutzung der Umwelt zu erwarten. Neben der Beeinträchtigung der Le-  
1263 bensqualität kommt es hier zunehmend auch zu materiellen Einbußen. Dabei erweist sich,  
1264 dass insbesondere eine Schädigung oder Übernutzung des Naturkapitals – Wasser, Boden, die  
1265 Atmosphäre oder natürliche Ressourcen – die Produktionsbedingungen von Volkswirtschaften  
1266 verschlechtern können. Die OECD sieht darin eine Herausforderung hoher Dringlichkeit:  
1267 „Wenn keine politischen Maßnahmen ergriffen werden, riskieren wir innerhalb weniger De-  
1268 kaden eine irreversible Veränderung der ökologischen Basis nachhaltiger wirtschaftlicher

1269 Prosperität. Um dies zu vermeiden sind dringende Handlungen erforderlich, die den Klima-  
1270 wandel, den Verlust an Biodiversität, Wasserknappheit und Gesundheitsfolgen der Umwelt-  
1271 verschmutzung und von chemischen Gefahrstoffen anzugehen.<sup>94</sup>

1272 In diesem Kapitel sollen zunächst *wirtschaftliche* Beeinträchtigungen untersucht werden, die  
1273 aus solchen Formen einer Übernutzung der Umwelt erwachsen können. Die ökologischen  
1274 Herausforderungen als solche werden im Bericht der Projektgruppe 3 ausführlich dargestellt.  
1275 Den negativen Einflüssen von Umweltbelangen auf Wachstum und Entwicklung stehen posi-  
1276 tive gegenüber. Sie werden im Anschluss skizziert.

### 1277 **3.3.1 Umweltschäden als negativer Wirtschaftsfaktor**

1278 Für die Bundesrepublik ergeben sich direkte und indirekte ökonomische Nachteile durch  
1279 Schädigungen des Naturkapitals. Den Effekten im eigenen Lande sind die Effekte insbesonde-  
1280 re bei Handelspartnern hinzuzählen, von deren Prosperität der deutsche Exporterfolg abhängt.  
1281 Insbesondere folgende ökologische Schadensformen können die Grundlagen der wirtschaftli-  
1282 chen Prosperität untergraben:<sup>95</sup>

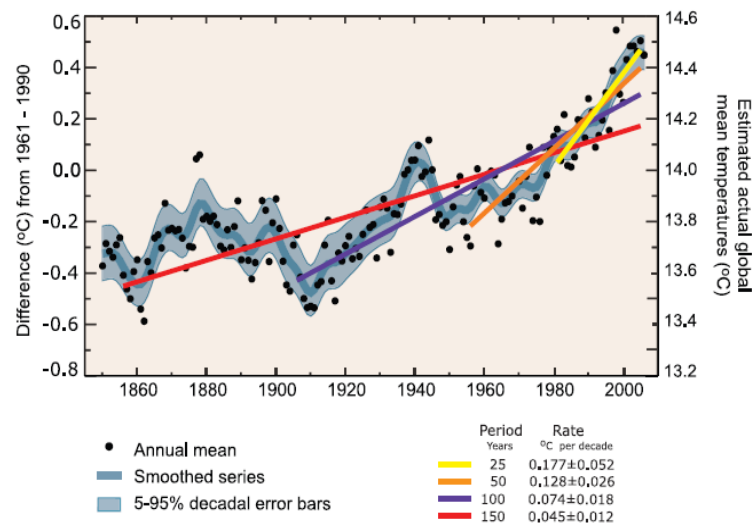
- 1283 ▪ **Klimawandel:** „Weder unsere Land- und Forstwirtschaft noch unsere Kultur, Gesell-  
1284 schaft, Infrastruktur, usw. sind auf eine rasche und starke Klimaveränderung von mehre-  
1285 ren Grad Celsius vorbereitet.“<sup>96</sup> Es geht um die kurz- und langfristige Beeinträchtigung  
1286 von Wirtschaftstätigkeiten ebenso wie um Schadenskosten. Diese betreffen Schäden durch  
1287 klimatisch bedingte Wetterereignisse (Überflutungen, Dürre, Hitzewellen, Waldbrände,  
1288 Sturmschäden, Versicherungskosten) und die Kosten der Anpassung an den Klimawandel  
1289 (Deichbau, Umsiedlung, künstliche Bewässerung, Wiederaufforstung et cetera).

---

<sup>94</sup> OECD (2008). Environmental Outlook to 2030: 25.

<sup>95</sup> Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen (WBGU) (2011). Welt im Wandel.

<sup>96</sup> WBGU (2011): 35.



**Figure TS.6.** (Top) Patterns of linear global temperature trends over the period 1979 to 2005 estimated at the surface (left), and for the troposphere from satellite records (right). Grey indicates areas with incomplete data. (Bottom) Annual global mean temperatures (black dots) with linear fits to the data. The left hand axis shows temperature anomalies relative to the 1961 to 1990 average and the right hand axis shows estimated actual temperatures, both in °C. Linear trends are shown for the last 25 (yellow), 50 (orange), 100 (magenta) and 150 years (red). The smooth blue curve shows decadal variations (see Appendix 3.A), with the decadal 90% error range shown as a pale blue band about that line. The total temperature increase from the period 1850 to 1899 to the period 2001 to 2005 is  $0.76^{\circ}\text{C} \pm 0.19^{\circ}\text{C}$ . [FAQ 3.1, Figure 1.]

1290

1291

Abbildung 13: Änderung der Durchschnittstemperatur der Erdoberfläche.<sup>97</sup>

1292

Im Jahr 2010 haben auf den Klimawandel zurückgeführte Wetterkatastrophen in Pakistan, Russland und Australien erstmals nationale Dimensionen angenommen. Da diese Effekt bereits bei einer globalen Erwärmung von durchschnittlich 0,8 Grad (gegenüber der Zeit vor der Industrialisierung) eintraten, könnte selbst die international anerkannte Höchstgrenze der Erwärmung von zwei Grad ein zu großes Risiko darstellen. Ein besonderes Gefahrenpotenzial des Klimawandels liegt in seiner möglichen Beschleunigung durch Rückkopplungseffekte wie etwa des Rückgangs der Schnee- und Eisbedeckung der Erde (Albedo), der seinerseits zur Erderwärmung beitragen kann. Abbildung 13 zeigt nach einer Darstellung des 4. Sachstandsberichtes des IPCC die Beschleunigung der Erwärmung in den letzten Jahrzehnten.

1301

- **Wassermangel und Wasserverschmutzung:** Die OECD stellt in ihrem „Environmental Outlook“ für 2030 fest, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Menschen, die unter schwerwiegenden Problemen der Wasserversorgung leben, weltweit auf 3,9 Milliarden ansteigen könnte. Dazu kommen 1,4 Milliarden Menschen mit „mittleren“ Wasserproblemen. Besonders betroffen sind dabei die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China).<sup>98</sup> Bereits heute stehen in China nach Aussagen des für Wasserressourcen zuständigen Vizeministers zwei Drittel der Städte „an den Grenzen der Wasserversorgung“.<sup>99</sup> Aber auch in der EU werden nach Angaben der EU-Kommission bis 2030 47 Flusseinzugsgebiete unter Wassermangel leiden.<sup>100</sup> Das ergibt Standortnachteile für Unternehmen mit hohem Wasserbedarf wie in der Chemieindustrie oder auch bei thermischen Kraftwerken mit hohem Kühlwasserbedarf. Direkt betroffen ist die Trinkwasserversorgung, indi-

1302

<sup>97</sup> Quelle: Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2007).

1303

<sup>98</sup> Vgl. OECD (2008): 223; United Nations Environment Programme (UNEP) (2011). Towards a Green Economy.

1304

<sup>99</sup> Financial Times vom 17.2.2012.

1305

<sup>100</sup> ENDS Europe vom 24.2.2012.

1306

1307

1308

1309

1310

1311

1312 rekt die Landwirtschaft und damit die Ernährungsbasis der Weltbevölkerung, da 70 Pro-  
1313 zent der globalen Frischwasserreserven in die Landwirtschaft gehen.

1314 ■ **Verlust von Ökosystemleistungen und Biodiversität.** Die OECD stellt fest, dass der  
1315 „fortlaufende Verlust an Biodiversität wahrscheinlich die Fähigkeit der Erde beeinträch-  
1316 tigt, öko-systemare Dienstleistungen wie die Absorption von Kohlenstoff, die Gewässer-  
1317 reinigung, oder den Schutz vor extremen Wetterereignissen“<sup>101</sup> zu erbringen. Allein die  
1318 Ökosystemdienstleistung der Bestäubung von Pflanzen durch - oft vom Aussterben be-  
1319 drohte - Insekten wird auf 190 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt. 25 bis 50 Prozent  
1320 des US-Marktes für pharmazeutische Produkte beruhen auf genetischen Ressourcen.<sup>102</sup>  
1321 Die rechtzeitige Begrenzung oder Vermeidung der Verluste an Arten und Ökosystem-  
1322 dienstleistungen gilt als weitaus rentabler als die nachträgliche Schadensreparatur.<sup>103</sup>

1323 ■ **Verlust an Bodenqualität und an Naturausstattung:** Desertifikation, Entwaldung,  
1324 Überweidung, nicht nachhaltige Agrarproduktion, Bodenversalzung, Flächenversiegelung  
1325 und Urbanisierung tragen zu Engpässen in der Agrarproduktion bei. Ein Drittel der globa-  
1326 len Ackerflächen ist nach einer neueren Studie von Degradation betroffen.<sup>104</sup> Laut UNEP  
1327 gehen der Produktion jährlich 20.000 bis 50.000 km<sup>2</sup> Landfläche vor allem durch Boden-  
1328 erosion verloren. In Japan, Russland und der Ukraine sind überdies große Flächen durch  
1329 nukleare Kontamination landwirtschaftlich unbrauchbar geworden. Die weltweite Erhal-  
1330 tung der Wälder würde Treibhausgase vermeiden, deren Schadenseffekt auf 3,7 Billionen  
1331 US-Dollar geschätzt wird.<sup>105</sup> Hier gibt es neuerdings auch Gegenteilstendenzen, aber sie sind  
1332 das Ergebnis kostenträchtiger Maßnahmen (Wiederaufforstung, künstliche Bewässerung  
1333 et cetera). Der Nettoverlust an Waldfläche betrug zwischen den Jahren 2000 und 2010  
1334 immer noch 5,2 Millionen ha/Jahr.<sup>106</sup>

1335 ■ **Gesundheitskosten als Folge von Umweltbelastungen.** Die Übersterblichkeitsrate (Rate,  
1336 die über der erwarteten Sterberate liegt) durch Ozon und Feinstaub (PM<sub>10</sub>) ist in Asien be-  
1337 sonders hoch. Sie liegt aber auch in Europa bei Ozon nur beim globalen Durchschnitts-  
1338 wert.<sup>107</sup> Höhere Kosten verursachen auch Krankheiten, die als Folge von Gewässerver-  
1339 schmutzung entstehen.<sup>108</sup> UNEP nennt überdies weltweit drei bis fünf Millionen Fälle von  
1340 Pestizidvergiftungen pro Jahr.<sup>109</sup>

1341 ■ **Verlust an Meeresressourcen** durch Eutrophierung, Versauerung, Erwärmung und  
1342 Übernutzung von Fischbeständen. Der ökonomische Wert von erschöpften Fischbeständen  
1343 wird von UNEP auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzt.<sup>110</sup>

1344 ■ **Kosten von Umweltkatastrophen.** Ein Beispiel ist die mit hohen Schadenskosten ver-  
1345 bundene Katastrophe der Ölplattform Deepwater Horizon im Jahre 2010. Sie ist auch ein  
1346 Symptom für die höheren Umweltrisiken und die fallweise höhere Umweltbelastung, die  
1347 mit der Rohstoffgewinnung im Zeichen einer Erschöpfung der „billigen“ Rohstoffvor-  
1348 kommen verbunden ist.

---

<sup>101</sup> OECD (2011).

<sup>102</sup> Vgl. UNEP (2011): 7.

<sup>103</sup> Vgl. TEEB (2010). The Economics of Ecosystems and Biodiversity.

<sup>104</sup> Vgl. WBGU (2011): 43f.

<sup>105</sup> Vgl. UNEP (2011): 7.

<sup>106</sup> Vgl. UNEP (2011).

<sup>107</sup> Vgl. OECD (2008): 254.

<sup>108</sup> Vgl. OECD (2008): 263.

<sup>109</sup> Vgl. UNEP (2011): 8.

<sup>110</sup> Vgl. UNEP (2011): 30.

- 1349   ▪ **Kosten der Beseitigung und Deponierung von chemischen und nuklearen Gefahr-**  
1350 **stoffen.** Faktisch finden hier immer wieder Kostenexternalisierungen statt, für die die öf-
- 1351 fentliche Hand auskommen muss. Ein Beispiel hierfür sind die Kosten des atomaren End-
- 1352 lagers Asse.
- 1353   ▪ **Schäden durch dissipative Umwelt belastende Einträge.** Hier ist vor allem die Belas-
- 1354 tung der Gewässer und der Meere durch Plastikmüll, Schwermetalle, persistente Stoffe,
- 1355 Antibiotika etc. zu nennen.

### 1356 **Umweltkosten**

1357 Für die meisten der wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch externe Umwelteffekte liegen  
1358 belastbare Kostenschätzungen nicht vor.<sup>111</sup> Schäden durch den Verlust an Biodiversität und  
1359 Ökosystem-Dienstleistungen sind auch methodisch nur schwer zu beziffern.<sup>112</sup> Im BIP erhal-

1360 ten Umweltschäden erst einen Stellenwert, wenn die Kosten real anfallen. Bis dahin sind sie  
1361 gewissermaßen nur der ökonomische „Schatten“ einer Produktionsweise, die externe Um-

1362 wELTSchäden hervorruft bzw. auf Kosten der Umwelt produziert. Treten die Kosten aus diesem  
1363 Schatten, so manifestieren sie sich als Entschädigungskosten, als Ausweichkosten, als Versi-

1364 cherungskosten oder Risikoaufschläge, als Sanierungskosten, als kompensatorische Maßnah-

1365 men (wie der Ferntransport von Trinkwasser) oder als Sozialkosten im Falle der Produktions-

1366 aufgabe. Im Extremfall – wie für bestimmte Inselstaaten im Pazifik – fallen Kosten einer Um-

1367 siedlung an.

1368 Die Weltbank hat die Kosten der „Schädigung und Erschöpfung der Umwelt- und Naturres-

1369 sourcen“ für einige Länder berechnet. Sie betragen für China und Indien annähernd neun Pro-

1370 zent des Bruttonationaleinkommens (2008). Aber auch für die USA wird ein Wert von über

1371 zwei Prozent angegeben. Deutschland und Japan liegen unter einem Prozent.<sup>113</sup> In diesen Be-

1372 rechnungen fehlen immer noch wichtige Bereiche, so etwa der angeführte weite Schadensbe-

1373 reich der Wasserversorgung beziehungsweise der Übernutzung von Grundwasserressourcen,  
1374 ebenso der Bereich der Biodiversität.

### 1375 **3.3.2 Die Situation in Deutschland**

1376 An den dargestellten wirtschaftlichen Schadenseffekten als Folge umweltschädlicher Produk-

1377 tionsweisen ist Deutschland stärker als Verursacher denn als Betroffener beteiligt. Das gilt zu

1378 allererst für den Klimawandel, von dem immer mehr Länder betroffen sind. Indirekt ist

1379 Deutschland aber auch in diesem Fall betroffen, weil wirtschaftliche Probleme anderer Länder

1380 deren Exportnachfrage beeinträchtigen können oder weil Engpässe in der Lebensmittelversor-

1381 gung zu Preissteigerungen führen können, die auch hierzulande wirksam werden. Preiseffekte

1382 dieser Art hat häufig auch der exzessive Rohstoffverbrauch anderswo.

1383 Deutschland hat wichtige wirtschaftlich nachteilige Umweltschäden durch aktive Umwelt-

1384 schutzmaßnahmen vermieden. Das gilt für Kosten von Korrosions-, Gesundheits- oder Wald-

1385 schäden durch Luftbelastung. Ebenso wurden durch Maßnahmen des Gewässerschutzes hohe

1386 Kosten der Wasseraufbereitung in der Chemischen Industrie vermieden. Ähnlich ergaben in-

1387 dustrielle Anlagenrisiken einen Kostenfaktor an Industriestandorten, der erst durch Maßnah-

1388 men zu Gewährleistung von Anlagensicherheit minimiert wurde. Schadenskosten in diesem

1389 Bereich standen am Beginn der Umweltpolitik. Die OECD bezifferte diese Kosten in den

---

<sup>111</sup> Vgl. Umweltbundesamt (UBA) (2007). Ökonomische Bewertung von Umweltschäden.

<sup>112</sup> Vgl. TEEB (2010).

<sup>113</sup> Vgl. World Bank (2011a). China 2030.



1390 1970er Jahren auf drei bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts.<sup>114</sup> Der wirtschaftliche Wert  
1391 ihrer anhaltenden Vermeidung, würde er aktuell berechnet, könnte viel zur Legitimation der  
1392 heutigen Umweltpolitik Deutschlands beitragen. Anders als in den USA wird aber der wirt-  
1393 schaftliche Nutzen des Umweltschutzes in Deutschland nicht systematisch erfasst.

1394 Vor allem beim Klimawandel, dem Verlust von Ökosystemfunktionen oder der Bodenbelas-  
1395 tung ist Deutschland weiterhin ein wichtiger Verursacher von Beeinträchtigungen der natürli-  
1396 chen Lebens- und Produktionsgrundlagen. Der Artenverlust in Deutschland ist erheblich. Er  
1397 nimmt weiterhin zu und ist vom Zielwert der Nachhaltigkeitsstrategie weit entfernt.<sup>115</sup> Die  
1398 Versiegelung von Naturflächen ist nur geringfügig verlangsamt worden. Die erfassten  
1399 314.347 Altlastenverdachtsflächen werden aus Kostengründen nur teilweise saniert.<sup>116</sup> Die  
1400 Luftbelastung durch Ammoniak ist seit den frühen 1990er Jahren kaum zurückgegangen und  
1401 vom Zielwert weit entfernt. Der Pestizideinsatz ist – bei rückläufiger Agrarfläche – seit 2000  
1402 gestiegen.<sup>117</sup> Der Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft ist zwar rückläufig, aber vom  
1403 Zielwert deutlich entfernt. Der Klimawandel bringt zunehmende Produktionsrisiken für die  
1404 Landwirtschaft mit sich.

1405 Zu den indirekten Umweltwirkungen Deutschlands gehört die Auslagerung Umwelt belasten-  
1406 der Vorstufen der Produktion. Deren Ursache ist nach Auffassung der Weltbank weniger das  
1407 Motiv der Vermeidung von Umweltschutzmaßnahmen als das internationale Lohngefälle.<sup>118</sup>  
1408 Aber im Effekt hat der deutsche Import einen erheblichen „ökologischen Rucksack“. Der  
1409 deutsche Fleischkonsum trägt beispielsweise in der Bilanz zur Beanspruchung des Naturhaus-  
1410 haltes anderer Länder bei. Dies gilt auch für die EU. Nach einer neueren Studie der Weltbank  
1411 wird das „europäische Modell ökologisch nachhaltiger Entwicklung“ mit vergleichsweise  
1412 „sauberer“ Produktion konterkariert durch einen umweltintensiven (importierten) Konsum.<sup>119</sup>  
1413 Hier müssen zwar die sog. „Spill-over“-Effekte des Exports umweltschonender Technologien  
1414 aus Europa oder der Einfluss europäischer Umweltstandards (wie der Euro-Normen) auf an-  
1415 dere Länder in gegen gerechnet werden. Der deutsche und der europäische „ökologische Fuß-  
1416 abdruck“ bleibt dennoch eine wesentlich ökologische Herausforderung (siehe für eine aus-  
1417 führliche Behandlung den Bericht der Projektgruppe 3).

1418 Insgesamt zeichnet sich also auch die deutsche Volkswirtschaft, ungeachtet der Teilerfolge im  
1419 Umweltschutz, durch erhebliche Externalisierungen schädlicher Umwelteffekte aus. Sie be-  
1420 treffen im eigenen Lande vor allem den Boden und die Biodiversität bzw. das verfügbare Na-  
1421 turkapital. Die Externalisierung von ökologischen Schadenseffekten auf die Umwelt anderer  
1422 Länder betrifft vor allem den Klimawandel, dessen Folge- und Anpassungskosten eine große  
1423 Zahl von Ländern erheblich belastet, sofern Gegenmaßnahmen überhaupt möglich sind. Die  
1424 umweltintensive Industrie- und Agrarproduktion von Ländern, aus denen Deutschland Güter  
1425 importiert, die vormals im eigenen Lande erzeugt wurden, betrifft vor allem die Wasserreser-  
1426 ven, die Bodenqualität und das Naturvermögen. Hinzu kommen Schadstoffbelastungen der  
1427 Luft, die in Deutschland längst überwunden sind. Auch wenn die Auslagerung umweltinten-  
1428 siver Produktionen primär den billigen Löhnen folgt und die geringere Differenz von Um-  
1429 wELTSchutzkosten meist kein ausreichendes Verlagerungsmotiv ergibt, geht die verlagerungs-  
1430 bedingte höhere Lebensqualität in Deutschland doch oft zu Lasten anderer Länder. Sie wirkt  
1431 dort wohlfahrtsmindernd.

---

<sup>114</sup> Vgl. OECD (1979). The OECD Observer 98: 33.

<sup>115</sup> Vgl. Die Bundesregierung (2012). Nationale Nachhaltigkeitsstrategie.

<sup>116</sup> UBA (2011). Daten für die Umwelt.

<sup>117</sup> Statistisches Bundesamt (2011). Statistisches Jahrbuch 2011.

<sup>118</sup> Vgl. World Bank (2011b). Golden Growth: 387.

<sup>119</sup> Vgl. World Bank (2011b).

1432 **3.3.3 „Green Economy“ als wirtschaftliche Chance**

1433 Negativen Einflüssen ökologischer Schadensentwicklungen auf das Wirtschaftsgeschehen  
1434 stehen erhebliche Chancen gegenüber, die aus einer Umrüstung des Produktionsapparates auf  
1435 ökologisch nachhaltiges Wirtschaften erwachsen. Dies ergibt sich aus zahlreichen Studien zu  
1436 diesem Thema. Daran ist neu, dass nicht nur Institutionen wie UNEP<sup>120</sup> oder die OECD<sup>121</sup> den  
1437 Übergang zur „Green Economy“ bzw. zu „Green Growth“ propagieren. Dies tut nunmehr  
1438 auch die Weltbank<sup>122</sup> und die Asian Development Bank.<sup>123</sup> Beachtenswert ist auch eine Studie  
1439 von 26 asiatischen Akademien der Wissenschaften, die ein eigenständiges asiatisches Modell  
1440 nachhaltiger Entwicklung empfehlen.<sup>124</sup>

1441 Für den konzeptionellen Wandel ist es bezeichnend, dass McKinsey, eine umweltfreundliche  
1442 „Ressource Revolution“ als notwendig erachtet.<sup>125</sup> Beachtenswert ist, dass mit dem Begriff  
1443 des „grünen Wachstums“ zunächst nur das Wachstum der Umweltindustrie gemeint war,  
1444 schrittweise aber ein „Mainstreaming“ ökologischer Belange in der gesamten Volkswirtschaft  
1445 thematisiert wird.<sup>126</sup> Neuerdings wird hier auch die soziale Dimension von Nachhaltigkeit  
1446 verstärkt einbezogen. Die Weltbank nennt eine ihrer Studien „Inclusive Green Growth“.<sup>127</sup>  
1447 Den genannten Studien ist gemeinsam, dass sie anders als früher die ökologischen Gefahren  
1448 auch als Gefahren für die Volkswirtschaften behandeln.

1449 Damit ist Umweltschutz auch in den Chefetagen der globalen Ökonomie nicht mehr die viel  
1450 beschworene Wachstumsbremse. Inzwischen besteht eher die Gefahr, dass „grünes Wach-  
1451 tum“ als generelle Wachstumsstrategie überschätzt wird und Umweltbelange nur noch dann  
1452 thematisiert werden, wenn sie sich in Kategorien des „grünen Wachstums“ übersetzen las-  
1453 sen.<sup>128</sup>

1454 Ein Wirtschaftsmodell, das Umweltschonung und Ressourcenproduktivität ins Zentrum rückt,  
1455 kann aus folgenden Gründen tatsächlich mit einer wachsenden Wertschöpfung rechnen:<sup>129</sup>

- 1456 • Höhere Ressourcenproduktivität kann die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und damit auch  
1457 einen Wachstumseffekt haben.
- 1458 • Innovationen, die beim ökologischen Umbau eine zentrale Rolle spielen, haben zumeist  
1459 auch einen positiven Effekt auf die Wirtschaftsleistung.
- 1460 • Zusätzliche Investitionen in die Umrüstung des Produktionsapparates (die sich oft durch  
1461 Effizienzgewinne refinanzieren) können der Investitionsschwäche in Ländern wie  
1462 Deutschland entgegenwirken. Klare Zielvorgaben können die Sicherheit für Investoren  
1463 erhöhen.
- 1464 • Die Vermeidung wirtschaftlicher Engpässe und Schadenseffekte durch Umweltkrisen und  
1465 volatile Rohstoffpreise kann sich im Gesamteffekt ebenfalls günstig auf die Wirtschafts-  
1466 leistung auswirken.

---

<sup>120</sup> Siehe UNEP (2011).

<sup>121</sup> Siehe OECD (2011).

<sup>122</sup> Siehe World Bank (2011a); World Bank (2012).

<sup>123</sup> Siehe Asian Development Bank (2012).

<sup>124</sup> Siehe The Association of Academies of Sciences in Asia (AASA) (2011). Green Transition and Innovation.

<sup>125</sup> Vgl. McKinsey Global Institute (2011). Resource Revolution.

<sup>126</sup> Vgl. OECD (2011); UNEP (2011).

<sup>127</sup> Siehe World Bank (2012).

<sup>128</sup> Vgl. Jänicke (2012).

<sup>129</sup> Vgl. OECD (2011); World Bank (2012); UNEP (2011).

1467 Erwähnt sei auch, dass umweltschädliche Produktionen einen deutlich niedrigeren Beschäfti-  
1468 gungseffekt haben als Dienstleistungen und wissensintensive Produktionen. Nach Angaben  
1469 der OECD repräsentieren umweltintensive Unternehmen im OECD-Bereich 80 Prozent der  
1470 CO<sub>2</sub>-Emissionen, aber nur sechs Prozent der Beschäftigten.<sup>130</sup> Durch steuerliche Anreize kann  
1471 auch die Einsparung von Ressourcen gegenüber der Einsparung von Arbeit gestärkt werden.  
1472 Ein höheres Beschäftigungsniveau dürfte sich auch auf die Höhe des BIP insgesamt positiv  
1473 auswirken.

1474 Von solchen positiven Effekten auf die Wirtschaftsleistung sind die Einbußen bei solchen  
1475 Branchen abzuziehen, deren Produkte durch „grünes Wachstum“ eingespart oder substituiert  
1476 werden. Deshalb dürfte sich ein „grünes Wachstum“ nicht als hohes Wachstum erweisen.  
1477 Sein Vorteil dürfte eher in den Stabilität und langfristigen Nachhaltigkeit der Wirtschaftsent-  
1478 wicklung liegen.

### 1479 **3.3.4 Kann Deutschland die ökologischen Herausforderungen auch mit ge-** 1480 **ringerem Wachstum bewältigen?**

1481 Diese Frage des Einsetzungsbeschlusses der Enquetekommission kann wie folgt beantwortet  
1482 werden: Deutschland hat vor allem im letzten Jahrzehnt Schritte in Richtung auf eine nachhal-  
1483 tige Entwicklung genommen, die teilweise weiter gingen als in anderen Ländern. In gewisser  
1484 Weise hat sich das deutsche Sozialstaatsmodell tendenziell hin zu einer sozial-ökologischen  
1485 Marktwirtschaft entwickelt. Das gilt auch für den europäischen Markt, der als Institution des  
1486 Freihandels begann und heute im Vertrag über ökologische Rahmenbedingungen verfügt, die  
1487 weitergehen als die Verfassungsverankerung des Umweltschutzes in den meisten Industrie-  
1488 ländern.

1489 Neben dem Vereinigten Königreich hat Deutschland weltweit die weitest gehende Verringe-  
1490 rung von Treibhausgasen erreicht. Seit 2000 sind darüber hinaus folgende Ergebnisse erzielt  
1491 worden: Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung ist vergleichsweise rasch  
1492 auf heute 20 Prozent (2011) gestiegen. Deutschland ist unter den Industrieländern das Land  
1493 mit der stärksten Reduzierung des Rohstoffverbrauchs (1994 bis 2010: minus 17,1 Pro-  
1494 zent)<sup>131</sup>. Seit dem Ausstiegsbeschluss aus der Nutzung der Atomenergie wurden seit 2000  
1495 zunächst zwei und nach Fukushima (2011) noch einmal acht Kernkraftwerke stillgelegt. Zu-  
1496 dem wurde ein parteiübergreifender Konsens über den Ausstieg aus der Kernenergie erzielt.  
1497 Grundsätzlich parteiübergreifend ist auch der Konsens in der Klimapolitik. Die deutsche  
1498 „Umwelt-Industrie“ erlangte in dieser Zeit einen Anteil von elf Prozent des BIP und die Füh-  
1499 rungsrolle auf dem Weltmarkt.<sup>132</sup> Allein im Umweltschutz arbeiteten 2008 rund zwei Millio-  
1500 nen Menschen.<sup>133</sup> Aktuellere Daten über die Beschäftigung für den Teilbereich der Erneuer-  
1501 barer Energien zeigen einen Aufwuchs auf 381.600 Beschäftigte in 2011, was eine Steigerung  
1502 von 18 Prozent gegenüber 2008 und mehr als eine Verdopplung im Vergleich zu 2004 dar-  
1503 stellt.<sup>134</sup> Gut zwei Drittel der für 2011 insgesamt ermittelten Arbeitsplätze in den Erneuerba-  
1504 ren Energien sind auf die Wirkung des EEG zurückzuführen.<sup>135</sup>

1505 Für die Fragestellung der Enquetekommission hat diese Entwicklung ein zentrales Ergebnis:  
1506 Die seit 2000 erzielten Verbesserungen im Umwelt- und Ressourcenschutz wurden bei einem

---

<sup>130</sup> Vgl. OECD (2011).

<sup>131</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2011).

<sup>132</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)/Umweltbundesamt (UBA) (2011). Umweltwirtschaftsbericht; BMU (2012).

<sup>133</sup> Vgl. UBA (2012): 4.

<sup>134</sup> Vgl. UBA (2012): 7.

<sup>135</sup> Vgl. BMU (2012). Erneuerbare Energien in Zahlen: 40.

1507 Wirtschaftswachstum von etwa nur einem Prozent erzielt.<sup>136</sup> Ebenso bemerkenswert ist die  
1508 Tatsache, dass Deutschland in dieser Zeit – anders als die meisten OECD-Länder – das Be-  
1509 schäftigungsniveau erheblich erhöhen konnte (wenn auch bei Abnahme der Vollzeit- und Zu-  
1510 nahme der Teilzeitbeschäftigung bei gleichzeitiger Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse).  
1511 Bei aller Unterschiedlichkeit dieser Handlungsfelder und ihrer Wechselwirkungen ist doch  
1512 festzustellen, dass Maßnahmen gegen die ökologischen Herausforderungen nicht, wie oft be-  
1513 fürchtet, mit Einbußen bei anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit erkaufte wurden. Es hat  
1514 sich im Gegenteil gezeigt, dass zwischen der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit und  
1515 der wirtschaftlichen und sozialen Dimension wichtige Synergien nutzbar zu machen sind. In  
1516 gewisser Hinsicht war Deutschland hier im letzten Jahrzehnt ein Experimentierfeld nachhalti-  
1517 ger Entwicklung.<sup>137</sup>

1518 Der deutsche Umwelt- und Klimaschutz, der sich im internationalen Vergleich mitunter als  
1519 vorbildlich gilt, ist nun allerdings alles andere als ausreichend. Die drei „planetarischen Gren-  
1520 zen“, die die OECD als bereits überschritten ansieht – Klimawandel, Artenverlust und Stick-  
1521 stoffkreislauf – hat auch Deutschland überschritten. Und der „ökologische Rucksack“ hat,  
1522 besonders bei importierten Gütern und Vorprodukten, erhebliche Bedeutung. Die Enquete-  
1523 kommission erachtet es dennoch als wichtig, dass die erzielten Fortschritte auf dem Wege der  
1524 nachhaltigen Entwicklung nicht ignoriert, sondern als Beleg dafür gesehen werden, dass der  
1525 eingeschlagene Weg zur nachhaltigen Entwicklung auch bei niedrigem Wachstum möglich ist  
1526 und zudem hinreichende Vorteile bietet um entschlossen weiter verfolgt zu werden.

## 1527 **3.4 Wachstum und Unternehmen**

### 1528 **3.4.1 Grundlagen**

1529 Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche  
1530 Tätigkeit ausübt. Nach der betriebswirtschaftlichen Definition ist ein Unternehmen durch Pri-  
1531 vateigentum, die Selbstbestimmung seiner Wirtschaftstätigkeit und durch Gewinnstreben ge-  
1532 kennzeichnet.<sup>138</sup> Betrachtet man jedoch die gesellschaftliche Funktion von Unternehmen, so  
1533 liegt diese in der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen zur Befriedigung von ge-  
1534 sellschaftlichen Bedürfnissen und in der Einkommenssicherung der Betriebsangehörigen.

#### 1535 **3.4.1.1 Unternehmen und Wachstum**

1536 Der Zusammenhang zwischen unternehmerischen Handeln und Wachstum ist eng aber nicht  
1537 per Naturgesetz festgeschrieben. In seiner Ausprägung kann Wachstum sehr unterschiedlich  
1538 gehandhabt werden. Bei hinreichender Autonomie und entsprechender Betriebsverfassung  
1539 kann es dem Unternehmen z. B. freistehen, ob und wie weit es die Produktion ausweitet oder  
1540 nicht. Genossenschaften stehen z. B. unter einem geringeren Wachstumsdruck als Kapitalge-  
1541 sellschaften. Denn sie verfolgen keine von der Gesellschaft losgelösten Renditeziele.

1542 Im Allgemeinen sind Unternehmen bestrebt, ihr Produktionsziel mit möglichst geringem  
1543 Aufwand zu erreichen und die Produktivität zu erhöhen. Aber auch hier bestehen Optionen.  
1544 Die Produktivitätssteigerung kann vorrangig durch die Einsparung von Arbeit (Erhöhung der  
1545 Arbeitsproduktivität) oder vorrangig durch die Einsparung von Energie, Rohstoffen, Wasser,

---

<sup>136</sup> Vgl. Jänicke (2012).

<sup>137</sup> Vgl. OECD (2012).

<sup>138</sup> Definition nach Gutenberg, s. Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Unternehmung, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/2675/unternehmung-v10.html>.

1546 Transporten oder Lagerflächen erfolgen (Ressourcenproduktivität). Selbst die Frage ob ein  
1547 Unternehmen in einem umweltbelastenden Geschäftsfeld verbleibt oder (im Rahmen seiner  
1548 Investitionszyklen) in neue umweltfreundlichere Tätigkeitsbereiche investiert, lässt Optionen  
1549 offen.

1550 Das Unternehmensziel der Gewinn- und Einkommenserzielung<sup>139</sup> wird tendenziell eine Aus-  
1551 weitung des Geschäftsfeldes in Richtung neuer Produkte, Prozesse und Märkte zur Folge ha-  
1552 ben. Daher werden gewinnorientierte Unternehmen bestrebt sein, Wachstum zu erzielen und  
1553 dieses durch Innovation zu steigern. Mit dem Wachstum der Geschäftstätigkeit wird auch die  
1554 Nachfrage nach externer Finanzierung zunehmen. Um Kredite und Kreditkosten zu bedienen,  
1555 ist ein Unternehmen auf weiteres Wachstum angewiesen. Da andere Unternehmen – darunter  
1556 die Innovationsverlierer – oft weniger erfolgreich sind, ist ein solches betriebliches Wachstum  
1557 volkswirtschaftlich sinnvoll und notwendig.

#### 1558 3.4.1.2 Fortschritt und Innovation

1559 Unternehmen sind bei der Entstehung von Umweltbeeinträchtigungen und ungleichen Ein-  
1560 kommen einerseits die Hauptverursacher. Andererseits sind sie der entscheidende Ansatz-  
1561 punkt des Wandels hin zu ökologisch und sozial nachhaltigem Wirtschaften. Das betrifft auch  
1562 ihr Innovationsverhalten.

1563 Unternehmen brauchen in funktionierenden Märkten Innovationen, um sich am Markt zu be-  
1564 haupten. Produkte und Produktivität müssen im Wettbewerb bestehen. Mit erfolgreichen In-  
1565 novationen ist in der Regel ein Wachstum des Unternehmens verbunden. Mit besonders er-  
1566 folgreichen Innovationen ist überdurchschnittliches Wachstum verbunden.<sup>140</sup>

1567 Die Motivation für Innovation kann bei Unternehmen unterschiedlich ausgeprägt sein, sie  
1568 reicht von Lösungsangeboten für gesellschaftliche Herausforderungen bis hin zu produktivi-  
1569 tätssteigenden Neuerungen, die als Arbeits- oder Materialproduktivität gemessen werden  
1570 können. In der Umweltfrage spielen Innovationen eine besondere Rolle, da es hier um eine  
1571 umfassende technische Umrüstung geht. Deshalb werden bei umweltbewussten Unternehmen  
1572 entsprechende Neuerungen eine besondere Rolle spielen.

1573 Staatliche Innovationspolitik kann diese Prozesse entscheidend begünstigen, zumal wenn sie  
1574 sich in enger Kooperation zwischen Staat und Unternehmen vollzieht. Übergeordnetes Ziel  
1575 staatlicher Innovationsförderung ist nicht nur die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ein-  
1576 heimischer Unternehmen, sondern auch die Förderung gesellschaftlicher und ökologischer  
1577 Ziele. Wichtigstes Handlungsfeld ist dabei die Bildung. Innovation, Forschung und Entwick-  
1578 lung werden beim ökologischen Umbau in jedem Sektor eine entscheidende Rolle spielen.  
1579 Darüber hinaus kann durch ordnungspolitische Leitplanken – zum Beispiel verbindliche Kli-  
1580 maziele oder Haftungsregeln - der Innovationsprozess in Wirtschaft und Gesellschaft geför-  
1581 dert und im Einzelfall auch gelenkt werden (zum Beispiel durch Forschungsschwerpunkte wie  
1582 der Energiespeichertechnologie).

#### 1583 3.4.1.3 Unternehmerische Lernprozesse und Anpassungserfordernisse

---

<sup>139</sup> Es ist hier zwischen Gewinnstreben und Wachstumsstreben zu unterscheiden. Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Gewinnstreben und Wachstumsstreben. Es gibt Unternehmen, vor allem kleine Unternehmen wie zum Beispiel lokale Handwerker, die gewinnorientiert arbeiten, aber nicht wachstumsorientiert sind (Vgl. Loske 2011) Abschied vom Wachstumszwang.

<sup>140</sup> Hermann Simon „Hidden Champions – Aufbruch nach Globalia: Die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer“, Campus Verlag (2012)

1584 Für die Unternehmen sind beim Innovationsgeschehen betriebsinterne Lernprozesse von hoher Bedeutung. Unternehmen sollten hier als Träger kollektiven Handelns verstanden werden, 1585 bei denen von extremer Fremdbestimmung des Unternehmens (shareholder value) und einem 1586 strukturellen Desinteresse an der Motivation der Beschäftigten bis hin zur vollen Ausschöpfung 1587 vorhandener Handlungs- und Motivationspotenziale vielfältige Konstellationen denkbar 1588 sind. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass Betriebsmitglieder nicht nur an 1589 einer kollektiven Einkommenserzielung, sondern auch an sinnvollen Aufgabenstellungen in 1590 einem Unternehmen interessiert sind, das seine Produktion nicht im Widerspruch zum gesellschaftlichen 1591 Wertekanon gestaltet. Das Motiv, sinnstiftende Aufgaben in einem gesellschaftlichen 1592 anerkannten Unternehmen zu erfüllen, ist eine Ressource, die fortschrittliche Unternehmen 1593 oft mit Erfolg einsetzen. Gerade bei umweltbewussten und ethisch orientierten Unternehmen 1594 ist häufig eine verstärkte Berücksichtigung der Motivation der Mitarbeiter – auch im Rahmen 1595 einer engen Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat – anzutreffen. Dies kann ein breites 1596 Spektrum weiterer Ansprüche betreffen, von fairer Entlohnung bis hin zur Gleichberechtigung 1597 der Geschlechter. Die Innovationskraft bei umwelt- und ressourcenschonenden 1598 Verfahren hat von einer partizipativen Unternehmensphilosophie oft erheblich profitiert. 1599

1600 Unabhängig von solchen unternehmensinternen Lernprozessen, aus denen sozial- und umweltverträgliche 1601 Lösungen erwachsen können, bestehen aber heute schon Ansprüche von außen, die Unternehmen 1602 zu nachhaltigem Handeln veranlassen. Beispielsweise sind immer mehr Handelsunternehmen 1603 dazu übergegangen, ihr Sortiment auch nach ökologischen Kriterien auszurichten. Internationale 1604 Normen wie EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) oder ISO 14.001 führen dazu, dass auch 1605 Unternehmen etwa des verarbeitenden Gewerbes, die dieses Instrument anwenden, ihre Wertschöpfungskette 1606 auf ökologischen Kriterien hin überprüfen und optimieren<sup>141</sup>. Dies „greening the supply chain“ ist für sie 1607 verhältnismäßig unproblematisch, da die Kosten der Anpassung des Produktionsprozesses bei den 1608 Vorlieferanten anfallen. So entsteht ein Gratisseffekt umweltpolitischer Einflussnahme, der 1609 erhebliche Steuerungswirkung entfalten kann.<sup>142</sup> Darüber hinaus müssen Unternehmen zunehmend das Risiko 1610 berücksichtigen, dass umweltschädliches Verhalten zu wirtschaftlichen Einbußen führt. Sei es, 1611 dass im Internet oder in den Medien eine Skandalisierung erfolgt („reputational risk“). Sei es, 1612 dass in einem wichtigen Absatzmarkt strengere Umweltstandards eingeführt werden („regulatory 1613 risk“), dass juristische Prozesse drohen (legal risk), ein Wettbewerber mit umweltfreundlicheren 1614 Produkten Marktvorteile erhält oder Banken und Versicherungen ein Umweltrisiko nicht mehr 1615 mittragen wollen.<sup>143</sup> Die Welt der umweltintensiven Unternehmen ist zweifellos riskanter geworden. 1616 Ökologische Modernisierung ist für Unternehmen also auch ein Weg der Risikominimierung. 1617 1618

#### 1619 3.4.1.4 Shareholder-Value-Problematik

1620 Die Abkopplung des realen Unternehmens von seinen Eigentümern und Kapitalgebern kann 1621 dazu führen, dass Wachstumsziele sich verselbstständigen. Die in der Vergangenheit vielfach 1622 postulierte einseitige Orientierung am „Shareholdervalue“ ist ein Indiz für die gesellschaftliche 1623 Fehlorientierung von Unternehmen und eine folgenreiche Dominanz des Finanzsektors über den 1624 Unternehmenssektor. Dieser Effekt ist durch die Entkopplung der Finanzmärkte von ihrem 1625 eigentlichen Zweck des Intermediators zwischen Finanzgeber („Investor“) und Finanzempfänger 1626 („Schuldner“) verstärkt worden. Das führte gleichzeitig zu einer gewissen Austrocknung der 1627 Realwirtschaft: während der Krise sind aufgrund der hohen Volatilität der Ak-

---

<sup>141</sup> Sarkis, J. (2006): Greening the Supply Chain, London: Springer

<sup>142</sup> Jänicke, M. (2012): Megatrend Umweltinnovation, München: Oekom Verlag.

<sup>143</sup> IEA (2003): World Energy Investment Outlook, Paris: OECD

1628 tienmärkte viele Börsengänge abgesagt bzw. gar nicht erst geplant worden, die Versorgung  
1629 mit Eigenkapital der Realwirtschaft ist erheblich eingeschränkt worden. Durch die Trennung  
1630 von Eigentümern und Kapitalgebern ist ein Wachstum entstanden, bei dem der „shareholder  
1631 value“ realwirtschaftliche Interessen überlagert und dominiert.<sup>144</sup> Spektakuläre Übernahmen  
1632 gegen den Willen nicht nur der Belegschaft sondern auch der Unternehmensführung kenn-  
1633 zeichnen die potenzielle Entmachtung der realen Unternehmen als Entscheidungsträger. Un-  
1634 ternehmen, bei denen Besitz- und Entscheidungsstrukturen weniger auseinanderklaffen, bie-  
1635 ten bessere Voraussetzungen für eine nachhaltige Ökonomie. Genossenschaften oder Unter-  
1636 nehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge stehen in dieser Hinsicht deutlich besser da.

### 1637 **3.4.2 Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und Gemeinwohl-** 1638 **orientierung**

1639 In Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz ist die Sozialverpflichtung des Eigentums festgeschrieben  
1640 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.  
1641 In einigen Landesverfassungen wird die Gemeinwohlorientierung spezifisch auf die Wirt-  
1642 schaft ausgelegt. Die Bayerische Verfassung formuliert dies in §151 (1) wie folgt: „Die ge-  
1643 samte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung  
1644 eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung  
1645 aller Volksschichten.“

1646 Zwischen der Gewinnerzielungsabsicht und der Gemeinwohlorientierung bzw. der Verfol-  
1647 gung sozialer Ziele besteht im Grundsatz ein Spannungsverhältnis. Deshalb gibt es auch die  
1648 Forderung, Unternehmen nicht mehr nur nach dem erzielten Gewinn, sondern auch nach ih-  
1649 rem Beitrag zum Gemeinwohl zu beurteilen.<sup>145</sup> Unternehmerische Verantwortung und Ge-  
1650 meinwohlausrichtung können durch viele Maßnahmen erfolgen. So wirken Investitionen in  
1651 Human-, Sozial- und Organisationskapital nachhaltig.<sup>146</sup> Die Einrichtung eines Betriebskin-  
1652 dergartens oder das Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen wirken positiv auch auf das  
1653 Gemeinwohl. Auch die Ausrichtung der Produktion nach ökologischen Kriterien – oft eine  
1654 langfristige Strategie, die sich nicht sofort in höherem Umsatz widerspiegelt – ist ein Beitrag  
1655 des Unternehmens zum Gemeinwohl. Hier hat sich die betriebliche Mitbestimmung positiv  
1656 ausgewirkt. Vor allem bei der Ausbildung und Weiterbildung haben Unternehmen eine wich-  
1657 tige Rolle gespielt. Sie haben auch über Unternehmenssteuern zur hohen Qualität der Infra-  
1658 struktur beigetragen. Deutschland hatte übrigens in den letzten 10 Jahren eine positive Bilanz  
1659 bei Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen<sup>147</sup>, obwohl bis zur Unternehmenssteuerreform  
1660 2008 die Unternehmenssteuern in Deutschland deutlich über dem Standard vergleichbarer  
1661 Länder lagen.

### 1662 **3.4.3 Leitbild Nachhaltige Unternehmensführung**

1663 Unternehmen haben erhebliche Wirkungen auf gesellschaftliche Entwicklungen. Sie schaffen  
1664 Arbeitsplätze unterschiedlicher Qualität. Sie prägen mit ihren Produkten und Marktstrategien  
1665 Konsum- und Lebensstile. Und sie beeinflussen durch die Art und Weise ihrer Fertigungspro-  
1666 zesse und Produkte entscheidend den Umwelt- und Ressourcenverbrauch der Gesellschaft

---

<sup>144</sup> Spektakulären Projekte wie die Übernahmen von Rover durch BMW, die Übernahme von Hoch-Tief durch den spanischen ACS Konzern bzw. die Übernahme des australischen Konzerns Leighton durch Hoch-Tief seien als Beispiel genannt

<sup>145</sup> So zum Bsp. Christian Felber (2012), Die Gemeinwohlökonomie.

<sup>146</sup> Investitionen in das Organisationskapital sind u. a. die Beziehungen und die Reputation des Unternehmens.

<sup>147</sup> <sup>147</sup> Eickelpasch, A. (2012), Forschende Unternehmen schneiden besser ab, DIW Wochenbericht Nr. 35, 2012.

1667 (vgl. Bericht der Projektgruppe 5). Dies gibt ihrer Verantwortung eine entscheidende Bedeu-  
1668 tung mit einem breiten Kanon ethischer Postulate.

1669 Zur sozialen Verantwortung der Unternehmen gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitar-  
1670 beitern gehört nach verbreiteter Auffassung das Ziel angemessener Entlohnung, gleichen  
1671 Lohnes für gleiche Leistung (unabhängig vom Geschlecht oder Herkunft), Qualifizierungs-  
1672 maßnahmen und Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz (auch im Interesse einer geringen Per-  
1673 sonalfuktuation und eines niedrigen Krankenstandes). Im Sinne einer ökologischen Verant-  
1674 wortung bedeutet nachhaltige Unternehmensführung, dass Unternehmen ihre negativen Ein-  
1675 flüsse auf die Umwelt und ihren Ressourceneinsatz minimieren. Das betrifft das breite Spek-  
1676 trum betrieblicher Umweltauswirkungen durch die Produktion und Konsumption ihrer Produk-  
1677 te und Dienstleistungen. Im Sinne ökonomischen Verantwortung sollten nachhaltige Unter-  
1678 nehmen eine hohe Eigenkapitalquote und damit eine stärkere Verflechtung von ‚Eigentümer‘  
1679 und ‚Finanzgeber‘ aufweisen. Das dient auch der langfristigen Existenzsicherung des Be-  
1680 triebs.<sup>148</sup>

1681 Der Ordnungsrahmen sollte so ausgestaltet sein, dass nachhaltig wirtschaftende Unternehmen  
1682 Generationen-übergreifend erfolgreich sein können.

#### 1683 **3.4.4 Leitplanken für nachhaltiges Wirtschaften**

1684 Deutsche Unternehmen sind häufig Vorreiter bei öko-effizienten Verfahren und Produkten.  
1685 Um diese Rolle beizubehalten und ausbauen benötigen sie anspruchsvolle Vorgaben, aber  
1686 auch Planungssicherheit, um langfristig Innovations- und Investitionsentscheidungen treffen  
1687 zu können. Nachhaltiges Wirtschaften im Sinne einer sozialen und ökologischen Weiterent-  
1688 wicklung und einer Orientierung am Gemeinwohl benötigt klare ordnungspolitische Leitplan-  
1689 ken. Dies erfordert eine aktive Rolle des Staates. Dabei können staatliche Vorgaben - anders  
1690 als freiwillige Lösungen - auch auf betriebliche Entscheidungsprozesse entlastend wirken.  
1691 Staatliche Regelsetzung im Umweltbereich bietet z. B. kodifizierte Informationen über (1)  
1692 Probleme, (2), Lösungen und vor allem (3) über das Verhalten anderer Marktteilnehmer.<sup>149</sup>  
1693 Die Umsetzung staatlicher Vorgaben erlaubt häufig auch einfachere Entscheidungsprozesse  
1694 (im Rahmen der Unternehmensroutine) als eine freiwillige Maßnahme des Unternehmens.  
1695 Dessen ungeachtet ist aber für umweltbezogene Pionierleistungen die freiwillige Initiative des  
1696 Unternehmens, auch im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen, unerlässlich.

#### 1697 ***Ressourcenreduzierendes Wirtschaften***

1698 Viele Produkte und Dienstleistungen enthalten in ihrer Preisen nicht die ökologischen Scha-  
1699 denskosten, die mit ihrer Produktion oder Konsumtion entstehen (vgl. Projektgruppe 3). Des-  
1700 halb ist die bessere Abbildung externer Effekte in den Preisen eine wichtige Gestaltungsauf-  
1701 gabe für die Politik. Unternehmen benötigen die richtigen Preissignale, um die ökologischen  
1702 Knappheiten in der Planung ihrer Prozesse und Produkte besser berücksichtigen zu können.  
1703 Zu den Instrumenten gehören Lenkungsabgaben zur Reduzierung des Umweltverbrauchs und  
1704 die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen.<sup>150</sup> Eine effizientere Ressourcennut-  
1705 zung muss für Unternehmen nicht nur durch höhere Rohstoffpreise sinnvoll werden, sie kann  
1706 auch durch Standards (Ökodesignstandards, Top-Runner-Standards, Abfallregulierungen)

---

<sup>148</sup> Vgl. Loew, Ankele, Braun, Clausen (2004), Bedeutung der internationalen CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die sich daraus ergebenden Anforderungen an Unternehmen mit Fokus Berichterstattung, S. 66ff.

<sup>149</sup> Blind, Knut (2004). The Economics of Standards – Theory, Evidence, Policy.

<sup>150</sup> Europäische Kommission KOM (2011)571 endgültig, Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, S. 12ff



1707 gefördert werden. Ebenso kann das Angebot von Effizienzberatungen (z. B. Energieaudits) in  
1708 den Betrieben unterstützt werden.

1709 ***Transparentes Wirtschaften***

1710 Viele Unternehmen leisten schon heute freiwillig über die Compliance hinaus im Rahmen von  
1711 Corporate Social Responsibility einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Zu den bekann-  
1712 ten Initiativen gehören EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) und GRI (Global Reporting  
1713 Initiative). Diese freiwilligen Initiativen sind begrüßenswert, reichen aber nicht aus. Denn  
1714 für die CSR Berichterstattung gibt es aktuell keine einheitlichen Standards. Für die Glaub-  
1715 würdigkeit von Corporate Social Responsibility (CSR) ist es von großer Bedeutung, dass die-  
1716 se tatsächlich in die Unternehmensstrategie integriert wird und nicht zum Greenwashing ver-  
1717 kommt. Um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen, sind vor allen feste Standards und klare Krite-  
1718 rien zur Messbarkeit bzw. die Vergleichbarkeit der Berichterstattung notwendig. Darüber hin-  
1719 aus würde eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung sozialer und ökologischer Aspekte  
1720 der unternehmerischen Tätigkeit die Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher und  
1721 Investoren stärken.

1722 Zu transparentem Wirtschaften gehört eine nachhaltige und faire Rohstoffpolitik auf nationa-  
1723 ler und internationaler Ebene. Erste Ansätze hierzu sind die Zertifizierung von Handelsketten,  
1724 die Übertragung des US-amerikanischen Dodd-Franc-Act zu Konfliktmetallen auf EU-Ebene  
1725 und die Verpflichtung von Rohstoffunternehmen auf OECD-Leitsätze zu Menschenrechten  
1726 und Umweltschutz.

1727 ***Vorbildliches Wirtschaften des Staates***

1728 Der Bund war im Jahr 2011 unmittelbar an 109 Unternehmen mit über 290.000 Mitarbeiterin-  
1729 nen und Mitarbeiter beteiligt.<sup>151</sup> Unternehmen mit Bundesbeteiligung sollten Vorbild für eine  
1730 sozial und ökologisch nachhaltige Unternehmensführung sein und dies durch Transparenz und  
1731 Offenlegung von sozialen und ökologischen Aspekten ihrer unternehmerischen Tätigkeit dar-  
1732 stellen.

1733 Die öffentliche Beschaffung des Bundes, der Länder und Kommunen hat Vorbildfunktion für  
1734 alle Wirtschaftsunternehmen (Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschrittsbericht 2012, S.  
1735 47). Die Ausgaben des Staates im Rahmen der öffentlichen Beschaffung betragen je nach  
1736 Quellen zwischen 200 und 360 Mrd. Euro pro Jahr und stehen damit für bis zu 14 Prozent des  
1737 Bruttoinlandproduktes.<sup>152</sup> Angesichts der Größe des Budgets ist es offensichtlich, dass in der  
1738 Integration von Nachhaltigkeitskriterien in die öffentliche Beschaffung ein signifikanter He-  
1739 bel zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung liegt. Die Vergabe von öffentlichen Auf-  
1740 trägen sollte daher auch sozialen und ökologischen Kriterien folgen. Dies erfordert eine Wei-  
1741 terentwicklung der Vergabevorschriften hin zur Integration von Lebenszykluskosten und Res-  
1742 sourcerverbrauch und einen Nachweis zur Zertifizierung von verwendeten Rohstoffen.

1743 ***Sozial Gerechtes Wirtschaften***

1744 Unternehmen können durch Investitionen in Aus- und Weiterbildung, durch soziale Leistun-  
1745 gen, Zahlung von Mindestlöhnen, Qualifizierungsmaßnahmen und eine gendergerechte Per-  
1746 sonalpolitik eine nachhaltige Personalentwicklung fördern.

---

<sup>151</sup> BMF (2010) Die Beteiligungen des Bundes, Beteiligungsbericht 2010

<sup>152</sup> Bundestagsdrucksache 17/9485, Öffentliche Beschaffung durch die Bundesregierung nach sozialen, ökologi-  
schen und entwicklungspolitischen Kriterien

1747 Der Staat kann dies durch bessere Rahmenbedingungen begünstigen. Dazu gehören Maßnahmen  
1748 im Bereich der Befähigung und des Abbaus von Zugangshürden auf den Arbeitsmarkt,  
1749 insbesondere durch Investitionen im Bereich Bildung (vgl. Kapitel 4.2). Durch die Einführung  
1750 eines Mindestlohns kann die prekäre Beschäftigung eingedämmt werden (vgl. Kapitel 3.5).  
1751 Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sollte exemplarisch durch die Herstellung  
1752 der Lohngleichheit bei Männern und Frauen sowie durch die Einführung einer Frauenquote  
1753 für Aufsichtsräte gefördert werden.

#### 1754 *Langfristiges Wirtschaften und Unternehmensverfassung*

1755 Langfristige Geschäftsmodelle hängen auch stark von der Unternehmensverfassung ab. Ge-  
1756 nossenschaften haben sich als vergleichsweise krisenfest erwiesen. Ihre Insolvenzquote lag im  
1757 Krisenjahr 2009 bei 0,1 Prozent, die Quote war bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften  
1758 mit beschränkter Haftung zehn Mal höher.<sup>153</sup> Politische Rahmenbedingungen sollten daher  
1759 Genossenschaften stärken. Genossenschaften zielen grundsätzlich darauf ab, die wirtschaftli-  
1760 chen, sozialen oder kulturellen Belange ihrer Mitglieder zu fördern. Sie sind im Interesse ihrer  
1761 Mitglieder tätig.<sup>154</sup> Durch ihre Rechtsform, bieten sie umfangreiche Möglichkeiten zur Mit-  
1762 wirkung und Mitgestaltung. In Deutschland gibt es zurzeit viele bürokratische Hindernisse für  
1763 Genossenschaften. Sie sollten abgebaut werden. So sollte die Pflichtprüfung bis zu einem  
1764 gewissen Schwellenwert entfallen (sog. Kleinbetriebe). Desweiteren sollten die Gründungs-  
1765 zuschüsse nicht nur für einzelne Unternehmer gelten, sondern auch von Genossenschaften in  
1766 Anspruch genommen werden können.

#### 1767 **3.4.5 Schlussfolgerungen**

1768 Unternehmen tragen eine Mitverantwortung für die Entwicklung von Wohlstand und Lebens-  
1769 qualität in unserer Gesellschaft. Sie haben dabei mehr Optionen als oft angenommen wird. Ob  
1770 sie vorrangig Arbeit oder Energie und Rohstoffe einsparen, ob sie die Kreativität ihrer Mitar-  
1771 beiter nutzen oder nicht, ob sie in neue umweltfreundliche Geschäftsfelder wechseln, hängt  
1772 von ihrer Entscheidung ab. Voraussetzung ist eine hinreichende Autonomie unternehmeri-  
1773 scher Entscheidungen im Gegensatz zu weitgehender Fremdbestimmung durch externe Kapi-  
1774 talgeber. Die betriebs- und volkswirtschaftliche Messgröße „Wachstum“ ist dabei nur eine  
1775 Hilfsgröße zur ökonomischen Erfolgsmessung. Angesichts der Pluralität von Belangen nach-  
1776 haltiger Entwicklung kann dies nicht die einzige Messgröße sein. Damit Unternehmen auch  
1777 unter den Bedingungen des Wettbewerbs ihren entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen  
1778 Entwicklung leisten können, müssen staatliche Rahmenbedingungen ihnen diesen Weg er-  
1779 leichtern. Dies gilt nicht zuletzt für globale Regeln, die auch dem Weltmarkt Leitplanken set-  
1780 zen und ökologische und soziale Innovationen von Unternehmen begünstigen. Diese Regel-  
1781 setzung wird bisher sehr stark von Vorreiterländern bestimmt. Ihre breite Umsetzung im  
1782 „Rest der Welt“ bleibt eine zentrale politische Herausforderung.

#### 1783 **3.5 Wachstum und Beschäftigung**

1784 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft zentral, denn sie bietet über die eigenständige Siche-  
1785 rung des materiellen Lebensstandards hinaus wichtige Grundlagen für soziale Inklusion, kul-  
1786 turelle Teilhabe und Sicherheit (siehe Bericht der Projektgruppe 5 zum Bereich Arbeit). Den-

---

<sup>153</sup> WisoDirekt März 2012, Johannes Blohme-Drees: Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value  
Das genossenschaftliche Geschäftsmodell.

<sup>154</sup> Vgl. Europäische Kommission KOM (2004)18, Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament, der Euro-  
päische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossen-  
schaften in Europa.

1787 noch darf Beschäftigung nicht auf Erwerbsarbeit reduziert werden. Denn dabei würde von  
1788 vornherein ausgeblendet, dass die Beschäftigungssituation einer Volkswirtschaft grundlegend  
1789 durch das Verhältnis von offizieller Erwerbsarbeit zu den vielfältigen Arbeitsformen jenseits  
1790 des Marktes, die unbezahlt und von der offiziellen Statistik nicht erfasst sind, bestimmt wer-  
1791 den. Diese nicht-marktförmigen Tätigkeiten umfassen die überwiegend von Frauen ausgeübte  
1792 Sorgearbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit.

1793 Obwohl ohne diese Tätigkeiten keine Gesellschaft und kein Wirtschaften funktioniert und  
1794 unbezahlte Arbeit das Volumen an bezahlter Arbeit sogar übersteigt, wird sie üblicherweise  
1795 nicht als Beschäftigung wahrgenommen, geschweige denn statistisch erfasst (Statistisches  
1796 Bundesamt/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003). Sie fließt  
1797 auch nicht in die Berechnung von Wachstum und Wirtschaftsleistung eines Landes ein.

1798 Im Fokus steht in der Regel allein die Erwerbsarbeit. Diese wiederum wird vor allem

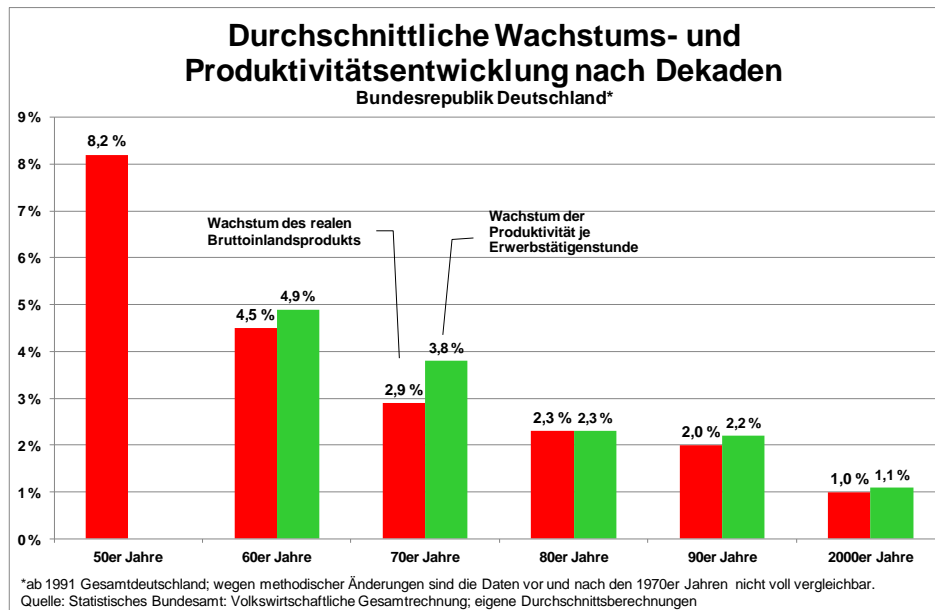
- 1799 • durch die Höhe und die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP);  
1800 • durch die Lohnhöhe und -struktur;  
1801 • durch die individuellen Arbeitszeiten und schließlich  
1802 • durch die Produktivität je Beschäftigter bzw. Beschäftigtem bestimmt.

### 1803 **3.5.1 Grundlegende Zusammenhänge von Wachstum und Beschäftigung**

1804 Grundsätzlich ist festzuhalten, dass keine feste Korrelation zwischen der Entwicklung des BIP  
1805 und der Beschäftigungshöhe besteht<sup>155</sup>. Letztere wird wesentlich durch die Länge der Arbeits-  
1806 zeiten der Erwerbstätigen und ihre Produktivität (Wertschöpfung je Zeiteinheit) bestimmt. Bei  
1807 einem im Verhältnis zum Produktivitätsanstieg schwachen Wachstum können positive Effek-  
1808 te auf den Arbeitsmarkt ganz ausbleiben („jobless growth“). Wie gerade in der jüngsten Krise  
1809 deutlich geworden ist, muss umgekehrt ein sinkendes BIP nicht notwendigerweise mit ent-  
1810 sprechend weniger Beschäftigung verbunden sein. Entscheidend ist, wie sich – etwa als Folge  
1811 tariflicher wie gesetzlicher Rahmenbedingungen – die Arbeitsproduktivität und die Arbeits-  
1812 zeiten pro Beschäftigten entwickeln (zur empirischen Entwicklung der Determinanten siehe  
1813 Abbildung 14).

---

<sup>155</sup> Vgl. zu den vielfältigen Bestimmungsgründen der Beschäftigungshöhe die Zusammenstellung bei Calmfors/Holmlund 2000. Hinsichtlich der Frage des Zusammenhangs von Wachstum und Beschäftigung wird festgehalten (S. 107): „The relationship between long-term growth and unemployment is unclear. A higher growth rate can have both positive and negative unemployment effects.“ Vgl. auch Miegel 2010, S. 33-38.



1814

1815 Abbildung 14: Wachstums- und Produktivitätsentwicklung nach Dekaden in der Bundesrepublik Deutschland.  
1816

1817 Produktivitätssteigerung bedeutet, dass das gleiche Produktionsergebnis mit einem geringeren  
1818 Faktoreinsatz erzielt wird. Üblicherweise steigt die Arbeitsproduktivität, also das BIP je Be-  
1819 schäftigten, von Jahr zu Jahr aufgrund der technischen und organisatorischen Entwicklung.  
1820 Allerdings gibt es auch problematische Formen der Produktivitätssteigerung. Das „gute“ Pro-  
1821 duktivitätswachstum (bessere/effizientere Technik, bessere Organisation, Vermeidung von  
1822 Arbeitsunfällen etc.) ist von dem „schlechten“, das auf Lohndumping, Zunahme unbezahlter  
1823 Arbeitszeiten, höherer Leistungsdruck, weniger Pausen etc. beruht zu unterscheiden. Und  
1824 vieles deutet darauf hin, dass der „schlechte“ Produktivitätszuwachs an Bedeutung gewonnen  
1825 hat. Dies dokumentieren nicht nur die veränderten politischen Rahmenbedingungen, die zu  
1826 mehr Leiharbeit, zu mehr Mini- und Midi-Jobs oder zu mehr „Aufstockern“ (Beschäftigte, die  
1827 auf aufstockende Sozialhilfe angewiesen sind) geführt haben, sondern auch die starke Zu-  
1828 nahme von Burnouts und die zunehmenden Klagen der Beschäftigten, die sich auch im „Index  
1829 Gute Arbeit“ des DGB (DGB 2011) niederschlagen (vgl. Sauer 2012).

1830 Um die Beschäftigungsquote zu steigern oder mindestens zu stabilisieren, muss das BIP ent-  
1831 weder beständig im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts steigen oder die Arbeitszeiten pro  
1832 Erwerbstätigen müssen entsprechend sinken (Herzog-Stein/Lindner/Sturm/van Treeck 2010,  
1833 insbes. S. 1ff.)

### 1834 3.5.2 Zur empirischen Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung

1835 Der „Wachstumswert“ der erreicht werden muss, bevor sich das BIP positiv auf das Arbeits-  
1836 volumen und die Beschäftigung auswirkt, wird als „Beschäftigungsschwelle“ bezeichnet.<sup>156</sup>  
1837 Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die jährlichen Wachstumsraten mit durchschnittlich über  
1838 acht (1950er Jahre) bzw. dann knapp unter fünf Prozent (1960er Jahre) noch sehr hoch lagen,  
1839 stieg auch die Produktivität stark an. Die Beschäftigungsschwelle lag Schätzungen zufolge bei  
1840 vier bis fünf Prozent. Mit dem kontinuierlichen Absinken der Wachstumsraten auf einen  
1841 durchschnittlichen Wert von einem Prozent in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts  
1842 sank auch die Beschäftigungsschwelle deutlich auf unter zwei Prozent (vgl. Schirwitz 2005).

<sup>156</sup> Zur Vorgehensweise bei der Ermittlung der Beschäftigungsschwelle siehe bspw. SVR 2005, S. 141-145.

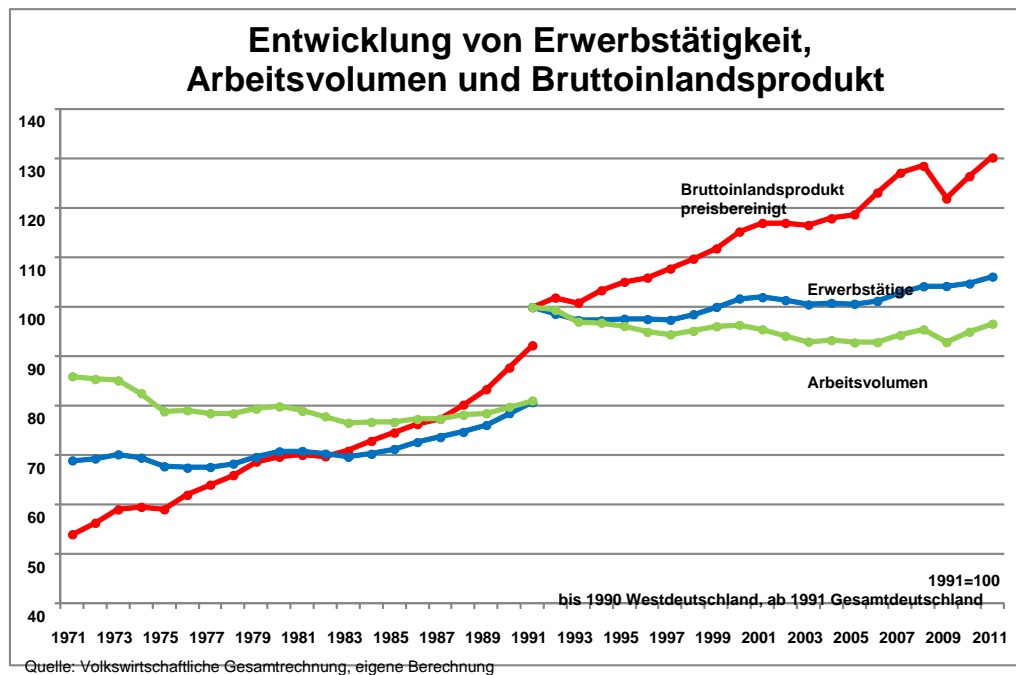
1843 Im langfristigen Verlauf zeigt sich allerdings, dass zwischen BIP- und Produktivitätsentwick-  
1844 lung keine feste Beziehung besteht.<sup>157</sup> Gleichwohl zeigen die Daten für Deutschland, dass die  
1845 Produktivitätsentwicklung mit den sinkenden Wachstumsraten des BIP über die letzten Dekade-  
1846 den zurückgegangen ist. Allerdings lagen die Steigerungsraten der Produktivität je  
1847 Erwerbstätigenstunde in der Regel über denen des BIP.

1848 Dies bedeutet, dass beständig weniger Arbeitseinsatz gebraucht wurde, um das (langsamer  
1849 wachsende) jährliche BIP zu produzieren. Bei der Entwicklung des preisbereinigten BIP und  
1850 des Arbeitsvolumens kam es zu einer Scherenentwicklung: Vor wie nach der deutschen Ver-  
1851 einigung ging das Arbeitsvolumen zurück, während das reale BIP – zwar mit abnehmenden  
1852 prozentualen Zuwächsen und von konjunkturellen Entwicklungen und Krisen abgesehen –  
1853 kontinuierlich wuchs. Letzteres stieg zwischen 1970 und 1990 um 67 Prozent an, während das  
1854 Arbeitsvolumen im gleichen Zeitraum um gut sieben Prozent sank. Ähnlich die Entwicklung  
1855 nach der deutschen Vereinigung. Zwischen 1991 und 2008, also bis zum Beginn der großen  
1856 Krise, ging das Arbeitsvolumen um 4,5 Prozent zurück, während das reale BIP im gleichen  
1857 Zeitraum um 28,5 Prozent stieg (vgl. Abbildung 15). Infolge der großen Krise brachen 2009  
1858 das reale BIP (- 5,1 Prozent) und das Arbeitsvolumen (- 2,7 Prozent) deutlich ein. Nach die-  
1859 sem Einbruch stieg das Arbeitsvolumen 2010 und 2011 um insgesamt vier Prozent deutlich  
1860 an, blieb aber aufgrund des wieder relativ hohen Produktivitätsfortschritts deutlich hinter dem  
1861 Wachstum des realen BIP von 6,8 Prozent zurück.

1862 Dieser empirische Überblick macht deutlich, dass es in den letzten Dekaden in Deutschland  
1863 eines laufend höheren Wirtschaftswachstums bedurft hätte, um ein sinkendes Arbeitsvolumen  
1864 und daraus resultierende Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Die Erklärungen für  
1865 das niedrige und in der Tendenz sogar kontinuierlich sinkende Wachstum sind vielfältig. So-  
1866 lange die Bevölkerung in Deutschland noch zunahm, reichte das Spektrum der Erklärungen  
1867 von nachfragebedingten (schwache Nachfrage wegen zurückbleibender Entwicklung der  
1868 Masseneinkommen, Konzentration von Einkommen- und Vermögen, zunehmenden relativen  
1869 Sättigungstendenzen etc.) bis hin zu angebotsseitigen (nachlassende Innovationstätigkeit, feh-  
1870 lenden Investitionen wegen ungünstiger Kosten- und Steuerstruktur etc.). Mit dem Wende-  
1871 punkt bei der Bevölkerungsentwicklung von anhaltender Expansion zur Schrumpfung im Jahr  
1872 2002 kommt der zurückgehenden Bevölkerung ein wesentlicher Erklärungsansatz für sinken-  
1873 de Wachstumsraten zu. Die bereits vorgestellten Projektionen zeigen, dass von der zurückge-  
1874 henden Bevölkerung zukünftig eine erheblich dämpfende Wirkung auf das jährliche Wachs-  
1875 tum ausgeht, so dass die Wachstumsraten der kommenden zwei Dekaden aller Voraussicht  
1876 nach – je nach Annahmen – im Schnitt lediglich zwischen 0,2 und 1,3 Prozent liegen werden  
1877 (vgl. hierzu Reuter 2011; SVR 2011; Reuter 2012).

---

<sup>157</sup> Nicholas Kaldor (1966) hatte unter Verweis auf Arbeiten von Petrus J. Verdoorn eine allgemeine lineare Abhängigkeit von Produktivitäts- und Outputwachstum beschrieben („Verdoornsches Gesetz“). Verdoorn (1980) selbst musste jedoch später zugestehen, dass seit Mitte der sechziger Jahre ein eindeutiger Zusammenhang von Produktions- und Produktivitätswachstum nicht mehr empirisch zweifelsfrei nachweisbar sei.



1878

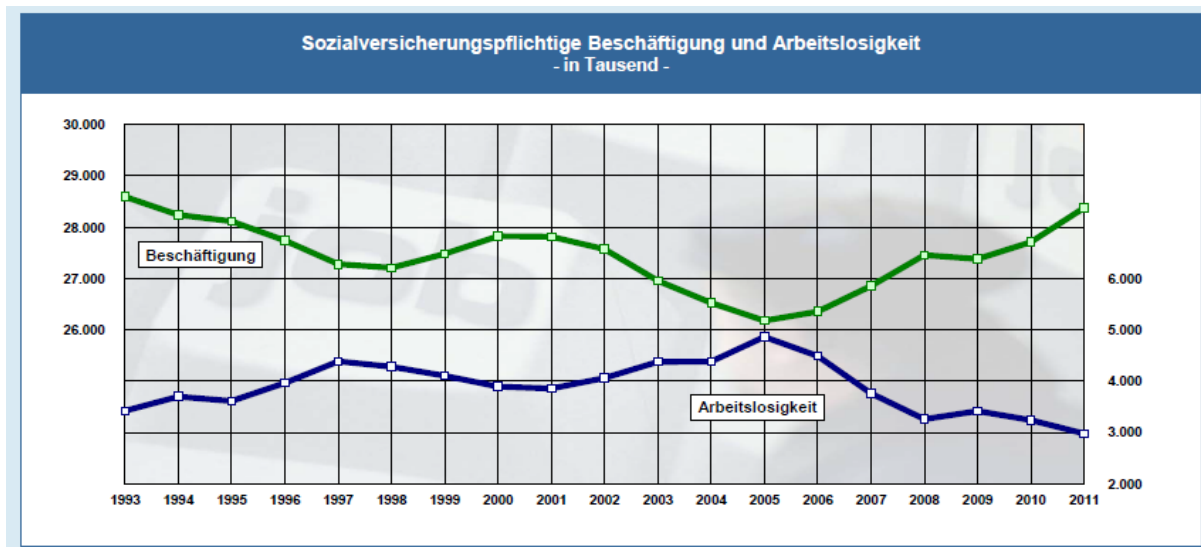
1879 **Abbildung 15: Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen und BIP in der Bundesre-**  
 1880 **publik Deutschland, 1971 bis 2011.**

1881 Angesichts des dekadentübergreifenden sinkenden Arbeitsvolumens wäre zu erwarten gewe-  
 1882 sen, dass sich nicht nur die Arbeitslosenquote laufend erhöht, sondern auch die die Zahl der  
 1883 Erwerbstätigen kontinuierlich abgenommen hat. Beides ist jedoch nicht der Fall.

1884 Die Arbeitslosenquote<sup>158</sup> war, nachdem sie seit Ende der 1970er Jahre stetig bis auf 9,3 Pro-  
 1885 zent im Jahr 1985 gestiegen war, bis zur deutschen Vereinigung auf unter acht Prozent gefal-  
 1886 len. Nach der deutschen Vereinigung stieg sie wieder deutlich an, lag ab 1994 sogar längere  
 1887 Zeit im zweistelligen Bereich und erreichte 2005 (u.a. aufgrund veränderter Erhebungsgrund-  
 1888 lage, in dem nun erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger als Arbeitslose  
 1889 gezählt wurden) mit 13 Prozent einen Höhepunkt. Als besonders problematisch erwiesen sich  
 1890 die Verfestigung der Arbeitslosigkeit sowie die besonders hohe Arbeitslosigkeit von Frauen,  
 1891 niedrig Qualifizierten und Älteren. Die Beschäftigungsprobleme von älteren Arbeitnehmerin-  
 1892 nen und Arbeitnehmern hingen auch mit den Frühverrentungsprogrammen von Staat und So-  
 1893 zialpartnern zusammen. Weiterbildung und lebenslanges Lernen war demzufolge in der be-  
 1894 trieblichen Praxis unterentwickelt.

1895 Nach 2005 ging die Arbeitslosenquote jedoch kontinuierlich – nur kurz unterbrochen durch  
 1896 den Wachstumseinbruch 2009 – auf 7,9 Prozent in 2011 zurück, den niedrigsten Stand seit der  
 1897 Wiedervereinigung. Auch die Zahl der Erwerbstätigen ist im Jahr 2011 auf 41,2 Millionen  
 1898 gestiegen. 28,4 Millionen davon sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, der höchste  
 1899 Wert seit 1993 (Abbildung 16). Allerdings schließt eine sozialversicherungspflichtige Be-  
 1900 schäftigung keineswegs prekäre Einkommensverhältnisse aus. Das Gros des Anstiegs der so-  
 1901 zialversicherungspflichtigen Beschäftigung macht die Teilzeitbeschäftigung aus, und gut 20  
 1902 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten arbeiteten 2010 für einen  
 1903 Niedriglohn von weniger als 8,50 Euro die Stunde (Kalina/Weinkopf 2012, S. 12).

<sup>158</sup> Hier bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



1904

1905 **Abbildung 16** Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie der Ar-  
 1906 **beitslosigkeit** in Deutschland seit 1993.<sup>159</sup>

1907 Da in diesem Zeitraum das Arbeitsvolumen tendenziell gesunken ist – 2011 lag es trotz des  
 1908 deutlichen Nachkrisenanstiegs mit rund 58 Milliarden Stunden immer noch zwei Milliarden  
 1909 Stunden unter dem Stand von 1991 – wäre eigentlich mit einer anderen Entwicklung zu rech-  
 1910 nen gewesen: ansteigende Arbeitslosigkeit und weniger Erwerbstätige. Tatsächlich ist die  
 1911 Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich gestiegen und die registrierte Arbeitslosigkeit ebenso  
 1912 kontinuierlich gefallen. Hierfür lassen sich im Wesentlichen folgende Ursachen ausmachen:

- 1913 1. Das Wachstum in Deutschland ist insgesamt beschäftigungsintensiver geworden, die  
 1914 Beschäftigungsschwelle ist gesunken. Dadurch hat sich die strukturelle Arbeitslosig-  
 1915 keit verringert. Einflussfaktoren für diesen Trend waren die Arbeitsmarktreformen, die  
 1916 moderate Lohnpolitik im Aufschwung, die Zunahme von Teilzeit- bei gleichzeitiger  
 1917 Abnahme der Vollzeitbeschäftigung sowie das politisch flankierte erfolgreiche Kri-  
 1918 senmanagement der Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen in der Wirtschafts-  
 1919 und Finanzkrise.<sup>160</sup>  
 1920 2. Auch die demographische Entwicklung trug in den letzten Jahren bereits nicht uner-  
 1921 heblich zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen  
 1922 Alter hat in den letzten Jahren um rund 150.000 Erwerbspersonen pro Jahr abgenom-  
 1923 men. Dieser Schwund wird laut der jüngsten 12. koordinierten Bevölkerungsvorausbe-  
 1924 rechnung des Statistischen Bundesamtes (auf Grundlage der mittleren Variante 1-W-  
 1925 1) das Erwerbstätigenpotential (15- bis 65-Jährige) bis 2029 um jährlich rund 670.000  
 1926 Personen sinken lassen.<sup>161</sup> Insofern wird sich allein aufgrund der demografischen  
 1927 Entwicklung der Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlichem Wachstum und  
 1928 Arbeitslosigkeit aller Voraussicht nach weiter entkoppeln. Arbeitskräfte werden zu ei-  
 1929 ner zunehmend knappen Ressource werden. Diskussionen über einen drohenden  
 1930 Fachkräftemangel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bessere Bedin-

<sup>159</sup> Quelle: Arbeitsmarkt in Deutschland, Zeitreihen bis 2011. Statistik der BA.

<sup>160</sup> Vgl. Walwei, Ulrich (2011): Die veränderter Struktur des Arbeitsmarktes.

<sup>161</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2009b).

- 1931 gungen und (Wieder-)Einstiegsmöglichkeiten für Frauen in Erwerbstätigkeit, und die  
 1932 Notwendigkeit von Zuwanderung werden deshalb intensiv geführt.
- 1933 3. Die Teilzeitquote aller Beschäftigten ist zwischen 1991 und 2000 von 15,7 % auf  
 1934 27,2% und bis 2010 weiter auf 34,8% angestiegen.<sup>162</sup> Besonders im Handel, aber auch  
 1935 in anderen Dienstleistungsbereichen wurden Vollzeit- in Teilzeitstellen umgewandelt.  
 1936 Viele der Teilzeitstellen sind Minijobs. Inzwischen ist jedes vierte Beschäftigungsver-  
 1937 hältnis ein geringfügiges.<sup>163</sup>
- 1938 4. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung ist auch mit ei-  
 1939 ner Ausweitung des Niedriglohnsektors verbunden. Dies gilt insbesondere für die zu-  
 1940 nehmende Leiharbeit, die zu gut 2/3 zu Niedriglohnbedingungen verrichtet wird, aber  
 1941 auch für die sich ausweitenden befristeten Beschäftigungsverhältnisse. Auf diese Wei-  
 1942 se fanden zwar mehr Menschen trotz sinkendem Arbeitsvolumen einen Job, allerdings  
 1943 oft nicht existenzsichernd, so dass viele sogar bei Vollzeit auf ergänzende Hilfe-zum-  
 1944 Lebensunterhalt-Zahlungen (HLU) angewiesen sind. Hiervon sind in besonderem Ma-  
 1945 ße Frauen und Personen mit Migrationshintergrund betroffen.
- 1946 5. Im Zuge der Änderungen der Sozialgesetzgebung unter der „Agenda 2010“ wurden  
 1947 die Rahmenbedingungen für bestimmte Arbeitsplätze geändert: u.a. wurde die gering-  
 1948 fügige Beschäftigung (Mini- und Midijobs) ausgeweitet<sup>164</sup>, die Leiharbeit (Arbeit-  
 1949 nehmerüberlassung) wurde u.a. durch Wegfall der zeitlichen Befristung wie des  
 1950 Wiedereinstellungsverbotes erleichtert, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für  
 1951 unter 55-jährige auf zwölf Monate beschränkt und gleichzeitig die Zumutbarkeit für  
 1952 die Annahme von Arbeitsplätzen unabhängig von der Qualifikation der Arbeitssu-  
 1953 chenden verschärft. Zudem erhielten beschäftigungsfähige Arbeitssuchende, die bisher  
 1954 Sozialhilfe erhalten hatten, Zugang zu den Förderungsmaßnahmen der Agentur für  
 1955 Arbeit.
- 1956 6. Die offiziell ausgewiesene Zahl der registrierten Arbeitslosen ist keine nur durch die  
 1957 Entwicklung der Erwerbslosigkeit bestimmte Zahl. In der Vergangenheit hat der Ge-  
 1958 setzgeber wiederholt die Kriterien geändert. Im Ergebnis sank dadurch die Zahl der of-  
 1959 fiziell als arbeitslos registrierten Personen. Zwar weist die Bundesagentur für Arbeit  
 1960 (BA) auch die erweiterte Kategorie der „Unterbeschäftigung“ aus,<sup>165</sup> allerdings kommt  
 1961 sie in der öffentlichen wie politischen Debatte über den Arbeitsmarkt praktisch nicht  
 1962 vor. Die Kategorie der „Unterbeschäftigung“ erfasst etwa auch diejenigen Arbeitslo-  
 1963 sen, die über private Vermittler in Beschäftigung gebracht werden sollen, die in beruf-  
 1964 licher Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind,  
 1965 sowie Personen, die krank oder älter als 58 Jahre sind und Arbeitslosengeld beziehen.  
 1966 Demnach waren im Oktober 2012 immer noch 3,6 Millionen Menschen ohne reguläre  
 1967 Beschäftigung, also rund 840.000 mehr als offiziell als arbeitslos registriert waren (2,8  
 1968 Millionen). Des Weiteren ist von einer hohen Erwerbsorientierung von Frauen auszu-  
 1969 gehen, die sich jedoch aus unterschiedlichsten Gründen nicht erwerbslos melden, also  
 1970 verdeckt arbeitslos sind (vgl. Allmendinger 2011; Bundesagentur für Arbeit 2011).
- 1971 In der Konsequenz stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 38,7 Millionen im Jahr 1991 auf  
 1972 41,1 Millionen im Jahr 2011 an. Diesem Plus von 6,2 Prozent steht allerdings ein Minus von

<sup>162</sup> Vgl. Wanger, Susanne (2011). Viele Frauen würden gerne länger arbeiten: Anhangtabelle 4.

<sup>163</sup> Vgl. Brenke (2011a): 9; Wanger (2011): 5. Könnten allein die Verlängerungswünsche von teilzeitbeschäftigten Frauen erfüllt werden, ergäbe sich hochgerechnet ein zusätzliches Arbeitsvolumen von 40,5 Millionen Stunden wöchentlich, umgerechnet in Vollzeitäquivalente von etwa einer Million Vollzeitarbeitsplätzen. Vgl. Wanger (2011): 6.

<sup>164</sup> Durch Heraufsetzung der Geringfügigkeitsgrenze von 325 Euro auf 400 Euro und der Einführung einer Gleitzone für die Sozialversicherungsbeiträge im Bereich von 400 - 800 Euro.

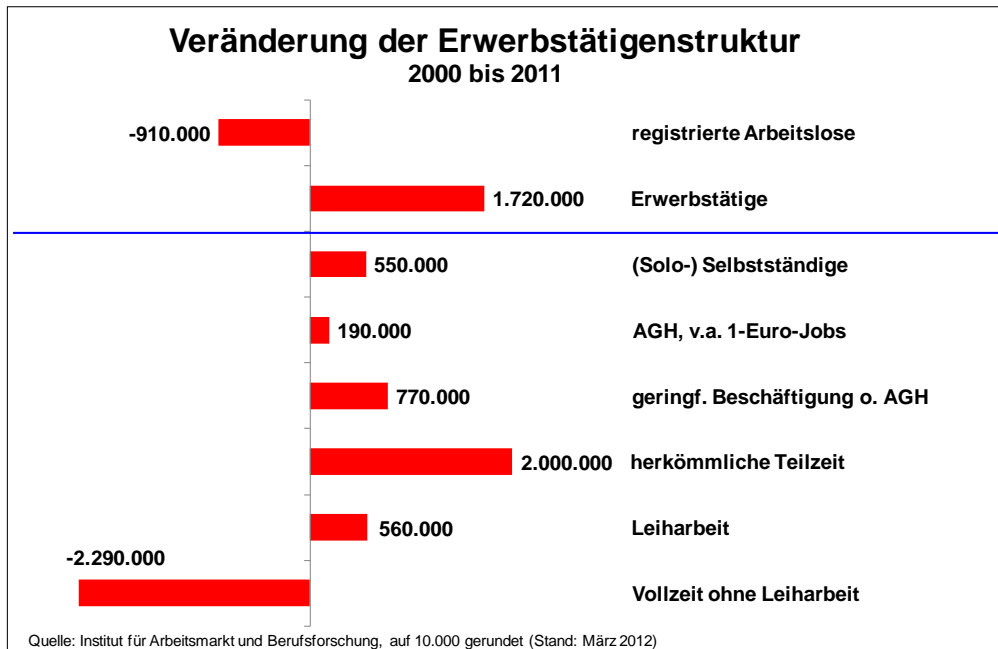
<sup>165</sup> Vgl. zur Methodik Bundesagentur für Arbeit (2011). Arbeitsmarktberichterstattung.



1973 3,4 Prozent beim Arbeitsvolumen im gleichen Zeitraum gegenüber (von 60,1 auf 58,1 Milli-  
 1974 arden Stunden). De facto teilen sich also mehr Erwerbstätige ein geringeres gesamtwirtschaft-  
 1975 liches Arbeitsvolumen. Parallel dazu sanken nach Angaben von EUROSTAT die Reallöhne  
 1976 pro Kopf in Deutschland zwischen 2000 und 2011 um 2,1 Prozent.<sup>166</sup>

1977 **3.5.3 Rückgang der Vollzeitbeschäftigung und sinkende Löhne – der fal-**  
 1978 **sche Weg zu steigender Beschäftigung bei niedrigen Wachstumsra-**  
 1979 **ten**

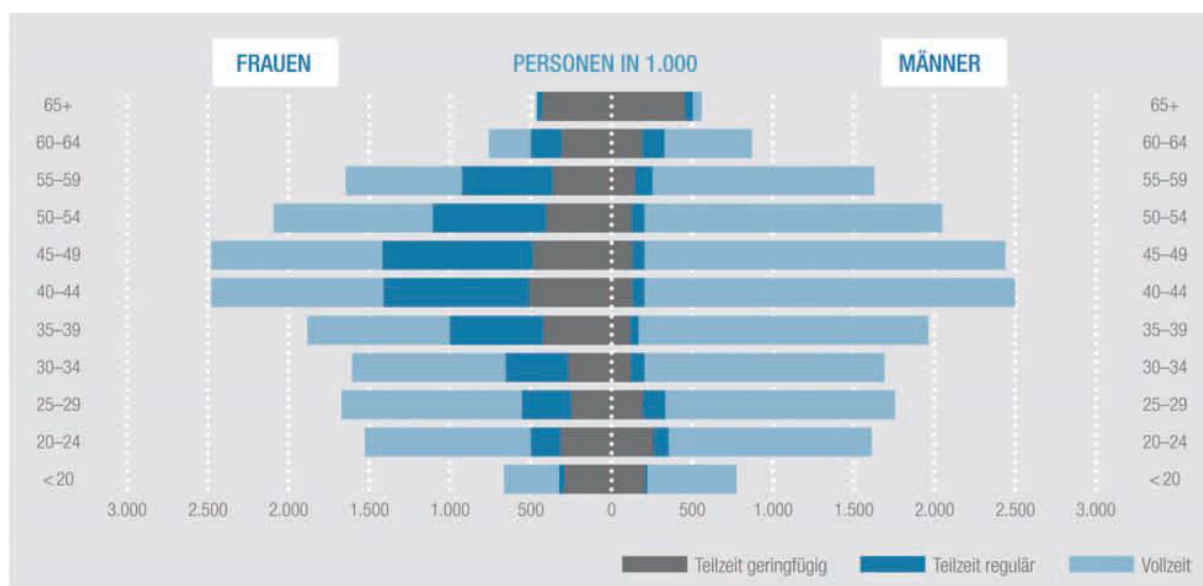
1980 Jenseits der rein quantitativen Veränderung der Beschäftigung zeigt eine qualitative Analyse,  
 1981 dass sich die Struktur der Beschäftigung deutlich verändert hat (vgl. Abbildung 17). Die Zahl  
 1982 der ausschließlich geringfügig Beschäftigten, einschließlich Arbeitsgelegenheiten (sogenannte  
 1983 Ein-Euro-Jobs), stieg (vor allem im Dienstleistungssektor) von 4,9 Millionen im Jahr 2000  
 1984 auf 5,8 Millionen in 2011, also um knapp 790.000. Die herkömmliche Teilzeitbeschäftigung  
 1985 (ohne Arbeitsgelegenheiten) stieg im gleichen Zeitraum um zwei Millionen von rund 4,8 Mil-  
 1986 lionen im Jahr 2000 auf 6,8 Millionen in 2010 an.



1987  
 1988 Abbildung 17: Veränderung der Beschäftigungsstruktur in Deutschland, 2000 bis 2011.

1989 Die **Teilzeitbeschäftigung** in allen Formen nahm in diesem Zeitraum kontinuierlich um fast  
 1990 ein Drittel auf 12,6 Millionen zu. Die Teilzeitquote lag 2011 bei 34,5 Prozent aller abhängig  
 1991 Beschäftigten gegenüber 27,2 Prozent in 2000. Damit bestätigte sich – wenn auch leicht ver-  
 1992 langsamt – der Trend seit der Wiedervereinigung (1991 hatte die Teilzeitquote noch bei 15,7  
 1993 Prozent gelegen). Entscheidend ist jedoch die geschlechterspezifische Ungleichverteilung.  
 1994 Während nur 17,6 Prozent der männlichen Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt sind, trifft dies  
 1995 für 52,1 Prozent der erwerbstätigen Frauen zu (siehe Abbildung 18) (Wanger 2011: 2).

<sup>166</sup> Vgl. [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/ameco/user/serie/ResultSerie.cfm](http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/ResultSerie.cfm); Zugriff am 24.7.2012.



1996

1997  
1998

Abbildung 18: Beschäftigungsstruktur nach Geschlecht und Altersgruppen (2009, Personen in Tausend).<sup>167</sup>

1999 Gleichzeitig ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und Beamte) zwischen 2000 und 2011 um 1,8 Millionen deutlich zurück.  
2000  
2001 Mit dem Auslaufen weltweiter Konjunkturprogramme als Reaktion auf die große Krise und  
2002 der Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten im Euroraum ist jedoch zu befürchten,  
2003 dass sich die jüngste positive Entwicklung bei der Vollzeitarbeit nicht fortsetzen wird (vgl.  
2004 hierzu IAB 2012).

2005 Hierbei ist zu beachten, dass Teilzeitbeschäftigung nicht per se schlecht ist. Die Bewertung  
2006 einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss Faktoren wie Einkommen, Anwartschaften  
2007 auf Sozialleistungen und Karrierechancen einbeziehen. Teilzeitbeschäftigung ist gerade dann  
2008 kritisch zu betrachten, wenn sie dem expliziten Wunsch der betreffenden Arbeitnehmer zuwi-  
2009 derläuft. Dies ist gerade bei Frauen oft der Fall, sie würden durchschnittlich lieber länger ar-  
2010 beiten. Umgekehrt liegen die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden bei Vollzeit erwerbstätigen  
2011 Männern ebenfalls oberhalb ihrer Arbeitszeitwünsche (BMFSFJ 2011: 183). Eine Kon-  
2012 vergenz der realen Arbeitszeiten von Frauen und Männern ist daher weithin gewünscht, schei-  
2013 tert aber an der Realität bestehender Institutionen und Leitbilder. Eine Orientierung an einer  
2014 Wochenarbeitszeitnorm unter 40 Stunden würde daher zu einer geschlechtergerechten Vertei-  
2015 lung von Arbeitsvolumina beitragen.

2016 Die Zahl der **Selbstständigen** und mithelfenden Angehörigen hat zwischen 2000 und 2011  
2017 um 550.000 oder 14 Prozent von vier Millionen auf 4,5 Millionen zugenommen. Allerdings  
2018 verbirgt sich hinter diesen Zahlen eine problematische Entwicklung: Der Zuwachs resultiert  
2019 ausschließlich aus „Solo-Selbstständigen“, also Selbstständigen ohne weitere Beschäftigte.  
2020 Sie machen mittlerweile mit 2,3 Millionen deutlich mehr als die Hälfte aller Selbstständigen  
2021 aus. Da 29 Prozent der Selbstständigen 2008 lediglich ein monatliches Nettoeinkommen von  
2022 unter 1.100 Euro erzielten,<sup>168</sup> ist davon auszugehen, dass sich ein Großteil offensichtlich not-  
2023 gedungen aus der Arbeitslosigkeit bzw. in Ermangelung einer anderen Beschäftigung selbst-  
2024 ständig gemacht hat (Wirtschaft und Statistik 2009, insb. S. 1205ff und 1214f.)

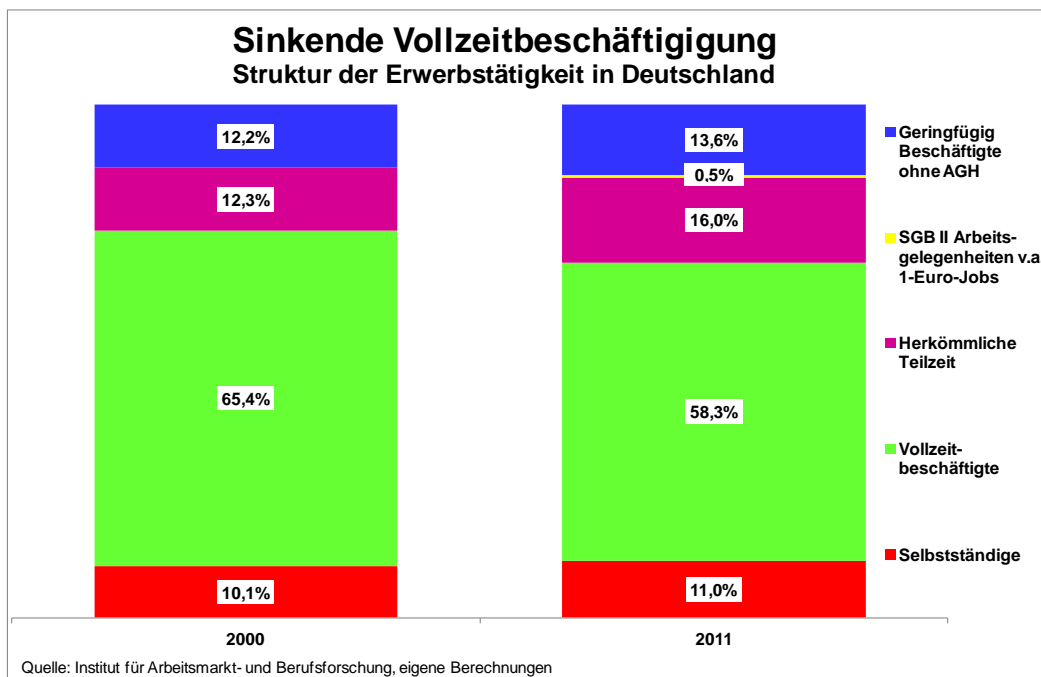
<sup>167</sup> Quelle: BMFSFJ (2011): 113.

<sup>168</sup> Bei den abhängig Beschäftigten waren es 16 bei den Männern bzw. 25 Prozent bei den Frauen.

2025 Eine weitere problematische Entwicklung ist der Boom bei der **Befristung** von Beschäftig-  
 2026 tenverhältnissen. Zwischen 2001 und 2011 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverträge von  
 2027 etwa 1,7 auf 2,7 Millionen gestiegen. Das entspricht einem Anteil von 9,5 Prozent an allen  
 2028 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Hohendanner 2012). Befristungen sind für die  
 2029 Beschäftigten häufig negativ, weil sie oft unter dem Druck ständiger Unsicherheit über den  
 2030 weiteren Erwerbsverlauf leiden und ihre Lebensplanung insgesamt erschwert wird.

2031 Unmittelbar negativ wirkt sich auch die zunehmende **Leiharbeit** (Arbeitnehmerüberlassung)  
 2032 auf die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte aus. Leiharbeit wird gerade im verarbeitenden  
 2033 Gewerbe eingesetzt um die Personalkosten zu senken und dient dort der betriebswirtschaftli-  
 2034 chen Profitabilität. Die Zahl der Beschäftigten in der Leiharbeit stieg von jahresdurchschnitt-  
 2035 lich 328.000 im Jahr 2000 bis zur Krise 2008 auf 761.000. In der Krise nahm diese Beschäfti-  
 2036 gungsform deutlich ab. Zwischen September 2008 und Mai 2009 sank sie um 230.000 oder 28  
 2037 Prozent, jahresdurchschnittlich 2009 gegenüber 2008 um 135.200. Nach der Krise nimmt die  
 2038 Leiharbeit wieder deutlich zu. Sie wuchs von 2009 auf 2010 um 182.000 und war damit (Sta-  
 2039 tistisches Bundesamt 2011a) für 57 Prozent des gesamten Beschäftigungsanstiegs verantwor-  
 2040 tlich. Mit jahresdurchschnittlich 881.700 Beschäftigten erreichte sie 2011 eine neue Rekord-  
 2041 höhe

2042 Nach wie vor sind etwa 90 Prozent der Leiharbeiter Vollzeitbeschäftigte. Gleichzeitig verdie-  
 2043 nen sie deutlich weniger haben ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko und geringere Weiterbil-  
 2044 dungschancen als Beschäftigte aller anderen Branchen.<sup>169</sup> Leiharbeit wird zu gut zwei Dritteln  
 2045 unter Niedriglohnbedingungen verrichtet. Mit der Umwandlung normaler Beschäftigung in  
 2046 Leiharbeitsverhältnisse kommen die Arbeitnehmerentgelte somit zusätzlich unter Druck.

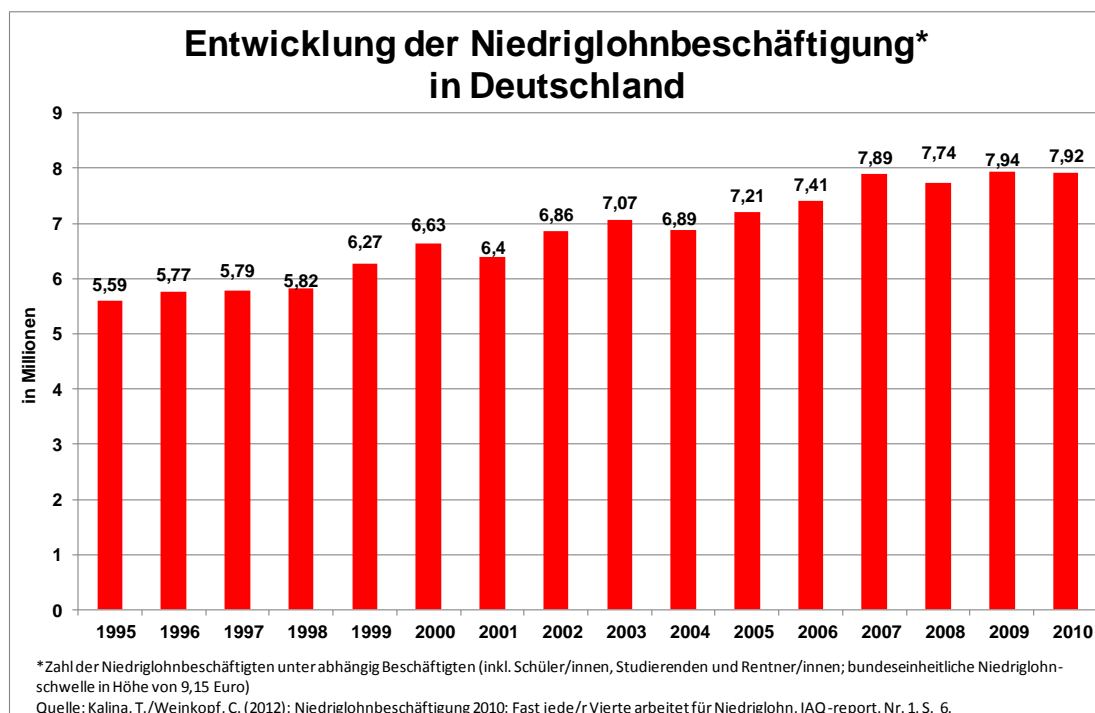


2047  
 2048 Abbildung 19: Veränderung verschiedener Beschäftigungsformen als Anteil an der gesamten  
 2049 Erwerbstätigkeit in Deutschland, 2000 bis 2011.

<sup>169</sup> Vgl. Gundert; Hohendanner (2011): 1.

2050 Von diesen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind *Frauen* besonders betroffen. Zwar  
 2051 stieg die Erwerbsquote von Frauen in den letzten 20 Jahren von 52,7 Prozent auf 70,6 Pro-  
 2052 zent, ihr Arbeitsvolumen ist jedoch weitgehend gleich geblieben. Es verteilt sich nur auf er-  
 2053 heblich mehr Frauen (+ 16,1 Prozent seit 1991). Die Teilzeitbeschäftigung der Frauen ist  
 2054 dementsprechend drastisch gestiegen (+ 97,2 Prozent), während die Zahl der vollzeitbeschäf-  
 2055 tigten Frauen um rund 20 Prozent abnahm. Der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen an allen  
 2056 Arbeitnehmern sank von 30,5 Prozent 1991 auf 23,8 Prozent 2010, während der Anteil teil-  
 2057 zeitbeschäftigter Frauen im gleichen Zeitraum von 13,5 Prozent auf 26 Prozent stieg. Der  
 2058 Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten betrug 2010 74,6 Prozent (vgl. IAB-Kurzbericht  
 2059 9/2011 und die Abbildungen 7-9).<sup>170</sup> Besonders problematisch ist mittelfristig der starke An-  
 2060 stieg von Minijobs bei Frauen. Hier entwickelt sich ein erhebliches Problem aufgrund dro-  
 2061 hender Altersarmut.

2062 Der Niedriglohnsektor hat sich deutlich ausgeweitet: Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten,  
 2063 die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns (Medianlohn) bekommen, ist von 1995 bis  
 2064 2010 um 2,3 Millionen von 5,6 auf knapp acht Millionen und damit auf rund 23 Prozent der  
 2065 abhängig Beschäftigten gestiegen (Kalina, T./Weinkopf, C. 2012) (Abbildung 20). Seit Be-  
 2066 ginn der Arbeitsmarktreform (Agenda 2010) ist sie jedoch nur von 7,07 auf 7,92 Millionen  
 2067 gestiegen.



2068  
 2069 **Abbildung 20: Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, 1995 bis 2010.**

2070 Die Ausweitung atypischer Beschäftigung beschleunigte die Ausdehnung des Niedriglohnsektors.  
 2071 Minijobs waren 2010 zu über 85 Prozent, befristete Beschäftigungen zu über 41 Prozent  
 2072 und sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze zu knapp 25 Prozent im Niedriglohn-  
 2073 bereich angesiedelt (Kalina, T./Weinkopf, C. 2010; Kalina, T./Weinkopf, C. 2012; Statisti-

<sup>170</sup> Alle Angaben nach Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB 2011  
 (<http://www.iab.de/194/section.asp/Publikation/kl110414n01>); Zugriff am 30.8.2011.

2074 sches Bundesamt 2009a, S. 15). Wiederum sind Frauen von dieser Entwicklung besonders  
2075 betroffen, denn 63 Prozent der Beschäftigten in Minijobs sind Frauen.

2076 Im internationalen Vergleich ist der Anteil regulärer Vollzeitbeschäftigung in Deutschland  
2077 mittlerweile besonders niedrig und der Rückgang besonders stark, insbesondere im Dienst-  
2078 leistungssektor (Eichhorst u.a. 2009, insb. S. 11 und S. 15ff.). Frauen, als größte Gruppe der  
2079 Beschäftigten im Dienstleistungssektor, sind davon erneut überproportional betroffen. Es ist  
2080 auch eine deutsche Besonderheit, dass die Löhne im Dienstleistungsbereich deutlich niedriger  
2081 sind als in der Industrie (Joebges/Logeay/Sturn/ Zwiener 2009). Prekäre Beschäftigungsver-  
2082 hältnisse und Niedriglöhne sind in Deutschland im internationalen Vergleich insbesondere bei  
2083 Frauen überdurchschnittlich stark gestiegen und insbesondere im Dienstleistungsbereich ext-  
2084 rem stark verbreitet (Eichhorst/Marx/Thode 2010).

#### 2085 **3.5.4 Zusammenfassung und Ausblick**

2086 Die Arbeitsmarktentwicklung der letzten Dekaden stand im Zeichen niedriger, in ihrer Ten-  
2087 denz abnehmender Wachstumsraten. Da der Anstieg der Arbeitsproduktivität in der Regel  
2088 über den (niedrigen) Wachstumsraten lag, wurden tendenziell weniger Arbeitsstunden zur  
2089 Erwirtschaftung des BIP gebraucht, das statistisch erfasste Arbeitsvolumen nahm entspre-  
2090 chend ab. Dass dennoch ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl und später auch der sozialversi-  
2091 cherungspflichtigen Beschäftigung stattfand, war nur mit gleichzeitig sich vollziehenden er-  
2092 heblichen Strukturveränderungen möglich. Rein quantitativ haben sich immer mehr Men-  
2093 schen ein gesunkenes Arbeitsvolumen geteilt. Diese Entwicklung gilt insbesondere für den  
2094 Dienstleistungssektor.

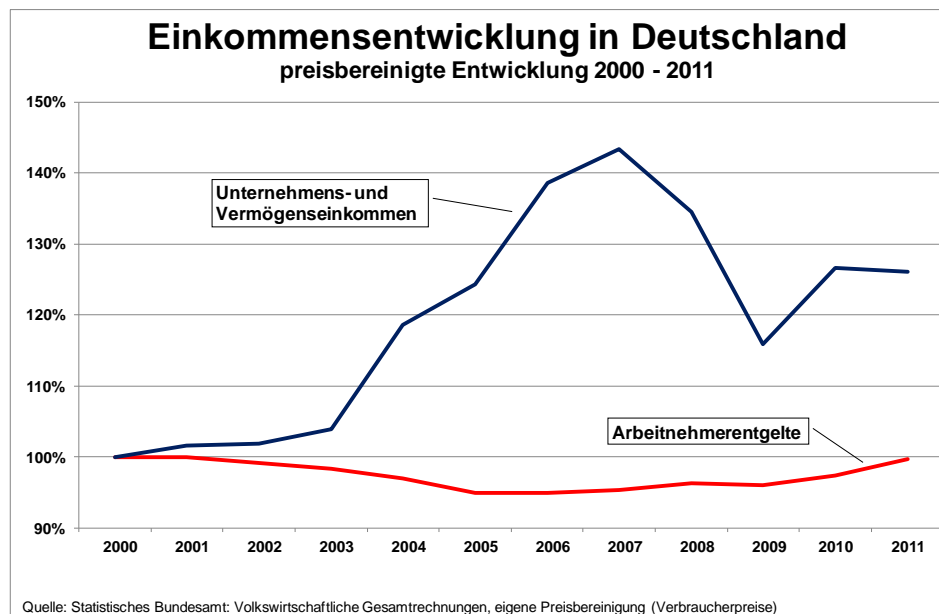
2095 Qualitativ betrachtet ging diese Entwicklung einerseits mit einem weitreichenden Rückgang  
2096 der Arbeitslosigkeit und steigender Erwerbstätigkeit, jedoch andererseits auch mit einer deut-  
2097 lichen Abnahme von Vollzeitarbeitsplätzen bei paralleler Zunahme von Teilzeit-, Mini- und  
2098 Midijobs sowie einer Ausweitung des Niedriglohnsektors einher. Diese Entwicklung hat dazu  
2099 beigetragen, dass die realen Arbeitnehmerentgelte seit der deutschen Vereinigung stagnierten.  
2100 Da es den Gewerkschaften zumindest in der Vergangenheit oftmals nicht gelungen ist, in Tar-  
2101 ifverhandlungen Lohnsteigerungen in Höhe des Produktivitätsanstiegs plus der Inflationsrate  
2102 zu erzielen<sup>171</sup> und viele Betriebe inzwischen nicht mehr tarifgebunden sind und dort eine noch  
2103 schlechtere Lohnentwicklung stattfand, verlief die effektive Lohnentwicklung noch deutlich  
2104 schlechter als die tarifliche. So kam es zu einer erheblichen Umverteilung von den Arbeit-  
2105 nehmerentgelten zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen. Bei einem Anstieg des Volks-  
2106 einkommens um real, also inflationsbereinigt<sup>172</sup> 7,5 Prozent im Zeitraum 2000 bis 2011 stie-  
2107 gen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im gleichen Zeitraum trotz zeitweisem  
2108 Einbruch in der Krise real um über 26 Prozent, während die realen Arbeitnehmerentgelte auch  
2109 2011 noch immer leicht unter dem Niveau von 2000 liegen.<sup>173</sup> Aber auch innerhalb der Ar-  
2110 beitseinkommen wachsen die Disparitäten: In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Lohn-  
2111 schere auch bei den Vollzeitarbeitenden zwischen den obersten und untersten zehn Prozent  
2112 um ein Fünftel erweitert.<sup>174</sup> Insofern lässt sich festhalten, dass Deutschland in der letzten De-  
2113 kade zwar ein nicht unbeträchtliches reales Wachstum verbunden mit zunehmender Erwerbs-  
2114 tätigkeit zu verzeichnen hatte, aber bei weitem nicht alle Beschäftigten im Durchschnitt  
2115 durch steigende Einkommen an diesem Wachstum teilhatten.

<sup>171</sup> Nach Rebien, M./Kettner, A. (2011) deuten Untersuchungen auf betrieblicher Ebene auf eine erhöhte Konzessionsbereitschaft von Beschäftigten nach den Hartz-Reformen hin.

<sup>172</sup> Hier preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex.

<sup>173</sup> Vgl. auch Brenke/Grabka (2011). Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt: 15.

<sup>174</sup> Vgl. Brenke (2011a): 13f.; OECD (2011).



2116

2117

Abbildung 21: Entwicklung der realen Einkommen in Deutschland, 2000 bis 2011.

2118 Angesichts der sich deutlich gestiegenen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen  
 2119 in Deutschland (vgl. Kapitel 3.6) bei gleichzeitig zurückgehenden wirtschaftlichen Zuwäch-  
 2120 sen wird ein demokratischer und sozialer Staat Maßnahmen ergreifen müssen, um dieser  
 2121 Entwicklung entgegenzuwirken. Allein auf verteilungs- und arbeitsmarktpolitisch positive  
 2122 Folgen eines wieder höheren Wachstums zu hoffen oder gar politische Entscheidungen daran  
 2123 zu binden verliert angesichts der Wachstumsrealität zunehmend an Plausibilität. Aktive Bil-  
 2124 dungspolitik und verteilungspolitische Maßnahmen werden demgegenüber entscheidend sein.  
 2125 Entsprechend weist auch die OECD (2011) auf die Notwendigkeit von vermehrten Anstren-  
 2126 gungen für mehr und besserer (Aus-)Bildung, aber auch auf die Veränderung des Steuer- und  
 2127 Transfersystem hin: „Eine Option wäre, die Einkommenssteuer progressiver zu gestalten.  
 2128 Auch Maßnahmen zur Eindämmung der Steuerflucht, die Abschaffung von Steuererleichter-  
 2129 ungen für Besserverdienende oder der Ausbau von Steuern auf Vermögen und Grundbesitz  
 2130 können zu einer besseren Umverteilung von Einkommen beitragen. Gleichzeitig sind staatli-  
 2131 che Transferzahlungen wichtiger als je zuvor, um die anhaltenden – und durch die Rezession  
 2132 oft verschärften – Verluste für Menschen mit niedrigem Einkommen auszugleichen.“<sup>175</sup>

2133 Darüber hinaus sind politische Maßnahmen zur Herstellung von **Geschlechtergerechtigkeit**  
 2134 eine bleibende Aufgabe. Dazu gehören nicht nur die universelle Durchsetzung von gleichem  
 2135 Lohn für gleiche Arbeit (Equal Pay) unabhängig von Geschlecht und Status der Beschäf-  
 2136 tigung (Stichwort Leiharbeit) und eine größere Anzahl von Frauen in Führungspositionen, son-  
 2137 dern auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Umsetzung einer Individual-  
 2138 besteuern, eine eigenständige soziale Sicherung und eine geschlechtergerechte Aufteilung  
 2139 der Sorgearbeit (BMFSFJ 2011).

2140 Angesichts des demografisch bedingten sinkenden Arbeitskräftereservoirs wird darüber hin-  
 2141 aus die Sicherstellung der notwendigen Qualifikationen zu einer vordringlichen Aufgabe. Der  
 2142 **Bedarf an qualifiziertem Personal** wird weiter steigen, während die Zeiten, in denen sich  
 2143 Arbeitgeber aus einem großen Pool gut qualifizierter Arbeitssuchender ausreichend bedienen  
 2144 können und deshalb wenige Anreize bestanden in eigene Ausbildung und Qualifikation zu

<sup>175</sup> Vgl. [http://www.oecd.org/document/54/0,3746,de\\_34968570\\_35008930\\_49176950\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/54/0,3746,de_34968570_35008930_49176950_1_1_1_1,00.html)

2145 investieren, zu Ende gehen. Auch wenn gegenwärtig kaum von einem umfassenden Fachkräftemangel die Rede sein kann,<sup>176</sup> deuten sich Engpässe vor allem bei Erziehungs-, Sozial- und  
2146 Gesundheitsdienstberufen und bei bestimmten Ingenieur- und Technikergruppen an. Hier sind  
2147 vor allem klein- und mittelständige Unternehmen (KMU) verstärkt betroffen, was auf spezifische  
2148 Probleme hinsichtlich der Attraktivität dieser Unternehmen für Fachkräfte hindeutet  
2149 (schlechte Bezahlung, nur angebotene zeitlich befristete Stellen, mangelnde Aufstiegschancen  
2150 (IG Metall 2011)). Auch wenn bislang noch kein Verlust an Wertschöpfung durch Engpässe  
2151 im industriellen Bereich beobachtbar ist, gibt es dringlichen Handlungsbedarf im Bildungs-  
2152 und Pflegebereich, um den Fachkräftebedarf dauerhaft zu sichern.

2154 Mit Blick auf den trade off von Wachstum und Ökologie sei noch auf ein Mittel hingewiesen,  
2155 das in der Vergangenheit bereits seine positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt unter Beweis  
2156 gestellt hat: kollektive oder sektorale **Arbeitszeitverkürzung**, wobei hier vor allem zukünftig  
2157 eine kürzere Vollzeit für alle und damit auch eine Umverteilung von Arbeit von Männern zu  
2158 Frauen im Vordergrund stehen sollte (Konzept der „Kleinen Vollzeit“).

2159 Mit einer koordinierten Strategie der Arbeitszeitverkürzung (Abbau von Arbeitszeitkonten,  
2160 Kurzarbeit) konnten zuletzt in der Krise 2008/2009 negative Effekte von geringem bzw. hier  
2161 sogar massiv schrumpfender Wirtschaftsleistung auf die Beschäftigung weitgehend verhindert  
2162 werden. Die positive Wirkung von Arbeitszeitverkürzung hatte sich in Deutschland auch  
2163 schon in den 1970er Jahren gezeigt. Auch Frankreich hat mit diesem Instrument gute Erfah-  
2164 rungen gemacht.<sup>177</sup> Allerdings müssen Arbeitszeitverkürzungen einkommens- und sozialpoli-  
2165 tisch abgefedert werden um auch für Beschäftigte mit geringeren Einkommen akzeptabel zu  
2166 sein.

2167 Bislang wird Wohlstand zweifellos immer noch stark mit materiellem Wohlstand gleichge-  
2168 setzt. Doch die Zweifel an dieser Engführung nehmen zu, was nicht zuletzt durch die an Be-  
2169 deutung zunehmende Glücksforschung unterstrichen wird (Rückriegel 2012/2013). Sollte  
2170 dieser Trend anhalten, könnte politisch geförderte Arbeitszeitverkürzung einer neuen Wohl-  
2171 standsdimension zum Durchbruch verhelfen: dem Zeitwohlstand. Wie eingangs festgestellt,  
2172 ignoriert die Wohlstandsmessung über das BIP die vor allem von Frauen verrichtete Care-  
2173 Arbeit und die ehrenamtliche Arbeit. Wenn Arbeitszeitverkürzung in ein umfassenderes Kon-  
2174 zept einer geschlechtergerechten Verteilung von Erwerbsarbeit, Care-Arbeit, politischer, kul-  
2175 tureller und gesellschaftlicher Arbeit eingebunden würde, könnte mehr materieller Wohlstand  
2176 (z.B. Bildung, Pflege) wie auch Wohlstand als Zeitwohlstand für alle entstehen  
2177 (Rinderspacher 2002, Jackson 2011). Dies dürfte auch die sozialste und ökologischste Form  
2178 der Wohlstandssteigerung sein. Die Projektgruppe „Arbeitswelt; Konsumverhalten und Le-  
2179 bensstile“ der Enquete-Kommission beschäftigt sich mit möglichen Ausgestaltungen dieser  
2180 Form des Wohlstands (vgl. Bericht Projektgruppe 5).

### 2181 **3.6 Wachstum und Verteilung**

2182 Kaum eine andere ökonomische Dimension ist von solch großer politischer Bedeutung wie  
2183 das Maß der Ungleichheit in einer Gesellschaft. Die Verteilung der Einkommen und Vermö-  
2184 gen beeinflusst die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Weise: So  
2185 wiesen die britischen Sozialwissenschaftler Wilkinson und Pickett<sup>178</sup> für entwickelte Länder

---

<sup>176</sup> Vgl. Brenke (2011a); Brenke (2011b).

<sup>177</sup> Vgl. zu den positiven Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung in Deutschland Mitte der 1970er Jahren, in der Großen Rezession 2008/2009 und in Frankreich Herzog-Stein/Lindner/Sturn/van Treeck (2010).

<sup>178</sup> Wilkinson und Pickett (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Tolkemitt bei Zweitausendundeins.



2186 einen starken Zusammenhang zwischen sozialen Problemen und ungleicher Einkommensver-  
2187 teilung nach: Gesundheitliche Probleme wie Herzkrankheiten, „Burn-Out“ und Depressionen  
2188 treten in ungleicheren Gesellschaften erheblich häufiger auf als in eher gleichen Gesellschaft.  
2189 Ähnlich verhält es sich mit den Bildungsergebnissen, die in ungleichen Ländern insgesamt  
2190 deutlich schlechter sind. Auch weisen egalitäre Gesellschaften häufig eine deutlich geringere  
2191 Anzahl an Gefängnisinsassen auf als ungleiche Nationen.

### 2192 **3.6.1 Messung von Ungleichheit**

2193 Ungleichheit hat sowohl materielle als auch immaterielle Dimensionen, die in der Regel kor-  
2194 relieren. Im Folgenden beschränken wir uns auf den materiellen Aspekt der Einkommens-  
2195 und Vermögensverteilung.<sup>179</sup>

2196 In den letzten Jahrzehnten wurde in Deutschland, aber auch weltweit, vor allem die Ungleich-  
2197 verteilung des Einkommens betrachtet. Dies hat den Grund, dass für die Analyse des Vermö-  
2198 gens nur unzureichende Datengrundlagen zur Verfügung standen. Ohne die Betrachtung des  
2199 Vermögens fehlt allerdings ein zentraler Teil der materiellen Verteilung. In den letzten Jahren  
2200 zeichnet sich jedoch eine positive Entwicklung bezüglich der Verfügbarkeit, Verlässlichkeit  
2201 und Vergleichbarkeit der Vermögensdaten ab.<sup>180</sup>

2202 Um Veränderungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung quantifizierbar und damit  
2203 vergleichbar zu machen, werden häufig der Gini-Koeffizient und der Theil-Index verwen-  
2204 det.<sup>181</sup> Diese erfassen das Ausmaß der Abweichung von einer hypothetischen Gleichverteil-  
2205 ung. Zudem wird die Verteilung des materiellen Wohlstands häufig nach Dezilen analy-  
2206 siert.<sup>182</sup> Hier wird zum Beispiel das reichste Dezil eines Landes mit dem ärmsten verglichen.

2207 Im Folgenden wird auf die internationale sowie die nationale Ungleichheit in Deutschland  
2208 eingegangen.

### 2209 **3.6.2 Internationale Ergebnisse**

2210 Zu beobachten ist, dass Entwicklungsländer in der Regel höhere Wachstumsraten verzeichnen  
2211 als entwickelte Industrieländer. Hieraus kann aber nicht geschlossen werden, dass damit au-  
2212 tomatisch ein Prozess hin zur globalen Gleichheit stattfindet. Zwar schafft wirtschaftliches  
2213 Wachstum grundsätzlich größere Verteilungsspielräume. Entscheidend ist aber, wie diese  
2214 Spielräume genutzt werden, wer davon profitiert und wer nicht. Zweifellos geht es heute mehr  
2215 Menschen – aus materieller Sicht – deutlich besser als noch vor 100 Jahren, allerdings haben  
2216 sich auch Unterschiede zwischen und innerhalb der Länder vergrößert, wurden zementiert  
2217 bzw. neu geschaffen. So hat etwa die absolute Zahl der hungernden Menschen in den letzten  
2218 Jahren deutlich zugenommen. Nach Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) hunger-  
2219 ten 1990 etwa 822 Millionen Menschen, im Jahr 2008 etwa 963 Millionen.<sup>183</sup> Auch führte das  
2220 hohe Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu zusätzlichen Problemen: die

---

<sup>179</sup> Auf immaterielle Dimensionen der Ungleichheit wird an andere Stelle im Bericht eingegangen. Zum Beispiel im Kapitel 4.2 „Wachstum und Bildung“.

<sup>180</sup> Das SOEP erhebt seit 2002 alle fünf Jahre eine Vermögensbilanz. Auf europäischer Ebene wird seit 2010 der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) erhoben. Auf internationaler Ebene wurde 2007 die Luxembourg Wealth Study (LWS) ins Leben gerufen, die für Deutschland auf SOEP-Daten basiert.

<sup>181</sup> Zu den Definitionen siehe unter anderem Helpman (2004). The Mystery of Growth. Harvard University Press, Cambridge Mass. S. 143-152.

<sup>182</sup> Diese Art der Messung wird auch in der Projektgruppe 2 sowohl für das Einkommen als auch für das Vermögen für die Dimension „Soziales“ des Wohlstandsindikatorensets vorgeschlagen.

<sup>183</sup> <http://www.fao.org/news/story/en/item/8836/icode>; Zugriff am 8.8.2012.

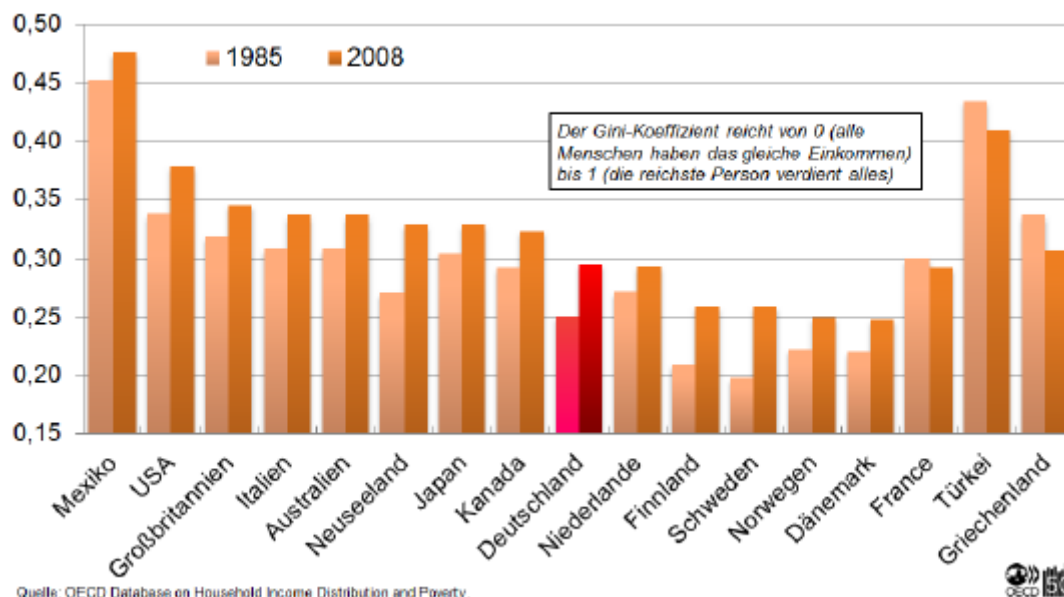


2221 Forcierung des Klimawandels, die Überfischung der Weltmeere sowie die anhaltenden Migra-  
 2222 tionsbewegungen welche die Entstehung neuer Armutsviertel (wie etwa Slums) zur Folge  
 2223 haben.

2224 Diese Entwicklungen müssen bei der Bewertung des globalen Wachstums mit in den Blick  
 2225 genommen werden. Nachfolgend wird deshalb ein kurzer Überblick über die Einkommens-  
 2226 und Vermögenssituation ausgewählter<sup>184</sup> Länder gegeben.

2227 **Einkommen**

2228 Die beiden Studien „Growing Unequal“ sowie die Nachfolgestudie „Divided We Stand“ der  
 2229 OECD<sup>185</sup> aus den Jahren 2008 und 2011 belegen eine – zum Teil deutliche – Zunahme der  
 2230 Einkommensungleichheit<sup>186</sup> bei circa zwei Dritteln aller OECD-Länder innerhalb der letzten  
 2231 zwei Jahrzehnte.<sup>187</sup> Abbildung 22 stellt diesen Sachverhalt anhand des Gini-Koeffizienten  
 2232 verschiedener OECD-Länder im Jahr 1985 und im Jahr 2008 dar.



2233 Quelle: OECD Database on Household Income Distribution and Poverty. 

2234 Abbildung 22: Ungleichheit der Einkommensverteilung in verschiedenen OECD-Ländern.<sup>188</sup>

2235 Das durchschnittliche Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in den OECD-  
 2236 Ländern ist aktuell über neun Mal so groß wie das der ärmsten zehn Prozent.<sup>189</sup>

2237 In den meisten OECD-Ländern kam es zudem zu einem Anstieg der Armutsquote. Diese gibt  
 2238 den Anteil der Haushalte an, die über ein verfügbares Einkommen von weniger als 40 bzw. 50

<sup>184</sup> Die Auswahl wurde anhand der Datenverfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Länder getroffen.  
<sup>185</sup> OECD (2011). Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising; sowie OECD (2008). Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Im Fokus steht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.  
<sup>186</sup> Verfügbares Haushaltseinkommen nach Abzug von Steuern und Abgaben.  
<sup>187</sup> Alle weiteren Angaben im Text beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, ebenfalls auf die beiden Berichte der OECD.  
<sup>188</sup> Quelle: OECD (2008).  
<sup>189</sup> Allerdings ergibt sich hier, je nach Land, eine große Bandbreite.

2239 Prozent des Medianeinkommens<sup>190</sup> zur Verfügung haben. Aktuell unterliegen fast 20 Prozent  
2240 der Menschen in der OECD einem Armutrisiko, das heißt sie müssen mit bis zu 60 Prozent  
2241 des Medianeinkommens auskommen.

## 2242 **Vermögen**

2243 Für das Vermögen gibt es international und über einen längeren Zeitraum hinweg noch weni-  
2244 ger Vergleichszahlen als beim Einkommen. Jantti et al.<sup>191</sup> haben in einer Analyse der LWS  
2245 Daten einen aktuellen Überblick verschafft. Betrachtet man den Gini-Koeffizienten für einige  
2246 ausgewählte Länder, ergibt sich folgendes Bild: Die größte Konzentration von Finanzvermö-  
2247 gen<sup>192</sup> ergibt sich für Kanada und die USA, jeweils mit einem Koeffizienten von 0,87 und  
2248 0,89, also eine sehr ungleiche Verteilung. Im Gegensatz zum Finanzvermögen sind das Net-  
2249 tovermögen<sup>193</sup> und das Sachvermögen<sup>194</sup> nicht so ungleich verteilt. Hier haben Deutschland  
2250 (0,73) und die USA (0,77) einen der höchsten Werte und damit ungleichere Verhältnisse. In  
2251 Italien (0,60) und Schweden (0,62) dagegen sieht das Bild etwas „gleicher“ aus.

## 2252 **3.6.3 Nationale Ergebnisse**

2253 Nachfolgend wird der Fokus explizit auf Deutschland gerichtet und neben den aggregierten  
2254 Ergebnissen auch einzelne gesellschaftliche Gruppen betrachtet. Die Ergebnisse werden, so-  
2255 weit möglich, in den internationalen Kontext eingeordnet.

## 2256 **Einkommen**

2257 Die beiden bereits vorgestellten OECD-Studien (2008 und 2011) diagnostizieren für Deutsch-  
2258 land ebenfalls eine gestiegene Einkommensungleichheit.<sup>195</sup> Hinzu kommt jedoch, dass  
2259 Deutschland zu den Ländern gehört, in denen sich der Veränderungsprozess überdurchschnitt-  
2260 lich schnell vollzogen hat.<sup>196</sup> In den 1980er Jahren konnte man Deutschland in derselben Ka-  
2261 tegorie wie die nordischen Ländern finden, die bekannt waren für eine geringere Ungleich-  
2262 heit. Heute ist Deutschland annähernd auf den OECD-Durchschnitt abgerutscht (vgl. Abbil-  
2263 dung 23).

---

<sup>190</sup> Der Median (auch Zentralwert genannt) teilt eine Verteilung in zwei Hälften, so dass die Werte in der unteren Hälfte kleiner als der Medianwert sind, in der oberen größer. Er ist im Gegensatz zum Durchschnitt nicht so anfällig gegenüber extremen Werten.

<sup>191</sup> Jantti, Markus; Sierminska, Eva; Smeeding, Tim (2008). The Joint Distribution of Household Income and Wealth. Evidence from the Luxembourg Wealth Study (OECD Social, Employment and Migration Working Papers 65). Paris.

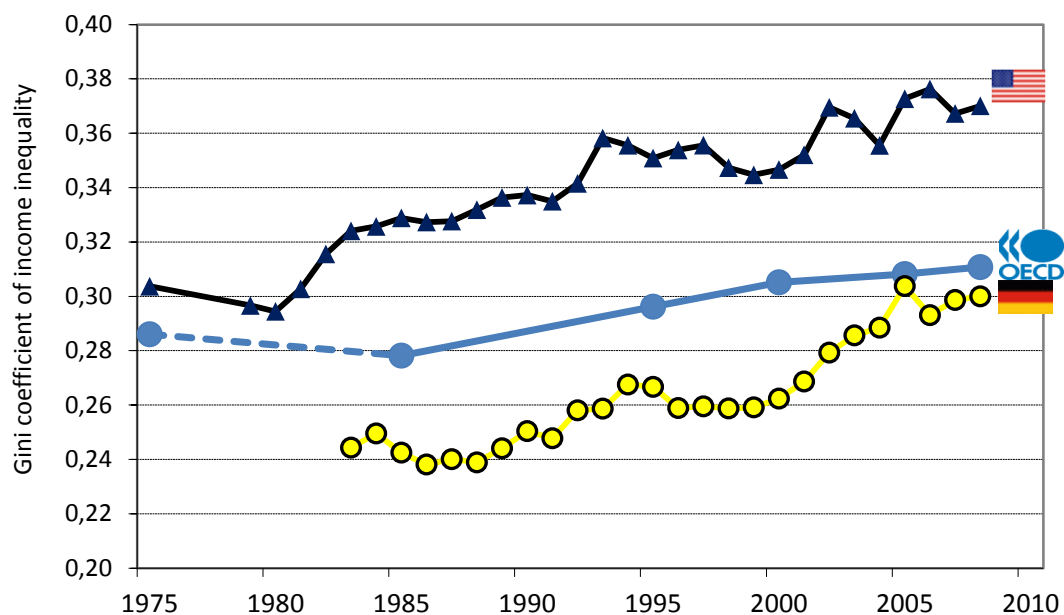
<sup>192</sup> Giro- und Sparkonten, Einlagezertifikate, Rentenpapiere, Aktien, Aktien- und Investmentfonds, Lebensversicherungen, Pensionsaufwendungen, weiteres Finanzvermögen.

<sup>193</sup> Summe der Finanz- und Sachvermögen abzüglich der Schulden.

<sup>194</sup> Erste Immobilie, Investitionen in Grundeigentum, Fahrzeuge, Gebrauchsgüter, Sammlerstücke, weiteres Sachvermögen

<sup>195</sup> Alle weiteren Angaben im Text beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, ebenfalls auf die beiden Berichte der OECD.

<sup>196</sup> Goebel und Grabka (2011): Zunehmende Einkommensungleichheit und wachsendes Armutrisiko während des letzten Jahrzehnts. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin. 80. Jahrgang. 04.2011. Seite 5-11.



2264

2265 Abbildung 23: Ungleichheit der Einkommensverteilung in Deutschland, den USA und der  
 2266 OECD, 1975 bis 2010.<sup>197</sup>

2267 Das durchschnittliche Einkommen der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen  
 2268 Alter war in Deutschland 2008 fast acht Mal so groß wie das der ärmsten 10 Prozent.  
 2269 Dies entspricht Werten von 7.400 Euro am unteren zu 57.300 Euro am oberen Ende.<sup>198</sup>

2270 Betrachtet man die Armutsquote, liegt Deutschland im Vergleich zu den anderen OECD-  
 2271 Ländern lediglich im Mittelfeld. Die Armutsrisikoquote stieg seit 1980 kontinuierlich an.  
 2272 Nach jüngsten Auswertungen hat sich die Armutsrisikoquote 2010<sup>199</sup> – zumindest in West-  
 2273 deutschland – aber erstmalig seit über 10 Jahren etwas verringert. Ob hiermit der Trend eines  
 2274 anhaltenden Anstiegs allerdings gebrochen ist, kann derzeit noch nicht beantwortet werden.

2275 Wichtig ist auch ein Blick auf die Spezifika der Armutsentwicklung in Deutschland<sup>200</sup>: Wäh-  
 2276 rend das Armutsrisiko in Gesamtdeutschland zwischen 1991 und 2010 von 11 auf 14 Prozent  
 2277 gestiegen ist und damit 11 Millionen Menschen unterhalb der Armutsschwelle leben müssen,  
 2278 ist die Risikoquote für ältere Menschen ab 75, sowie für Kinder und Jugendliche konstant  
 2279 überdurchschnittlich und insbesondere für Alleinerziehende am höchsten. Knapp die Hälfte  
 2280 der Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern und eine Drittel mit einem Kind waren  
 2281 2010 von Einkommensarmut betroffen.

2282 Betrachtet man die Verteilung des Volkseinkommens auf Löhne und Gewinne, so hat sich in  
 2283 den letzten Jahrzehnten eine deutliche Verlagerung hin zu den Gewinneinkommen ergeben.  
 2284 Vergleicht man die Entwicklung der Netto-Lohnquote<sup>201</sup> mit der Netto-Gewinnquote stellt  
 2285 man fest, dass die Netto-Lohnquote zwischen 1960 und 1980 ein Niveau von zeitweise deut-  
 2286 lich über 50 Prozent erreichte. Das Volkseinkommen hat sich demzufolge zur Hälfte aus Ar-

<sup>197</sup> Quelle: OECD (2011).

<sup>198</sup> OECD (2011): Country Note: Germany.

<sup>199</sup> Anteil der Personen, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. 2010 lag die Armutsrisikoschwelle bei ca 990 Euro pro Monat.

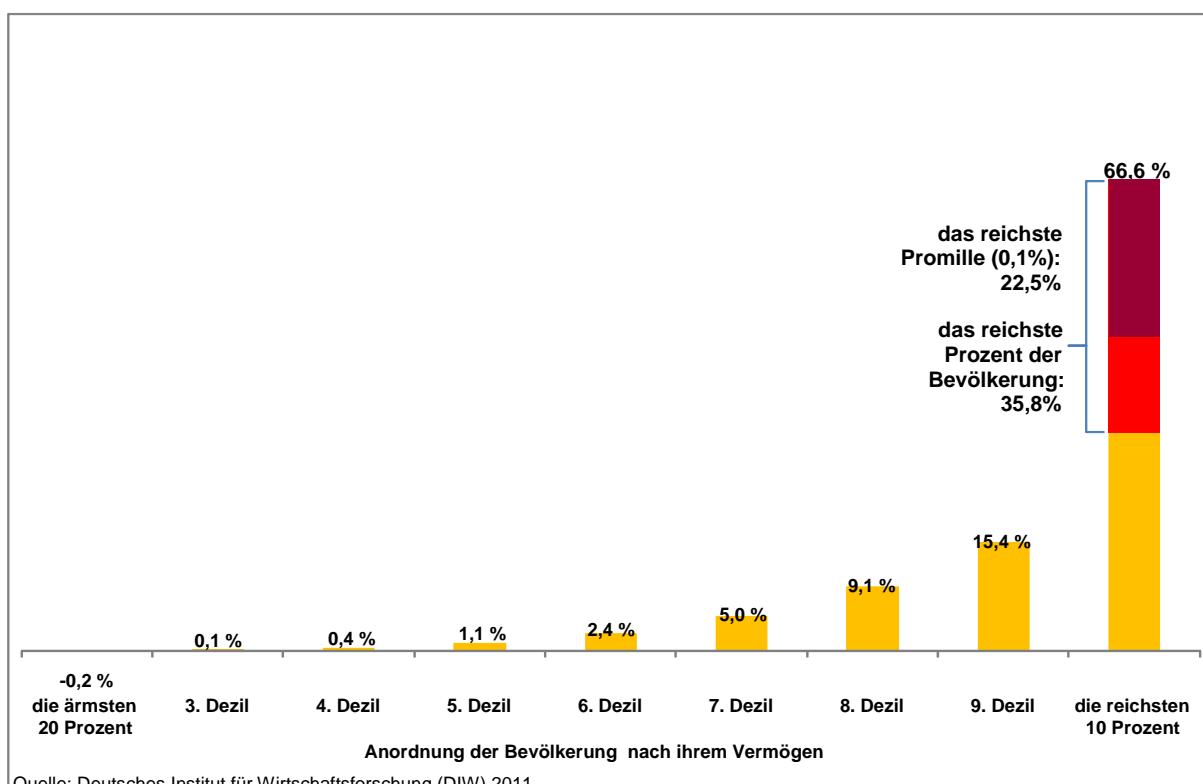
<sup>200</sup> ebenfalls nach Grabka u.a. 2012

<sup>201</sup> Verhältnis von Lohneinkommen (nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben) zum Volkseinkommen.

2287 beiteinkommen zusammengesetzt. Nach der deutschen Vereinigung fiel die Lohnquote je-  
 2288 doch bis zum Jahr 2010 auf 43,7 Prozent. Spiegelbildlich stieg die Netto-Gewinnquote an und  
 2289 betrug im ersten Halbjahr 2011 mehr als 31 Prozent.

2290 **Vermögen**

2291 Neben dem Einkommen ist das Vermögen die zweite zentrale Säule des materiellen Wohl-  
 2292 stands. Rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland können im Jahr 2007 kein oder nur  
 2293 ein sehr geringes individuelles Nettogeld- und Sachvermögen aufweisen während die unters-  
 2294 ten 20 Prozent sogar nur Schulden hatten. Im Gegensatz dazu verfügen, die reichsten 10 Pro-  
 2295 zent der Bevölkerung über einen Anteil am Gesamtvermögen von mehr als 66 Prozent, das  
 2296 reichste Prozent besitzt 35,8 Prozent (das reichste Promille besitzt sogar 22,5 Prozent des ge-  
 2297 samten Nettovermögens).<sup>202</sup> Demgegenüber verfügen die ärmsten 20 Prozent der Gesellschaft  
 2298 nicht nur über kein Vermögen, sondern sind in Höhe von 0,2 Prozent des Nettovermögens  
 2299 verschuldet.



2300  
 2301 **Abbildung 24: Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte nach Dezilen für 2007.**<sup>203</sup>

2302 Das durchschnittliche Vermögen pro Kopf ist im Westen Deutschlands höher als im Osten,  
 2303 Männer besitzen mehr als Frauen, und zwischen dem 55. und 65. Lebensjahr ist das verfügba-  
 2304 re Vermögen am größten.<sup>204</sup> Betrachtet man die Stromgröße Einkommen und die Bestands-  
 2305 große Vermögen zusammen stellt man fest, dass diese deutlich korreliert sind: Diejenigen, die

<sup>202</sup> Frick und Grabka (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 4/2009.

<sup>203</sup> Dezile teilen ein der Größe nach geordnetes Datenbündel in 10 gleich große Teile. Das 10 %-Dezil (oder 1. Dezil) gibt hier z.B. an, welchen Anteil die unteren 10 % am gesamten Vermögen haben.

<sup>204</sup> Frick, Grabka und Hauser (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte, Berlin.

2306 ein hohes Vermögen besitzen, haben zusätzlich in der Regel ein hohes Einkommen, und die-  
2307 jenigen am unteren Ende der Skala beziehen weder Einkommen noch verfügen sie über Ver-  
2308 mögen.

#### 2309 **3.6.4 Erklärungsansätze für die zunehmende Ungleichheit**

2310 Diese Fakten zeigen, dass kaum von einem „Ende des Spaltungstrends“<sup>205</sup> gesprochen wer-  
2311 den kann. Die Entwicklungen der letzten Jahre lassen eher auf eine weitere Zunahme der ma-  
2312 teriellen Spaltung schließen, die wiederum zu einer Zunahme sozialer Konflikte führen kann,  
2313 wenn nicht gegengesteuert wird.

2314 Doch wie kam es zu diesen Entwicklungen? Die OECD hat im Bereich der Einkommensun-  
2315 gleichheit<sup>206</sup> umfangreiche Analysen für die OECD-Länder insgesamt, aber auch für jedes  
2316 Land im Einzelnen durchgeführt.<sup>207</sup> Zusammengefasst zeichnen sie folgendes Bild:

2317 • Die ökonomische Theorie besagt: Globalisierung und technischer Fortschritt bringen  
2318 häufig hoch qualifizierten Arbeitern größere Vorteile als niedrig qualifizierten. Gründe  
2319 hierfür sind: (1) Der rasche Anstieg der Integration von Handel und Finanzmärkten er-  
2320 zeugt – zu Gunsten hoch qualifizierten Arbeitskräfte – eine relative Verschiebung in  
2321 der Nachfrage nach Arbeitskräften. (2) Der technologische Fortschritt verlagert Ferti-  
2322 gungstechnologien zu Gunsten von qualifizierten Arbeitskräften und zwar in Industrie  
2323 und Dienstleistungen.

2324 Die Analysen der OECD ergaben (für die OECD-Länder insgesamt): Weder steigende  
2325 Handelsintegration noch finanzielle Offenheit hatten einen signifikanten Einfluss auf  
2326 die Beschäftigung oder die Lohnungleichheit. Stärkere Kapitalströme und der techno-  
2327 logischer Wandel dagegen schon.

2328 • Zwischen 1980-2008 kam es in den meisten OECD-Ländern zu Gesetzesänderungen,  
2329 die die Ziele verfolgten, den Wettbewerb in den Güter- und Dienstleistungsmärkten zu  
2330 stärken und die Arbeitsmärkte anpassungsfähiger zu machen. Maßnahmen hierfür wa-  
2331 ren: Lockerung der wettbewerbswidrigen Produktmarktvorschriften sowie das Kündi-  
2332 gungsschutzrechts für Arbeiter mit befristeten Verträgen. Mindestlöhne sind in diesem  
2333 Zeitraum in Relation zum Medianlohn ebenfalls gesunken. In den Tarifverhandlungen  
2334 konnten zunehmend keine verteilungsneutralen Abschlüsse mehr erzielt werden. Auf-  
2335 grund des zeitweise gesunkenen Organisationsgrades der Gewerkschaften (inzwischen  
2336 zeichnet sich ein Ende dieses Trends ab) weiteten sich tariffreie Zonen aus. Hinzu ka-  
2337 men gesetzliche Veränderungen (Leiharbeit, Regelungen zu Mini- und Midi-Jobs  
2338 etc.), so dass die gesamten Bruttolöhne noch weiter hinter einem verteilungsneutralen  
2339 Ergebnis zurückblieben. Zudem wurden Lohnersatzleistungen gekürzt, Steuern auf  
2340 Vermögen und Einkommen reduziert, wobei die Entlastungen mit der Vermögens-  
2341 und Einkommenshöhe deutlich zunahm. Diese Veränderungen in Politik und Insti-  
2342 tutionen hatten einen erheblichen Einfluss auf die Verteilungssituation.

---

<sup>205</sup> Vgl. PG-1-Bericht der Koalition.

<sup>206</sup> Für den Bereich der Vermögensungleichheit gibt es keine vergleichende Studien.

<sup>207</sup> OECD (2011): *Divided We Stand. Why Inequality keeps Rising?* Paris, sowie OECD (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. OECD (2011): *Country Note: Germany*. OECD (2008): *Factsheet Deutschland – Mehr Wohlstand durch Wachstum?*.

- 2343 • Ergebnisse des Prozesses: (1) Positiver Einfluss auf das Beschäftigungsniveau, was al-  
2344 lerdings stark zu Lasten der Qualität der Beschäftigung gegangen ist, was (2) zu ge-  
2345 stiegenen Lohnunterschieden („Lohnspreizung“) geführt hat.<sup>208</sup>
- 2346 • Die Zunahme der Teilzeitarbeit hat zur gestiegenen Lohnungleichheit beigetragen. Die  
2347 Teilzeitquote lag 2011 bei 34,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten gegenüber 15,7%  
2348 in 1991. Insgesamt liegen die jährlich geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen)  
2349 trotz des Anstiegs in den beiden Jahren vor und nach dem Kriseneinbruch 2008 immer  
2350 noch unter dem Niveau von 1991 (siehe ausführlich 4.5.2).
- 2351 Frauen befinden sich nach wie vor in einer speziellen Situation: Zwar steigt die Be-  
2352 schäftigungsquote von Frauen an, aber das Arbeitsvolumen der erwerbstätigen Frauen  
2353 hat sich nicht verändert: Immer mehr Frauen arbeiten in Teilzeit. Zudem erhalten sie  
2354 häufig bei gleichem Bildungsniveau und für dieselbe Arbeit einen geringeren Lohn als  
2355 Männer.
- 2356 • Der Trend zu kleineren Haushalten steigert Lohn- und Einkommensungleichheit.  
2357 Auch die „Paarungssiebung“ hat zur steigenden Ungleichheit beigetragen (Arzt heiratet  
2358 Ärztin und nicht (mehr) Krankenschwester).
- 2359 • Die Ungleichheit der Kapitaleinkommen ist in den letzten Jahren durchschnittlich  
2360 stärker gestiegen als die bei den Lohneinkommen. Allerdings stellt das Kapitalein-  
2361 kommen lediglich sieben Prozent des Gesamteinkommens eines Haushaltes. Der Ein-  
2362 fluss des Kapitaleinkommens auf die Haushaltseinkommensungleichheit war deshalb  
2363 im Vergleich zum Einfluss von Lohneinkommen gering (Deutschland stellt hier eine  
2364 Ausnahme dar, hier war der Einfluss bedeutend). Kapitaleinkommen wurde gerade für  
2365 wohlhabende Haushalte eine größere Quelle von Haushaltseinkommen.
- 2366 • Bildung spielt laut OECD die zentrale Rolle. Zum einen hat Bildung einen positiven  
2367 Einfluss auf das Beschäftigungswachstum. Zum anderen wird der Anstieg der Lohn-  
2368 unterschiede, die verbunden sind mit technologischem Fortschritt, regulatorischen Re-  
2369 formen und institutionelle Veränderungen durch das Angebot an qualifizierten Arbei-  
2370 tern überwiegend ausgeglichen.
- 2371 Neben der materiellen Umverteilung existiert auch eine immaterielle in Form der Be-  
2372 reitstellung eines leistungsfähigen Bildungssystems, einer grundlegenden Gesundheits-  
2373 versorgung und eines akzeptablen Lebensstandard für alle. Diese Art der Umvertei-  
2374 lung reduziert die Einkommensungleichheit in den OECD-Ländern im Durchschnitt  
2375 um 20 Prozent, in Deutschland jedoch nur um 17 Prozent.
- 2376 • Eine wichtige Rolle bei der Verringerung der Ungleichheit spielten in allen OECD-  
2377 Ländern die öffentliche Transferleistungen sowie Steuern und Sozialabgaben. Aggre-  
2378 giert reduzieren sie die Ungleichheit bei der arbeitsfähigen Bevölkerung im Durch-  
2379 schnitt um etwa ein Viertel.<sup>209</sup> In Deutschland waren es sogar fast 30 Prozent.
- 2380 • Zwischen 1980 und 2012 gab es einen Anstieg des Anteils der Top-  
2381 Einkommensbezieher. In Deutschland war dieser Effekt vergleichsweise gering, das

---

<sup>208</sup> In den meisten Fällen ist der kombinierte Einfluss dieser Faktoren auf die allgemeine Einkommensungleichheit und Haushaltseinkommen weniger klar.

<sup>209</sup> Gemessen am Gini-Koeffizienten.

2382 Ausgangsniveau war und ist hier dafür aber auch am oberen Drittel der OECD-  
2383 Länder.

2384 • Jenseits dieser von der OECD genannten Faktoren ist gerade mit Blick auf Deutsch-  
2385 land auch die Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung zu erwähnen. Nach Berech-  
2386 nungen des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) arbeiten inzwischen in  
2387 Deutschland 23,1 Prozent der Beschäftigten oder knapp acht Millionen für einen Nied-  
2388 riglohn. 1995 waren es nur rund 17 Prozent oder gut fünf Millionen Beschäftigte. Die  
2389 Niedriglohnschwelle – definiert als zwei Drittel des mittleren Lohns – liegt gegenwärtig  
2390 bei 9,15 Euro die Stunde. 4,1 Millionen verdienen weniger als sieben Euro die  
2391 Stunde, 1,4 Millionen sogar weniger als fünf Euro die Stunde. Inzwischen ist das An-  
2392 wachen des Niedriglohnsektors gestoppt. Sein Umfang verharrt derzeit auf hohem  
2393 Niveau.

2394 Die OECD weist vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse auf die Bedeutung zusätzlicher und  
2395 bessere Arbeitsplätze hin, denn Beschäftigung ist ein zentraler Weg, um Ungleichheit zu ver-  
2396 ringern und/oder Armut zu entkommen. Zudem empfiehlt sie hohe Investitionen in Human-  
2397 kapital und das ein Leben lang – für alle. Ein weitere Ansatzpunkt sind Reformen bei den  
2398 Steuer- und Sozialsystemen, sowie die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlichen  
2399 Dienstleistungen.

2400

2401 **4 Soziale und fiskalische Herausforderungen vor dem Hin-**  
2402 **tergrund globaler und demographischer Veränderungen**

2403

2404 **4.1 Demographie, Finanzpolitik und Sozialstaat**

2405 **4.1.1 Herausforderung Demographie**

2406 Die demographische Entwicklung ist eine Herausforderung für die staatliche Finanzpolitik  
2407 und den Sozialstaat. Der demographische Wandel wird aller Voraussicht nach zu tendenziell  
2408 rückgängigen Wachstumsraten führen (siehe Kapitel 2.6). Gleichzeitig steigen aufgrund der  
2409 alternden Gesellschaft die Anforderungen an den Sozialstaat. Die Veränderungen in der Al-  
2410 tersstruktur der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat zur Folge, dass die Zahl der  
2411 erwerbsfähigen Personen in den kommenden Jahrzehnten in absoluten Zahlen sinken wird,  
2412 während es mehr Seniorinnen und Senioren geben wird. Im Ergebnis steigt der Altenquotient,  
2413 also das Verhältnis von Personen im Erwerbsalter (hierunter werden in der Regel alle von 20  
2414 bis unter 65 Jahren verstanden) zu Älteren (65 Jahre und älter) deutlich an. Die geringere Zahl  
2415 von Erwerbspersonen führt bei unverändertem Steuer- und Abgabensystem zu geringer stei-  
2416 genden aber dennoch wegen der zunehmenden Produktivität der Beschäftigten zu wachsenden  
2417 Einnahmen des Staates (unter anderem Steuern und Sozialbeiträge).<sup>210</sup> Gleichzeitig führt die  
2418 höhere Zahl von Personen im Rentenalter tendenziell zu höheren Ausgaben und zu einer Ver-  
2419 schiebung der Ausgabenstruktur (unter anderem Anstieg der staatlichen Ausgaben in der Ren-  
2420 ten- und Krankenversicherung).

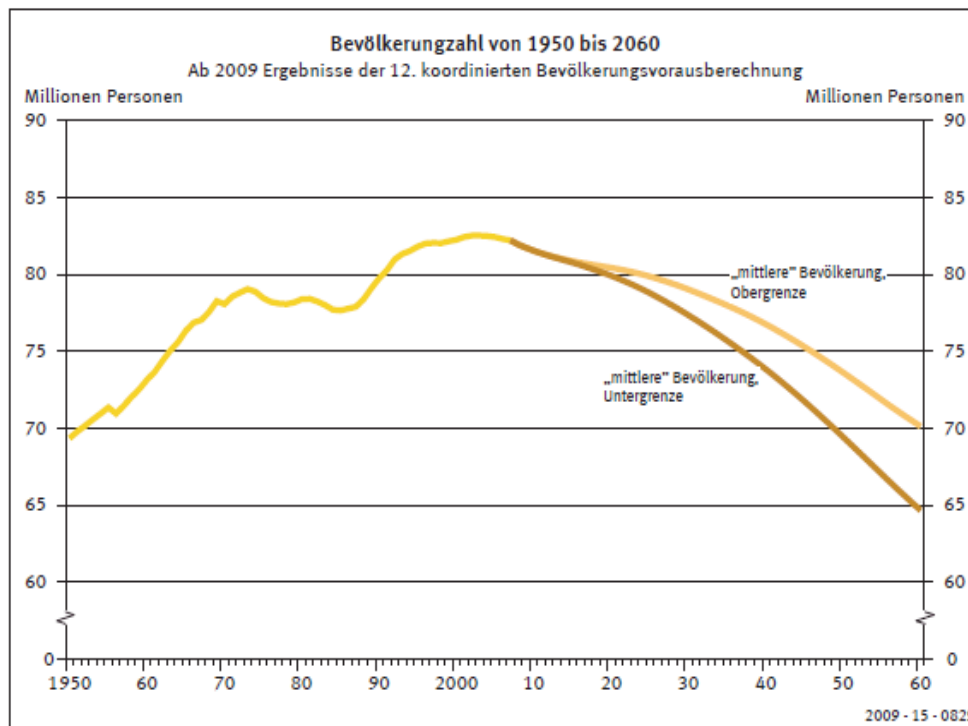
2421 Das statistische Bundesamt legt regelmäßig Berechnungen der Entwicklung der deutschen  
2422 Bevölkerungszahl in den kommenden Jahrzehnten vor, die auf verschiedenen Annahmen zur  
2423 Geburtenhäufigkeit, zum Anstieg der Lebenserwartung und zur Zuwanderung beruhen. Die  
2424 aktuellen Vorausberechnungen reichen bis zum Jahr 2060. Das Statistische Bundesamt prog-  
2425 nostiziert in einem „mittleren“ Szenario (Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau, Anstieg der  
2426 Lebenserwartung bei Jungen um acht und bei Mädchen um sieben Jahre bis 2060), dass die  
2427 deutsche Bevölkerung von heute 82 Millionen Menschen je nach Höhe der Zuwanderung (per  
2428 Saldo 100.000 oder 200.000 pro Jahr) auf 65 bis 70 Millionen Menschen im Jahr 2060  
2429 schrumpfen kann.<sup>211</sup>

---

<sup>210</sup> Auch der Sachverständigenrat geht davon aus, dass die Zunahme der Staatseinnahmen zukünftig zwar geringer wird, „[...] im Vergleich zu der des Bruttoinlandsprodukts aber stabil bleiben“ wird. SVR (2011): 10. Vgl. ebenda, unter anderem 10 und 157.

<sup>211</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2009b). Bevölkerung Deutschlands bis 2060.



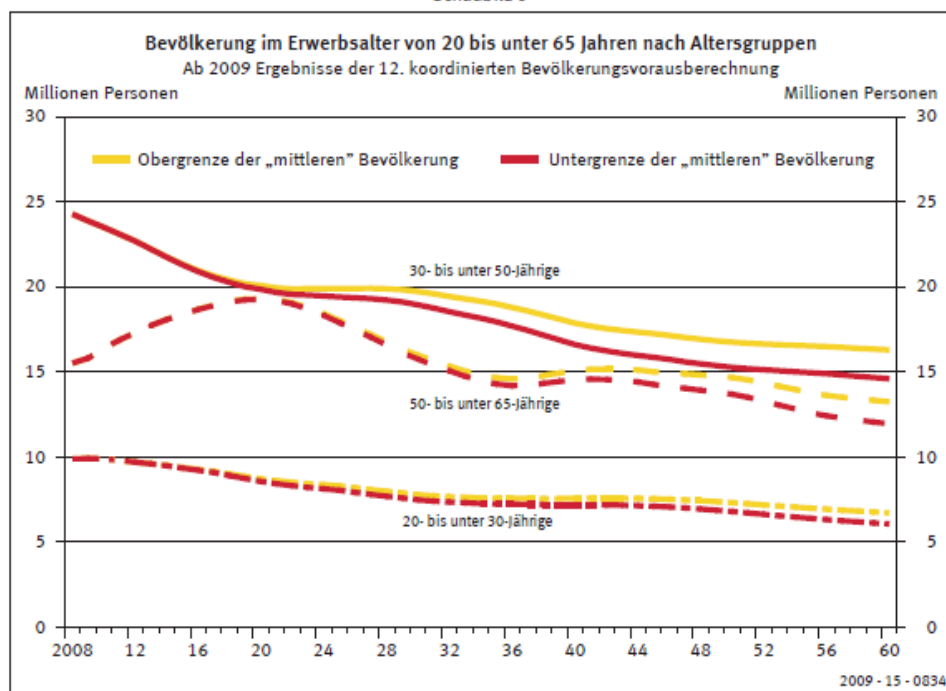


2430

2431 **Abbildung 25: Entwicklung der Bevölkerungszahl Deutschlands 1950 bis 2060 (ab 2008**  
 2432 **prognostiziert).**<sup>212</sup>

2433 In allen Szenarien wird prognostiziert, dass der Rückgang der Bevölkerung sich vor allem auf  
 2434 die Anzahl der Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 65 Jahren auswirken wird. Im Jahr 2010  
 2435 betrug die Gruppe der Erwerbstätigen knapp 50 Millionen Menschen, im Basisszenario wird  
 2436 angenommen, dass es einen Rückgang von bis zu 27 Prozent auf 36 Millionen Erwerbstätige  
 2437 im Jahr 2060 geben kann (Szenario „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze).

<sup>212</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt (2009b): 12.



2438

2439 **Abbildung 26: Prognose der Entwicklung der Bevölkerung im Erwerbsalter in Deutsch-**  
 2440 **land.**<sup>213</sup>

2441 Aus der Alterung der Gesellschaft und dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen  
 2442 Alter ergeben sich Veränderungen in Struktur und Höhe der Sozialausgaben. Modellberech-  
 2443 nungen zeigen, dass unter unveränderten Voraussetzungen insbesondere die Kosten für Al-  
 2444 terssicherung (Rente und Beamtenversorgung) sowie Gesundheit und Pflege deutlich steigen  
 2445 werden. Diesen prognostizierten Mehrkosten stehen Kostensenkungen in den Bereichen Ar-  
 2446beitslosenversicherung, Sozialgesetzbuch II, Bildungsfinanzierung und Familienleistungen  
 2447 gegenüber, die die Mehrausgaben jedoch nicht annähernd kompensieren.<sup>214</sup>

2448 Ein leistungsfähiger Sozialstaat kann und soll jedoch die gesellschaftlichen Kosten demogra-  
 2449 phischer Veränderungen solidarisch tragen. Die demographische Entwicklung ist nur dann  
 2450 eine Bedrohung für die Sozialversicherungen, wenn die gegenwärtige Finanzierungsstruktur  
 2451 und andere Faktoren, die sich negativ auf die Beitragsentwicklung auswirken (zum Beispiel  
 2452 niedrige Quote von sozialversicherten Beschäftigten, kein Mindestlohn) im Status quo beibe-  
 2453 halten werden.

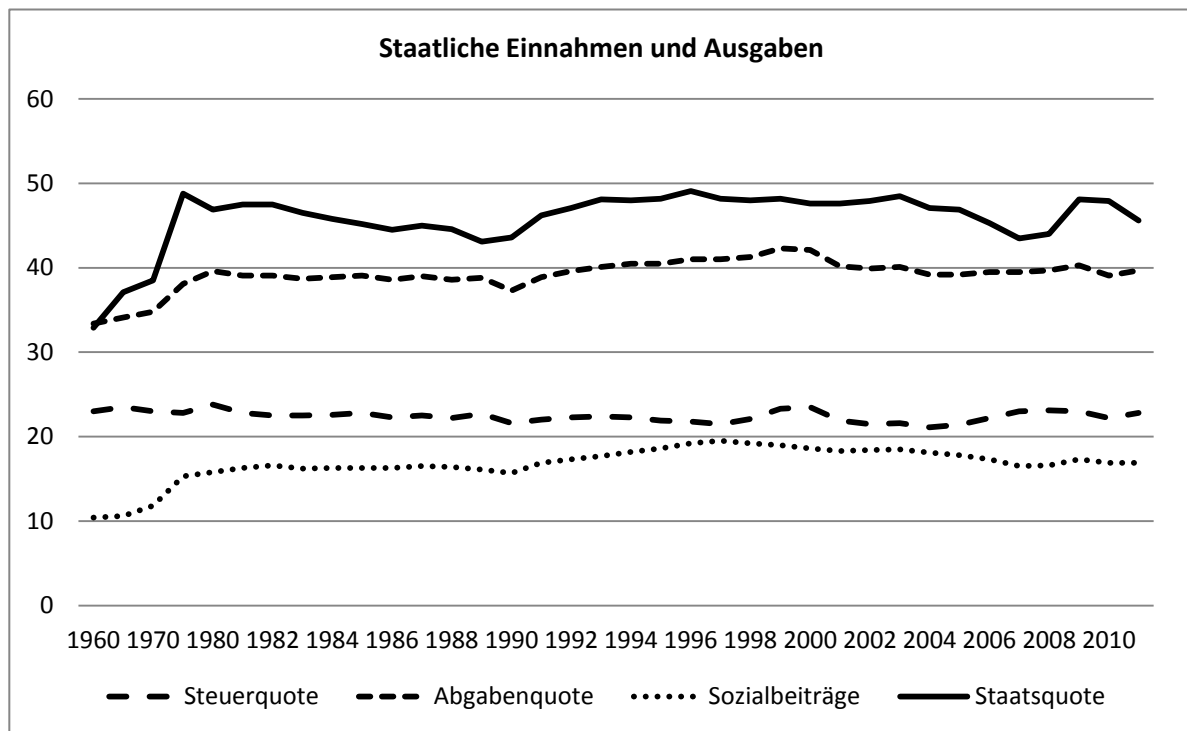
2454 Wenn es gelingt, mehr Personen (Frauen, Ältere, Geringqualifizierte) in das Erwerbsleben zu  
 2455 integrieren oder die Produktivität je Erwerbstätigen wie in der Vergangenheit weiter steigt,  
 2456 kann die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats erhalten bleiben.

2457 **4.1.2 Zukunft der öffentlichen Haushalte**

<sup>213</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt (2009b): 19.

<sup>214</sup> Vgl. SVR (2011): 183f. Die Berechnungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung basieren auf einem Basisszenario mit folgenden Grundannahmen: Ein Wachstum der totalen Faktorproduktivität von jährlich 0,9 Prozent, einer Bevölkerungsentwicklung, die der Variante 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes entspricht, einer im Jahr 2020 auf 5,0 sinkenden Erwerbslosenquote und einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen von 43 Millionen Personen im Jahr 2010 auf 31 Millionen Personen im Jahr 2060. Vgl. SVR (2011): 177f.

2458 Für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte ergibt sich aus der bisherigen Darstellung  
 2459 eine Reihe von Herausforderungen. Die Ausgangslage kann dabei ab Mitte der 1970er Jahre  
 2460 als eine Situation einer langfristig stabilen Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Aus-  
 2461 gaben beschrieben werden. Es ist bemerkenswert, dass sich die vier zentralen Größen der  
 2462 staatlichen Einnahmen und Ausgaben in den vergangenen 50 Jahren als Anteil des BIP nur  
 2463 geringfügig verändert haben: die Abgabenquote (bestehend aus der Steuerquote und den So-  
 2464 zialbeiträgen) und die Staatsquote einschließlich Sozialversicherungen.<sup>215</sup> Die strukturelle  
 2465 Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben hat sich jedoch deutlich verschoben.<sup>216</sup>



2466  
 2467 Abbildung 27: Entwicklung staatlicher Einnahmen und Ausgaben in Deutschland, 1960 bis  
 2468 2010.<sup>217</sup>

2469 Die strukturelle Deckungslücke in den öffentlichen Finanzen wurde nicht geschlossen. Mehr-  
 2470 fache Steuerreformen haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Einnahmehasis zu-  
 2471 sätzlich geschwächt wurde.<sup>218</sup> Doch selbst wenn die gesamtstaatlichen Einnahmen und Aus-  
 2472 gaben aufgrund der Maßgaben der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse ab 2020 kein  
 2473 strukturelles Defizit mehr aufweisen sollten, so ist durch den weiteren Rückgang der Wachs-  
 2474 tumsraten im Aggregat die strukturelle Anpassungsnotwendigkeit der öffentlichen Haushalte  
 2475 noch nicht vorbei. Der aktuelle Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016 geht von einer mittel-

<sup>215</sup> Der hier dargestellte Wert für die Staatsquote basiert auf der Berechnung inklusive der Sozialversicherungen. Schlägt man die Sozialversicherungen nicht der Staatstätigkeit zu, liegt die Quote bei unter 30% (siehe Abschnitt 3.1.4).

<sup>216</sup> So hat sich in Deutschland eine starke Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern vollzogen. Heute machen Gewinn- und Vermögenssteuern einen deutlich geringeren Anteil am Steueraufkommen aus als noch vor 50 Jahren, während Mehrwert- und Verbrauchssteuern einen deutlich höheren Teil ausmachen. Gerade der Anstieg der Mehrwertsteuer ist unter sozialen Gesichtspunkten besonders problematisch.

<sup>217</sup> Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2012a). Monatsbericht Januar 2012: 80f. sowie Statistisches Bundesamt: VGR, Inlandsproduktberechnung, Lange Reihen.

<sup>218</sup> Vgl. Rietzler, Katja; Teichmann, Dieter; Truger, Achim (2012). IMK-Steuerschätzung 2012-2016: 11.

2476 fristigen Steigerung des preisbereinigten BIP von 1,5 Prozent aus.<sup>219</sup> Das ist deutlich mehr, als  
2477 die in Kapitel 2.6 vorgestellten Extrapolationen erwarten lassen, die zu einem Wachstum je  
2478 nach Erwerbstätigenquote zwischen 0,15 Prozent und 0,3 Prozent pro Jahr kommen. Die ak-  
2479 tuelle Schuldenquote muss also unter der Bedingung stabilisiert oder gesenkt werden, dass  
2480 gleichzeitig die Wachstumsraten fallen und die sozialpolitischen Herausforderungen in einer  
2481 alternden Gesellschaft tendenziell eher steigen (siehe Kapitel 3.1.1).

2482 Durch höhere Wachstumsraten würde sich der Verteilungsspielraum natürlich weiter erhöhen.  
2483 Diese sind aber weder wahrscheinlich noch bedingungslos wünschenswert. Findet in der Fi-  
2484 nanzpolitik keine Änderung statt, wäre bei unveränderter Steuergesetzgebung ebenfalls nur  
2485 mit einem schwachen Wachstum der Steuereinnahmen zu rechnen. Würde die Steuerquote  
2486 auch in Zukunft bei rund 22 Prozent verharren, würden die Einnahmen des Staates in den  
2487 kommenden 50 Jahren um den gleichen Betrag, also zwischen acht und 15 Prozent real stei-  
2488 gen. Wie oben erwähnt, geht der aktuelle Finanzplan des Bundes aber von deutlich höheren  
2489 Einnahmeerhöhungen aus, da von höheren BIP-Wachstumsraten ausgegangen wird. Sollte  
2490 diese Annahme nicht zutreffen, muss die strukturelle Deckungslücke über eine Erhöhung der  
2491 Einnahmen (steigende Staatsquote) geschlossen werden.

#### 2492 **4.1.3 Handlungsoptionen für nachhaltige öffentliche Finanzen**

2493 Insgesamt ist festzuhalten, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufgrund der de-  
2494 mographischen Entwicklung deutlich unter Druck geraten könnte, wenn keine gegenläufigen  
2495 Maßnahmen durchgeführt werden.<sup>220</sup> Diese Maßnahmen lassen sich unterscheiden nach sol-  
2496 chen, die auf eine Erhöhung der Wachstumsrate (also Steigerung des Volkseinkommens) ge-  
2497 richtet sind und solchen, die auf einer Erhöhung von Abgaben- und Steuern (also Umvertei-  
2498 lung des Volkseinkommens) zielen.

2499 Von besonderer Bedeutung sind eine Reform des Bildungssystems (Kapitel 4.2) sowie eine  
2500 Neuausrichtung der Finanzpolitik.<sup>221</sup> Letztere umfasst in erster Linie Maßnahmen zur Gegenfi-  
2501 nanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen (Kapitel 3.1.4). Dabei geht es darum, Steu-  
2502 ermittel dort einzusetzen, wo sie für die Gesellschaft am gewinnbringendsten sind: Investitio-  
2503 nen in Zukunftsfaktoren wie Bildung und Innovation. Es geht aber auch um eine stärkere Be-  
2504 teiligung von Gewinnen, hohem Einkommen und Vermögen an der Finanzierung gesamtge-  
2505 sellschaftlicher Aufgaben. Wie in Kapitel 3.6 gezeigt wurde, hat sich die Verteilung von  
2506 Vermögen und Einkommen in den letzten Jahren immer weiter gespreizt. Eine gerechte, faire  
2507 und vor allem nachhaltige Finanzpolitik ist daher nur mit einer Erhöhung der Einnahmehasis  
2508 zu erreichen. So kann auch die Rückführung der Schuldenlast erreicht und damit die Tragfä-  
2509 higkeit der öffentlichen Finanzen wiederhergestellt werden. Höhere Einnahmen können so-  
2510 wohl mittels einer stärkeren Besteuerung von Einkommen (Erhöhung des Einkommensteuer-  
2511 satzes) und Gewinnen (Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes) als auch durch die Besteue-  
2512 rung von Vermögen (Einführung einer Vermögensabgabe und/oder einer Vermögensteuer)  
2513 und von Erbschaften und eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform erreicht  
2514 werden.

---

<sup>219</sup> Vgl. BMF (2012b). Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016: 5.

<sup>220</sup> Siehe hierzu auch die Ausführungen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in der Expertise des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu „Herausforderungen des demografischen Wandels“, 2011, Seiten 157-198 sowie den Dritten Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen des Bundesfinanzministeriums 2011a.

<sup>221</sup> Vgl. Enderlein, Henrik; Wagner, Gert (2011). Die Steuern erhöhen.

2515 Desweiteren kann dem bevölkerungsbedingten Rückgang des Wachstums des BIP durch eine  
2516 stärkere Steigerung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität oder durch einen Anstieg der  
2517 erwerbstätigen Bevölkerung entgegengewirkt werden. Ein Anstieg der erwerbstätigen Bevöl-  
2518 kerung mag möglich sein und ist sehr wünschenswert (Stichworte: Migration, Erwerbsquote  
2519 von Frauen oder auch älteren und jüngeren Menschen), wird aber höchstwahrscheinlich nicht  
2520 ausreichen um die Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte zu schließen. Diese beträgt  
2521 laut einer Modellberechnung im Auftrag des Sachverständigenrates 3,1 Prozent in Relation  
2522 zum Bruttoinlandsprodukt.<sup>222</sup> Modellrechnungen zeigen, dass durch einen höheren Wande-  
2523 rungssaldo (jährlicher Wanderungssaldo von 200.000 Personen ab dem Jahr 2020), eine höhe-  
2524 re Erwerbsquote und einen höheren Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen (Anstieg der  
2525 Frauenerwerbsquote in Relation zu den Erwerbsquoten der Männer wie derzeit in Skandina-  
2526 vien) 1,5 Prozent der Tragfähigkeitslücke geschlossen werden können.<sup>223</sup> Alternativ wäre eine  
2527 deutliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in den kommenden Jahrzehnten möglich.

2528 Sollte es aber nicht gelingen, die Produktivität deutlich über den Trend der letzten Dekaden  
2529 zu heben, die Einwanderung stark zu steigern und die Erwerbstätigenquote stärker als in den  
2530 vorgestellten Szenarien zu heben, es also nicht zu Wachstumsraten kommt, die deutlich über  
2531 den genannten 0,1 bis 0,3 Prozent liegen, kommt der Einnahmeverbesserung durch eine sozial  
2532 gerechte Erhöhung der Abgaben- und Steuerquote die zentrale Bedeutung zu.

#### 2533 **4.1.4 Demographie und Sozialstaat**

2534 Die über die Sozialversicherungen organisierte Umverteilung von Einkommen und der finan-  
2535 zielle Schutz vor Lebensrisiken haben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und den allgemei-  
2536 nen Wohlstand in Deutschland gesteigert. In der Vergangenheit haben die Sozialversicherun-  
2537 gen hierzu entscheidend beigetragen.

##### 2538 **4.1.4.1 Zur Konstruktion des deutschen Sozialstaats**

2539 Der deutsche Sozialstaat ist durch die Dominanz gesetzlicher Sozialversicherungen (Kran-  
2540 kenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosen-  
2541 versicherung) gekennzeichnet. Deren Finanzierung basiert auf zwei Komponenten: Zum  
2542 überwiegenden Teil sind es Beiträge, die von Beschäftigten und Arbeitgebern gezahlt werden,  
2543 zum anderen steuerfinanzierte Zuschüsse des Bundes. Die Beiträge hängen bis zur Höhe der  
2544 jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen von den Bruttolöhnen und -gehältern und den jeweils  
2545 vom Gesetzgeber für die einzelnen Sparten festgelegten Beitragssätzen ab. Grundsätzlich gilt  
2546 das Prinzip der paritätischen, also jeweils zur Hälfte durch Beschäftigte und Arbeitgeber ge-  
2547 tragenen Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge. Diese wurde jedoch in der Vergan-  
2548 genheit aufgeweicht, etwa indem der Beitragssatz der Arbeitgeber in der gesetzlichen Kran-  
2549 kenversicherung einseitig gesenkt, oder die Beschäftigten bei der Einführung der Pflegeversi-  
2550 cherung auf einen Feiertag verzichten mussten.

2551 Bedeutsam ist darüber hinaus, dass nur jeweils ein Teil der Bevölkerung in den Sozialversi-  
2552 cherungen pflichtversichert ist. In der Arbeitslosen- und der gesetzlichen Rentenversicherung  
2553 vornehmlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der gesetzlichen Kranken- und Pflege-  
2554 versicherung Arbeitende mit einem Einkommen unterhalb der Versicherungspflichtgrenze.  
2555 Viele Selbständige und – in der gesetzlichen Krankenversicherung – gut verdienende Arbeit-

---

<sup>222</sup> SVR (2011): 176.

<sup>223</sup> SVR (2011): 188.

2556 nehmerinnen und Arbeitnehmer sind also ebenso wie Beamte nicht am Solidarverbund betei-  
2557 ligt.

2558 Außerdem werden auch innerhalb der Sozialversicherung Gutverdienende relativ weniger  
2559 stark belastet als Durchschnitts- oder Geringverdienende. Ursache für die bestehenden Bei-  
2560 tragsbemessungsgrenzen – auf Einkommen oberhalb dieser werden keine Beiträge mehr er-  
2561 hoben – ist das Prinzip der Beitrags-Leistungs-Äquivalenz.

2562 Darüber hinaus ergeben sich aufgrund der „Lohnarbeitszentrierung“ des deutschen Sozialver-  
2563 sicherungssystems systembedingt negative finanzielle Folgen, wenn es – selbst bei wachsen-  
2564 dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) – zu einer Verschiebung innerhalb des Volkseinkommens  
2565 von den Arbeitnehmerentgelten hin zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen (fallende  
2566 Lohnquote) kommt (vgl. Kapitel 3.6). In dem Fall profitieren die Sozialversicherungen nicht  
2567 oder nur in geringem Maße vom Wachstum der Wirtschaft.<sup>224</sup> Dieses Problem wird gerade bei  
2568 sinkenden Wachstumsraten und hierdurch bedingten zuspitzenden Verteilungskonflikten  
2569 virulent. Das primäre Problem sind dann nicht sinkende oder niedrige Wachstumsraten, son-  
2570 dern die spezifische Konstruktion und Finanzierung des Sozialversicherungssystems. Denn  
2571 „aus gesamtwirtschaftlicher Sicht macht es [...] keinen prinzipiellen Unterschied, über welchen  
2572 Träger die Ausgaben finanziert werden, sei es über die Sozialversicherungen oder über den  
2573 Staat [...], und ob die Finanzierung über Steuern oder Beiträge erfolgt“<sup>225</sup>. Entscheidend ist,  
2574 ob die finanziellen Mittel grundsätzlich vorhanden sind oder ob sie nur aufgrund spezifischer  
2575 Entwicklungen nicht zur Finanzierung des Sozialstaats im Allgemeinen und der Sozialversi-  
2576 cherungen im Besonderen genutzt werden.

#### 2577 4.1.4.2 Sozialversicherungen unter den Bedingungen niedriger Wachstumsraten

2578 Im Kern gilt der Grundsatz, dass Wirtschaftswachstum positiv auf die Beschäftigung und –  
2579 wegen der Lohnabhängigkeit der Sozialversicherungen – die Einnahmen der Sozialversiche-  
2580 rungen wirkt.<sup>226</sup> Eine solch positive Entwicklung hängt jedoch an einer Reihe von Bedingun-  
2581 gen: Zum einen muss die Wachstumsrate über dem Produktivitätsfortschritt liegen. Nur dann  
2582 steigen Arbeitsvolumen und Gesamtbeschäftigung. Allerdings steigen damit nicht notwendi-  
2583 gerweise die Summe der Arbeitnehmerentgelte und auf diese Weise die Einnahmen der Sozi-  
2584 alversicherungen. Vielmehr sanken in der Vergangenheit trotz positiver Wachstumsraten und  
2585 deutlich steigender Beschäftigung die realen Arbeitnehmerentgelte. Erst 2011 erreichten sie  
2586 wieder das reale Niveau des Jahres 2000. Hierdurch kam es trotz positiver Wachstumsraten  
2587 auch immer wieder zu real stagnierenden Einnahmen und in der Folge trotz Sparmaßnahmen  
2588 zu Finanzierungsdefiziten bei den Sozialversicherungen (so zuletzt 2005). Ursächlich für die  
2589 Defizite waren erhebliche Veränderungen in der Struktur und Qualität der Beschäftigung (vgl.  
2590 Kapitel 3.5).

2591 Die deutschen Ausgaben für soziale Sicherung sind im Zeitverlauf nur moderat angewachsen  
2592 und liegen auch im europäischen Vergleich nur leicht über dem Durchschnitt.<sup>227</sup> Die Finan-  
2593 zierungsprobleme der Sozialversicherungen stellen somit zum einen sich als ein Einnahme-  
2594 problem (Beiträge und Steuern) dar. Darüber hinaus spielen aber auch die Ausgabenseite und  
2595 Fehlsteuerungen eine wichtige Rolle.

---

<sup>224</sup> Vgl. Bäcker et al. (2008). Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland: 127f.

<sup>225</sup> Bäcker et al. (2008): 116.

<sup>226</sup> Vgl. hierzu das Kapitel 3.5 „Wachstum und Beschäftigung“.

<sup>227</sup> Damit spiegelt sich die in der Vergangenheit typische Korrelation zwischen wachsendem Pro-Kopf-Einkommen einer Gesellschaft und steigender Sozialleistungsquote.

2596 Ein wachsender Teil des Volkseinkommens steht heute zudem nicht mehr zur Finanzierung  
2597 des Sozialstaates zur Verfügung. Der Anteil der Vermögenseinkommen ist gewachsen, Be-  
2598 schäftigungsverhältnisse, die nicht in die Sozialversicherungen einbezogen sind, haben zuge-  
2599 nommen. Die demografische Herausforderung verlangt somit nach einer Reform der Finan-  
2600 zierungsstruktur der sozialen Sicherungssysteme. Diese sollte dazu führen, dass andere  
2601 Einkunftsarten zur Finanzierung herangezogen werden, versicherungsfremde Leistungen über  
2602 Steuern finanziert werden und Geringverdienende von Sozialabgaben entlastet werden.

2603 Die Finanzierung des Sozialstaates kann nicht über eine Kürzung der Leistungen verbessert  
2604 werden, sondern ist unter anderem über eine effiziente Verwendung der Mittel, vor allem in  
2605 der Gesundheitsversorgung zu erreichen. Zu wenig Geld wird heute für Prävention aufgewen-  
2606 det. Teure Folgeprobleme sind die Konsequenz, wenn zum Beispiel eine Krankheit chronisch  
2607 wird. Auch Überversorgung in einigen Bereichen ist kennzeichnend für das Gesundheitswe-  
2608 sen.

2609 Darüber hinaus sind alle Bevölkerungsgruppen in den Solidarausgleich innerhalb der Sozial-  
2610 versicherungen einzubeziehen.

#### 2611 **4.1.5 Zusammenfassung und politische Folgerungen**

2612 Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die demographische Entwicklung Höhe und Struktur der  
2613 Sozialausgaben verändern wird. Solange die Wachstumsraten positiv sind, erweitern sich je-  
2614 doch ebenfalls die finanziellen Spielräume. Ein Problem liegt darin, dass die Arbeitseinkom-  
2615 men und in der Folge dann die Einnahmen der Sozialversicherungssysteme von der Entwick-  
2616 lung des Volkseinkommens zunehmend abgekoppelt worden sind. Auf der einen Seite ist der  
2617 Anteil der Beitragszahler stetig reduziert worden, indem für bestimmte Personen „opt out“-  
2618 Möglichkeiten durch den Wechsel in private Krankenversicherungen erhöht oder die Sozial-  
2619 versicherungsbeiträge bestimmter Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs verringert worden  
2620 sind. Die entstandene Finanzierungslücke bei den Sozialversicherungen wurde auf der ande-  
2621 ren Seite durch den Abbau von Leistungen und den Zufluss von Steuermitteln geschlossen.

2622 Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass der Staat nicht nur massiv sparen, sondern zur Finan-  
2623 zierung seiner notwendigen Ausgaben sich auch verstärkt verschulden musste. Der private  
2624 Reichtum dagegen ist gestiegen. Letztlich haben aber die Änderungen auf dem Arbeitsmarkt,  
2625 in der Steuerpolitik und bei der Finanzierung der Sozialversicherung in Kombination mit der  
2626 ineffizienten Subvention von Parallelstrukturen (insbesondere der Privaten Krankenversiche-  
2627 rung) seit über zwei Jahrzehnten für eine strukturellen Abkopplung der sozialen Sicherung  
2628 vom Wachstum des BIP respektive vom Wachstum des Volkseinkommens gesorgt.

2629 Um den Herausforderungen, die aus der Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung und  
2630 dem notwendigen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft resultieren, zu begegnen, sind  
2631 deshalb erstens mehr Menschen in den Schutz der Sozialversicherungen einzubeziehen. Dazu  
2632 muss eine Wende in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik herbeigeführt werden. Das heißt ei-  
2633 nerseits eine höhere Beschäftigungsquote – und zwar sozialversicherungspflichtiger Beschäf-  
2634 tigung - gerade durch die stärkere Beteiligung von Frauen und von älteren Arbeitnehmerinnen  
2635 und Arbeitnehmer, sowie Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt.

2636 Zweitens müssen die Arbeitnehmerentgelte auf denen die Beiträge zur Sozialversicherung  
2637 basieren erhöht werden, etwa durch eine Stärkung der Tarifbindung, durch die Regulierung  
2638 von Leiharbeit, die Durchsetzung gleicher Bezahlung für Frauen und Männern und durch die  
2639 die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Das kommt auch den Sozialver-

2640 sicherungen zugute. Der Kampf gegen Erwerbsarmut ist auch ein wichtiges Element im  
2641 Kampf gegen Altersarmut.

2642 Drittens wird die Gesellschaft in Zukunft für die Finanzierung der Sozialversicherung einen  
2643 höheren Steueranteil aufbringen und versicherungsfremde Leistungen sachgerecht finanzie-  
2644 ren müssen.<sup>228</sup>

2645 Und viertens muss die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf breitere Füße gestellt  
2646 werden. Mit der Umsetzung einer „Bürgerversicherung“, in der Kranken- und Pflegeversiche-  
2647 rung die alle Bürgerinnen und Bürger mit allen Einkommen beteiligt, könnten schließlich  
2648 nicht nur die Finanzierung dieser bei sinkenden Beitragssätzen gesichert werden, sondern  
2649 auch eine gleichmäßigere Verteilung der verfügbaren Einkommen erzielt werden.<sup>229</sup>

## 2650 **4.2 Herausforderung Bildung**

### 2651 **4.2.1 Einleitung**

2652 Angesichts der weltweiten großen Trends, die sich mit den Stichworten Globalisierung, Wis-  
2653 sensgesellschaft und demografischer Entwicklung beschreiben lassen, stellt die Aufgabe ein  
2654 leistungsfähiges Bildungssystem zu schaffen und ein hohes Bildungsniveau der Menschen zu  
2655 erreichen eine der größten Herausforderungen für die Zukunft dar, um den Wohlstand aller in  
2656 unserer Gesellschaft sicherzustellen.

2657 Für eine gute Zukunft Deutschlands, eine gerechte Gesellschaft mit einem Wohlstandver-  
2658 ständnis, das das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt rückt, für eine nachhaltige  
2659 kulturelle, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung unseres Landes sind  
2660 gut ausgebildete Menschen von entscheidender Bedeutung. Generell gibt es einen klaren  
2661 Trend zu höher qualifizierenden Ausbildungsabschlüssen sowohl im industriellen Sektor wie  
2662 auch im Dienstleistungssektor.

2663 Dies gilt umso mehr, da andere Länder, zum Beispiel Korea, China oder Brasilien, erhebliche  
2664 Anstrengungen unternehmen, um das Bildungsniveau ihrer Bevölkerung und damit auch die  
2665 Innovationsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu erhöhen.

2666 Aber auch für das Individuum, für ein geglücktes Leben, für die Entwicklung der Persönlich-  
2667 keit, für die Teilhabe an der Gesellschaft und für die Beschäftigungsfähigkeit spielt Bildung  
2668 eine große Rolle. Für jede Gesellschaft ist Stabilität, Entwicklungsfreiheit und der gesell-  
2669 schaftliche Zusammenhalt eng mit Bildungsniveau, Bildungschancen und -inhalten verknüpft.  
2670 Und nicht zuletzt beruht der Erfolg der deutschen Volkswirtschaft vor allem auf gut ausgebil-  
2671 deten Menschen.

2672 Bildung sollte als Persönlichkeitsentwicklung und als Kompetenzförderung verstanden wer-  
2673 den. Sie soll Menschen befähigen ihre Zukunft selbstbestimmt, ökologisch verträglich, wirt-  
2674 schaftlich leistungsfähig und sozial gerecht zu gestalten.

---

<sup>228</sup> Hierzu gibt es in der aktuellen Debatte viele verschiedene Lösungsansätze. Vgl. SPD (2012). Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!; Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion (2012). Garantierente; Die Linke. im Bundestag (2012). Eine Rente zum Leben; Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2012). Für 2,60 Euro mehr im Monat: Heute die Rente von morgen sichern.

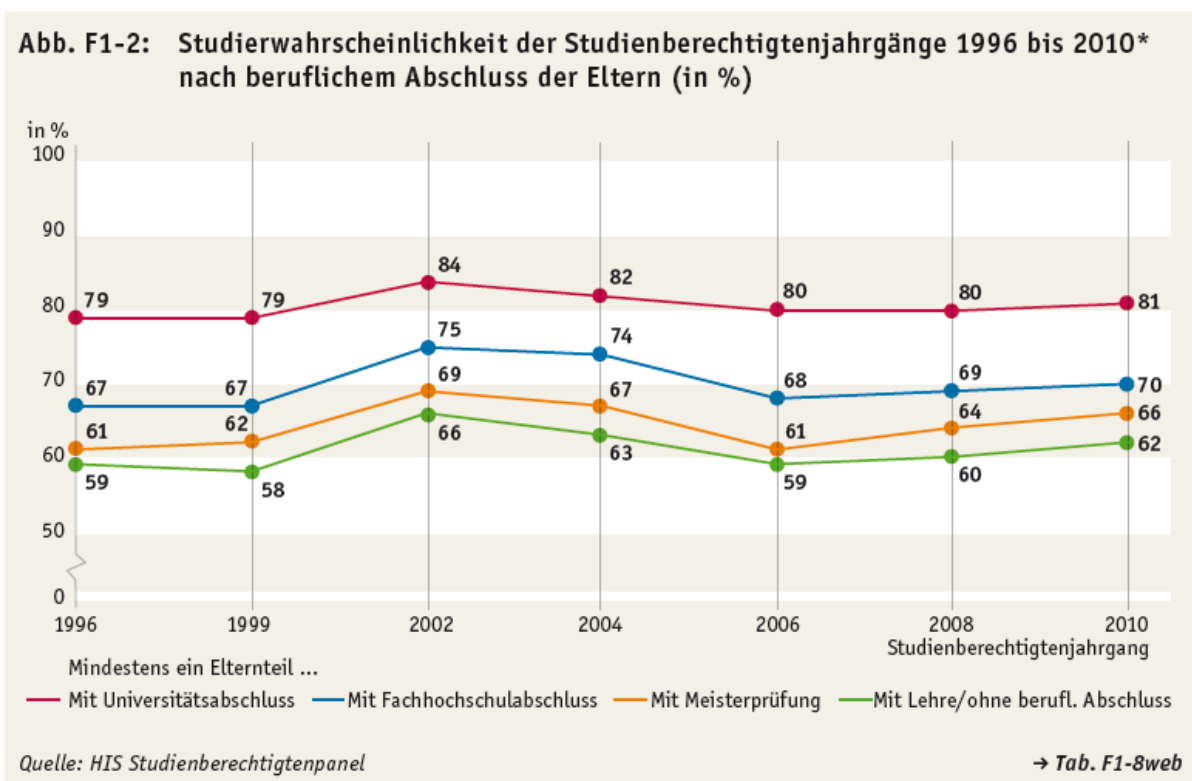
<sup>229</sup> Ergebnisse einer Simulationsstudie, die die Folgen der Umsetzung einer Bürgerversicherung nach der Konzeption der Bundestagsfraktion Die Linke (Bundestagsdrucksache 17/1238) untersucht hat. Vgl. Bartsch, Klaus (2011). Eine Simulationsstudie zu den Entwicklungen der Beitragssätze zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.



2675 Bisher wird unser Bildungssystem diesem Anspruch nicht gerecht. Es legt Bildungsverläufe  
 2676 zu früh fest und ist nicht durchlässig, es produziert zu viele Verlierer und weist eine soziale  
 2677 Schieflage auf. Studien, wie zum Beispiel die IGLU-Studie, belegen, dass die tatsächliche  
 2678 Leistung und das Leistungsvermögen von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien  
 2679 auf fatale Weise unterschätzt werden. So zeigen sich in der Lehrerbewertung (Benotung) von  
 2680 Tests bei gleicher Leistung gravierende Unterschiede, je nach Herkunft des Schülers bzw. der  
 2681 Schülerin.<sup>230</sup>

2682 Dies ist nicht nur unter Gerechtigkeitsaspekten verwerflich, sondern führt auch zu Ausgren-  
 2683 zungserfahrungen und Demotivierung derjenigen, die benachteiligt werden wie auch zu einer  
 2684 falschen Einschätzung der eigenen Leistung derjenigen, die bevorzugt werden. Gesamtgesell-  
 2685 schaftlich sind diese Befunde daher höchst problematisch.

2686 Die Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungsweg ist in Deutschland so groß wie  
 2687 in keinem anderen Industrieland.<sup>231</sup>



2688  
 2689 Abbildung 28: Studierneigung der Studienberechtigten nach beruflichem Abschluss der El-  
 2690 tern, 1996 bis 2010.

2691 Ein leistungsfähiges Bildungssystem muss aber allen in Deutschland lebenden Menschen ver-  
 2692 gleichbare gute Bildungschancen bieten.

<sup>230</sup> Vgl. Bos, Wilfried; Tarelli, Irmela; Bremerich-Vos, Albert, Schwippert, Knut (Hrsg.) (2012). IGLU 2011. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster, New York, München, Berlin.

<sup>231</sup> Der Bildungsstatus der Eltern hat einen enormen Einfluss auf die Studienentscheidung der Kinder. Von 100 Kindern, deren Eltern selbst studiert haben, studierten 77, während es bei Kindern, deren Eltern nur einen Hauptschulabschluss haben, nur 13 waren. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012). Bildung in Deutschland 2012: 125.

2693 **4.2.2 Ausgangslage**

2694 *Frühkindliche Bildung*

2695 Besondere Mängel zeigen sich bei der frühkindlichen Bildung. Zwar hat der Stellenwert der  
2696 frühkindlichen Bildung im öffentlichen Bewusstsein und Handeln zugenommen. Die Teil-  
2697 nahmequote in Deutschland liegt bundesweit bei den Drei- bis Sechsjährigen über 94 Pro-  
2698 zent.<sup>232</sup> Das öffentliche Bildungs- und Erziehungsangebot für unter Dreijährige ist aber im  
2699 europäischen Vergleich gesehen unterdurchschnittlich.<sup>233,234</sup> Deutschland investiert circa 30  
2700 Prozent weniger in frühkindliche Bildung als vergleichbare Industriestaaten. Bundesweit wird  
2701 eine Teilhabe für 35 Prozent des Jahrgangs weit verfehlt. Dabei ist der Bedarf besonders in  
2702 städtischen Regionen weitaus höher. Einen gravierenden Mangel gibt es besonders an Kinder-  
2703 tagesstätten und Schulen, die ganztägig, das heißt noch bis in den späten Nachmittag hinein  
2704 geöffnet sind, eine Selbstverständlichkeit in fast allen anderen europäischen Ländern.

2705 Bei der Betreuungsquote gibt es zwischen den neuen und den alten Bundesländern erhebliche  
2706 Unterschiede. So war sie für unter dreijährige Kinder in Ostdeutschland mit 47 Prozent im  
2707 Durchschnitt deutlich höher als in Westdeutschland (20 Prozent).

2708 Große Differenzen ergeben sich zudem auch zwischen den Betreuungsquoten für Kinder mit  
2709 und ohne Migrationshintergrund im Alter von unter drei Jahren. Nur 14 Prozent der Kinder  
2710 mit Migrationshintergrund nehmen dieses Angebot in Anspruch. Bei Kindern im Alter zwi-  
2711 schen drei und sechs Jahren verändert sich diese Relation und gleicht sich an.

2712

2713 *Sekundäre und tertiäre Bildung*

2714 Bei einer globalen Betrachtung des Bildungsniveaus der Bevölkerung in den Industrieländern  
2715 liegt Deutschland im Mittelfeld.

2716 Beim Vergleich der Schülerleistungen in der Lesekompetenz ist Deutschland auf Rang 14 von  
2717 31 Ländern zu finden und befindet sich damit genau im OECD-Durchschnitt, das gleiche gilt  
2718 auch für die Leistungen in Mathematik. Lediglich bei den Leistungen in den Naturwissen-  
2719 schaften liegt Deutschland oberhalb des OECD-Durchschnitts auf Rang acht. Damit bleibt  
2720 Deutschland deutlich hinter dem Niveau von Ländern wie Finnland, Kanada, Südkorea, Neu-  
2721 seeland und anderen zurück.<sup>235</sup>

2722 Erfreulich ist, dass sich insgesamt das Schulabschlussniveau weiter erhöht hat. 2010 erreich-  
2723 ten 34 Prozent der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen eine allgemeine und 15 Pro-  
2724 zent eine fachgebundene Hochschulreife. Die Erhöhung des Bildungsniveaus ist vor allem auf  
2725 Bildungserfolge von Frauen zurückzuführen. Frauen zwischen 30 und unter 35 Jahren weisen  
2726 inzwischen mit 23 Prozent etwas häufiger einen Hochschulabschluss auf als gleichaltrige  
2727 Männer (22 Prozent).<sup>236</sup>

---

<sup>232</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 7.

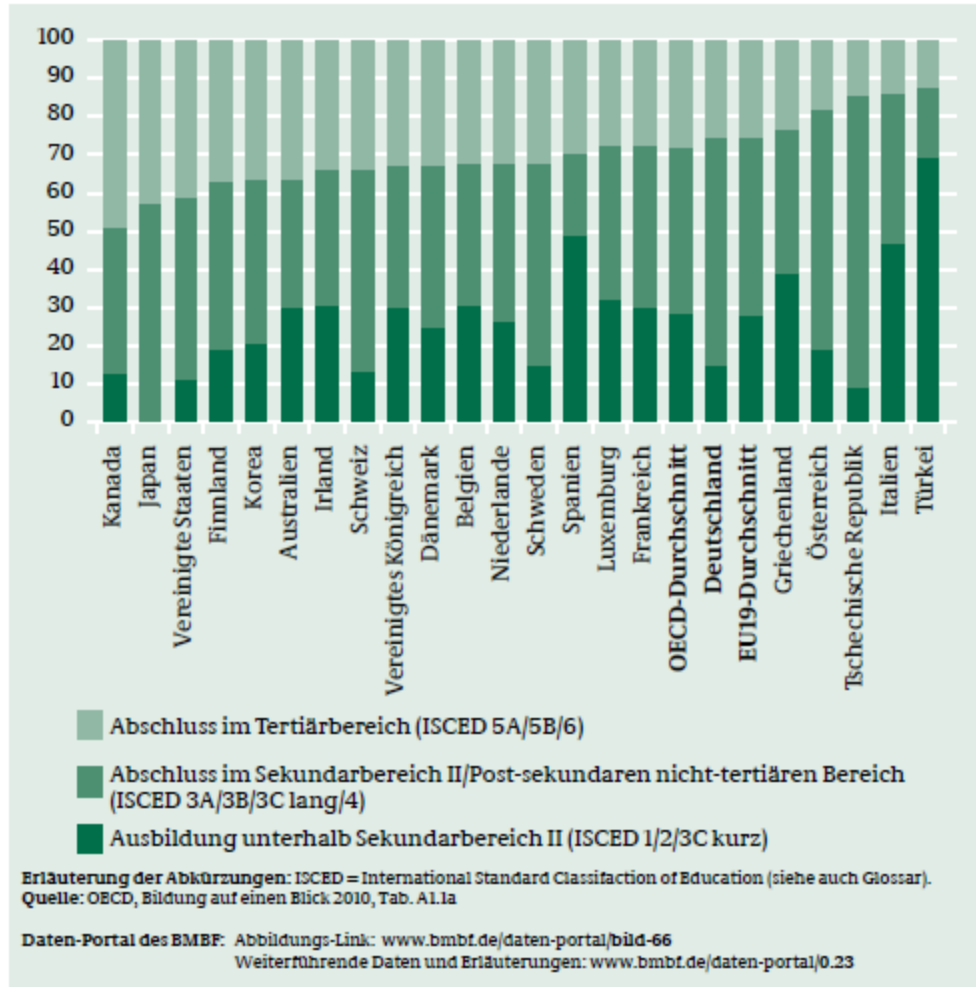
<sup>233</sup> Während etwa in Dänemark 2009 nahezu drei Viertel aller Kinder unter drei Jahren ein Angebot der Kinder-  
tagesbetreuung nutzten, liegt die Quote der Bildungsbeteiligung in Deutschland noch unter dem EU-  
Durchschnitt von mehr als einem Viertel. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 57.

<sup>234</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 7.

<sup>235</sup> Vgl. OECD (2010). PISA 2009.

<sup>236</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 9.

2728 Der Anteil der Personen ohne Berufs- bzw. Schulabschluss ist jedoch nach wie vor zu hoch  
 2729 und liegt seit Jahrzehnten bei knapp 15 Prozent. Welche langfristigen, schwer zu korrigieren-  
 2730 den Folgen dies hat, zeigt allein die Tatsache, dass rund 7,5 Millionen Menschen im Erwach-  
 2731 senenalter als funktionale Analphabeten gelten. Sie haben denkbar schlechte Beschäftigungs-  
 2732 chancen und permanente Probleme im Alltagsleben.



Die Grafik zeigt, dass Deutschland eine Spitzenposition im Sekundarbereich II innehat. Dies ist vor allem auf das gut ausgebaute Berufsbildungssystem und die duale Berufsausbildung zurückzuführen.

2733

2734 Abbildung 29: Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren in ausgewählten  
 2735 OECD-Staaten in Prozent (2008).

2736 Die Verteilung von tertiären Abschlüssen spielt eine Schlüsselrolle für die Leistungs- und  
 2737 Entwicklungsfähigkeit einer Volkswirtschaft wie auch die kulturelle und wirtschaftliche Ent-  
 2738 wicklung eines Landes.

2739 Hinzu kommt, dass in allen Ländern Absolventen des Tertiärbereiches ein deutlich höheres  
 2740 Gehalt erhalten als Absolventen des Sekundarbereichs II, das gilt auch für Deutschland.<sup>237</sup>

<sup>237</sup> Vgl. OECD (2008). Die OECD in Zahlen und Fakten 2008.

2741 Der Bedarf an wissenschaftlichen Qualifikationen und Methodenkompetenz wird auch wei-  
2742 terhin in allen Bereichen wachsen.<sup>238</sup>

2743 Zuvor hat sich erfreulicherweise die Zahl derjenigen mit einem tertiären Abschluss gegenüber  
2744 den 1990er und 1980er Jahren erhöht. So verfügten 2008 28 Prozent der 30- bis unter 35-  
2745 Jährigen über einen Studienabschluss. Diese Quote liegt jedoch unter dem EU-Durchschnitt,  
2746 dieser lag 2008 bei 31 Prozent.

2747 Besorgniserregend ist die Tatsache, dass Deutschland beim internationalen Vergleich der Ab-  
2748 schlüsse im tertiären Bereich für die Altersgruppe 55 bis 64 Jahre noch auf Platz elf liegt, aber  
2749 bei der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen auf Platz 24 zurückgefallen ist, da andere Länder sehr  
2750 viel stärker aufgeholt haben. Ursachen für diese Entwicklung liegen zum einen in der starken  
2751 sozialen Schieflage der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und zum anderen in  
2752 der starken Position der beruflichen Bildung in Deutschland. Berufsqualifizierende Abschlüs-  
2753 se werden in Deutschland im hohen Umfang in der dualen Berufsausbildung erworben wer-  
2754 den, auch solche, die im Ausland häufig von Hochschuleinrichtungen vergeben werden. Al-  
2755 lerdings muss berücksichtigt werden, dass sich auch in diesen Berufen teilweise das Anforde-  
2756 rungsprofil hin zu Hochschulabschlüssen verschiebt, zum Beispiel bei Erzieherinnen und Er-  
2757 ziehern.

2758

### 2759 ***Berufliche Bildung***

2760 Die berufliche Bildung hat nicht nur eine lange Tradition in Deutschland, sondern sie spielt  
2761 eine Schlüsselrolle für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik. Sie leistet eine quali-  
2762 tativ gute Ausbildung, mit der Verbindung von Theorie und Praxis und einer Verknüpfung  
2763 von Angebots- und Nachfrageorientierung. Der Erfolg der deutschen Volkswirtschaft ist zum  
2764 erheblichen Teil in der Qualität der Berufsausbildung begründet. Ein weiterer Erfolg der be-  
2765 ruflichen Ausbildung liegt in der hohen Übergangsquote von der Ausbildung in die Beschäf-  
2766 tigung. Die niedrige Jugendarbeitslosigkeit hat ebenfalls ihre Ursache in der beruflichen Bil-  
2767 dung. Für viele Betriebe und Jugendliche stellt die berufliche Bildung daher einen wichtigen  
2768 erfolgreichen Qualifikationsweg dar.

2769 Der nach wie vor hohe Anteil derer, die keine Schul- und Berufsausbildung haben (1,4 Milli-  
2770 onen Jugendliche bzw. 17,5 Prozent der Männer in der Altersgruppe zwischen 30 und 35 Jah-  
2771 ren), stellt ein Erwerbstätigenpotenzial dar, das dringend benötigt wird.<sup>239</sup> Diese Gruppe fin-  
2772 det zurzeit wegen fehlender Abschlüsse nicht den Weg in den Arbeitsmarkt.

2773 Eine abgeschlossene Ausbildung wird zudem bedeutsamer, da bei ungebrochener Fortsetzung  
2774 des Status quo bis 2025 das Angebot an Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung  
2775 den Bedarf um etwa 1,3 Millionen übersteigen wird.<sup>240</sup>

2776 2011 mündeten noch circa 300.000 Jugendliche, vor allem die, die maximal einen Haupt-  
2777 schulabschluss nachweisen konnten, oder ausländische Jugendliche im sogenannten Über-  
2778 gangssystem. Die Situation beider Gruppen hat sich kaum verbessert.<sup>241</sup> Die Situation der  
2779 Bildungsbenachteiligten bleibt also weiterhin angespannt.

---

<sup>238</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012).

<sup>239</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 7.

<sup>240</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010).

<sup>241</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): 7-8.

2780 Eine weitere Schwäche liegt in der geringen Durchlässigkeit zwischen beruflicher und aka-  
2781 demischer Bildung. Die Quote derjenigen, die ohne allgemeine Hochschulreife mit einer be-  
2782 beruflichen Ausbildung studieren, liegt unter 2 Prozent. Um die Bedeutung von beruflicher Bil-  
2783 dung zu sichern, wird es notwendig sein, die Durchlässigkeit erheblich zu verbessern.

2784

### 2785 *Fortbildung*

2786 Wissen und Qualifikation spielen eine entscheidende Rolle für Wachstum und Wohlstand, für  
2787 individuelle Lebenschancen, für die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens  
2788 wie auch für die künftige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Sie stellen zunehmend  
2789 wichtige Produktionsfaktoren dar. Damit werden die Anforderungen an eine kontinuierliche  
2790 Fort- und Weiterbildung immer höher. Der demografische Wandel, die Verlängerung der Le-  
2791 bensarbeitszeit verstärken die Anforderungen an Fort- und Weiterbildung, um die Beschäfti-  
2792 gungsfähigkeit über den Verlauf des gesamten Berufslebens zu sichern. Im Laufe eines Ar-  
2793 beitslebens wird ein halbes Arbeitsjahr in Deutschland in die Fort- und Weiterbildung investiert.<sup>242</sup> Mit einer Weiterbildungsbeteiligung von circa 42 Prozent liegt Deutschland auch hier  
2794 nur auf einem Mittelfeldplatz im europäischen Vergleich.<sup>243</sup> Schon im Altersbereich der 30-  
2795 bis 39-Jährigen liegt Deutschland (2,7 Prozent) weit unter dem EU-21-Durchschnitt (6,2 Pro-  
2796 zent) bei Einschreibungen in Bildungsinstitutionen. Bildungsschwergewichte wie Schweden  
2797 erreichen sogar 12,9 Prozent. Ab 40 Jahren sinkt der Anteil in Deutschland auf 0,1 Prozent,  
2798 während Schweden noch 2,7 Prozent erreicht.<sup>244</sup> Eine zweite Schwäche liegt in der engen  
2799 Korrelation zwischen Erstausbildungsniveau und der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnah-  
2800 men.<sup>245</sup>  
2801

2802 Wenngleich die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen u.a. von Branche und Bildungsni-  
2803 veau abhängt, wird deutlich, dass generell die Weiterbildungsteilnahme speziell älterer Be-  
2804 schäftigter nicht hoch ist. Obwohl jüngere neurologische Forschungsergebnisse zeigen, dass  
2805 auch Ältere noch gut lernen können. Damit wurden frühere Annahmen deutlich abnehmender  
2806 Lernfähigkeit relativiert (vgl. Hüther 2011, Was wir sind und was wir sein könnten – ein neu-  
2807 robiologischer Mutmacher).

### 2808 **4.2.3 Schlussfolgerungen**

2809 Der Trend hin zu höheren Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen wird sich in einer wissens-  
2810 basierten, innovativen Volkswirtschaft wie der deutschen fortsetzen.

2811 Das deutsche Bildungssystem weist von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Fort- und  
2812 Weiterbildung, besonders bei der Förderung bildungsferner Kinder und Jugendlichen erhebliche  
2813 Schwächen auf. Diese Schwächen zu beseitigen ist gesellschaftspolitisch und volkswirt-  
2814 schaftlich dringend geboten.

2815 Die Gesamtzahl der Bildungsteilnehmer wird nach jetzigen Prognosen von 16,7 Mio. Bil-  
2816 dungsteilnehmern heute auf 14,1 Millionen sinken und sich damit um 15 Prozent verringern.

---

<sup>242</sup> Vgl. OECD (2011): Bildung auf einen Blick 2011.

<sup>243</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): 142.

<sup>244</sup> Vgl. Solga, Heike (2011).

<sup>245</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010). Menschen mit niedrigem Bildungsniveau nehmen weitaus seltener (18 Prozent) an Weiterbildungen teil als Menschen mit mittlerem (43 Prozent) und hohem (60 Prozent) Bildungsniveau. Vgl. Solga, Heike (2011).

2817 Diese Tendenz wird sich nach Schätzungen des Sachverständigenrats noch weiter fortsetzen  
2818 und sich sogar verstärken. Ein derartiger Wandel kann eine große Chance für die Verbesse-  
2819 rung des gesamten Bildungssystems darstellen. Wenn zum Beispiel die Bildungsausgaben pro  
2820 Teilnehmer steigen und dies mit einer deutlichen qualitativen Verbesserung der Bildungsan-  
2821 gebote verbunden ist. Es kann aber auch zum Gegenteil, nämlich eines zunehmenden Bedeu-  
2822 tungsverlustes führen, wenn zum Beispiel die Bereitschaft die Bildungsausgaben zu erhöhen  
2823 nicht gegeben ist. Die Anforderungen an das Bildungswesen werden in den kommenden Jahr-  
2824 zehnten unter quantitativen Gesichtspunkten zwar sinken, die qualitativen Anforderungen  
2825 jedoch steigen.

2826 Eine flächendeckend und qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur ist die zentrale Vo-  
2827oraussetzung für gleiche Chancen auf gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Ein sozi-  
2828al gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem braucht als tragende Säule eine gute Bil-  
2829dung und Betreuung. Das sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit und stärkt zugleich den Wirt-  
2830schaftsstandort Deutschland, weil nur so alle Potenziale genutzt und die Fachkräfte von mor-  
2831gen gewonnen werden können. Es muss klare Prioritäten für den weiteren Ausbau und die  
2832qualitative Verbesserung der Kitabildung und -betreuung geben, das gleiche gilt für den schu-  
2833lischen Bereich. Dafür muss der Rechtsanspruch auf Betreuung der unter Dreijährigen ab  
28342013 umgesetzt werden. Zusätzliche Investitionen von Bund und Ländern auf der Basis einer  
2835aktualisierten Bedarfsprognose sind unerlässlich. Ganztägige Bildung und Betreuung muss  
2836qualitativ weiter entwickelt werden, denn der ganztägigen Betreuung kommt bei der individu-  
2837ellen Förderung junger Menschen, beim Finden und Fördern von Kompetenzen und Fähigkei-  
2838ten wie auch beim rechtzeitigen Abbau von Benachteiligungen eine besondere Bedeutung zu.  
2839Dafür brauchen wir einen kooperativen Föderalismus, der die Zusammenarbeit der Ebenen  
2840fördert und nicht ausschließt. Eine Grundgesetzänderung, die das Kooperationsverbot voll-  
2841ständig aufhebt ist notwendig. Eine solche Verfassungsänderung sollte die Kooperationsnot-  
2842wendigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden für ein leistungsfähiges Bildungssystem aus-  
2843drücklich beinhalten.

2844 In den nächsten fünf bis 20 Jahren können zunehmende Engpässe bei der Verfügbarkeit von  
2845Fachkräften durch eine gezielte Bildungs-, Qualifizierungs-, Arbeitsmarkt- und betriebliche  
2846Personalpolitik bewältigt werden. Es ist unstrittig, dass besonders die Nachfrage nach niedri-  
2847gen Qualifikationen sinkt. Die deutliche Verringerung, zum Beispiel mindestens die Halbier-  
2848ung der Zahl derjenigen, die nur das niedrigste Kompetenzniveau in ihrer Schulzeit errei-  
2849chen, in diesem Jahrzehnt wäre daher ein wichtiges Ziel, um Wohlstand in unserer Gesell-  
2850schaft und die Lebensqualität der Menschen zu sichern.

2851 Zwingend geboten ist das Aufbrechen der Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bil-  
2852dungserfolg. Für die Motivation und die Fähigkeit zu kontinuierlichem und selbstgesteuertem  
2853Lernen hat die frühkindliche Bildung einen besonderen Stellenwert. Deutlich höhere finansi-  
2854elle Investitionen sind zwingend. Neben dem wichtigen Lernen in der Familie sind die Mög-  
2855lichkeiten von Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung früher Bildungsprozesse deutlich  
2856besser zu nutzen. Darüber hinaus muss der Anteil derjenigen mit einer tertiären Qualifikation  
2857steigen, um den Anforderungen einer wissensbasierten Volkswirtschaft zu entsprechen. Hier  
2858ist eine höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems (berufliche Bildung – tertiäre Bildung)  
2859erforderlich.

2860 Die berufliche Bildung sollte weiter entwickelt und gestärkt werden und die Durchlässigkeit  
2861zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung erhöht werden. Die große Reserve an  
2862Geringqualifizierten (ca. 17 Prozent bei den unter 30-Jährigen) ohne Ausbildungsabschluss  
2863sollte gezielt durch Aus- und Fortbildung aktiviert werden kann. Die Zahl derjenigen Jugend-

2864 lichen ohne Ausbildung sollte innerhalb dieses Jahrzehnts halbiert und ein Rechtsanspruch  
2865 auf Ausbildung verwirklicht werden.

2866 Um die qualitativen und quantitativen Herausforderungen zu bewältigen sollten die Bildungs-  
2867 und Forschungsausgaben bei mindestens zehn Prozent des BIP liegen (sieben Prozent Bildung  
2868 und drei Prozent Forschung und Entwicklung). Die gesellschaftliche Wertschätzung von Bil-  
2869 dung und Bildungsinstitutionen sollte durch geeignete Maßnahmen gefördert und gewährleis-  
2870 tet werden.

2871

## 2872 **5 Schlussfolgerungen**

### 2873 **5.1 Der Stellenwert des Wachstums in den gesellschaftlichen Teil-** 2874 **bereichen: zentrale Erkenntnisse**

2875 Wirtschaftliches Wachstum hat in verschiedenen Teilbereichen unterschiedliche und zum Teil  
2876 widersprüchliche Wirkungen. Ob, wie und wo Wachstum dazu dienen kann den Wohlstand in  
2877 dem hier präsentierten umfassenden Sinn zu steigern, bedarf detaillierter Betrachtung. Fol-  
2878 gende zentrale Erkenntnisse aus der Analyse wichtiger gesellschaftlicher Teilbereiche haben  
2879 wir gewonnen, die unsere Handlungsoptionen anleiten.

#### 2880 **5.1.1 Wachstum und öffentliche Haushalte**

2881 Der Zusammenhang von Wachstum und öffentlichen Haushalten kann nur dann sinnvoll erör-  
2882 tert werden, wenn man eine politische Prüfung und Bewertung darüber vornimmt, welche  
2883 gesellschaftlichen Aufgaben in öffentlicher Verantwortung liegen sollen. Diese sollen im Sin-  
2884 ne einer nachhaltigen Haushaltspolitik so finanziert werden, dass Einnahmen und Ausgaben  
2885 über einen Konjunkturzyklus hinweg in einer Balance sind. Daher braucht es eine dem Auf-  
2886 gabenumfang angemessene Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Aktuell hat sich in  
2887 Deutschland die Lage der öffentlichen Haushalte aufgrund einer zunehmenden Verschuldung  
2888 verschlechtert, während gleichzeitig der Investitionsstau wuchs. Ein leistungsfähigen Sozial-  
2889 und Investitionsstaat kann aber auch bei ausgeglichenen öffentlichen Haushalten und ohne  
2890 eine unrealistische Rückkehr zu hohen Wachstumsraten finanziert werden. Dazu müssen Ver-  
2891 teilungsfragen in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Wir brauchen eine sozial gerechte  
2892 Erhöhung der Einnahmequote zur nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben, begleitet  
2893 von einer Überprüfung existierender Ausgaben und eine Streichung umweltschädlicher Sub-  
2894 ventionen. Denn leistungsfähige öffentliche Haushalte zur Finanzierung gesellschaftlich ver-  
2895 langter öffentlicher Leistungen sind die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat und  
2896 sichern die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand der Gesellschaft.

#### 2897 **5.1.2 Wachstum und Finanzmärkte**

2898 Finanzmärkte können innerhalb eines entsprechenden Regulierungsrahmens einen positiven  
2899 Einfluss auf Wachstum und Wohlstand haben. Häufig jedoch waren die Wachstumsraten der  
2900 Finanzmärkte entkoppelt von produktiven Investitionen in der Realwirtschaft, so dass auch  
2901 Wachstum und Wohlstand sich entkoppelt haben. Eine stärkere Integration der Finanzmärkte  
2902 erhöht zudem die Volatilität und Krisenanfälligkeit einer Volkswirtschaft. Ein stark ausgebaut-  
2903 er institutioneller Rahmen kann dies eindämmen. Bisher wurde eine angemessene Regulie-  
2904 rung der Finanzmärkte jedoch nicht erreicht. Die in der Folge der Finanzkrise entstandene  
2905 Dynamik muss genutzt werden, um die Regulierungsarchitektur der internationalen Finanz-  
2906 märkte neu zu gestalten. Kernpunkte sind hierbei die strengere Eigenkapitalregulierung, die  
2907 Einführung eines Trennbankensystems, mehr Transparenz und Regulierung von Ratingagen-  
2908 turen, eine Finanztransaktionssteuer und eine effektive Bankenaufsicht. So kann das Ziel  
2909 „finance serving society“ wieder erreicht werden, in der Finanzmärkte dem breiten Wohlstand  
2910 dienen.

#### 2911 **5.1.3 Wachstum und Umwelt**

2912 In vielen Umweltbereichen haben wir die Grenzen der Nutzung überschritten (vgl. Bericht der  
2913 Projektgruppe 3). Die ökologischen Schäden entstanden und entstehen aufgrund einer fehlen-  
2914 den Internalisierung ihrer Kosten. Dies ist besonders sichtbar beim Klimawandel und dem



2915 Biodiversitätsverlust. Viele Länder haben heute schon mit erheblichen Kosten des Klimawandels zu kämpfen. Ökologische Schäden beeinträchtigen vielerorts das Wirtschaftsgeschehen  
2916 (s. Kapitel 2.4). „Grünes“ Wachstum wird ein enormes wirtschaftliches Wachstumspotenzial  
2917 nachgesagt. Dies wird sich häufig nicht als realistisch einstellen, da nicht eine „graue“ Wirtschaft durch eine „grüne“ Wirtschaft ersetzt werden kann. Vielmehr muss sowohl die Wirtschaft effizienter gestaltet, Ressourcen im Kreislauf geführt, Energie aus Erneuerbaren Energiequellen bezogen und darüber hinaus nachgedacht werden, wie viel man konsumieren und produzieren muss und soll. Dieser Dreiklang aus Effizienz, Konsistenz und Suffizienz (s. Bericht der Projektgruppe 3, Kapitel 6) wird nicht zu exorbitanten Wachstumsraten führen, aber zu einer stabileren und nachhaltigeren Wirtschaft und damit auch Gesellschaft in Deutschland.  
2925

#### 2926 **5.1.4 Wachstum und Unternehmen**

2927 Unternehmen haben einen großen Einfluss auf unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität in Deutschland und in vielen anderen Ländern, in denen sie produzieren und ihre Waren auf den Markt bringen. Eine nachhaltige Wirtschaft ist ein wichtiger Hebel zu einer ressourcenschonenden und sozialeren Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen. Die deutsche Wirtschaft ist schon heute Marktführer in Bereichen der „grünen“ Wirtschaft. Sie kann diese Stärke nutzen, um ihre Vorreiterrolle auszubauen. Um Transparenz und Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, sind jedoch gesetzliche Standards und klare Kriterien über den Bezug von Rohstoffen aber auch zur Messbarkeit bzw. Vergleichbarkeit von Nachhaltigkeitsberichterstattungen notwendig. Es gibt viele Hebel, um eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft zu beschleunigen. Dabei ist staatliche Innovationspolitik genauso notwendig wie Lenkungsabgaben für den Umweltverbrauch, eine effiziente Rohstoffversorgung und eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Dazu gehört auch bestehende Fehlanreize besonders im Bereich der umweltschädlichen Subventionen abzubauen und die öffentliche Beschaffung konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten (siehe Kapitel 3.4).  
2941

#### 2942 **5.1.5 Wachstum und Beschäftigung**

2943 Es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des BIP und der Beschäftigungshöhe. Wie viele Menschen am Erwerbsleben teilhaben und wie viele arbeitslos sind entscheiden auch die institutionellen Rahmenbedingungen wie die Länge der Arbeitszeiten sowie die Produktivität je Erwerbstätigen. In Deutschland beobachten wir in den letzten Jahren einen Anstieg der Beschäftigtenquote und auch der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, während die gesamte Zahl der geleisteten Arbeitsstunden tendenziell zurückgegangen ist. Immer mehr Menschen teilen sich ein sinkendes Beschäftigungsvolumen. Diese Entwicklung erklärt sich aus einer Veränderung der Erwerbstätigenstruktur: die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung (vor allem bei Frauen), der geringfügigen Beschäftigung, der Leiharbeit, der befristeten Beschäftigungsverhältnisse sowie eine steigende Anzahl Selbstständiger, drängt das unbefristete Vollzeitverhältnis zurück. Gleichzeitig sinken die Reallöhne, die Lohnquote sank deutlich und der Niedriglohnsektor weitet sich aus. Eine nachhaltigere Beschäftigungspolitik in Zeiten sinkender Wachstumsraten muss die Rahmenbedingungen für die Lohnentwicklung (Mindestlohn, Equal Pay et cetera) verbessern, eine geschlechtergerechte Erwerbsbeteiligung anstreben, Bildung und Qualifizierung verbessern und Modelle zur Verkürzung der Durchschnittsarbeitszeit umsetzen.  
2958

#### 2959 **5.1.6 Wachstum und Verteilung**

2960 In den meisten OECD-Ländern sind seit 2000 sowohl die Einkommens- und Vermögensun-  
2961 gleichheit als auch die Armutsrisikoquoten gestiegen. In Deutschland war diese Scherenent-  
2962 wicklung besonders ausgeprägt. Betroffen von der wachsenden sozialen Ungleichheit sind vor  
2963 allem drei Gruppen: Ältere Menschen ab 75 Jahren, Kinder und Alleinerziehende.

2964 Im Vordergrund einer anderen Verteilungspolitik muss deshalb die Bekämpfung von Niedrig-  
2965 löhnen (siehe Kapitel 3.5), von mangelnder Steuergerechtigkeit und von drohender Altersar-  
2966 mut (siehe Kapitel 4.1) stehen. Optionen für eine gerechtere Steuerpolitik wären eine progres-  
2967 sivere Gestaltung der Einkommensbesteuerung, Maßnahmen zur Eindämmung der Steuer-  
2968 flucht, die Abschaffung von Steuererleichterungen für Besserverdienende oder der Ausbau  
2969 von Steuern auf Vermögen und Grundbesitz.

2970 Darüber hinaus sind politische Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit  
2971 eine bleibende Aufgabe. Dazu gehören nicht nur die universelle Durchsetzung von gleichem  
2972 Lohn für gleiche Arbeit (Equal Pay) unabhängig von Geschlecht und Status der Beschäfti-  
2973 gung (Stichwort Leiharbeit) und eine größere Anzahl von Frauen in Führungspositionen, son-  
2974 dern auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Umsetzung einer Individual-  
2975 besteuierung, eine eigenständige soziale Sicherung und eine geschlechtergerechte Aufteilung  
2976 der Sorgearbeit, die die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlichen Dienstleistungen  
2977 voraussetzt.

#### 2978 **5.1.7 Demographie, Finanzpolitik und Sozialstaat**

2979 Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die notwendigen Ausgaben für den Sozial-  
2980 staat tendenziell zunehmen, während aufgrund des absehbar niedrigeren Wachstums in der  
2981 Zukunft sich die Einnahmen des Staates schwächer entwickeln werden. Allerdings zeigen  
2982 Projektionen, dass aufgrund des Produktivitätsfortschritts bei abnehmender Bevölkerungszahl  
2983 das BIP pro Kopf aller Voraussicht nach weiter zunimmt.

2984 Deshalb ist auf die Herausforderung der demografischen Entwicklung nicht mit einer Kür-  
2985 zung von sozialen Leistungen zu reagieren, sondern der Sozialstaat ist insgesamt auf eine  
2986 verbeiterte Finanzierungsgrundlage stellen. Dazu stehen eine Reihe verteilungspolitischer  
2987 Ansätze zur Verfügung: Sie reichen von der Einführung einer Bürgerversicherung über Maß-  
2988 nahmen, die zu einer besseren Lohn- und damit Beitragsentwicklung führen, eine Erhöhung  
2989 der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen bis hin zu einer höheren Steuerfinanzierung. Da-  
2990 neben muss es gelingen, dass in Zukunft mehr Menschen, vor allem am Arbeitsmarkt be-  
2991 nachteiligte Gruppen wie Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, an sozialversi-  
2992 cherungspflichtiger Erwerbstätigkeit teilhaben.

#### 2993 **5.1.8 Herausforderung Bildung**

2994 Die Art und Weise wie wir Menschen leben, wie wir Menschen erziehen und ausbilden, ent-  
2995 scheidet über unsere Zukunft. Eine der größten Herausforderungen für die Zukunft, um den  
2996 Wohlstand aller in unserer Gesellschaft sicherzustellen, liegt in der Weiterentwicklung eines  
2997 leistungsfähigen Bildungssystems, um so ein hohes Bildungsniveau aller Menschen zu errei-  
2998 chen.

2999 Bildung und Ausbildung sind für die individuellen Lebenschancen, für eine nachhaltige kultu-  
3000 relle, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung unseres Landes von ent-  
3001 scheidender Bedeutung. Für den Einzelnen sind sie die beste Versicherung gegen Arbeitslo-  
3002 sigkeit und Armut. Für die Volkswirtschaft sind sie die Grundlage wirtschaftlicher Wettbe-  
3003 werbs- und Innovationsfähigkeit. Investitionen in Bildung und Qualifizierung, die Gewähr-

3004 leistung von Chancengleichheit sind entscheidende Bausteine, unser Land zukunftsfähig zu  
3005 machen. Zwar existiert ein qualitativ gutes berufliches Ausbildungssystem und der Anteil der  
3006 Hochschulabsolventen, insbesondere der weiblichen, ist gestiegen, aber zum Beispiel hat  
3007 gleichzeitig der Anteil der Männer ohne beruflichen Bildungsabschluss deutlich zugenom-  
3008 men.

3009 Trotz der allgemein akzeptierten hohen Bedeutung weist das deutsche Bildungssystem erheb-  
3010 liche Schwächen auf, insbesondere bei der Förderung bildungsferner Kinder und Jugendli-  
3011 chen und bei der frühkindlichen Bildung. Diese Schwächen zu beseitigen ist gesellschaftspoli-  
3012 tisch und volkswirtschaftlich dringend geboten. Es gibt viele Ansatzpunkte, die richtungswei-  
3013 send sind das deutsche Bildungssystem zu verbessern (s. Kapitel 4.2). Eine wesentliche Vo-  
3014 raussetzung ist dabei die Erhöhung der Bildungsausgaben. Um ein international vergleichba-  
3015 res Niveau zu erreichen, müssten jährlich mindestens 20 bis 25 Milliarden zusätzlich in das  
3016 Bildungssystem investiert werden. Die gesellschaftliche Wertschätzung von Bildung und Bil-  
3017 dungsinstitutionen sollte durch geeignete Maßnahmen gefördert und verbessert werden.

## 3018 **5.2 Einen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen schaffen**

3019 Die Analyse der Wechselwirkungen des Wirtschaftswachstums mit verschiedenen Gesell-  
3020 schaftsbereichen hat gezeigt, dass Wirtschaftswachstum allein keine hinreichende Bedingung  
3021 für Wohlstand und Lebensqualität ist. Die Orientierung auf einen ganzheitlichen Wohlstands-  
3022 begriff bedarf eines breiteren Ordnungsrahmens. Ein solcher ist in der Bundesrepublik nicht  
3023 ohne historisches Vorbild. Schon im Jahre 1967 schuf die damalige Bundesregierung mit dem  
3024 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabG)<sup>246</sup> ein Instrument, das die Verpflichtung des Regie-  
3025 rungshandelns auf mehrere, teils miteinander in einem Zielfkonflikt stehende ökonomische  
3026 Kenngrößen erstrebte. Damit konkretisierte sie das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen  
3027 Gleichgewichts. Das ursprüngliche Gesetz schrieb folgende vier Ziele der Wirtschaftspolitik  
3028 fest: ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, ein hoher Beschäftigungsstand, ein  
3029 stabiles Preisniveaustabilität sowie ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

3030 Mit dem Fortgang der wirtschaftspolitischen Debatte wurde auch das Stabilitäts- und Wachs-  
3031 tumsgesetz selbst hinterfragt. Schon vor zwanzig Jahren wurde es als Hindernis für eine „Ab-  
3032 kehr vom Wachstumsdogma“<sup>247</sup> ausgemacht. Kritisiert wurde die Widersprüchlichkeit der  
3033 Orientierung auf das BIP-Wachstum gegenüber einer sozial-ökologischen wirtschaftspoliti-  
3034 schen Ausrichtung.

3035 Aufgrund der verstärkten europäischen Integration der Währungs- und Wirtschaftspolitiken  
3036 spielt das StabG nur noch eine untergeordnete Rolle. So haben – verfassungsrechtlich und  
3037 zwischenstaatlich verankerte – Verpflichtungen zum Abbau der Staatsverschuldung heute  
3038 eine herausgehobene Stellung (Schuldenregel im Grundgesetz, „Six Pack“ der EU, Fiskal-  
3039 pakt). Dem Ziel der Stabilisierung beziehungsweise des Abbaus der öffentlichen Verschul-  
3040 dung haben sich de iure alle anderen wirtschaftspolitischen Zielstellungen unterzuordnen.<sup>248</sup>

3041 Wie die Analyse in diesem Bericht zeigt, wird eine einseitig auf Wachstum und Entschuldung  
3042 ausgerichtete Wirtschaftspolitik den Herausforderungen nicht gerecht. Ein sozial-  
3043 ökologischer Regulierungsrahmen erfordert eine auf einen umfassenden Begriff von Wohl-  
3044 stand zielende Wirtschaftspolitik. Wir brauchen ein neues magisches Viereck, das ökologi-

---

<sup>246</sup> Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG).

<sup>247</sup> Stratmann-Mertens, Eckhard; Hickel, Rudolf ; Priewe, Jan (1991). Wachstum: Abschied von einem Dogma.

<sup>248</sup> Dullien, Sebastian; van Treeck, Till (2012). Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für Indikatoren und Politikberatung: 6.

3045 sche, soziale Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellt und die Zielkonflikte mit dem BIP-  
3046 Wachstum transparent macht und konkrete Ziele definiert.<sup>249</sup>

3047 Ein solcher sozial-ökologischer Regulierungsrahmen müsste zunächst langfristige multidi-  
3048 mensionale Ziele der Wirtschaftspolitik definieren. Dabei müssen Zielkonflikte transparenter  
3049 gemacht werden (Dullien/van Treeck 2012: 13). Denkbar ist hier ein einschlägiges Beratungs-  
3050 und Berichtswesens, das regelmäßig und öffentlichkeitswirksam Rechenschaftsdruck für ge-  
3051 troffene Zielabwägung schafft. Dazu könnte ein weiterer, dem Sachverständigenrat zur Be-  
3052 gutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gleichgestellter Sachverständigenrat für  
3053 nachhaltige Lebensqualität und ein Jahreswohlstandsbericht der Bundesregierung dienen  
3054 (Dullien/van Treeck 2012: 16-17; Tiemann/Wagner 2012). Denkbar wäre hier auch eine Stär-  
3055 kung des Beirates für Nachhaltiges Entwicklung sowie dessen Indikatorenset, das schon mit  
3056 Zielen unterlegt ist. Und schließlich kann dieser sozial-ökologische Regulierungsrahmen als  
3057 Koordinationsinstrument für ein gleichgerichtetes Streben nach ganzheitlichem Wohlstand  
3058 auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene dienen.

3059

---

<sup>249</sup> Dullien/van Treeck schlagen ein „neues magisches Viereck“, bestehend aus den Dimensionen „Materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit“, „Ökologische Nachhaltigkeit“, „Soziale Nachhaltigkeit“ sowie „Zukunftsfähigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen“ vor. Vgl. Dullien; van Treeck (2012): 15. Die Projektgruppe 2 der Enquete-Kommission arbeitet mit den Dimensionen „Materieller Wohlstand“, „Soziales“, „Gesellschaftliche Teilhabe“ und „Ökologie“. Vgl. Abschlussbericht der Projektgruppe 2, PG-Drs. 17(26)XXX.

3060 **Abbildungsverzeichnis**

3061	Abbildung 1: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, 1950-2010. ....	20
3062	Abbildung 2: Wachstumsentwicklung in Deutschland und vergleichbaren Industrieländern.	21
3063	Abbildung 3: Nominales und reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland. ...	22
3064	Abbildung 4: Vergangenes und extrapoliertes BIP-Wachstum in Deutschland, auf Grundlage	
3065	eines konstanten prozentualen BIP-Wachstums pro Erwerbsperson. ....	23
3066	Abbildung 5: Extrapolierte Entwicklung des BIP in Deutschland insgesamt und pro Kopf,	
3067	2010 bis 2060. ....	24
3068	Abbildung 6: Finanzierungssalden der Wirtschaftssektoren in Deutschland, 1991 bis 2011..	29
3069	Abbildung 7: Entwicklung der Schuldenstandsquote in Deutschland, 1950 bis 2011.....	31
3070	Abbildung 8: Entwicklung der Ausgaben des deutschen Staates mit und ohne	
3071	Sozialversicherungen, 1960 bis 2011.....	32
3072	Abbildung 9: Staatsquoten 2011 der EU-Mitgliedstaaten (Staatsausgaben als Anteil am BIP).	
3073	.....	33
3074	Abbildung 10: Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland in Prozent des BIP,	
3075	1970 bis 2011. ....	34
3076	Abbildung 11: Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Deutschland, 1991 bis 2011.....	35
3077	Abbildung 12: Anteil der öffentlichen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung in	
3078	Deutschland und vergleichbaren Industrieländern, 1998 bis 2009. ....	36
3079	Abbildung 13: Änderung der Durchschnittstemperatur der Erdoberfläche. ....	46
3080	Abbildung 14: Wachstums- und Produktivitätsentwicklung nach Dekaden in der	
3081	Bundesrepublik Deutschland.....	60
3082	Abbildung 15: Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen und BIP in der	
3083	Bundesrepublik Deutschland, 1971 bis 2011.....	62
3084	Abbildung 16 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie der	
3085	Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 1993.....	63
3086	Abbildung 17: Veränderung der Beschäftigungsstruktur in Deutschland, 2000 bis 2011.....	65
3087	Abbildung 18: Beschäftigungsstruktur nach Geschlecht und Altersgruppen (2009, Personen in	
3088	Tausend). ....	66
3089	Abbildung 19: Veränderung verschiedener Beschäftigungsformen als Anteil an der gesamten	
3090	Erwerbstätigkeit in Deutschland, 2000 bis 2011.....	67
3091	Abbildung 20: Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, 1995 bis 2010... 68	
3092	Abbildung 21: Entwicklung der realen Einkommen in Deutschland, 2000 bis 2011.....	70
3093	Abbildung 22: Ungleichheit der Einkommensverteilung in verschiedenen OECD-Ländern. .	73
3094	Abbildung 23: Ungleichheit der Einkommensverteilung in Deutschland, den USA und der	
3095	OECD, 1975 bis 2010. ....	75
3096	Abbildung 24: Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte nach Dezilen für 2007... 76	
3097	Abbildung 25: Entwicklung der Bevölkerungszahl Deutschlands 1950 bis 2060 (ab 2008	
3098	prognostiziert). ....	81
3099	Abbildung 26: Prognose der Entwicklung der Bevölkerung im Erwerbsalter in Deutschland.	
3100	.....	82
3101	Abbildung 27: Entwicklung staatlicher Einnahmen und Ausgaben in Deutschland, 1960 bis	
3102	2010. ....	83
3103	Abbildung 28: Studierneigung der Studienberechtigten nach beruflichem Abschluss der	
3104	Eltern, 1996-2010.....	89
3105	Abbildung 29: Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren in ausgewählten	
3106	OECD-Staaten in Prozent (2008). ....	91
3107		

3108 **Quellenverzeichnis**

3109 Quellen: Multiple Krisen und Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation

3110 Allmendinger, Jutta et al. (2012).

3111 Beck, Ulrich (2007). Weltrisikogesellschaft. Frankfurt am Main.

3112 Berger, Johannes (Hrsg.) (1986). Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Göttingen.

3113 Brand, Ulrich (2012). Wachstum und Herrschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 27-28.

3114 Dahrendorf, Ralf (1979). Lebenschancen. Frankfurt am Main.

3115 Easterlin, Richard A. (2009). Happiness, Growth and the Life Cycle. New York.

3116 Frey, Bruno S.; Frey Marti, Claudia (2010). Glück – Die Sicht der Ökonomie. Wirtschafts-  
3117 dienst Nr. 90 458-463.

3118 Friedrich-Ebert-Stiftung (2011). Soziales Wachstum. Bonn.

3119 Greffrath, Mathias (1997). Der Brei vom Paradies. Freibeuter 1997 122-128.

3120 Hauff, Volker (1987). Unsere Gemeinsame Zukunft. Greven.

3121 Hirsch, Fred (1980). Die sozialen Grenzen des Wachstums. Reinbek.

3122 IPCC (2007). Vierter Sachstandsbericht „Klimaänderung 2007“. Genf.

3123 Jackson, Tim (2011). Wohlstand ohne Wachstum, München.

3124 Loske, Reinhard (2010). Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßi-  
3125 gung. Rangsdorf.

3126 Luhmann, Niklas (1984). Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am  
3127 Main.

3128 Lutz, Burkart (1984). Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt am Main/New  
3129 York.

3130 Meadows, Dennis et al. (1972). Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart.

3131 Miegel, Meinhard (2010). Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin.

3132 Müller, Michael/Niebert, Kai (2009). Epochenwechsel. München.

3133 OECD (2011). Towards Green Growth. Paris.

3134 Paech, Niko (2012). Befreiung vom Überfluss. München.

3135 Polanyi, Karl (1944). The Great Transformation. New York.

3136 Richta, Radovan et al. (1968). Zivilisation am Scheideweg. Prag.

3137 Sen, Amartya (1990). Der Lebensstandard. Hamburg.

3138 Stern, Nicholas (2006). Review on the Economics of Climate Change. London.

- 3139 UNEP (2011). Towards a Green Economy. Nairobi.
- 3140 Wissen, Markus (2011). Vom Neoliberalismus zum „grünen Kapitalismus“? Gegenblende Nr.  
3141 10.
- 3142 WWF (2012). Living Planet Report. Hamburg.
- 3143 Quellen: Wirtschaftswachstum Grundlagen
- 3144 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein  
3145 indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Biele-  
3146 feld.
- 3147 Bieling, Hans-Jürgen (2009). „Privat vor Staat“? Zur Entwicklung politischer Leitbilder über  
3148 die Rolle des Staates. WSI-Mitteilungen Nr. 5 235-242.
- 3149 Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; Winterfeld, Uta von (2012). Feministische Perspek-  
3150 tiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Kommissionsmaterialie M-  
3151 17(26)23.
- 3152 Der Städtetag (2011): Gemeindefinanzbericht 2011, Nr. 5, Berlin.
- 3153 Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (2008): Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis  
3154 2020. Endbericht – Kurzfassung, Berlin.
- 3155 Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2012). Gutachten zu Forschung, Inno-  
3156 vation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Gutachten 2012. Berlin.
- 3157 Gauss, Linda / Scharfe, Simone (2010): Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2009 im  
3158 Zeichen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 8, S. 754-  
3159 764.
- 3160 Heilemann, Ullrich / Wappler, Stefan / Quas Georg / Findeis Hagen (2008): Qual der Wahl?  
3161 – Finanzpolitik zwischen Konsolidierung und Konjunkturstabilisierung, in: Wirtschaftsdienst,  
3162 Nr. 9, S. 586-593.
- 3163 Helmedag, Fritz (2010). Staatsschulden als permanente Einnahmequelle. Wirtschaftsdienst  
3164 Nr. 9 611-615.
- 3165 Hemming, Richard / Kell, Michael / Mahfouz, Selma (2002): The Effectiveness of Fiscal Pol-  
3166 icy in Stimulating Economic Activity – A Review of the Literature, IMF Working Paper.
- 3167 Hey, Christian (2012): Wege aus dem Wachstumsdilemma: kritische Anmerkungen zu einer  
3168 aktuellen Debatte, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht (ZfU), Nr. 2, S. 125-  
3169 150.
- 3170 Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW); Rheinisch-Westfälisches Institut für  
3171 Wirtschaftsforschung (RWI) (2010). Abschätzung des Ausmaßes der Schwarzarbeit. Eine  
3172 Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Tübingen, Essen.
- 3173 Krämer, Ralf (2010). Wachstumskritik oder sozialistische Politik? Über Wachstum, Ökologie,  
3174 Erwerbsarbeit, Sozialstaat und die Linke. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 7-8  
3175 1-23.

- 3176 Piltz, Henrik (2011). Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert. Finanzierungsbedarf der  
3177 Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems. Studie im Auftrag der  
3178 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Frankfurt am Main.
- 3179 Reuter, Norbert (2012): Deutsche Verzichtsmymen, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 4, 2012, S.  
3180 311-314.
- 3181 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3182 (2007). Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08. Wiesbaden.
- 3183 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3184 (2010). Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/11, Wiesbaden.
- 3185 Schettkat, Ronald (2012). Dienstleistungen zwischen Kostenkrankheit und Marketization.  
3186 Bonn.
- 3187 Statistisches Bundesamt (2003). Wo bleibt die Zeit? Wiesbaden.
- 3188 Statistisches Bundesamt (2007). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsprodukt  
3189 nach ESVG 1995. Methoden und Grundlagen. Neufassung nach Revision 2005 (Fachserie  
3190 18). Wiesbaden.
- 3191 Truger, Achim (2009). Die makroökonomische Bedeutung öffentlicher Investitionen und ihre  
3192 Finanzierbarkeit, in: WSI-Mitteilungen Nr. 9 243-250.
- 3193 Weizsäcker, Carl Christian von (2010). Das Janusgesicht der Staatsschulden. Frankfurter All-  
3194 gemeine Zeitung vom 4. Juni 2010 12.
- 3195 Wissenschaftlicher Beraterkreis der Gewerkschaften IG Metall und ver.di (2010). Berufsbil-  
3196 dungsperspektiven 2010. Bildung in der Krise – weder innovativ noch gerecht! Berlin, Frank-  
3197 furt am Main.
- 3198 Wolff, Sascha (2012). Trotz verbesserter Einnahmesituation kein Abbau des Investitionsstaus  
3199 in Sicht – Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2011. In: KfW Economic Research. Fokus  
3200 Volkswirtschaft Nr.4 1-4.
- 3201 Quellen: Wachstum und öffentliche Haushalte
- 3202 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein  
3203 indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Biele-  
3204 feld.
- 3205 Bieling, Hans-Jürgen (2009): „Privat vor Staat“? Zur Entwicklung politischer Leitbilder über  
3206 die Rolle des Staates, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 5, S. 235-242.
- 3207 Der Städtetag (2011): Gemeindefinanzbericht 2011, Nr. 5, Berlin.
- 3208 Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (2008): Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis  
3209 2020. Endbericht – Kurzfassung, Berlin.
- 3210 Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2012): Gutachten zu Forschung, Inno-  
3211 vation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Gutachten 2012, Berlin.
- 3212 Gauss, Linda / Scharfe, Simone (2010): Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2009 im  
3213 Zeichen der Finanzmarktund Wirtschaftskrise, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 8, S. 754-764.



- 3214 Heilemann, Ullrich / Wappler, Stefan / Quaas Georg / Findeis Hagen (2008): Qual der Wahl?  
3215 – Finanzpolitik zwischen Konsolidierung und Konjunkturstabilisierung, in: Wirtschaftsdienst,  
3216 Nr. 9, S. 586-593.
- 3217 Helmedag, Fritz (2010): Staatsschulden als permanente Einnahmequelle, in: Wirtschafts-  
3218 dienst, Nr. 9, S. 611-615.
- 3219 Hemming, Richard / Kell, Michael / Mahfouz, Selma (2002): The Effectiveness of Fiscal Pol-  
3220 icy in Stimulating Economic Activity – A Review of the Literature, IMF Working Paper.
- 3221 Hey, Christian (2012): Wege aus dem Wachstumsdilemma: kritische Anmerkungen zu einer  
3222 aktuellen Debatte, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht (ZfU), Nr. 2, S. 125-  
3223 150.
- 3224 Piltz, Henrik (2011): Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert. Finanzierungsbedarf der  
3225 Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems. Studie im Auftrag der  
3226 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Frankfurt a.M.
- 3227 Reuter, Norbert (2012). Deutsche Verzichtsmymen. WSI-Mitteilungen Nr. 4 311-314.
- 3228 SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
3229 (2007): Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08, Wiesbaden.
- 3230 SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
3231 (2010): Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/11, Wiesbaden.
- 3232 Truger, Achim (2009): Die makroökonomische Bedeutung öffentlicher Investitionen und ihre  
3233 Finanzierbarkeit, in: WSI Mitteilungen, Nr. 9, S. 243-250.
- 3234 Weizsäcker, Carl Christian von (2010): Das Janusgesicht der Staatsschulden. FAZ, 4. Juni  
3235 2010, S. 12.
- 3236 Wissenschaftlicher Beraterkreis der Gewerkschaften IG Metall und ver.di (2010): Berufsbil-  
3237 dungs-perspektiven 2010. Bildung in der Krise – weder innovativ noch gerecht!, Ber-  
3238 lin/Frankfurt a.M.
- 3239 Wolff, Sascha (2012): Trotz verbesserter Einnahmesituation kein Abbau des Investitionsstaus  
3240 in Sicht – Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2011, in: KfW Economic Research. Fokus  
3241 Volkswirtschaft, Nr.4, S. 1-4.
- 3242 Quellen: Wachstum und Finanzmarkt
- 3243 Arcand, Jean-Louis; Berkes, Enrico; Panizza, Ugo (2012). Too Much Finance? (IMF Work-  
3244 ing Paper WP/12/161). Washington, D. C.
- 3245 Brewer, Thomas L.; Young, Stephen (2000). The Multilateral Investment System and Multi-  
3246 national Enterprises. Oxford, New York.
- 3247 Demetriades, Panicos O.; Hussein, Khaled A. (1996). Does Financial Development Cause  
3248 Economic Growth? Time-Series Evidence from 16 Countries. Journal of Development Eco-  
3249 nomics 51(2) 387-411.
- 3250 Demirgüç-Kunt, Asli; Levine, Ross (2008). Finance, Financial Sector Policies, and Long-Run  
3251 Growth (World Bank Policy Research Paper 4469). Washington, D. C.
- 3252 Demirgüç-Kunt, Asli/ Detragiache, Enrica (1998). Financial Liberalization and Financial Fra-  
3253 gility. Paper prepared for the Annual World Bank Conference on Development Econom-  
3254 ics, Washington, D.C., April 20–21, 1998.

- 3255 Deutsche Bundesbank (2007)
- 3256 Doremus, Paul N.; Kellner, William W.; Pauly, Louis W.; Reich, Simon (1998). The Myth of  
3257 the Global Corporation. Princeton.
- 3258 Europäische Zentralbank (EZB) (2011). Monatsbericht 10/2011. Das Geldangebot – Verhal-  
3259 ten der Banken und Auswirkungen auf die monetäre Analyse. 67-87. Frankfurt am Main.
- 3260 Europäische Zentralbank (EZB) (2012a). Monatsbericht 01/2012. Die Interaktion der Finanz-  
3261 intermediäre und ihre Bedeutung für die monetäre Analyse. 63-81. Frankfurt a.M.
- 3262 Europäische Zentralbank (EZB) (2012b). Monatsbericht 02/2012. Geldmengen- und Kredit-  
3263 wachstum nach Wirtschafts- und Finanzkrisen aus einer historischen globalen Perspektive.77-  
3264 97. Frankfurt am Main.
- 3265 King, Robert G. and Levine, Ross (1993). Finance and Growth: Schumpeter Might Be Right.  
3266 The Quarterly Journal of Economics 108(3) 717-737.
- 3267 Kose, M. Ayhan; Prasad, Eswar; Rogoff, Kenneth; Wei, Shang-Jin (2006). Financial Global-  
3268 ization – A Reappraisal (NBER Working Paper 12484). Cambridge, MA.
- 3269 Kujis, Louis (2005). Investment and Saving in China (World Bank Policy Research Working  
3270 Paper 3633). Washington, D. C.
- 3271 Levine, Ross (2005). Finance and Growth: Theory and Evidence. In Aghion, Philippe;  
3272 Durlauf, Steven N. (Hrsg.). Handbook of Economic Growth. Bd.. 1 865-934.
- 3273 Levine, Ross (2010), The Governance of Financial Regulation: Reform Lessons from the Re-  
3274 cent Crisis (BIS Working Paper 329). Basel.
- 3275 Liikanen, Erkki et al. (2012). High-level Expert Group on Reforming the Structure of the EU  
3276 Banking Sector. Final Report. [http://ec.europa.eu/internal\\_market/bank/docs/high-](http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/high-level_expert_group/report_en.pdf)  
3277 [level\\_expert\\_group/report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/high-level_expert_group/report_en.pdf) (Stand 4.1.2013).
- 3278 Popov, Alexander; Smets, Frank (2011). On the Trade-off between Growth and Stability: The  
3279 Role of Financial Markets. [http://www.voxeu.org/article/tradeoff-between-growth-and-](http://www.voxeu.org/article/tradeoff-between-growth-and-stability)  
3280 [stability](http://www.voxeu.org/article/tradeoff-between-growth-and-stability) [Stand 4.1.2013].
- 3281 Rodrik, Dani (2008). The Real Exchange Rate and Economic Growth – Discussion and  
3282 Comments (Brookings Papers on Economic Activity 2) 365-412.
- 3283 Rodrik, Dani; Subramanian, Arvind (2009). Why Did Financial Globalization Disappoint?  
3284 (IMF Staff Papers 56). Washington, D. C.112-138.
- 3285 Rousseau, Peter L.; Wachtel, Paul (2011). What Is Happening to the Impact of Financial  
3286 Deepening on Economic Growth? Economic Inquiry 49 276-288.
- 3287 Saadi Sedik, Tahsin; Sun, Tao (2012). Effects of Capital Flow Liberalization – What Is the  
3288 Evidence from Recent Experiences of Emerging Market Economies? (IMF Working Paper  
3289 WP/12/275). Washington, D. C. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2012/wp12275.pdf>  
3290 (Stand 4.1.2013).
- 3291 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2008): Das  
3292 deutsche Finanzsystem. Effizienz steigern – Stabilität erhöhen. Expertise im Auftrag der  
3293 Bundesregierung, Wiesbaden.

- 3294 Singh, Ajit (1995). The Stock Market, Economic Efficiency and Industrial Development. In:  
3295 Arestis, Philip; Chick, Victoria (Hrsg.). Finance, Development and Structural Change.  
3296 Aldershot, Vermont.
- 3297 Quellen: Wachstum und Umwelt:
- 3298 Asian Development Bank (2012).
- 3299 BMU (2011): GreenTech made in Germany 3.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland,  
3300 3. Aufl. München.
- 3301 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); Umweltbundes-  
3302 amt (UBA) (2011). Umweltwirtschaftsbericht. Berlin.
- 3303 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2012). Erneuer-  
3304 bare Energien in Zahlen. Nationale und internationale Entwicklung. Berlin.
- 3305 Die Bundesregierung (2012). Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012.  
3306 Berlin.
- 3307 Gauss, Linda; Scharfe, Simone (2010). Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2009 im  
3308 Zeichen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Wirtschaft und Statistik 8 754-764.
- 3309 Heilemann, Ullrich; Wappler, Stefan; Quaas, Georg; Findeis, Hagen (2008). Qual der Wahl?  
3310 Finanzpolitik zwischen Konsolidierung und Konjunkturstabilisierung. Wirtschaftsdienst 88,  
3311 Nr. 9 586-593.
- 3312 Hemming, Richard; Kell, Michael; Mahfouz, Selma (2002). The Effectiveness of Fiscal Poli-  
3313 cy in Stimulating Economic Activity – A Review of the Literature (IMF Working Paper  
3314 WP/02/208). Washington, D. C.
- 3315 Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2007). Vierter Sachstandsbericht.
- 3316 Jänicke, Martin (2012a). Megatrend Umweltinnovation, 2. erweiterte Auflage München:  
3317 Oekom.
- 3318 Jänicke, Martin (2012b). „Green Growth“: From a Growing Eco-Industry to Economic Sus-  
3319 tainability. Energy Policy 48 13-21.
- 3320 McKinsey Global Institute (2011). Resource Revolution: Meeting the World’s Energy, Mate-  
3321 rials, Food, and Water Needs.
- 3322 Mooslechner, Peter; Schubert, Helene; Weber, Beat (2006). The Political Economy of Fi-  
3323 nancial Market Regulation: The Dynamics of Inclusion and Exclusion. Cheltenham.
- 3324 OECD (2008). Environmental Outlook to 2030. Paris.
- 3325 OECD (2011): Towards Green Growth, Paris: OECD.
- 3326 OECD (2012): OECD-Umweltprüfberichte Deutschland, Paris.
- 3327 Rajan, Raghuram G. (2010). Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World  
3328 Economy. Princeton.

- 3329 Schubert, Helene (2012). Tax Policies and Financial Stability – Lessons from the Crisis. In:  
3330 Braude, Jacob; Eckstein, Zvi; Fischer, Stanley; Flug, Karnit (Hrsg.). The Great Recession:  
3331 Lessons for Central Bankers. Cambridge, MA.
- 3332 Statistisches Bundesamt (2011). Statistisches Jahrbuch 2011. Wiesbaden.
- 3333 TEEB (2010): The Economics of Ecosystems and Biodiversity. London.
- 3334 The Association of Academies of Sciences in Asia (AASA) (2011). Green Transition and  
3335 Innovation. Towards a Sustainable Asia. Peking.
- 3336 Umweltbundesamt (UBA) (2007): Ökonomische Bewertung von Umweltschäden, Dessau.
- 3337 Umweltbundesamt (UBA) (2010). Umweltschädliche Subventionen in Deutschland – Aktua-  
3338 lisierung für 2008. Dessau-Roßlau.
- 3339 Umweltbundesamt (UBA) (2011). Daten für die Umwelt, Dessau-Roßlau.
- 3340 Umweltbundesamt (UBA) (2012): Beschäftigung im Umweltschutz. Dessau-Roßlau.
- 3341 UNEP (2011). Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Pov-  
3342 erty Eradication – A Synthesis for Policy Makers. Nairobi.
- 3343 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen (WBGU) (2011). Welt  
3344 im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- 3345 World Bank (2011a): China 2030. Building a Modern, Harmonious, and Creative High-  
3346 Income Society, The World Bank / Development Research Center of the State Council, the  
3347 People’s Republic of China.
- 3348 World Bank (2011b): Golden Growth – Restoring the Lustre of the European Economic  
3349 Model. Washington, D. C.
- 3350 World Bank (2012): Inclusive Green Growth: The Pathway to Sustainable Development,  
3351 Washington, D.C.
- 3352 Quellen: Wachstum und Unternehmen
- 3353 Blind, Knut (2004). The Economics of Standards – Theory, Evidence, Policy. Cheltenham.
- 3354 Bundesministerium der Finanzen (2010). Die Beteiligungen des Bundes. Beteiligungsbericht  
3355 2010. Berlin.
- 3356 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2004). Endbericht,  
3357 Loew, et al (2004), Bedeutung der internationalen CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die  
3358 sich daraus ergebenden Anforderungen an Unternehmen mit Fokus Berichterstattung.
- 3359 Deutscher Bundestag (2012), Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Frak-  
3360 tion Bündnis 90/ Die Grünen: Öffentliche Beschaffung durch die Bundesregierung nach sozi-  
3361 alen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien, Bundestagsdrucksache 17/9485
- 3362 Eickelpasch, Alexander (2012). Forschende Unternehmen schneiden besser ab (DIW-  
3363 Wochenbericht 35). Berlin.
- 3364 Europäische Kommission KOM (2011)571 endgültig, Fahrplan für ein ressourcenschonendes  
3365 Europa.

- 3366 Europäische Kommission KOM (2004)18, Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament,  
3367 der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen über die  
3368 Förderung der Genossenschaften in Europa.
- 3369 Felber, Christian (2012). Die Gemeinwohl-Ökonomie. Aktualisierte und erweiterte Neuaufla-  
3370 ge. Eine demokratische Alternative wächst. Wien.
- 3371 International Energy Agency (2003): World Energy Investment Outlook, Paris: OECD
- 3372 Jänicke, Martin (2012). Megatrend Umweltinnovation, München.
- 3373 Loske, Reinhard (2011). Abschied vom Wachstumszwang. Rangsdorf.
- 3374 Sarkis, Joseph (Hrsg.) (2006): Greening the Supply Chain, London: Springer.
- 3375 WisoDirekt März 2012, Blohme-Drees, J.: Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder  
3376 Value.
- 3377 Simon, Hermann (2012). Hidden Champions – Aufbruch nach Globalia: Die Erfolgsstrategien  
3378 unbekannter Weltmarktführer. Frankfurt am Main.
- 3379 Quellen: Wachstum und Beschäftigung
- 3380 Allmendinger, J. (2011): Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnisse. Vortrag vor  
3381 der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ am 26. September 2011,  
3382 Deutscher Bundestag, Kommissionsmaterialie M17(26)8.
- 3383 Brehmer, Wolfram; Seifert, Hartmut (2008). Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse pre-  
3384 kär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4/2008  
3385 501-531.
- 3386 Brenke, Karl (2010). Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht. DIW-Wochenbericht  
3387 46 2-15.
- 3388 Brenke, Karl (2010a). Fünf Fragen an Karl Brenke. „In manchen Branchen wird es eher eine  
3389 Fachkräfteschwemme geben“. DIW-Wochenbericht 46: 16.
- 3390 Brenke, Karl (2011). Anhaltender Strukturwandel zur Teilzeitbeschäftigung. DIW-  
3391 Wochenbericht 42 3-12.
- 3392 Brenke, Karl; Grabka, Markus M. (2011). Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt.  
3393 DIW-Wochenbericht 45 3-15.
- 3394 Bundesagentur für Arbeit (2011): Arbeitsmarktberichterstattung: Frauen und Männer am Ar-  
3395 beitsmarkt im Jahr 2010, Nürnberg.
- 3396 Bundesagentur für Arbeit (2011): Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäfti-  
3397 gung (Methodenbericht), Nürnberg.
- 3398 Bundesregierung (2011): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN  
3399 „Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben, Drucksache 17/4916 (25.2.2011).
- 3400 Calmfors, Lars; Holmlund, Bertil (2000). Unemployment and Economic Growth: a Partial  
3401 Survey. Swedish Economic Policy Review 7 107-153.

- 3402 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2011): Neue Wege  
3403 – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster  
3404 Gleichstellungsbericht. Bundestags-Drucksache 17/6240.
- 3405 Eichhorst, Werner; Kuhn, Andrea; Thode, Eric; Zenker, Rosemarie (2009). Traditionelle Be-  
3406 schäftigungsverhältnisse im Wandel. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.
- 3407 Eichhorst, Werner; Marx, Paul; Thode, Eric (2010). Atypische Beschäftigung und Niedrig-  
3408 lohnarbeit. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.
- 3409 Gundert, Stefanie; Hohendanner, Christian (2011). Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabi-  
3410 len Jobs (IAB-Kurzbericht, 4).
- 3411 Herzog-Stein, Alexander; Lindner, Fabian; Sturn, Simon; van Treeck, Till (2010). Vom Kri-  
3412 senherd zum Wunderwerk? Der deutsche Arbeitsmarkt im Wandel (IMK-Report 56). Düssel-  
3413 dorf.
- 3414 Hohendanner, Christian (2012). Befristete Arbeitsverhältnisse: Auch Mann trägt kurz. IAB-  
3415 Forum Nr. 1 62-67.
- 3416 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2012). Arbeitsmarktprognose 2012. Der  
3417 Aufwärtstrend flacht ab (IAB-Kurzbericht 3). Nürnberg.
- 3418 IG Metall (2011): Qualifizierte Fachkräfte für gute Arbeit und Sicherung der Wettbewerbsfä-  
3419 higkeit. Positionspapier. Frankfurt am Main.
- 3420 Jackson, Tim (2011). Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen  
3421 Welt. München.
- 3422 Joebges, Heike; Logeay, Camille; Sturn, Simon; Zwiener, Rudolf (2009). Deutsche Arbeits-  
3423 kosten im europäischen Vergleich: Nur geringer Anstieg. Auswertung der aktuellen Eurostat-  
3424 Statistik für 2008 (IMK-Report 44/2009). Düsseldorf.
- 3425 Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2010). Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf  
3426 hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus (IAQ-Report 2010-06). Duisburg, Es-  
3427 sen.
- 3428 Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2012). Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r  
3429 Vierte arbeitet für Niedriglohn (IAQ-Report 2012-01). Duisburg, Essen.
- 3430 Keller, B./Seifert, H. (2011): Atypische Beschäftigung und soziale Risiken, Friedrich-Ebert-  
3431 Stiftung, WISO – direkt, Berlin.
- 3432 Miegel, Meinhard (2010). Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin.
- 3433 OECD (2011). Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris.
- 3434 Paritätischer Gesamtverband (2012): 10 Jahre Hartz. Eine Bilanz, Berlin (14. August)  
3435 ([http://www.der-paritaetische.de/fachinfos/artikel/news/tiefpunkt-bundesdeutscher-](http://www.der-paritaetische.de/fachinfos/artikel/news/tiefpunkt-bundesdeutscher-sozialpolitik-paritaetischer-zieht-bilanz-anlaesslich-zehn-jahren-hartz/)  
3436 [sozialpolitik-paritaetischer-zieht-bilanz-anlaesslich-zehn-jahren-hartz/](http://www.der-paritaetische.de/fachinfos/artikel/news/tiefpunkt-bundesdeutscher-sozialpolitik-paritaetischer-zieht-bilanz-anlaesslich-zehn-jahren-hartz/)), Abruf am 16.8.2012.
- 3437 Rebien, Martina; Kettner, Anja (2011): Die Konzessionsbereitschaft von Bewerbern und Be-  
3438 schäftigten nach den Hartz-Reformen. WSI-Mitteilungen 5/2011 218-225.

- 3439 Reuter, Norbert (2011). Wachstum und Wohlstand im (demografischen) Wandel. Produktivitätsentwicklung und demografische Entwicklung in Deutschland. Vortrag vor der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ am 4. Juli 2011, Deutscher Bundestag, 3440  
3441 Kommissionsdrucksache 17(26)44.  
3442
- 3443 Reuter, Norbert (2012). Deutsche Verzichtsmymen. WSI-Mitteilungen Nr. 4 311-314.
- 3444 Rinderspacher, Jürgen P. (Hrsg.) (2002). Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen  
3445 Wohlstand der Nation. Berlin.
- 3446 Ruckriegel, Karlheinz (2012). Glücksforschung – Erkenntnisse und Konsequenzen für die  
3447 Zielsetzung der (Wirtschafts-)Politik. In: Jahrbuch für Nachhaltige Ökonomie 2012/2013:  
3448 129-147.
- 3449 Sauer, Dieter (2012). Organisatorische Revolution. Neue Anforderungen durch den Wandel  
3450 der Arbeitswelt. Kurzexpertise für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Le-  
3451 bensqualität“, Projektgruppe 5. München.
- 3452 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3453 (2005). Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/06. Wies-  
3454 baden.
- 3455 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3456 (2011). Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundes-  
3457 regierung. Wiesbaden.
- 3458 Schäfer, Holger; Schmidt, Jörg (2011). Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung,  
3459 Struktur und individuelle Erwerbsverläufe. Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft  
3460 Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Berlin.
- 3461 Schirwitz, Beate (2005). Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – die Beschäftigungs-  
3462 schwelle. In: ifo Dresden berichtet 3/2005 34-37.
- 3463 Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
3464 (2003). Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02.  
3465 Wiesbaden.
- 3466 Statistisches Bundesamt (2009a): Pressegespräch „Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit“  
3467 vom 19. August 2009. Wiesbaden.
- 3468 Statistisches Bundesamt (2009b). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12.  
3469 koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- 3470 Statistisches Bundesamt (2011). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Inlandsproduktbe-  
3471 rechnung, Detaillierte Jahresergebnisse (Fachserie 18/Reihe 1.4). Wiesbaden.
- 3472 Statistisches Bundesamt (2011a): Pressemitteilung Nr. 270 vom 19.07.2011.
- 3473 Verdoorn, Petrus Johannes (1980). Verdoorn’s Law in Retrospect: A Comment. Economic  
3474 Journal 18 382-385.
- 3475 Wanger, Susanne (2011): Viele Frauen würden gerne länger arbeiten (IAB-Kurzbericht, 9) 1-  
3476 8.

- 3477 Walwei, Ulrich (2011). Die veränderter Struktur des Arbeitsmarktes. Zukunftsfähig oder doch  
3478 nicht nachhaltig? In: WSI-Mitteilungen 11/2011 563-570.
- 3479 Statistisches Bundesamt (2009). Wirtschaft und Statistik Nr. 12/2009. Wiesbaden.
- 3480 Quellen: Demographie, Finanzpolitik und Sozialstaat
- 3481 Afheldt, Horst (1994). Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder.  
3482 Frankfurt am Main, Wien.
- 3483 Alber, Jens (1982). Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat – Analysen zur Entwicklung der  
3484 Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt am Main, New York.
- 3485 Bäcker, Gerhard; Naegele, Gerhard; Bispinck, Reinhard; Hofemann, Klaus; Neubauer, Jenni-  
3486 fer (2008). Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Ein-  
3487 kommen und Finanzierung. 4. Auflage. Wiesbaden.
- 3488 Bartsch, Klaus (2011). Eine Simulationsstudie zu den Entwicklungen der Beitragssätze zur  
3489 gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Gutachten von Klaus Bartsch nach dem Kon-  
3490 zept einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung der Fraktion DIE LINKE. im  
3491 Bundestag, Berlin.
- 3492 Bofinger, Peter (2008). Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. In: WSI-Mitteilungen 7.
- 3493 Bontrup, Heinz-J. (2011). Mit noch mehr indirekten Steuern zurück zum wohlfahrtsorientier-  
3494 ten Staat? Nur Luxussteuern wären ein richtiger Weg. Vierteljahrshefte für Wirtschaftsfor-  
3495 schung 4/2011: 189.
- 3496 Bos, Wilfried; Tarelli, Irmela; Bremerich-Vos, Albert, Schwippert, Knut (Hrsg.) (2012). IG-  
3497 LU 2011. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Ver-  
3498 gleich. Münster, New York, München, Berlin.
- 3499 Bourcarde, Kay (2009). Der abgehängte Sozialstaat. Über die Wachstumsabkopplung der So-  
3500 zialversicherung. Zeitschrift für Wachstumsstudien 5/2009 11-17.
- 3501 Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten (2006): Normalfall exponentielles Wachstum? – ein  
3502 internationaler Vergleich. Institut für Wachstumsstudien (IWS); Aufsatz IWS 2.
- 3503 Brussig, Martin (2010). Anhaltende Ungleichheiten in der Erwerbsbeteiligung Älterer; Zu-  
3504 nahme an Teilzeitbeschäftigung (Altersübergangs-Report 2010-03). Düsseldorf, Berlin, Duis-  
3505 burg, Essen.
- 3506 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012). Sozialbudget 2011. Bonn 2012.
- 3507 Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion (2012). Garantierente – Grünes Konzept gegen  
3508 Altersarmut. Fraktionsbeschluss vom 27.11.2012.  
3509 [http://www.gruene-bundestag.de/themen/rente/garantierente-gruenes-konzept-gegen-  
altersarmut\\_ID\\_4385267.html](http://www.gruene-bundestag.de/themen/rente/garantierente-gruenes-konzept-gegen-<br/>3510 altersarmut_ID_4385267.html) [Stand 4.1.2013].
- 3511 Christen, Christian (2011): Politische Ökonomie der Alterssicherung – Kritik der Reformde-  
3512 batte um Generationengerechtigkeit, Demographie und kapitelgedeckte Finanzierung. Mar-  
3513 burg.



- 3514 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2012). Für 2,60 Euro mehr im Monat: Heute die Rente  
3515 von morgen sichern. Das geht. Das DGB-Rentenkonzept 2012. Berlin.  
3516 <http://www.dgb.de/presse/++co++fe5a4ec8-1c2b-11e2-b918-00188b4dc422> [Stand 4.1.2013].
- 3517 Die Linke. im Bundestag (2012). Eine Rente zum Leben. Die Solidarische Rentenversiche-  
3518 rung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter.  
3519 <http://dokumente.linksfraktion.net/download/120919-rentenkonzept.pdf> [Stand 4.1.2013].
- 3520 Eurostat (2008):  
3521 [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tps00107)  
3522 [de&pcode=tps00107](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tps00107) (Stand 22.9.2011).
- 3523 Heintze, Cornelia (2005). Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil – Deutschlands Reformirrweg  
3524 im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells. Leipzig.
- 3525 Heintze, Cornelia (2012). Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen  
3526 Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Bonn.
- 3527 Koch, Andreas; Rosemann, Martin; Späth, Jochen (2011). Soloselbstständige in Deutschland  
3528 – Strukturen, Entwicklungen und soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit. Studie im Auftrag  
3529 der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- 3530 Lindert, Peter H. (2004). Growing Public – Social Spending and Economic Growth since the  
3531 Eighteenth Century. Cambridge.
- 3532 Logeay, Camille; Meinhardt, Volker; Rietzler, Katja; Zwiener, Rudolf (2009). Gesamtwirt-  
3533 schaftliche Folgen des kapitalgedeckten Rentensystems. Zwischen Illusion und Wirklichkeit  
3534 (IMK-Report 43). Düsseldorf.
- 3535 Logeay, Camille; Weiß, Thomas (2010). Hausgemachtes Defizit – Reallohnverlust und die  
3536 Misere der Sozialversicherung. Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2: 85-94.
- 3537 Miegel, Meinhard (2010). Exit: Wohlstand ohne Wachstum. Berlin.
- 3538 Oppacher, Andreas (2010). Deutschland und das skandinavische Modell. Der Sozialstaat als  
3539 Wachstumsmotor. Bonn.
- 3540 Reuter, Norbert (2000). Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrund-  
3541 lagen in Industriegesellschaften. Marburg.
- 3542 Reuter, Norbert (2002): Erneuerungsbedarf und -möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft.  
3543 Kommentar zur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und zum Konzept „Neue Soziale  
3544 Marktwirtschaft“ der Union, in: ifo Schnelldienst, 55. Jg., Heft 16, S. 7-10.
- 3545 Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische  
3546 Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, 2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufla-  
3547 ge. Marburg.
- 3548 Reuter, N. (2011): Wachstum und Wohlstand im (demografischen) Wandel. Produktivitäts-  
3549 entwicklung und demografische Entwicklung in Deutschland, Vortrag vor der Enquete-  
3550 Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ am 4. Juli 2011, Deutscher Bundestag,  
3551 Kommissionsdrucksache 17(26)44.
- 3552 Reuter, Norbert; Zinn, Karl Georg (2011). Moderne Gesellschaften brauchen eine aktive  
3553 Dienstleistungspolitik. In: WSI-Mitteilungen 9 462-469.

- 3554 Ritter, Gerhard (2006). Der Preis der deutschen Einheit – Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München.  
3555
- 3556 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3557 (2007). Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08. Wiesbaden.
- 3558 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3559 (2011). Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundes-  
3560 regierung. Wiesbaden.
- 3561 Schmähl, Winfried (2007). Entgeltumwandlung und die Finanzen der Sozialversicherung –  
3562 ein Problemaufriss (ZeS-Arbeitspapier 7). Bremen.
- 3563 Schmähl, Winfried (2009). Soziale Sicherung – Ökonomische Analysen. Wiesbaden.
- 3564 Schmid, Josef (2010). Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organi-  
3565 sation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage.  
3566 Wiesbaden.
- 3567 SPD (2012). Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen! Pressemitteilung 429/12.  
3568 [http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/82052/20121124\\_beschluss\\_rente.html](http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/82052/20121124_beschluss_rente.html) (Stand  
3569 4.1.2012).
- 3570 Statistisches Bundesamt (2011): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Inlandsproduktbe-  
3571 rechnung., Lange Reihen ab 1970, Fachserie 18, Reihe 1.5, Wiesbaden.
- 3572 Steffen, Johannes (2010): Gebrochene Erwerbsbiografien, atypische Beschäftigung und dro-  
3573 hende Altersarmut, Arbeitnehmerkammer Bremen Nr. 12.
- 3574 Steffen, Johannes (2011): Niedriglohn und Rente – Instrumente zur Absicherung von Be-  
3575 schäftigungszeiten mit Niedriglohn in der gesetzlichen Rentenversicherung, Arbeitnehmer-  
3576 kammer Bremen Nr. 7.
- 3577 Struwe, Jochen (1989): Wachstum durch Sozialpolitik – Wie Sozialpolitik Wachstum und  
3578 Wohlfahrt fördert, Frankfurt a.M.
- 3579 Truger, Achim (2010): Steuersenkungen, Schuldenbremse und Konjunkturrisiken. Welche  
3580 Spielräume bleiben für den Staat? in: Eicker-Wolf, Kai / Thöne, Ulrich (Hrsg.): An den  
3581 Grundpfeilern unserer Zukunft sägen. Bildungsausgaben, öffentliche Haushalte und Schul-  
3582 denbremse, Marburg.
- 3583 von Freyberg, Thomas (1997). Die inszenierte Krise des Sozialstaats. Ein Angriff auf den  
3584 demokratischen Prozeß, in: Widersprüche, Nr. 66.
- 3585 Alber, Jens (1982). Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat: Analysen zur Entwicklung der  
3586 Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt am Main.
- 3587 Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2011a). Dritter Bericht zur Tragfähigkeit der öffent-  
3588 lichen Finanzen. Berlin.
- 3589 Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2012a). Monatsbericht Januar 2012. Berlin.
- 3590 Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2012b). Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016. Ber-  
3591 lin.

- 3592 Bundesministerium des Innern (2011): Demografiebericht. Berlin.
- 3593 Deutscher Bundestag (1994). Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographie. Bun-  
3594 destagsdrucksache 12/7876. Bonn.
- 3595 Enderlein, Henrik; Wagner, Gert (2011): Die Steuern erhöhen. In: Handelsblatt vom  
3596 05.09.2011: 8.
- 3597 Offe, Claus (1984). Contradictions of the Welfare State. Cambridge, MA.
- 3598 Rietzler, Katja; Teichmann, Dieter; Truger, Achim (2012). IMK-Steuerschätzung 2012-2016.  
3599 Kein Platz für Steuergeschenke (IMK-Report 76). Düsseldorf.
- 3600 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3601 (2011). Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise des Sachverständigenra-  
3602 tes zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wiesbaden.
- 3603 Statistisches Bundesamt (2009b). Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Be-  
3604 völkerungsvorausrechnung. Wiesbaden.
- 3605 Streeck, Wolfgang (2008). Re-forming Capitalism: Institutional Change in the German Politi-  
3606 cal Economy. Oxford.
- 3607 Quellen: Herausforderung Bildung
- 3608 Allmendinger, Jutta; Eichhorst, Werner; Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2005). IAB-Handbuch Ar-  
3609 beitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten (IAB-Bibliothek 1). Frankfurt am Main.
- 3610 Allmendinger, Jutta (2011): Wachstumsorientierung und Geschlechterverhältnisse.  
3611 Kommissionsmaterialie M-17(26)8.
- 3612 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indika-  
3613 torgestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demographi-  
3614 schen Wandel. Bielefeld.
- 3615 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indika-  
3616 torgestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demographi-  
3617 schen Wandel. Bielefeld.
- 3618 Baethge, Martin (2011). Im Zeichen demografischen Wandels. Neue Perspektiven für den  
3619 Übergang in die Berufsausbildung. In: Huthmacher-Henry, Christine; Hoffmann, Elisabeth  
3620 (Hrsg.): Aufstieg durch (Aus-) Bildung – der schwierige Weg zum Azubi. Sankt Augustin,  
3621 Berlin: 107-124.
- 3622 Bellmann, Lutz (2010). Aktuelle Entwicklungen in der betrieblichen Weiterbildung. Vortrag.  
3623 Konferenz Betriebliche Weiterbildung. Nürnberg.
- 3624 Bertelsmann-Stiftung; Institut für Schulentwicklungsforschung IFS (Hrsg.) (2012). Chancen-  
3625 spiegel. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme. Zu-  
3626 sammenfassung zentraler Befunde. Gütersloh.
- 3627 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011). Bildung und Forschung in Zahlen  
3628 2011. Bonn, Berlin.

- 3629 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011): Berufsbildungsbericht 2011. Bonn,  
3630 Berlin.
- 3631 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011).  
3632 Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Berlin.
- 3633 Dionisius, Regina; Lissek, Nicole; Schier, Friedel (Hrsg.) (2012): Beteiligung an beruflicher  
3634 Bildung – Indikatoren und Quoten im Überblick (Wissenschaftliche Diskussionspapiere 133).  
3635 Bonn.
- 3636 Europäische Kommission (2010). Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges  
3637 und integratives Wachstum. Brüssel.
- 3638 Feld, Lars P.; Goldschmidt, Nils; Zweynert, Joachim (2011). Kulturelle, soziale und gesell-  
3639 schaftliche Grundlagen wirtschaftlichen Wachstums. Gutachten im Auftrag der Enquete-  
3640 Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Materialie PG 1/8.
- 3641 Hanushek, Eric A.; Wößmann, Ludger (2009). Do Better Schools Lead to More Growth?  
3642 Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation (National Bureau of Economic Re-  
3643 search Working Paper Series, 14633).
- 3644 Hüther, Gerald (2011). Was wir sind und was wir sein könnten – ein neurobiologischer  
3645 Mutmacher, Frankfurt am Main.
- 3646 Klemm, Klaus (2011). Drei Jahre nach dem Bildungsgipfel – eine Bilanz. Die Umsetzung der  
3647 Ziele des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008. Berlin.
- 3648 OECD (2008). Die OECD in Zahlen und Fakten 2008. Paris.
- 3649 OECD (2011): Bildung auf einen Blick 2011. OECD-Indikatoren. Paris.
- 3650 OECD (2010). PISA 2009. Ergebnisse – Was Schülerinnen und Schüler wissen und können.  
3651 Schülerleistungen in Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften (Band I). Paris.
- 3652 OECD (2011): Höchste Zeit für Hochqualifizierte: Trotz besserer Arbeitsmarktchancen gerin-  
3653 ger Zuwachs bei weiterführenden Abschlüssen in Deutschland.  
3654 [http://www.oecd.org/document/40/0,3746,de\\_34968570\\_35008930\\_48646888\\_1\\_1\\_1\\_1,00.ht](http://www.oecd.org/document/40/0,3746,de_34968570_35008930_48646888_1_1_1_1,00.html)  
3655 [ml](http://www.oecd.org/document/40/0,3746,de_34968570_35008930_48646888_1_1_1_1,00.html) (Stand 7.1.2013).
- 3656 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)  
3657 (2011). Expertise 2011: Herausforderungen des demographischen Wandels. Wiesbaden.
- 3658 Solga, Heike (2011): Etablierung einer Kultur des lebenslangen Lernens (LLL) – Instrumente  
3659 zur Förderung der Teilnahme am LLL. Impulsreferat für die Anhörung der Enquete-  
3660 Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.
- 3661 Solga, Heike; Kohlrausch, Bettina; Kretschmann, Claudia; Fromm, Sabine (2010). Evaluation  
3662 des Projekts „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern“. IAB-Forschungsbericht  
3663 5/2010. Nürnberg. <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2010/fb0510.pdf> (Stand 7.1.2013).
- 3664 Statistisches Bundesamt (2009). 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.  
3665 <http://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/> (Stand 7.1.2013).
- 3666 Quellen: Schlussfolgerungen

- 3667 Abschlussbericht der Projektgruppe 2, PG-Drs. 17(26)xy.
- 3668 Dullien, Sebastian; van Treeck, Till (2012). Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und  
3669 Ansätze für Indikatoren und Politikberatung (IMK-Policy-Brief). Düsseldorf.
- 3670 Stratmann-Mertens, Eckhard; Hickel, Rudolf ; Priewe, Jan (Hrsg.) (1991). Wachstum:  
3671 Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik.  
3672 Frankfurt am Main.